



Pierre Bonnard, Palais de Glace, Die Schlittschuurläufer, 1896–1898, Öl auf Karton
»Van Gogh, Cezanne, Matisse« – die Sammlung Hahnloser in der Albertina (ab der Seite 105)

Die Seite 2

Liebe Landsleute, liebe Leserinnen und Leser,

es wird wohl noch einige Zeit brauchen, bis wir wieder zum gewohnten Alltag werden zurückkehren können – so schnell, fürchte ich, wird uns das Virus wohl nicht „auslassen“. Dennoch kommt langsam wieder Leben in Österreichs „offline“-Beziehungen zu Europa und der Welt, über die wir Sie in dieser Ausgabe wieder in gewohntem Umfang informieren dürfen.

Nun wünschen wir Ihnen und den Ihren alles erdenklich Gute und werden uns dann Mitte September mit der Ausgabe 194 wieder bei Ihnen melden...

Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 193

Trilaterales Präsidententreffen	3	»Burgenland Journal«	
Vertraulicher Meinungsaustausch	5	Commerzbank Mattersburg	55
Bundespräsident traf slowakische Amtskollegin	6	Landtag: Rückblick und Ausblick	57
Nationalratspräsident traf Schweizer Amtskollegin	7	Burgenland wird Bio-Vorzeigeland	59
IPU-Weltkonferenz 2021 in Wien	11	Eisenstadt: Transparenzbericht	60
Bundeskanzler Kurz nach EU-Gipfel	12	Eisenstädter Gutscheinkaktionen	61
Einigung bei Ministerkonferenz	13	Archäologie in Grafenschachen	62
Außenminister besucht neue Laboreinrichtung der IAEA	14	2. Burgenländischer Frauenwein	63
Schallenberg empfängt Amtskollegen aus vier Nachbarstaaten	15	Weinprämierung Burgenland	64
... und weitere Meldungen aus dem Außenministerium	16	Neue Jubiläums-Weinkönigin	65
Aktueller Bericht über die Autonomieentwicklung Südtirols	21	Neuer Ehrenkanoniker der Diözese	66
Änderung beim Auslands-österreichischer-Fonds	22	»Footloose« auf Burg Güssing	67
Gideon Eckhaus †	23	Landesgalerie: PAARLAUF – Josef Mikl Brigitte Mikl Bruckner	68
Wolfgang Wolte †	25	Künstlerisches »Fremdenzimmer«	69
Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichipark	27	WIFO-Prognose für 2020 und 2021	70
EU-Meinungsbild von Österreichs Jugend	29	OeNB erwartet Inflations-Rückgang	71
Neues vom Dachverband PaN	31	Arbeitsmarkt im Juni 2020	72
Herbert Wiedermann †	32	Industrie: Der konjunkturelle Tiefpunkt ist durchschritten	73
Gedenken am Loiblpaß	34	Unternehmensdemografie 2018	75
NÖ: Drei Jahre im All	35	Österreich wächst	76
OÖ durchbricht Export-Schallmauer	36	Durchschlag Koralmtunnel geschafft	79
Salzburg im AdR	37	Neues Freizeit-Ticket OÖ	81
Grenzeinsatz der Milizsoldaten	38	Starköchin Lisa Wieland	83
EuregioLab wichtiger Impulsgeber	39	Falstaff Weinguide 2020/21	84
Beschleunigte LKW-Abfertigung	40	Kreisky: Der Überzeugungspolitiker	85
Lateinamerika-Institut Teil der VHS	41	Otto Schenk zum 90. Geburtstag	89
Außenhandelsdaten 2019	42	Lotte Tobischs Nachlaß	91
Höchste Seilbahnstütze der Welt	44	Lore Krainer †	93
ÖBB bringen Nachtzug zurück	46	Erstes zweisprachiges Dekanat	94
Wir urlauben im Inland, Deutsche zieht's nach Österreich	47	1000 Jahre Kloster Traunkirchen	95
VIE ist Test-Airport	48	Erdähnliche Exoplaneten	98
Konjunkturpaket, Investitionsprämien steuerliche Entlastung	50	Entschlüsseln von Materialverschleiß	99
Oö. Demokratieforum	53	...nicht wegen Kälte ausgestorben	100
Gedenkstätte Schloß Hartheim	54	2.000 Jahre alter Weg entdeckt	101
		32.000 Jahre erblüht	102
		JKU »zerschreddert« Tumorzellen	103
		Entstehung bestimmter Hirntumoren	104
		Van Gogh, Cezanne, Matisse in der Albertina	105
		MdM Salzburg: Orte des Exils	111
		OÖ: Arbeit. Wohlstand. Macht.	113
		duckomenta – weltentemuseum	118



Trilaterales Präsidententreffen

3

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,6	- 7,0	+ 4,3
Herstellung von Waren	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 0,9	+13,0	+ 7,0
Wandel	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,8	+ 9,0	+ 6,0
Private Konsumausgaben, real	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	- 5,5	+ 4,5
Öffentliche Konsumgüter	+ 2,9	+ 2,2	+ 0,4	- 1,7	+10,0	+ 5,0
Bruttogewerkeverlöhne, real	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,7	- 6,5	+ 4,8
Ausfallerlöse	+ 7,2	+ 4,5	+ 4,1	+ 2,9	- 8,4	+ 5,9
Bauten	+ 0,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,4	- 4,2	+ 5,8
Exporte, real	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,9	+14,8	+ 9,3
Warenimporte, Iab	+ 2,7	+ 5,4	+ 4,4	+ 2,1	+13,5	+ 7,1
Importe, real	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 2,7	+11,1	+ 6,9
Warenimporte, Iab	+ 3,4	+ 4,4	+ 4,0	+ 1,9	+10,5	+ 7,0
Bruttoinlandsprodukt, nominal	+ 3,8	+ 3,6	+ 4,2	+ 3,4	- 5,8	+ 5,4
Leistungsbilanzsaldo	in % des BP	2,7	1,4	2,3	2,6	0,2
Verbraucherpreise	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,9
Darmstadtmarkt	in %	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,5
Sekundärmarkt	in %	0,4	0,4	0,7	0,1	- 0,1
Finanzierungsquote des Staates (auf Basis des Defizits)	in % des BP	- 1,5	- 0,8	0,2	0,7	+10,3
Unabhängig aktiv Beschäftigten	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,6	- 2,1	+ 1,3
Ausfallerlöse						

WIFO-Prognose für 2020 und 2021

70



Bruno Kreisky: Der Überzeugungspolitiker

85



Beobachtung erdähnlicher Exoplaneten

98



OÖ Landesausstellung 2021

113

Impressum

Eigentümer und Verleger:
Österreich Journal Verlag;
A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1
Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber
und Chefredakteur: Michael Mössmer
Foto Seite 1: Privatsammlung
Seite 2: HBF / Peter Lechner; WIFO; CC-BY 2.0 /
Votava (SPÖ Presse und Kommunikation); ESO /
L. Calçada; Wolfgang Hack

Trilaterales Präsidententreffen

Hauptthemen der Gespräche Treffens von Österreich, Slowenien und Kroatien in Wien waren Coronakrise, EU-Wiederaufbau und Klimapolitik. Van der Bellen: »Dieses Treffen ist auch ein wichtiges Zeichen, was Europa betrifft.«



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (Mitte) mit dem Präsidenten der Republik Kroatien, Zoran Milanović (l.), und mit dem Präsidenten der Republik Slowenien, Borut Pahor (r.), beim jährlichen trilateralen Treffen in Wien.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing seine Amtskollegen Borut Pahor (Republik Slowenien) und Zoran Milanović (Republik Kroatien) am 8. Juli in der Wiener Hofburg. Neben der Coronakrise sprachen sie über den EU-Wiederaufbau und die Klimapolitik.

Die Präsidenten Österreichs, Sloweniens und Kroatiens ziehen in Klimafragen an einem Strang. Der neue kroatische Präsident Zoran Milanović hat nach seinem Treffen mit seinen beiden Amtskollegen in Wien bekanntgegeben, daß er sich der Klimainitiative von Bundespräsident Alexander Van der Bellen anschließt. Mittlerweile wird diese von nun bereits 37 Staatsoberhäuptern unterstützt.

Van der Bellen sagte, daß die drei Länder gemeinsam „wieder einen Anlauf machen“

wollen für mehr Klimaschutz. Österreich, Slowenien und Kroatien wollen „die anderen Länder bitten, diese Sache ernst zu nehmen“, sagte der Bundespräsident. Sein slowenischer Amtskollege Borut Pahor zählt zu den ersten Unterstützern der Initiative Van der Bells.

Man könne nicht genug für den Klimaschutz tun und müsse sich Ziele setzen, „die uns fordern“, sagte Milanović. „Deshalb habe ich mich heute dieser Initiative für grüne Politik angeschlossen.“ Er werde sich nun auch innerhalb Kroatiens „mehr und lauter einsetzen“ für den Klimaschutz, sagte der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident. Schließlich wäre Kroatien als Tourismusland „sehr betroffen“ von den klimatischen Veränderungen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen wiederholte seine Mahnung, daß es ge-

gen die Klimakrise anders als gegen das Coronavirus „keinen Impfstoff“ geben werde. Zwar werde man sich wohl weiterhin beiden Krisen gemeinsam widmen müssen, doch biete dies auch „die Chance, den Wiederaufbauprozess Europas zu einem nachhaltigen Wiederaufbau zu gestalten“, sagte Van der Bellen mit Blick auf das geplante EU-Konjunkturprogramm.

Van der Bellen, Pahor und Milanović zeigten sich erfreut, daß sie ihr Treffen trotz der Coronakrise persönlich absolvieren konnten. Van der Bellen sprach diesbezüglich von einem „Zeichen der Normalisierung“. Das Treffen sei aber auch „ein wichtiges Zeichen, was Europa betrifft“.

„Zu Beginn der Coronakrise waren nationale Alleingänge nicht selten. Das hat sich im Nachhinein sehr rasch als kontraproduktiv

Österreich, Europa und die Welt



Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Gespräch mit dem Präsidenten der Republik Kroatien, Zoran Milanović, und mit dem Präsidenten der Republik Slowenien, Borut Pahor, in seinen Amtsräumen in der Wiener Hofburg



Foto: HBF / Peter Lechner

Die drei Präsidenten bei der gemeinsamen Pressekonferenz in Wien

tiv erwiesen. Es ist gut, wenn wir wieder gemeinsame Wege gehen können“, sagte der Bundespräsident, der unter anderem auch auf die enge wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit Slowenien und Kroatien verwies. Gerade deshalb sei es wichtig, daß es auch diesen Ländern gut gehe, so Van der Bellen, der mit Blick auf den EU-Gipfel in

der kommenden Woche das EU-Mehrjahresbudget und das EU-Konjunkturprogramm als „extrem wichtige Dinge für die Zukunft der Union“ bezeichnet.

„Es ist ganz klar, daß kein Zoom diesen direkten Kontakt ersetzen kann. Solche Gespräche brauchen wir mehr“ betonte der kroatische Staatspräsident. Auch handle es sich

bei der Trilaterale um ein „hervorragendes Format“, weil Kroatien den beiden anderen Ländern „sehr nahestehend“ sei.

Pahor kündigte auch seine Teilnahme an der Gedenkfeier zum 100. Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung in Klagenfurt am 10. Oktober an. „Es geht nicht darum, daß wir schnell eines Jahrestags gedenken, sondern ihm auch eine Bedeutung geben und in einen Zukunftskontext stellen“, betonte der slowenische Präsident. „Wir möchten sowohl dem slowenischen als auch dem österreichischen Volk zeigen, daß uns das gemeinsame europäische Haus Chancen bietet, die wir bisher nicht hatten.“

Es handelte sich bereits um das siebente Jahrestreffen der Präsidenten, die sich in der Gastgeberrolle abwechseln. Das Format wurde nach dem EU-Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 ins Leben gerufen. Mit seinem slowenischen Kollegen Pahor sprach Van der Bellen am 7. Juli in einem bilateralen Gespräch über gemeinsame Feiern zum 100. Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920, als sich das damals mehrheitlich slowenischsprachige Südkärnten für den Verbleib bei Österreich entschieden hatte. ■

<https://www.bundespraesident.at>

Quelle: Präsidienkanzlei

Vertraulicher Meinungsaustausch

Bundespräsident Van der Bellen traf alle BotschafterInnen der EU-Länder

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf am 9. und 10. Juni und alle BotschafterInnen der EU-Länder sowie den Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr, zu einem vertraulichen Meinungsaustausch in die Hofburg. Die Gespräche fanden Corona-bedingt in drei Runden statt.

„Ich möchte mit dieser Einladung ein Zeichen für die Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit setzen. Die EU ist jetzt in der Phase des wirtschaftlichen Neustarts besonders gefordert das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes, freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital sollen so rasch wie möglich wieder in vollem Umfang gewährleistet sein. Die Wirtschaft und damit auch die Beschäftigung in den EU-Staaten sind so eng miteinander verwoben, daß wir die vor uns liegenden Herausforderungen nur in enger Zusammenarbeit und gut abgestimmt bewältigen können“, so der Bundespräsident. „Ich bin zudem überzeugt, daß der wirtschaftliche Neustart und die Bewältigung der Klimakrise Hand in Hand gehen müssen. Sichere Arbeitsplätze und eine wirksame Klimapolitik bedingen einander.“

Schließlich müßten wir auch die Positionierung der EU in der Welt im Blick behalten. Nur ein starkes, vereintes Europa könne auf der Weltbühne die Interessen der 450 Millionen EuropäerInnen bestmöglich vertreten und wirksame Beiträge für Frieden, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung leisten, betonte der Bundespräsident.

Die erste Runde fand mit den Botschaftern von Kroatien (damaliges EU-Vorsitzland), Deutschland, Portugal, Slowenien, Frankreich, Tschechien, Schweden, Spanien und Belgien sowie dem Vertreter der EU-Kommission in Österreich, Martin Selmayr, statt, die zweite und dritte Runde tags darauf mit den BotschafterInnen der anderen EU-Länder. Die Einladung der Botschafter seitens des Bundespräsidenten orientierte sich dabei an der Reihenfolge der bevorstehenden Vorsitzführungen in der EU (Anm.: im zweiten Halbjahr 2020 hat Deutschland die EU-Vorsitz übernommen).

<https://www.bundespraesident.at>

Quelle: Präsidialkanzlei



Fotos: HBF / Carina Karlovits und Peter Lechner

Der Klimawandel als »gemeinsame Priorität«

Bundespräsident Van der Bellen traf seine slowakische Amtskollegin Čaputová



Foto: HBF / Peter Lechner

Zum ersten Mal seit rund vier Monaten hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 15. Juli eine Auslandsreise absolviert. Der Präsident traf seine slowakische Amtskollegin Zuzana Čaputová in Pezinok, etwa 100 Kilometer von Wien entfernt. Alexander Van der Bellen betonte dabei, daß nationale Alleingänge gerade in Zeiten der Krise „nicht die Zukunft“ seien.

Nur gemeinsam könne die Krise bekämpft werden, vor allem wenn es um den Neustart der Wirtschaft und den Wiederaufbau nach der Coronavirus-Pandemie gehe, sagte Van der Bellen in einem kurzen Statement vor einem Vier-Augen-Gespräch mit Čaputová in ihrem Heimatort Pezinok nördlich von Bratislava.

Die Notwendigkeit zur internationalen Kooperation sah der Bundespräsident auch beim Thema Klimaschutz. Hier seien Čaputová und er „vollkommen auf einer Linie“. Auch die slowakische Präsidentin bezeichnete den Klimawandel als „gemeinsame Priorität“.

Die Klimakrise sei „die größte Bedrohung der Menschheit“ und „im Gegensatz zum Coronavirus gibt es gegen die Klimakrise keine Impfung“, betonte Van der Bellen. Der wirtschaftliche Neustart nach der Coronakrise und die Bewältigung der Klimakrise müßten Hand in Hand gehen.

Die Slowakei und Österreich gehören nach Worten des Staatsoberhauptes zu den er-



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Zuzana Čaputová bei Vier-Augengespräch

folgreichsten Ländern bei der Bekämpfung des Coronavirus, doch steige nun die Zahl der Infektionen erneut – „auch in unseren beiden Ländern“, so Van der Bellen. Deshalb müßten weiterhin alle einen Beitrag leisten, in dem die notwendigen Regeln zur Eindämmung von Covid-19 eingehalten werden. Čaputová freute sich über Van der Bellsen Besuch als „Symbol für die wiedergeöffneten Grenzen“ und als „Zeichen, daß sich die Menschen nun wieder treffen können“.

Alexander Van der Bellen hatte die slowakische Präsidentin, die seit Juni 2019 im

Amt ist, Ende August des Vorjahres zu einem ersten bilateralen Gespräch getroffen. Er bezeichnete Čaputová damals bereits als „Mitstreiterin gegen die Klimakrise“. Die ehemalige Bürgeranwältin und Umweltaktivistin, damals Vizechefin der außerparlamentarischen linksliberalen Partei „Progressive Slowakei“, ist die erste weibliche Staatspräsidentin der Slowakei. Nach Antrittsbesuchen in ganz Europa war Van der Bellen der erste Amtskollege, den Čaputová „zu Hause“ in der Slowakei empfing. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

Aus dem Parlament

Nationalratspräsident Sobotka traf Schweizer Amtskollegin

Die erste Auslandsreise seit Beginn der Corona-Krise führte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in die Schweiz, wo er am 26. Juni mit seiner Amtskollegin Isabelle Moret zusammentraf. Hervorgehoben wurde dabei die Tradition gutnachbarschaftlicher parlamentarischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern seit 50 Jahren. „Gerade in Krisen-Zeiten ist es wichtig, mit seinen Nachbarn im Gespräch zu bleiben“, betonte der Nationalratspräsident.

Im Zentrum des Treffens stand die Corona-Krise. Sobotka unterstrich die Rolle der Schweiz als Vorbild und Freund. „Besonders in der Phase der Maßnahmen-Lockerungen, in der sich beide Länder momentan befinden, ist es wichtig, sich darüber auszutauschen, wie man mit dem Virus leben und eine massive zweite Welle verhindern kann“, sagte Sobotka. Von Schweizer Seite gab es Anerkennung für die rasche Reaktion auf den Ausbruch der Pandemie in Österreich. Dies habe dazu beigetragen, die Zahl der Infizierten niedrig zu halten.

Sobotka erklärte, daß die Priorität der nächsten Monate darauf liege, die Auswirkungen auf Arbeitswelt und Wirtschaft abzufedern. „Es ist notwendig, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, da Kurzarbeit keine langfristige Lösung ist“, unterstrich der Nationalratspräsident. Parallel dazu müsse Unternehmen über Durststrecken hinweg geholfen werden. Von zentraler Bedeutung sei dabei, das Virus unter Kontrolle zu halten, betonte Sobotka. Es sei dabei geboten, sich auch weiterhin an die empfohlenen Verhaltensregeln, wie Abstand halten und Hände waschen, zu halten.

Besuch aus Slowenien

Seinen Antrittsbesuch absolvierte der seit März amtierende Präsident der slowenischen Nationalversammlung Igor Zorčič am 2. Juli bei Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Parlament. Beide Seiten unterstrichen, den durch Covid-19 unterbrochenen guten parlamentarischen Austausch nun wieder aufnehmen und intensivieren zu wollen. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie seien enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Nachbarn von entscheidender Bedeutung, betonte Sobotka, gerade die Parlamente hätten in Krisenzeiten eine wichtige Rolle.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Bilaterales Gespräch von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit der Präsidentin des Schweizer Nationalrates, Isabelle Moret



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (2.v.l.) und Botschafterin Ursula Plassnik beim Expertenbriefing zum Covid-19 Krisenmanagement im Bundesamt für Gesundheit

Für eine noch engere Zusammenarbeit sei die slowenische Volksgruppe in Österreich eine wertvolle Brücke. Österreich bekenne sich zum Schutz und zur Förderung der hierzulande beheimateten autochthonen Volksgruppen, die ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Identität seien, so der Nationalratspräsident gegenüber seinem Amtskollegen.

Auch die Lage der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien wurde von Sobotka angesprochen. Die langjährige Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit als Grundlage für die Förderung ihrer Sprache

und Kultur in Slowenien werde vom österreichischen Parlament wiederholt parteiübergreifend unterstützt. Erst vor wenigen Tagen habe sich der Außenpolitische Ausschuss erneut einstimmig dafür ausgesprochen, informierte der Nationalratspräsident. Als positiven Schritt wertete Sobotka die Einrichtung eines Beirats für nachhaltigen Dialog, wobei er seiner Hoffnung nach einer Unterstützung vonseiten des slowenischen Parlaments Ausdruck verlieh.

Geht es um die Europäischen Union, müsse es nun das gemeinsame Ziel sein, die Gesundheit der BürgerInnen zu schützen sowie die Resilienz auf nationaler und EU-

Österreich, Europa und die Welt

Ebene zu stärken, unterstrich Sobotka. Geht es darum, das österreichische und slowenische Parlament in der Unterstützung für die Staaten des Westbalkans auf ihrem Weg in die Europäische Union.

Im September werden die beiden Präsidenten gemeinsam an einer Veranstaltung in Kärnten im Gedenken an das Massaker am Peršmanhof vom April 1945 teilnehmen.

Besuch aus der Slowakei

Zu einem ersten bilateralen Austausch trafen sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der seit März amtierende Präsident des slowakischen Nationalrats Boris Kollár am 3. Juli im Parlament. Beide Präsidenten bekannten sich bei ihrem ersten Treffen dazu, an die bisher sehr engen parlamentarischen Beziehungen zwischen beiden Ländern anknüpfen zu wollen. Besondere Bedeutung wird dabei sowohl von Sobotka als auch von Kollár dem Austerlitz-Format beigemessen, eine seit 2015 bestehende Kooperation zwischen der Slowakei, Tschechien und Österreich. Den Vorsitz des Austerlitz-Formats hat mit 1. Juli Österreich übernommen.

Die Covid-19-Pandemie habe die Bedeutung der Nachbarschaftspolitik unterstrichen. Es sei wertvoll und wichtig, in Krisenzeiten auf seine Nachbarn zählen zu können, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, so Sobotka. Eine enge Abstimmung unter Nachbarn sei aber auch dafür wichtig, um gemeinsam Lehren aus der Krise zu ziehen. Österreich wird den Fokus während des Austerlitz-Vorsitzes dementsprechend unter anderem auf den Austausch und die Abstimmung in Zusammenhang mit Covid-19 richten.

Als wesentlichen Kooperationsauftrag zwischen den Parlamenten betonte der Nationalratspräsident auch das Thema Demokratiebildung. „Unser aller Ziel muß es sein, das Bewußtsein für Demokratie und Parlamentarismus zu fördern“, so Sobotka, insbesondere bei dieser für Parlamente ureigenen Aufgabe könne man im Austausch voneinander lernen und gemeinsame Initiativen setzen.

Das nächste Treffen im Austerlitz-Format auf parlamentarischer Ebene wird Ende August im Schloß Grafenegg stattfinden.

Zum Völkermord in Srebrenica

„Srebrenica ist eine Wunde in vielen Familien der über 8.000 bosnischen Muslime, die in den Julitagen vor 25 Jahren grausam ermordet wurden“, so Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 11. Juli zum Gedenken des Völkermordes in Srebrenica im Jahr 1995. „Es ist auch eine Wunde in der euro-



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit dem Präsidenten der slowenischen Nationalversammlung, Igor Zorčič ...



... und dem Präsidenten des Nationalrats der Slowakischen Republik, Boris Kollár

päischen Geschichte, die noch nicht verheilt ist. Das Gedenken an die Gräueltaten des Bosnienkrieges muß daher auch eine Mahnung sein, die Opferfamilien zu unterstützen und die dringend notwendige Versöhnungsarbeit in der Region fortzusetzen“, erklärte Sobotka.

Der Völkermord in Srebrenica vor 25 Jahren während des Bosnienkriegs gilt als das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Juli 1995 wurden rund 8.000 Menschen – fast ausschließlich Buben und Männer – in der ostbosnischen muslimischen Enklave von bosnisch-serbischen Soldaten brutal ermordet.

„Srebrenica ist eine Zäsur in der jüngeren Zeitgeschichte und ein Zivilisationsbruch, dessen Folgen heute noch spürbar sind“, so Sobotka weiter. „Die europäische Perspektive eröffnet den Ländern des Westbalkans die Chance auf einen dauerhaften Frieden unter dem Dach der Europäischen Union. Das ös-

terreichische Parlament unterstützt die Staaten der Region auf dem Weg in Richtung EU, etwa mit dem Stipendienprogramm für die Parlamentsverwaltungen des Westbalkans, das in diesen Tagen zum zweiten Mal ausgeschrieben wurde“, hob der Nationalratspräsident hervor.

Der Weg zur Aussöhnung am Westbalkan könne nur über den Dialog gehen, betont Sobotka: „Dabei ist es wesentlich, die Stimme der Überlebenden des Massakers von Srebrenica zu hören. Emir Suljagić ist einer von ihnen. Seine Geschichte beginnt mit den Worten: 'Ich habe überlebt. Ich hätte einen beliebigen Namen haben können, Muhamed, Ibrahim, Isak, das ist nicht wichtig, ich habe überlebt, viele haben es nicht. (...) Zwischen ihrem Tod und meinem Dasein gibt es keinen Unterschied, weil ich in einer Welt weiterlebe, die dauerhaft, unwiederbringlich von ihrem Tod gekennzeichnet ist.'“

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Landtag von Baden-Württemberg



Baden-Württembergs Landtagspräsidentin Muhterem Aras (2.v.l.) und Berthold Frieß, Direktor beim Landtag (r.), führen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (2.v.r.) durch den Plenarsaal. Ihn begleiten Niederösterreichs Landesrat Martin Eichtinger (l.), Generalkonsul Josef Saiger (3.v.l.) sowie Österreichs Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Peter Huber (3.v.r.).

Nachbarschaftsdialog mit Baden-Württemberg

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka setzte seine Gesprächstour zu den Corona-Erfahrungen mit den Nachbarländern von 14. bis 16. Juli in Baden-Württemberg fort.

Im Gespräch mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) ging es am 14. Juli um die Rolle der Parlamente in der Bewältigung der Corona-Pandemie und um den deutschen EU-Ratsvorsitz. Für den Corona-Aufbaufonds der EU braucht es letzten Endes auch die Zustimmung der nationalen Parlamente.

„Eine enge Abstimmung mit dem Nachbarn und Ratsvorsitzland Deutschland ist gerade jetzt wichtig, weil große Entscheidungen auf europäischer Ebene wie das Corona-Hilfspaket und der 7jährige Haushalt anstehen“, erklärte Sobotka zu seinem Austausch mit Schäuble.

Die Parlamente waren in der Covid-19-Krise besonders gefordert. Sie mußten rasch die rechtlichen Grundlagen für Maßnahmen auf den Weg bringen und gleichzeitig sicherstellen, daß das Krisenmanagement im Einklang mit Demokratie und Rechtsstaat steht. „Die Krise hat Veränderungen wie etwa einen Schub für die Digitalisierung mit sich gebracht. Darüber gemeinsam zu reflektieren, ist auch eine Aufgabe der Parlamente im

Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft“, so der Nationalratspräsident.

Österreich und Deutschland sind glimpflich durch die Phase des Lockdowns gekom-

men. „Um einen zweiten kompletten Shutdown zu verhindern, wird es darauf ankommen, die Infektionskette bei Clustern von Neuinfektionen rasch zu unterbrechen. Es



Foto: Parlamentsdirektion

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) im Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble

Österreich, Europa und die Welt

bewährt sich, hier lokal und regional anzusetzen, auch wenn neuerlich Maßnahmen wie eine Maskenpflicht notwendig sind“, betonte Sobotka.

Europa-Themen standen im Mittelpunkt des Treffens mit dem baden-württembergischen Europaminister Guido Wolf (CDU) am 16. Juli. „Die Corona-Pandemie darf uns nicht davon abhalten, die EU-weite Debatte über die Zukunft Europas zu führen. Die nationalen Parlamente müssen in diese Diskussion als Hüter der Subsidiarität eingebunden sein. Österreich setzt sich dafür ein, daß auch die Westbalkan-Staaten ihre Ideen zur Zukunft Europas einbringen“, hielt der Nationalratspräsident fest.

Mit der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Muhterem Aras (Bündnis 90/Die Grünen), hat Sobotka am 16. Juli u.a. über Maßnahmen gegen den wachsenden Antisemitismus gesprochen. Baden-Württemberg hat mit einem eigenen Antisemitismusbeauftragten, der dem Landtag berichtet, eine vorbildliche Struktur.

Sobotka: Mehr Widerstandskraft in unseren Volkswirtschaften notwendig

Mit einem Handelsvolumen von 17 Milliarden Euro (2018) ist Baden-Württemberg nach Bayern, den USA und Italien Österreichs viertwichtigster Handelspartner und ein bedeutender Exportmarkt für die heimische Industrie. Auf dem Programm der Ba-



Foto: Parlamentsdirektion

Baden-Württembergs Landtagspräsidentin Muhterem Aras mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der sich gerade ins „Goldene Buch“ des Landtags einträgt.

den-Württemberg-Reise von Nationalratspräsident Sobotka stand daher am 15. Juli auch ein Besuch des Unternehmens Tubex, das auf Verpackungsmaterial spezialisiert ist und über ein Standbein in Österreich verfügt. „Eine zentrale Corona-Lektion ist für mich, daß es mehr Widerstandskraft in unseren Volkswirtschaften braucht. Konkret heißt das: Autarkie bei kritischen Gütern wie Medika-

menten und medizinischer Ausrüstung. Aber auch eine solidere Eigenmittelbasis für Unternehmen, damit diese Krisen besser überstehen können“, hielt Sobotka fest.

Den Corona-Nachbarschaftsdialog und Erfahrungsaustausch will Sobotka in den kommenden Monaten fortsetzen.

<https://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Bundesrat stimmt neuem Simon-Wiesenthal-Preis zu

Die jährliche Vergabe eines „Simon-Wiesenthal-Preises“ durch den beim Parlament eingerichteten Nationalfonds ab 2021 ist endgültig fixiert. Der Bundesrat in seiner Sitzung vom 15. Juli mit breiter Mehrheit, keinen Einspruch gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrats zu erheben. Lediglich von Seiten der FPÖ wurden Einwände geäußert. Mit dem Preis soll besonderes zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus und für Aufklärung über den Holocaust gewürdigt werden. Der Preis ist mit 30.000 € dotiert, auch institutionalisierte Einrichtungen und Schulprojekte können ausgezeichnet werden.

Im Rahmen der Debatte hoben Klara Neurauter (ÖVP/T), Daniela Gruber-Pruner (SPÖ/W) und Marco Schreuder (Grüne/W) die Notwendigkeit hervor, in Sachen Antisemitismus wachsam zu bleiben. Auch der Holocaust habe nicht mit einem Massenerschießung, sondern mit kleinen Schritten begon-

nen, erinnerte Bundesrätin Gruber-Pruner und zeigte sich in diesem Sinn über die zuletzt steigende Zahl von antisemitischen Vorfällen in Österreich besorgt. Der Kampf gegen Antisemitismus beginne nicht an den Rändern, er beginne in der Mitte der Gesellschaft, hielt auch Neurauter in Anlehnung an die Rede von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Nationalrat fest. Es werde immer schwieriger, Jugendliche über den Holocaust aufzuklären, da es immer weniger Zeitzeugen gebe, meinte Neurauter, umso wichtiger seien Schritte wie die geplante Preisvergabe.

Antisemitismus habe viele Gesichter, hob Bundesrat Schreuder hervor. Manchmal zeige er sich feindselig und offen, manchmal sei er gut versteckt. So verberge sich auch hinter mancher Israel- oder Kapitalismuskritik Antisemitismus. Schreuder sieht es jedenfalls als Pflicht der Politik, ein Signal zu setzen, und bedankte sich daher ausdrücklich bei Sobotka dafür, daß dieser den Preis initiiert hat.

Die FPÖ begründete ihre ablehnende Haltung wie im Nationalrat mit dem Namen des Preises. So vermißt auch Monika Mühlwerth (FPÖ/W) einen Bezug zwischen dem Namensgeber und dem Parlament. Sie sieht die FPÖ außerdem von den anderen Parteien unfair behandelt und diskriminiert. Ihr werde keine abweichende Meinung zugestanden. Im Übrigen wies sie darauf hin, daß es auch linken Antisemitismus gebe.

Kein Verständnis für die Vorbehalte gegen die Benennung des Preises kam von den anderen Parteien. Simon Wiesenthal sei eine verdiente Persönlichkeit und habe selbst Unglaubliches erlitten, hielt Bundesrätin Neurauter Mühlwerth entgegen. Zudem habe er das Motto Gerechtigkeit, nicht Rache zur Maxime seines Handelns gemacht. Schreuder würdigte Wiesenthal als großen Österreicher.

<https://www.parlament.gv.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Simon_Wiesenthal

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Österreich, Europa und die Welt

IPU-Weltkonferenz 2021 in Wien

Der erste Teil der 5. IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen wird am 19. und 20. August als virtuelles Format abgehalten. Organisiert wird das Treffen von der Interparlamentarischen Union (IPU) in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Parlament und den Vereinten Nationen.

Eröffnet wird das virtuelle Treffen von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, UNO-Generalsekretär António Guterres und der Präsidentin der Interparlamentarischen Union Gabriela Cuevas.

Die Weltkonferenz sollte ursprünglich in Wien unter dem Generalthema „Parlamente als Motor für einen schlagkräftigeren Multilateralismus, der Frieden und nachhaltige Entwicklung für die Menschen und den Planeten bringt“ stattfinden. Aufgrund der Covid-19 Pandemie wurde die physische Konferenz auf 2021 verschoben. Dieses Jahr treffen die ParlamentspräsidentInnen virtuell zusammen, um zu erörtern, wie die Parlamente auf die Pandemie reagieren können, und sich über Themen wie Global Governance, nachhaltige Volkswirtschaften und Klimanotstand auszutauschen.

Die Einladung erging an mehr als 150 ParlamentspräsidentInnen, ParlamentarierInnen, ExpertInnen und VertreterInnen der UNO, mit der Zielsetzung, die internationale parlamentarische Gemeinschaft zu mobilisieren, um Maßnahmen gegen die Gesundheits-, Klima- und Wirtschaftskrisen zu ergreifen, mit denen sich die Menschen und unser Planet konfrontiert sehen.

„Wir stehen derzeit vor einigen der größten Herausforderungen, die die Menschheit jemals erlebt haben. Als ParlamentarierInnen haben wir die Verantwortung, diesen Planeten zu einem besseren Ort für die Menschen zu machen, die wir vertreten, insbesondere für Frauen und Jugendliche“, erklärt IPU-Präsidentin Gabriela Cuevas. „Wir sind diejenigen, die den Klimawandel stoppen können, wir können integrativere und umweltfreundlichere Volkswirtschaften aufbauen, wir können uns vehement für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen, wir können die notwendigen Schritte unternehmen, um Covid-19 entschlossen zu überwinden und gleichzeitig demokratische Werte und Menschenrechte aufrechterhalten. Angesichts dieser Herausforderungen müssen wir auch den Multilateralismus verteidigen und internationale Verpflichtungen in nationale und lokale Realitäten umsetzen. Ich bin sicher, daß 46.552 ParlamentarierInnen die tiefgrei-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Am 15. Oktober 2019 erfolgte in Belgrad die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding für die 5. IPU-Weltkonferenz, die wegen Covid-19 nun erst 2021 in Wien stattfinden wird. Im Bild: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka IPU-Generalsekretär Martin Chungong

fenden und dauerhaften Veränderungen erreichen können, die Millionen Menschen auf der ganzen Welt dringend brauchen.“

„Die Coronavirus-Pandemie stellt unsere Gesellschaften und parlamentarischen Demokratien auf den Prüfstand. In dieser Situation mußten viele Demokratien harte Entscheidungen treffen“, betont Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. „Eine der wesentlichen Lehren aus der Pandemie ist, daß die Parlamente der Dreh- und Angelpunkt des Krisenmanagements bleiben müssen. Sie tragen zur Stärkung demokratischer Werte bei, indem sie international unter dem Dach der IPU zusammenarbeiten. Die 5. Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten wird in diesem Jahr in einem virtuellen Format stattfinden. Virtuelle Treffen können jedoch niemals die persönliche Begegnung und den Austausch ersetzen. Das österreichische Parlament freut sich daher, im Jahr 2021 Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten aus aller Welt in Wien zu begrüßen.“

Im Rahmen der Konferenz wird der Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus eine eigene virtuelle Veranstaltung gewidmet, die am Vorabend des Internationalen Tages der Erinnerung und Ehrung der Opfer des Terrorismus am 21. August stattfindet.

Unmittelbar vor dem fünften Welttreffen der ParlamentspräsidentInnen findet am 17. und 18. August der 13. Gipfel der Parlamentspräsidentinnen ebenfalls in virtueller Form statt. Der Gipfel bietet den hochrangigsten

parlamentarischen Entscheidungsträgerinnen ein Forum für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Aufbauend auf den 25. Jahrestag der Peking Erklärung und Aktionsplattform widmet sich dieses 13. Gipfeltreffen notwendigen Maßnahmen zur verbesserten Gleichstellung der Geschlechter. Schwerpunktmäßig geht es um prioritäre Bereiche, in denen speziell aufgrund der Pandemie beherzte Maßnahmen erforderlich sind: Klimawandel, wirtschaftliche Stärkung von Frauen und Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Das Welttreffen der ParlamentspräsidentInnen findet alle fünf Jahre statt. Das Ziel dieser Konferenz, die in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen veranstaltet wird, ist die Stärkung der parlamentarischen Dimension im Rahmen der Global Governance.

Die IPU wurde vor mehr als 130 Jahren als erste multilaterale politische Organisation der Welt gegründet, um Zusammenarbeit und Dialog zwischen allen Nationen zu fördern. Heute umfaßt die IPU 179 nationale Mitgliedsparlamente und 13 regionale parlamentarische Versammlungen. Sie fördert die Demokratie und unterstützt Parlamente dabei, stärker und jünger zu werden und ein ausgewogeneres Verhältnis der Geschlechter und mehr Diversität anzustreben. Die IPU verteidigt die Menschenrechte von ParlamentarierInnen durch einen eigenen Ausschuß, der sich aus VertreterInnen der Parlamente aus der ganzen Welt zusammensetzt. ■

<https://www.ipu.org/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Aus dem Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Kurz nach EU-Gipfel: Österreichischer Rabatt vervierfacht

Wir haben ein gutes Ergebnis für die Europäische Union und für die Republik Österreich erreicht. So ist es uns etwa gelungen, daß der österreichische Rabatt von jährlich 137 auf 565 Millionen Euro angestiegen und somit vervierfacht worden ist“, zeigte sich Bundeskanzler Sebastian Kurz am 21. Juli nach dem Europäischen Rat in Brüssel „inhaltlich sehr zufrieden“. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich nach langwierigen Verhandlungen auf ein 1,8 Billionen Euro schweres Finanzpaket bestehend aus dem Aufbaufonds „Next Generation EU“ und dem mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 einigen.

Viele inhaltliche Punkte seien laut dem österreichischen Regierungschef durch den Zusammenhalt der sogenannten „frugalen Länder“ Niederlande, Schweden, Dänemark und Schweden durchgesetzt worden, denen sich auch Finnland angeschlossen habe. „Der Recovery Fund stellt ein einmaliges, zeitlich befristetes Instrument dar und bedeutet keinen Einstieg in eine Vergemeinschaftung der Schulden. Zudem sollen die einem Kontrollmechanismus unterliegenden Mittel in die Bereiche Ökologisierung, Digitalisierung und Reformen fließen.“ Erfreulich sei auch, daß die Zuschüsse von den ursprünglich geplanten 500 auf 390 Milliarden Euro reduziert worden seien. „Alles in allem handelt es sich um ein Paket, mit dem wir in Österreich sehr zufrieden sein können“, sagte Sebastian Kurz.

Europaministerin Karoline Edtstadler

„Das Ergebnis der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen und zum Wiederaufbauplan der Europäischen Union trägt dank Bundeskanzler Sebastian Kurz eine starke österreichische Handschrift und kann sich sehen lassen. Es ist damit ein wichtiger Erfolg für Europa und Österreich gelungen. Das zeigt einmal mehr: Es ist möglich, europäische Solidarität zu leben und gleichzeitig österreichische Interessen zu wahren“, zeigte sich Europaministerin Karoline Edtstadler erfreut über die Einigung in Brüssel. „Der Rabatt für Österreich wurde von bisher 137 Millionen Euro auf 565 Millionen Euro vervierfacht – das ist der größte Rabatt, den es



Foto: BKA / Arno Melicharek

Bis zum 21. Juli nahm Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) am mehrtägigen EU-Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel teil – im Bild mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Europaministerin Karoline Edtstadler

für Österreich jemals gab. Das bedeutet eine Ersparnis von knapp 4 Milliarden Euro für die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.“ Positiv bewertet sie auch, daß die Rechtstaatlichkeit künftig eine stärkere Rolle in Budgetfragen spielen soll.

Auch die Einigung auf ein gemeinsames Wiederaufbauinstrument ist für Edtstadler Ausdruck gelebter europäischer Solidarität: „Österreich hat sich von Beginn der Krise an solidarisch gegenüber Staaten gezeigt, die besonders hart getroffen wurden und wird das auch weiterhin tun. Mit dem Recovery Fund

gibt sich die Europäische Union ein Kriseninstrument zur Bekämpfung der Auswirkungen von Covid-19.“ Dabei müsse es klare und für alle akzeptable Rahmenbedingungen geben. „Es war daher richtig, daß Österreich seine Position immer eng in der Gruppe der ‚Sparsamen Vier‘ und auch Finnland auf allen Ebenen abgestimmt hat. Dadurch ist es Bundeskanzler Kurz gemeinsam mit den anderen Staats- und Regierungsspitzen dieser Länder gelungen, eine bessere Balance zwischen Zuschüssen und Krediten herzustellen und die Höhe der nicht rückzuzahlenden Zuschüsse von ursprünglich 500 Milliarden Euro auf 390 Milliarden Euro zu senken“, so Edtstadler weiter. Man nehme eine große Summe Geld in die Hand und wolle daher sicherstellen, daß dieses sinnvoll und nachvollziehbar eingesetzt wird – etwa in Digitalisierung, Innovation und Reformen, erklärt die Europaministerin: „Für die Ausschüttung der Zuschüsse wird es daher einen Kontrollmechanismus geben, der sicherstellt, daß das auch wirklich passiert.“ Es sei für sie zudem erfreulich, „daß wir durch eine klare zeitliche Befristung der Auszahlungen den Einstieg in eine Schuldenunion abwenden konnten und so unserer Verantwortung gegenüber den österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gerecht wurden“, erklärte Edtstadler abschließend. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

Plattform für Kampf gegen illegale Migration beschlossen

Einigung bei Ministerkonferenz in Wien



Foto: BMI / Jürgen Makowecz

Am zweiten Tag der Ministerkonferenz zur Bekämpfung illegaler Migration an den östlichen Mittelmeerrouten wurde eine Plattform für den Kampf gegen illegale Migration mit Standort in Wien beschlossen. Im Bild am Podium (v.l.): der für Migration zuständige EU-Kommissar Margaritis Schinas, Innenminister Karl Nehammer und Deutschlands Innenminister Horst Seehofer

Am 23. Juli, dem zweiten Tag der Ministerkonferenz zur Bekämpfung illegaler Migration an den östlichen Mittelmeerrouten, wurde eine Plattform für den Kampf gegen illegale Migration mit Standort in Wien beschlossen, um Aktivitäten in den Bereichen Grenzschutz, Rückführungen, Schleppereibekämpfung und Asylverfahren zu koordinieren.

„Die letzten beiden Tage waren geprägt von intensiven Gesprächen und dem Willen, zusammen mehr zu tun“, sagte Innenminister Karl Nehammer bei der Pressekonferenz im Anschluß an den zweiten Teil der Ministerkonferenz zur Bekämpfung illegaler Migration an den östlichen Mittelmeerrouten am in der Wiener Hofburg. „Ich muß gestehen, wir haben mehr erreicht, als erwartet.“ Im gemeinsamen Diskurs mit den 20 hochrangigen Kommissions- und RegierungsvertreterInnen sei ein starkes Bündnis gegen illegale Migration geschlossen worden.

Gemeinsam wurde die „Wiener Erklärung“ zum Kampf gegen illegale Migration beschlossen, so Nehammer weiter: „Damit können wir heute nicht nur konstruktive Gespräche, sondern auch eine politische Einigung verkünden.“ Ziel dieser Einigung sei

es, in Wien eine Plattform für den Kampf gegen illegale Migration entlang der östlichen Mittelmeerrouten einzurichten, um Aktivitäten in den vier Kernbereichen Grenzschutz, Rückführungen, Schleppereibekämpfung und Asylverfahren zu koordinieren. „Wir wollen die Akteure und Aktionen entlang der östlichen Mittelmeerroute vernetzen und dadurch Lücken frühzeitig erkennen und schließen“, erklärte der Innenminister.

Vier Kernbereiche der Plattform gegen illegale Migration in Wien

„Im Bereich des Grenzschutzes wollen wir verstärkt die Länder entlang der Migrationsrouten unterstützen, um deren Grenzen zu sichern, so wie Österreich es bereits vergangenen Februar in Griechenland getan hat und auch bereit ist in Zukunft wieder zu tun“, sagte Nehammer. Bei Rückführungen soll vor allem rascher und effizienter gehandelt werden. „Wir wollen unsere Partner am Westbalkan in jeder Hinsicht unterstützen, um gemeinsam mehr Rückführungen zu ermöglichen“, betonte der Innenminister.

„Der Kampf gegen die Schlepperei und organisierte Kriminalität ist uns allen ein großes Anliegen“, sagte Nehammer. „Denn

diese Menschen sind es, die mit dem Leid anderer Geschäfte machen. Hier können wir nicht genug tun, um dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen.“ Auch für den Bereich der Asylverfahren gelte es, rascher, effizienter und vor allem mit gegenseitiger Unterstützung zu agieren.

Drei Sicherheitsnetze

„Aus österreichischer Sicht sprechen wir beim Thema der illegalen Migration von drei Sicherheitsnetzen“, erklärte Nehammer. Der Schutz an den EU-Außengrenzen sei bereits das erste Sicherheitsnetz. Das zweite Sicherheitsnetz seien die Länder entlang der Route, um die es bei der zweitägigen Ministerkonferenz in der Wiener Hofburg ging. „Wir haben das zweite Sicherheitsnetz mit unserem Beschluß heute deutlich enger gezogen“, sagte Nehammer. Beim dritten Netz handle es sich um den eigenen Grenzschutz Österreichs. „Da auch der eigene Grenzschutz eine wichtige Komponente unseres Konzepts ist, haben wir erst vor rund drei Wochen eine ausgiebige Grenzschutzübung gemeinsam mit allen Akteuren in Nickelsdorf durchgeführt“, so der Innenminister abschließend. ■

<https://www.bmi.gv.at/>

Aus dem Außenministerium

Außenminister besucht neue Laboreinrichtung der IAEA

Am 5. Juni besuchte Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Rafael Mariano Grossi deren neue Laboreinrichtung im niederösterreichischen Seibersdorf. Das neu eröffnete Labor, benannt nach dem ehemaligen IAEA-Generaldirektor Yukiya Amano, soll die Mitgliedsstaaten der Organisation bei der Bekämpfung und Vorbeugung von Zoonosekrankheiten wie Covid-19 sowie bei der Bewältigung weltweiter Herausforderungen wie Klimawandel und Lebensmittelsicherheit unterstützen. Weitere prominente Gäste waren der japanische Botschafter Takeshi Hikihara und der deutsche Botschafter Gerhard Küntzle sowie der südafrikanische Botschafter Rapulane Molekane, die beiden Kovorsitzenden einer Gruppe von Mitgliedsstaaten, die das große IAEA-Modernisierungsprojekt unterstützten, unter dem die Yukiya Amano Laboratories gebaut wurden.

„Der Umfang der wissenschaftlichen Forschung in diesen hochmodernen Laboren ist beeindruckend“, so Schallenberg.

Die „Yukiya Amano Laboratories“ werden drei der fünf Laboren beherbergen, die von der IAEA und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gemeinsam betrieben werden: das Tierproduktions- und Gesundheitslabor, das Lebensmittel- und Umweltschuttlabor sowie das Labor für Boden- und Wassermanagement und Pflanzenernährung. Das neue Gebäude wird die Fläche der drei Labors verdoppeln. Die zweckgebundene Infrastruktur beinhaltet modernste Geräte wie Massenspektrometer und Gensequenzierungsplattformen der nächsten Generation und wird die Fähigkeit der IAEA zur gemeinsamen Forschung und zur Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten für WissenschaftlerInnen in ihren Mitgliedsstaaten verbessern. Die IAEA leistet derzeit etwa 120 Ländern Soforthilfe bei der Verwendung nuklear-basierter Covid-19-Schnelltests.

„Die Pandemie hat die Bedrohung durch zoonotische Krankheiten für die menschliche Gesundheit in den Mittelpunkt gerückt. Covid-19 unterstreicht die Bedeutung der IAEA-Laboreinrichtungen zur Unterstützung unserer Mitgliedsstaaten“, so IAEA-Generaldirektor Grossi.



Außenminister Alexander Schallenberg (l.) und der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), Rafael Mariano Grossi, bei der Eröffnung in Seibersdorf



Der japanische Botschafter Takeshi Hikihara (l.) und Außenminister Alexander Schallenberg

„Die Gewährleistung eines optimalen Umfelds für alle internationalen Organisationen und ihre Mitarbeiter in Österreich bleibt eines der Ziele der Bundesregierung. Österreich bleibt auch in Zukunft ein verlässlicher Partner der IAEA“, betonte Schallenberg und fügte hinzu: „Die Gewährleistung eines optimalen Umfelds für alle internationalen Organisationen und ihre Mitarbeiter in Österreich bleibt eines der Ziele der Regierung.“

Botschafter Takeshi Hikihara las im Namen von Frau Yukika Amano, der Witwe des

verstorbenen Generaldirektors, eine Botschaft vor, in der sie der IAEA und ihren Mitgliedsstaaten dafür dankte, daß sie ihren verstorbenen Ehemann geehrt hatten, indem sie die Laboreinrichtungen seinem Gedächtnis widmeten.

Die dreistöckige Einrichtung bietet mehr als 1500 m² Laborfläche und wurde mit Hilfe mehrerer österreichischer Unternehmen zu einem Preis von 19,2 Mio. Euro entworfen und gebaut. Mehrere IAEA-Mitgliedsstaaten, Einzelpersonen und institutioneller Partner finanzierten das Projekt. Insgesamt

Österreich, Europa und die Welt

haben 42 IAE0-Mitgliedsstaaten im Rahmen der ReNuAL-Initiative über 39 Mio. Euro an außerbudgetären Mitteln für die Renovierung aller ihrer Laboratorien für nukleare Anwendungen in Seibersdorf bereitgestellt.

Die Yukiya Amano Laboratories in Seibersdorf, etwa 40 km von der Stadt Wien entfernt, werden die Kapazität der IAE0 verbessern, Länder bei der Bewältigung wachsender Bedrohungen zu unterstützen. Dazu gehören zwischen Tieren und Menschen übertragbare Krankheiten (Zoonosen) wie Covid-19, Aviäre Influenza, Ebola und Zika. Das Tierproduktions- und Gesundheitslabor im Zentrum der IAE0-Pandemie-Reaktion koordiniert auch ein globales Netzwerk von

Veterinärlaboratorien namens VETLAB, das den Ländern hilft, die Gesundheit von Nutztieren zu schützen, die zum Lebensunterhalt von rund 70 Prozent der armen Landbevölkerung der Welt beitragen. Die beiden anderen Laboratorien führen unter anderem angewandte Forschung und Schulungen zum Einsatz nuklearer Techniken durch, um die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten und Lebensmittelbetrug zu verhindern, das Boden- und Wassermanagement zu verbessern und die Pflanzenproduktivität zu steigern.

Yukiya Amano war von Dezember 2009 bis zu seinem Tod im Juli 2019 Generaldirektor der IAE0. Im vergangenen September verabschiedete die IAE0-Generalkonferenz

einstimmig einen Beschluß, die neue IAE0-Einrichtung nach ihm zu benennen.

Der IAE0 Standort in Seibersdorf wurde 1962 mit weniger als 40 MitarbeiterInnen eröffnet und hat sich seitdem mit zunehmender Nachfrage nach seinen vielfältigen Dienstleistungen erheblich vergrößert. Die acht Laboratorien für nukleare Anwendungen am Standort beschäftigen mittlerweile mehr als 200 MitarbeiterInnen und bilden jedes Jahr über 250 WissenschaftlerInnen aus der ganzen Welt aus. Der Standort beherbergt auch zwei IAE0 Sicherheitslabors, die wesentliche nukleare Verifizierungsarbeiten durchführen. ■

<https://www.iaea.org/>

Schallenberg empfängt Amtskollegen aus vier Nachbarstaaten



Außenminister Alexander Schallenberg (Bildmitte) empfängt seine Amtskollegen aus Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien im Außenministerium in Wien (v.l.): Ivan Korčok (Slowakei), Tomáš Petříček (Tschechien), Péter Szijjártó (Ungarn) und Anže Logar (Slowenien).

Drei Monate nach den ersten Einschränkungen im Grenzverkehr und der Verlagerung diplomatischer Gespräche in den digitalen Raum fand am 16. Juni erstmals wieder ein multilaterales Treffen auf Ministerebene im Außenministerium in Wien statt. Schwerpunkt des Zusammentreffens mit den Außenministern aus Tschechien – Tomáš Petříček, Ungarn – Péter Szijjártó, der Slowakei – Ivan Korčok und Slowenien – Anže Logar, war der Erfahrungsaustausch der intensiven nachbarschaftlichen Zusammenarbeit während der Covid19-Pandemie sowie die Perspektiven der außenpolitischen Kooperation.

Der slowakische Außenminister Korčok betonte den ständigen Erfahrungsaustausch der Außenminister per Videokonferenzen und Telefonaten als Erfolgsrezept: „Unsere fünf Staaten haben die gesundheitlichen Aspekte dieser Krise sehr gut überstanden, denn der Schutz unserer Bürger hatte immer Vorrang.“

Die nachbarschaftliche Kooperation in Krisenzeiten nannte auch der slowenische Außenminister Logar als eine der positiven Erfahrungen während der Covid19-Pandemie: „Trotz geschlossener Grenzen hat unsere Zusammenarbeit zu jedem Zeitpunkt funktioniert.“

„Die Krise hat uns gelehrt, wie wichtig unsere Nachbarschaft wirklich ist“, so Außenminister Schallenberg. „Dies hat sich etwa in gemeinsamen Rückholungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beim grenzüberschreitenden Warenverkehr bewiesen.“

Auch der tschechische Außenminister Petříček zeigte sich erfreut über die nachbarschaftliche Kooperation, die von Krisenabbruch an bestand: „Durch unsere Zusammenarbeit bei zahlreichen Repatriierungsflügen gelang es uns, Bürgerinnen und Bürger aus den entferntesten Orten der Welt zurückzubringen.“

In der gemeinsamen Pressekonferenz im Außenministerium in Wien bekräftigten die fünf Außenminister, daß sich die Bedeutung dieser hervorragenden nachbarschaftlichen Beziehungen während der letzten Monate nicht nur bei gemeinsamen Rückholaktionen, sondern auch bei der Erarbeitung von Lösungen bei Herausforderungen im Hinblick auf den Grenzverkehr für Pendler oder für Beschäftigte im Gesundheitsbereich gezeigt hat.

„Es liegen herausfordernde Zeiten hinter uns, die aber von einem hervorragenden Dialog geprägt waren. Diese Dynamik wollen wir aufrechterhalten, um unsere regionale Zusammenarbeit weiter zu vertiefen“, so Schallenberg.

„Die Herausforderungen während dieser Krise haben unsere Kooperation durch ein hohes Maß an Solidarität noch weiter verstärkt“, bestätigte auch der ungarische Außenminister Szijjártó abschließend. ■

Österreich, Europa und die Welt

Treffen mit deutschsprachigen Amtskollegen in der Schweiz

Nach den Gesprächen mit seinen Amtskollegen aus Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Slowenien besuchte Außenminister Schallenberg am 17. Juni die Schweiz, um sich dort mit VertreterInnen der deutschsprachigen Nachbarländer auszutauschen. Gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus der Schweiz, Ignazio Cassis, aus Liechtenstein, Katrin Eggenberger, sowie den anwesenden Ländervertretern aus Baden-Württemberg, dem Kanton Thurgau und aus Vorarlberg, betonte Schallenberg die exzellente und pragmatische Zusammenarbeit zwischen den vier Ländern während der Covid19-Krise.

„Die Krise hat gezeigt, wie wichtig offene Grenzen sind. Nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Menschen“, so der Gastgeber des Treffens, der Schweizer Außenminister Ignazio Cassis.

Nachdem die Zusammenarbeit bei Personen- und Warenverkehr an den Grenzen während der Covid19-Krise sehr gut funktioniert hat, seien weitere Grenzöffnungen zu Drittstaaten und das Hochfahren der Wirt-



Foto: BMEIA

Beim Austausch mit VertreterInnen der deutschsprachigen Nachbarländer in der Schweiz (v.l.) Außenminister Alexander Schallenberg, Ignazio Cassis (Schweiz) und Katrin Eggenberger (Liechtenstein)

schaft die nächsten großen Herausforderungen, so Außenminister Schallenberg. Die VertreterInnen aus Österreich, der Schweiz, Deutschland und Liechtenstein waren sich einig, daß in den nächsten Wochen bei allen Lockerungsschritten Vorsicht geboten sein

müsse und die Gefahr einer zweiten Welle nicht außer Acht gelassen werden darf. „Der europäische Pulsschlag beginnt sich langsam wieder zu normalisieren, aber wir müssen weiterhin achtsam bleiben“, so Alexander Schallenberg. ■

Deutscher Außenminister Heiko Maas in Wien

Am 18. Juni konnte Österreichs Außenminister mit Heiko Maas am einen weiteren Außenminister eines benachbarten Landes in Wien willkommen heißen.

„Deutschland übernimmt den EU-Ratsvorsitz in einer sehr herausfordernden Phase. Aber es ist wie im Tennis – je stärker der Gegner, umso besser spielt man“, so Außenminister Alexander Schallenberg. Österreich werde alles dafür tun, um dazu beizutragen, daß die Ratspräsidentschaft ein Erfolg werde.

„Unter dem Motto ‚Gemeinsam. Europa wieder stark machen‘ wollen wir im Rahmen unserer Ratspräsidentschaft die Grundlage für einen wirtschaftlichen Neustart schaffen“, erklärte Maas.

Im Hinblick auf den deutschen EU-Ratsvorsitz erörterten die beiden Außenminister auch eine Reihe von außen- und sicherheitspolitischen Themen, wie etwa die Lage im Nahen Osten, die EU-USA-China-Beziehungen oder die Zukunft des Westbalkan. Insbesondere beim Annäherungsprozeß der Westbalkanstaaten an die EU habe Österreich hohe Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft. Heiko Maas bestätigte das gemeinsame Interesse an der Heranführung der Staaten des Westbalkans an die EU: „Die



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (r.) empfing den deutschen Bundesaußenminister Heiko Maas zu einem Arbeitsgespräch in Wien

EU muß auf dem Westbalkan der wichtigste Player bleiben und sich noch stärker einbringen. Wir werden darauf drängen, daß die ersten Beitrittskonferenzen mit Nordmazedonien und Albanien noch in der zweiten Jahreshälfte beginnen.“

In einer gemeinsamen Pressekonferenz bekräftigten die Außenminister das Bekennt-

nis Österreichs und Deutschlands zu einem starken Multilateralismus, zu dem Wien als einer der Amtssitze der Vereinten Nationen einen wichtigen Teil beiträgt.

„Wir wollen gemeinsam sicherstellen, daß der Multilateralismus zukünftig noch effektiver zur Lösung globaler Krisen beitragen kann“, so Schallenberg. ■

Schallenberg auf Antrittsbesuch in Slowenien

Außenminister Schallenberg setzte am 22. Juni den nachbarschaftlichen Austausch mit einem Arbeitsbesuch in Slowenien fort. Auf dem Programm stand neben einem Höflichkeitsbesuch bei Sloweniens Staatspräsident Borut Pahor ein Treffen mit Außenminister Anže Logar. Schwerpunkt der Gespräche waren unter anderem die intensive nachbarschaftliche Kooperation während der Covid19-Pandemie, sowie der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas nach der Krise: „Die Krise hat uns die Verbundenheit mit unseren Nachbarn vor Augen geführt. Wir konnten durch enge nachbarschaftliche Zusammenarbeit relativ rasch zu einer neuen Normalität finden. Diese Dynamik wollen wir aufrechterhalten, um unsere regionale Zusammenarbeit weiter zu vertiefen“, so Schallenberg.

Die hervorragende nachbarschaftliche Kooperation in Krisenzeiten wurde auch vom slowenischen Außenminister Anže Logar hervorgehoben: „Trotz der nie da gewesenen Herausforderungen dieser Krise gelang es uns stets eine gemeinsame Lösung zu finden. Wir wollen dieses Format der verstärkten Zusammenarbeit mit unserer unmittelbaren Nachbarschaft fortführen.“

Die beiden Außenminister betonten in einer gemeinsamen Pressekonferenz, daß die Krise noch nicht überwunden sei und daher mit jedem Lockerungsschritt auch hohe Achtsamkeit notwendig sei. Schallenberg: „Nach Überwindung der Gesundheitskrise muß sich der Fokus unserer Bemühungen nun auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise verlagern. Klar ist aber auch: Wir fahren momentan auf Sicht und müssen angesichts leicht steigender Infektionszahlen weiterhin wachsam bleiben“, so der Außenminister,



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Schallenberg mit dem slowenischen Staatspräsidenten Borut Pahor...



Foto: BMEIA / Gruber

... mit seinem slowenischen Amtskollegen Anže Logar, hier bei einer Pressekonferenz, und mit VertreterInnen der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien

der zum Abschluß seines Besuchs für ein Gespräch mit VertreterInnen der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien zusammentraf: „Für die österreichische Bundesre-

gierung ist klar, daß wir uns auch in Zukunft intensiv für die Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien einsetzen werden.“



Foto: BMEIA / Gruber

Österreich, Europa und die Welt

75. Jubiläum der Vereinten Nationen

Anlässlich des 75. Jubiläums der Vereinten Nationen gedachte Außenminister Alexander Schallenberg am 26. Juni im Rahmen mehrerer Veranstaltungen der Unterzeichnung der UNO-Charta.

Bei den – teils virtuell – stattgefundenen Feierlichkeiten zum Jubiläum des UNO-Gründungsdokumentes, der Charta der Vereinten Nationen, reflektierten Außenminister Alexander Schallenberg, RepräsentantInnen der Mitgliedsstaaten sowie VertreterInnen der UNO und der Zivilgesellschaft über die Erfolge und Herausforderungen der letzten Jahrzehnte seit der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen.

Im Fokus stand die Frage, welche Lehren aus den bisherigen Erfahrungen im UNO-Kontext gezogen und wie aktuelle und zukünftige Herausforderungen gemeinsam bewältigt werden können.

Außenminister Schallenberg betonte anlässlich der Feierlichkeiten: „Für Österreich ist Multilateralismus, mit einer starken UNO im Zentrum, die beste Antwort auf globale Herausforderungen. Nach 75 Jahren brauchen wir die UNO mehr denn je.“

Neben der von den Vereinten Nationen in New York initiierten Online-Zeremonie fand in Wien, einem der vier UNO-Hauptsitze, eine Charta-Gedenkfeier im Rahmen der Prä-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg anlässlich 75 Jahre Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen im Vienna International Centre mit Ghada Fathi Waly, Generaldirektorin der UNO Wien und Exekutivdirektorin der UNODC

sentation des 2020 UNODC World Drug Report statt. An der Veranstaltung im Vienna International Centre nahmen Außenminister Alexander Schallenberg sowie Generalsekretär Peter Launsky-Tieffenthal teil.

„Wir, die ‚Völker der Vereinten Nationen‘, brauchen einander – und wir brauchen eine funktionierende UNO, weil diese Organisation jeden Tag unermüdlich daran arbeitet, unseren Planeten zu einem besseren Ort zu machen“, so Schallenberg.

Die Charta, das Gründungsdokument der Vereinten Nationen, wurde am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnet und trat vier Monate später, am 24. Oktober 1945, in Kraft. Seither ist die internationale Staatengemeinschaft dazu aufgefordert, die in der Charta verankerten Werte und Ziele zu wahren und dadurch den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten. ■

<https://www.unov.org/>

Österreich leistet dringend benötigte Hilfe für den Jemen

Im Ministerrat vom 30. Juni beschloß die Bundesregierung die Bereitstellung von 1 Million Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) für den Jemen. Die humanitären Mittel werden dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) zur Linderung der humanitären Notsituation im Jemen zur Verfügung gestellt.

„Nach Jahren des bewaffneten Konflikts ist die humanitäre Lage im Jemen katastrophal. Mit den heute beschlossenen Mitteln leisten wir dringend benötigte Hilfe vor Ort, um das Leid der Zivilbevölkerung im Jemen zu lindern“, so Außenminister Schallenberg.

Im Jemen herrscht nach Angaben der Vereinten Nationen die schwerste humanitäre Krise weltweit. Der seit März 2015 anhaltende bewaffnete Konflikt hat im Jemen eine katastrophale humanitäre Notlage verursacht. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung leiden nach Angaben des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) unter akutem Hunger, 18 Millionen Menschen verfügen über keine oder nur unzureichende Versorgung



Foto: BKA / Wenzel

Außenminister Alexander Schallenberg: Der Ministerrat beschloß die Bundesregierung die Bereitstellung von 1 Million Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds.

mit Trinkwasser. Beinahe die Hälfte aller Gesundheitseinrichtungen ist nicht funk-

tionsfähig. Überflutungen Ende April 2020 erschweren die Notlage vieler Betroffener zusätzlich, Infektionskrankheiten wie Cholera und Malaria sind auf dem Vormarsch. Mit der Ausbreitung des Coronavirus hat sich die Lage weiter verschärft. „Um die Covid 19-Pandemie global zu besiegen, bedarf es eines internationalen Schulterschlusses. Österreich leistet mit dieser Hilfe einen wichtigen Beitrag“, betonte Schallenberg.

Das IKRK ist einer der wichtigsten Partner Österreichs bei der Umsetzung der humanitären Hilfe vor Ort. Trotz des erheblichen Sicherheitsrisikos und des zunehmend erschwerten Zuganges für humanitäre Organisationen, setzt das IKRK seine Aktivitäten fort.

Das IKRK hat sein Hilfsprogramm wegen des Covid-19 Ausbruches neu orientiert. Zugang zu Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen sowie Gesundheitsversorgung und die Nahrungsmittelversorgung von intern Vertriebenen stehen im Vordergrund. ■

<https://www.icrc.org/>

Österreich, Europa und die Welt

Antrittsbesuch in Italien

Nach den intensiven nachbarschaftlichen Gesprächen der vergangenen Wochen stattete Außenminister Alexander Schallenberg am 3. Juli dem italienischen Außenminister Luigi Di Maio einen Besuch ab. Zudem traf Schallenberg in Rom unter anderem zu Gesprächen mit dem Außenbeauftragten des Vatikan, Kurienerzbischof Paul Gallagher zusammen.

Im Fokus des Gesprächs mit dem italienischen Außenminister stand die nachbarschaftliche Zusammenarbeit, um gemeinsam die Herausforderungen in Zusammenarbeit mit Covid-19 zu überwinden.

„Wir sind als Nachbarn nicht nur menschlich und kulturell, sondern besonders wirtschaftlich eng miteinander verbunden. Deshalb wollen und müssen wir die Gesundheits- und Wirtschaftskrise gemeinsam bewältigen“, so Schallenberg.

In der Pressekonferenz betonte Außenminister Di Maio die gute Kooperation in der Sicherstellung des grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehrs und dankte Österreich für die Unterstützung in der Krise.

Auch die EU-Wiederaufbauhilfen wurden thematisiert, wobei Schallenberg betonte, daß Italien Österreichs zweitwichtigster Handelspartner sei und man deshalb größtes Interesse an einem starken und stabilen Italien habe. Österreich werde daher solidarisch seinen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der besonders schwer von der Coronakrise betroffenen Staaten leisten.

„Es geht uns in dieser Frage in keiner Weise um ein ‚ob‘, sondern um das ‚wie‘. Wir werden uns konstruktiv an einer Lösung beteiligen“, bekräftigte Schallenberg.

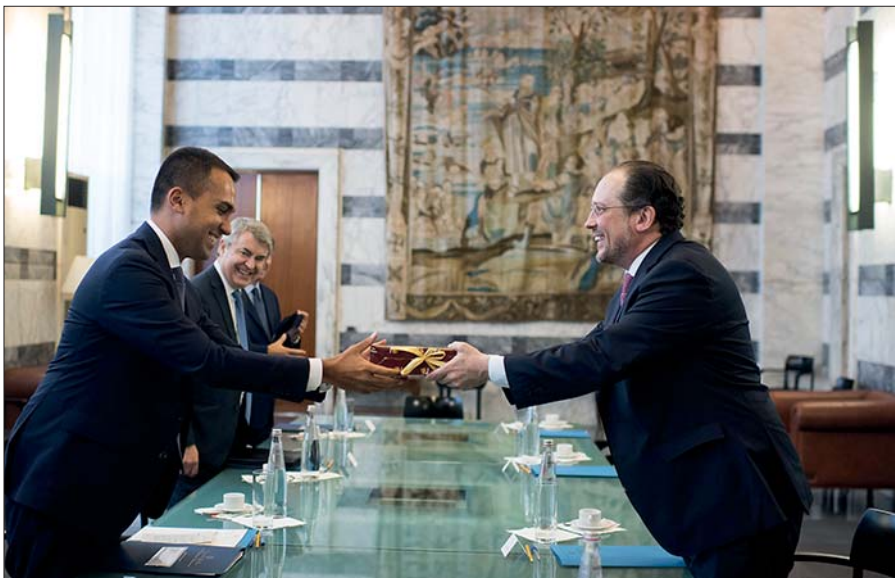
Auch Außenminister Di Maio fand klare Worte: „Wir brauchen ein Zeichen der Einheit und Stärke um umgehend auf diese beipiellose Krise reagieren zu können.“

Zudem arbeiten Österreich und Italien seit Jahren Hand in Hand in der Heranführung des Westbalkans an die EU. Beide Außenminister zeigten sich optimistisch, daß diese Bemühungen auch in Zukunft positive Ergebnisse erzielen werden. Auch im Falle von Libyen sei man sich einig, daß das Waffenembargo die Voraussetzung für einen Friedensprozeß ist.

Mit dem vatikanischen Außenbeauftragten, Kurienerzbischof Paul Gallagher sprach Außenminister Schallenberg über den Schutz christlicher Minderheiten im Nahen Osten sowie die Rolle der Kirche als Vermittler in Krisen.



Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem italienischen Amtskollegen Luigi Di Maio...



... und bei der Überreichung eines Gastgeschenks



Schallenberg mit dem vatikanischen Außenbeauftragten Kurienerzbischof Paul Gallagher

Österreich, Europa und die Welt

Nachbarschaftlicher Besuch in Bozen

Nach dem Abschluß seiner Nachbarschaftstour in Rom stattete Außenminister Alexander Schallenberg am 6. Juli Südtirol einen Besuch ab.

In Bozen traf der Minister den Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher zum nachbarschaftlichen Austausch. Im Fokus des Gesprächs stand die regionale Kooperation während der Covid19-Krise, die Südtiroler Autonomie sowie Fragen des grenzüberschreitenden Transitverkehrs. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz betonte Außenminister Alexander Schallenberg die besondere Verbundenheit von Österreich und Südtirol: „Die Beziehungen zwischen Österreich und Südtirol sind Herzensbeziehungen. Wir stehen Schulter an Schulter mit Bozen – gerade in der Krise zeigt sich diese Verbundenheit.“

Auch Landeshauptmann Arno Kompatscher unterstrich die Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Südtirol: „Unser gemeinsamer Einsatz ist in Fragen der Südtiroler Autonomie, des Transitverkehrs auf der Brennerroute sowie natürlich bei der Bewältigung der Covid19-Pandemie weiterhin gefragt.“



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg hielt gemeinsam mit dem Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher eine Pressekonferenz in Bozen ab.

Außenminister Alexander Schallenberg und Landeshauptmann Arno Kompatscher zeigten sich einig, daß man durch gute Zusammenarbeit und enge Abstimmung gemeinsam schwierige Wochen bewältigt habe. Die weitere Vorgangsweise zur Überwindung

der globalen Gesundheitskrise erfordere einen gemeinsamen Einsatz auf europäischer Ebene. ■

<http://www.provinz.bz.it/>

Lesen Sie auf der nächsten Seite über die Autonomieentwicklung Südtirols...

Slowakischer Außenminister Korčok in Wien

Außenminister Schallenberg empfing am 9. Juli seinen slowakischen Amtskollegen Ivan Korčok erstmalig zu einem bilateralen Arbeitsgespräch in Wien. Neben der engen Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie standen die Beziehungen zu den USA und China, der Konflikt in Libyen sowie effektiver Multilateralismus im Fokus des Gesprächs.

„Die Herausforderungen der globalen Gesundheitskrise haben unsere Länder einander noch nähergebracht und uns die Abhängigkeit voneinander gezeigt. Das Stärken unserer Beziehungen ist daher kein ‚nice-to-have‘ sondern ein ‚must-have‘“, betonte Schallenberg nach dem Gespräch.

Auch Außenminister Korčok unterstrich die hervorragende nachbarschaftliche Kooperation in Krisenzeiten: „In der Krise zählt die Nachbarschaft besonders viel, von Anfang an waren wir in ständigem Kontakt. Wir wollen diese verstärkte Zusammenarbeit auch in Zukunft weiter fortführen.“

Die beiden Minister waren sich einig, daß die österreichisch-slowakischen Beziehungen auch im Rahmen regionaler Koopera-



Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg empfing seinen slowakischen Amtskollegen Ivan Korčok in Wien

tionsforen, wie etwa im Slavkov-Format (Österreich, Slowakei, Tschechien) oder im Rahmen des neu konzipierten, lockeren Ge-

sprächsformates Central Five (C5 – Österreich, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Tschechien) weiter gestärkt werden sollen. ■

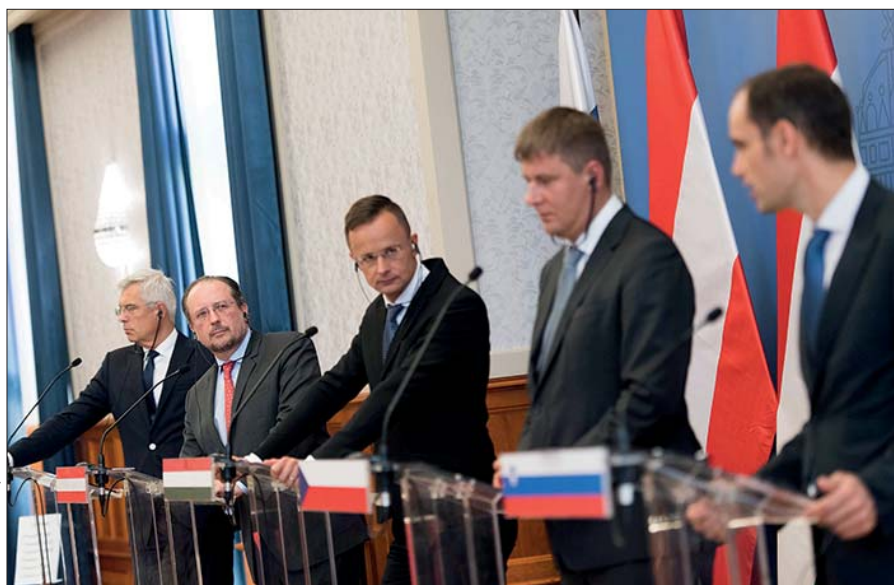
Österreich, Europa und die Welt

Nachbarschaftlicher Austausch der Central Five in Budapest

Im Juni wurde auf Initiative von Außenminister Alexander Schallenberg das Format der Central Five ins Leben gerufen, das sich aus den Außenministern Österreichs, Tschechiens, der Slowakei, Sloweniens und Ungarn zusammensetzt. Nach dem Auftakttreffen in Wien Mitte Juni trafen sich die Außenminister am 14. Juli auf Einladung des ungarischen Außenministers Péter Szijjártó in Budapest. Schwerpunkte des Treffens waren die nachbarschaftliche Kooperation während der andauernden Covid-19-Pandemie sowie ihre Folgen.

„Enge Abstimmung mit unserer unmittelbaren Nachbarschaft ist bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie essentiell. Wir sind noch nicht über den Berg und müssen dafür Sorge tragen, daß aus den derzeitigen Glutnestern nicht wieder ein Flächenbrand wird“, hielt Außenminister Schallenberg fest.

Zudem thematisierten die fünf Außenminister die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Die durch die Covid-19-Pandemie verursachte Wirtschaftskrise mache es absolut notwendig, daß sich der zentraleuropäische Wirtschaftsraum eng akkordiere und abstimme – zudem brauche es laut Außenminister Schallenberg auch auf europäischer Ebene eine faire Einigung hinsichtlich des



Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Slowenien eine Pressekonferenz in Budapest ab. v.l.: Ivan Korčok, Alexander Schallenberg, Péter Szijjártó, Tomáš Petříček und Anže Logar.

wirtschaftlichen Wiederaufbaus, in der sich jeder Staat wiederfinde.

„Was wir nicht brauchen, ist eine europäische institutionelle Krise, die sich zur Covid-19-Krise hinzugesellt“, so Schallenberg abschließend.

Bei den Central Five handelt es sich um

ein lockeres Gesprächsformat, das während des Lockdowns aus dem intensiven Kontakt der fünf zentraleuropäischen Staaten Österreich, Tschechien, der Slowakei, Slowenien und Ungarn, entstand. Das nächste Treffen in diesem Format ist im September 2020 in Laibach geplant. ■

Aktueller Bericht über die Autonomieentwicklung Südtirols

Südtirol hat weiterhin einen besonderen Stellenwert in der österreichischen Außenpolitik. Österreich wird auch in Zukunft an der Seite Südtirols stehen und seine Schutzfunktion wahrnehmen. Deshalb begrüßt die Bundesregierung, daß es in der Südtirol-Politik einen breiten Parteienkonsens gibt, schickte Außenminister Alexander Schallenberg im aktuellen Bericht über die Autonomieentwicklung in Südtirol voraus, der dem Nationalrat vorliegt.

Die aus dem Pariser Vertrag 1946 und der nachfolgenden völkerrechtlichen Praxis resultierende Schutzfunktion Österreichs für Südtirol werde von der türkis-grünen Bundesregierung verantwortungsbewußt wahrgenommen. Durch den Paktabschluß und die Streitbeilegungserklärung sei in dieser österreichischen Grundüberzeugung bzw. Rechtsauffassung keine Veränderung eingetreten, macht der Außenminister im Autonomiebericht geltend. Heute komme der Südtirol-Autonomie auf europäischer Ebene Modellfunktion für die Lösung eines Minderheitenkonflikts zu. Sie sei nunmehr gemeinsames



Zusammenarbeit weiter groß geschrieben: Außenminister Alexander Schallenberg (l.) und Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher bei einer gemeinsamen Pressekonferenz

Gut aller drei in Südtirol lebenden Sprachgruppen. Darüber hinaus bestehe für Österreich kein Zweifel, daß die Südtirol-Autonomie

nie völkerrechtlich auch auf dem Selbstbestimmungsrecht beruht, das als fortbestehendes Recht von Südtirol in Form weitgehen-

Österreich, Europa und die Welt

der Autonomie ausgeübt werde. Die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Italien kämen dabei auch Südtirol zugute.

Nicht im Fokus der türkis-grünen Bundesregierung steht die österreichische Staatsbürgerschaft zusätzlich zur italienischen Staatsangehörigkeit für SüdtirolerInnen der deutschen oder ladinischen Sprachgruppe, wie dem Bericht zu entnehmen ist. Im Regierungsprogramm der ehemaligen türkis-blauen Regierung wurde dieses von verschiedenen Seiten vorgebrachte Anliegen im Rahmen der Überlegungen zur Thematik „Staatsbürgerschaft neu denken“ aufgenommen. In den Jahren 2018 und 2019 fanden diesbezügliche Arbeiten einer Expertengruppe statt. Die Initiative zur Doppelstaatsbürgerschaft ist im aktuellen Regierungsprogramm nicht enthalten.

Der Eindruck, daß die Zustimmung dafür in Südtirol selbst geringer geworden ist, habe sich verfestigt, wie im Bericht mit Bezug auf eine im Oktober 2019 publizierte Umfrage der Michael-Gaismair-Stiftung in Südtirol (Sample: 700 Personen) dargelegt

wird. Die Studie habe gezeigt, daß zirka 25 % der Befragten (28 % der deutschsprachigen Bevölkerung) die Doppelstaatsbürgerschaft für eine gute Idee halten. Lediglich 13 % der deutschsprachigen, aber auch 9 % der italienischsprachigen Bevölkerung Südtirols würden die Doppelstaatsbürgerschaft demnach sofort beantragen. Der überwiegende Teil in allen Sprachgruppen würde die Doppelstaatsbürgerschaft laut Ergebnissen der Studie hingegen für eine schlechte oder zumindest für eine problematische Idee halten.

Eine Lösung für das politisch sensible Thema der Orts-, Berg- und Flurnamen steht zudem angesichts des im Vorfeld der Regierungsbildung 2019 von Südtirol zurückgezogenen Toponomastik-Landesgesetzes und einer Verhärtung der Positionen aus. Seitdem sei es zu keinem weiteren Anlauf zur Lösung dieser Materie gekommen.

Laut Bericht ist die vor Jahren begonnene Umwandlung faschistischer Relikte in Mahnmale mit entsprechenden Erläuterungen im Wesentlichen abgeschlossen. So wurde etwa die Krypta des Siegesdenkmals in Bozen zu

einem Dokumentationszentrum mit einer Ausstellung zur Geschichte des Denkmals und Südtirols in der Zwischenkriegszeit ausgebaut.

Vor dem Mussolini-Relief am Gebäude der Steuerbehörde am Bozner Gerichtspratz wurde das Hannah Arendt zugeschriebene Zitat „Niemand hat das Recht zu gehorchen“ angebracht, flankiert von Erklärungen am Platz vor dem Gebäude.

Geht es um das Coronavirus, ist Südtirol dem Bericht zufolge gemessen an der Bevölkerung ähnlich stark betroffen wie das Land Tirol, allerdings mit wesentlich mehr Todesfällen (Stand: Juni 2020). Im inneritalienischen Vergleich weist Südtirol überdurchschnittlich viele COVID-Fälle aus. Der Einnahmenseinbruch für die Wirtschaft sei durch den Shutdown bei einer BIP-Prognose von -7 % bis -11 % für 2020 drastisch, der Warentransport von und nach Österreich funktioniere jedoch prinzipiell. Ein massiver Einbruch der Einnahmen wird für den Tourismus erwartet, befürchtet werden Jahreseinkünfte von bis zu 50 %.

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Änderung beim Auslandsösterreicher-Fonds

Am 9. Juli wurde in der Plenarsitzung des Nationalrats eine von der Regierung vorgelegte Änderung beim Auslandsösterreicher-Fonds einstimmig beschlossen, um die aktuelle Zuwendungsgrenze für materiell in Not geratene AuslandsösterreicherInnen von 1.000 € für sogenannte vereinfachte Genehmigungsverfahren, die eine gemeinsame Zustimmung von zwei Kuratoriumsmitgliedern bedürfen, auf 1.500 € pro Jahr anzuheben. Diese sei die erste Anpassung seit 14 Jahren, informierte Außenminister Alexander Schallenberg. Der mit insgesamt 600.000 € dotierte Fonds sei in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft worden. Möglicherweise könne man damit die beinahe 600.000 im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen motivieren, mehr am politischen Geschehen teilzuhaben, meinte er.

SPÖ-Abgeordnete Nurten Yilmaz zufolge wären angesichts der rund 1.000 im Vorjahr unterstützten Bedürftigen zusätzliche Fondsmittel nötig. Für eine allfällige Erhöhung des gesamten Fonds sprach sich auch Axel Kassegger (FPÖ) aus. Die schnelle Hilfe für ÖsterreicherInnen im Ausland sei insbesondere angesichts der Corona-Krise wichtiger als je zuvor, meinte der FPÖ-Mandatar. Dem pflichtete auch Ewa Ernst-Dzied-

zic (Grüne) bei, denn die Verantwortung ende nicht an geographischen Grenzen, wie sie betonte. Die Gesetzesänderung soll dazu dienen, treffsicherer helfen zu können, erläuterte Nico Marchetti (ÖVP). Henrike Brandstötter (NEOS) nutzte die Debatte, um sich für eine Liberalisierung der Doppelstaatsbürgerschaft auszusprechen.

Der Auslandsösterreicher-Fonds

Für die Betreuung von in Not geratenen AuslandsösterreicherInnen wurde im Jahre 1967 per Gesetz der Auslandsösterreicher-Fonds (AÖF) errichtet. Aktuelle gesetzliche Regelung seit 1. Jänner 2007 ist das Auslandsösterreicher-Fonds-Gesetz (AÖF-G). Der Auslandsösterreicher-Fonds verfolgt den Zweck, österreichischen StaatsbürgerInnen, die ihren Hauptwohnsitz im Ausland haben, zur Überbrückung vorübergehender Not oder zur Linderung andauernder materieller Not einmalige oder periodische Zuwendungen zu gewähren. Bei den Leistungen des Fonds handelt es sich um ergänzende Unterstützungen wie etwa die Sozialhilfe in Österreich, nicht aber um eine Art Ersatzpension zur Bestreitung des gesamten Lebensunterhalts im

Ausland. Zuwendungen können nur dann gewährt werden, wenn das Einkommen und das verwertbare Vermögen der antragstellenden Personen sowie Leistungen unterhaltspflichtiger Angehöriger nicht ausreichen, um den Lebensbedarf zu sichern.

Seit 1. Jänner 2007 können auch „HerzensösterreicherInnen“, also frühere österreichische StaatsbürgerInnen sowie deren Kinder mit Hauptwohnsitz im Ausland, die außerordentliche materielle Not leiden, Zuwendungen aus dem Fonds erhalten. Details dazu sind den Richtlinien für die Zuwendungen des Kuratoriums vom 15. Jänner 2007 zu entnehmen (*Link siehe unten*).

Die Mitglieder des Kuratoriums werden von der Bundesregierung bestellt. Vorsitzender des Kuratoriums des Auslandsösterreicher-Fonds ist Botschafter i.R. Dr. Rudolf Lennkh, Geschäftsführerin ist Sabine Müstecaplıoğlu. Der Fonds wurde im Jahr 2019 je zur Hälfte vom BMEIA und von den neun Bundesländern in der Gesamthöhe von 600.000 Euro gefördert. Im Jahr 2019 wurden fast 1.000 bedürftige Personen unterstützt.

Quellen: Parlamentskorrespondenz/BMEIA

<https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/leben-im-ausland/treffpunkt-auslandsösterreicherinnen/auslandsösterreicher-fonds/>
https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale_Reise_Aufenthalt/AOE_Fonds_Zuwendungsrichtlinien.pdf

Gideon Eckhaus †

Der Gründer und langjährige Vorsitzende des Zentralkomitees der Juden aus Österreich in Israel und der Vereinigung der Pensionisten aus Österreich in Israel, ist verstorben.

Gideon Eckhaus wurde am 3. Juli 1923 in Wien als Sohn des Kaufmanns Karl Eckhaus und dessen Frau Sabine geboren, seine Mutter starb früh. 1935 schloß er sich dem zionistischen Jugendverband an. 1938 konnte er nach Palästina fliehen. Sein Vater wurde in Auschwitz ermordet. Seine Mutter war bereits 1934 verstorben, sein Bruder überlebte in den USA. Nach dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich flüchtete Gideon nach Triest und 1939 per Schiff weiter nach Palästina. Das Geschäft seines Vaters wurde „liquidiert“, sein Vater in Auschwitz ermordet. In Israel wirkte Gideon in vielen Funktionen maßgeblich am Aufbau des Staates mit.

Nach seiner Pensionierung gründete er gemeinsam mit Leo Luster das Zentralkomitee der Juden aus Österreich in Israel und der Vereinigung der Pensionisten aus Österreich in Israel. In eindrücklicher Erinnerung bleibt sein Engagement, mit dem er aus Österreich stammende Überlebende in Israel unterstützte – sei es in sozialer Hinsicht durch Treffen in dem kleinen Vereinslokal in Tel Aviv oder durch Unterstützung bei der Beantragung von Entschädigungsleistungen oder Pensionen aus Österreich.

Für den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus war Gideon Eckhaus in all den Jahren ein wichtiger Partner und Wegbegleiter. Anlässlich dessen 20jährigen Bestehens sagte er: „Unsere Hoffnung besteht darin, daß der Nationalfonds seine bisherige Arbeit weiterhin ausführt und zusätzlich durch Austausch sowohl von Jugend- als auch Pensionistengruppen und durch Organisationen weltweit für die Nachkommen der Opfer die Erinnerung wachhält, um eine Wiederholung des Geschehens mit aller Kraft zu vermeiden. NIE WIEDER!!!“ Ein Vermächtnis, das es weiterzutragen gilt, so Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds.

Bundespräsident Van der Bellen

„Mit Gideon Eckhaus ist ein großer Österreicher gestorben. Er war einer der vielen jüdischen Österreicherinnen und Österreicher, die vertrieben wurden, denen die Heimat, Hab und Gut, vor allem aber Verwandte



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Jacqueline Godany

Am 28. Juni 2013 im Parlament: Nationalratspräsidentin (*11. Januar 1954 – † 2. August 2014) und der Vorsitzende der Israelisch-Österreichischen Gesellschaft Tel Aviv Gideon Eckhaus (*3. Juli 1923 – † 29. Juni 2020) mit dem Großen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und der zugehörigen Urkunde

und Freunde von den Nazis und Mitläufern geraubt wurden. Eckhaus setzte sich Zeit seines Lebens für die Rechte von nach Israel geflüchteten Österreicherinnen und Österreichern ein und scheute nicht davor zurück, die Verantwortung unseres Landes einzunehmen. Er ist für die Menschen, für deren Rechte er kämpfte und für das Bewußtsein Österreichs eine unverzichtbare und unvergeßliche Persönlichkeit“, betonte Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

NR-Präsident Wolfgang Sobotka

Tiefe Betroffenheit und Trauer über das Ableben von Gideon Eckhaus bekundet Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. „Ich erinnere mich noch gut an meine Begegnungen mit ihm in Tel Aviv im Café der Altösterreicher, die wie er vor den Nazis fliehen konnten. Wenn er gesprochen hat, wurde es ruhig um ihn herum. Seinen Angehörigen möchte ich meine tief empfundene Anteilnahme in dieser schweren Stunde aussprechen“, sagte Sobotka. „Wir werden Gideon Eckhaus niemals vergessen.“

Bildungsminister Heinz Faßmann

„Gideon Eckhaus war ein langjähriger wichtiger Wegbegleiter. Mit ihm verlieren wir eine starke Stimme für die Anliegen der Holocaust-Überlebenden in Israel, eine Stimme, die fehlen wird. Unermüdlich bis ins hohe Alter trat er für ihre Rechte und ihr Wohlergehen ein. Für viele SchülerInnen und LehrerInnen in Israel und Österreich sind seine eindringlichen Berichte als Zeitzeuge unvergesslich, engagiert und beharrlich suchte er immer wieder den Dialog mit einem oft zurückhaltenden Österreich. Eckhaus forderte Österreich und österreichische LehrerInnen immer wieder dazu auf Mitverantwortung an den Verbrechen zu übernehmen, in der Schule darüber zu lehren und gegen Antisemitismus und Rassismus einzutreten. Unser Holocaust Education Institut erinnern.at nimmt diesen Auftrag sehr ernst und wird ihn im Sinne von Gideon Eckhaus weiterführen“, so Bildungsminister Heinz Faßmann.

Ein besonderer Fixpunkt der seit 20 Jahren von erinnern.at organisierten Israel-Seminare für LehrerInnen bildeten die Begeg-

Österreich, Europa und die Welt

nung der Teilnehmenden mit Gideon Eckhaus. „Seine Erinnerungen an die nationalsozialistische Verfolgung, an die Flucht ins damalige Palästina und an seinen weiteren Lebensweg in Israel hat er trotz ihrer Schwere und Traurigkeit stets mit viel Offenheit und Mut vorgetragen. Eckhaus betonte darüber hinaus auch immer wieder die pädagogische, politische und persönliche Bedeutung der Fortbildungen in Israel und der Zusammenkunft von österreichischen Lehrkräften und „Israeli Austrians“, so Faßmann weiter, der 2018 auch selbst den Klub der Altösterreicherinnen und Altösterreicher in Jerusalem besucht hatte.

Im Jahr 2018 kam Gideon Eckhaus mit rund 70 weiteren Überlebende der Shoa in ihre alte Heimat Österreich. Bei diesem Besuch hatten auch Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, mit Gideon Eckhaus über seine Erfahrungen und Erinnerungen an Österreich zu sprechen. „Ich bin dankbar für die Begegnungen mit Gideon Eckhaus und danke ihn für seinen unermüdlichen Einsatz im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus“, so der Minister abschließend.

IRG-Präsident Oskar Deutsch

Gideon Eckhaus war langjähriger Präsident des Zentralkomitees der Juden aus Österreich in Israel und in dieser Funktion ein wichtiger Partner einerseits für die jeweilige Bundesregierung aber auch für die Israeliti-



Gideon Eckhaus

sche Kultusgemeinde Wien im Besonderen. Mit unermüdlichem Engagement hat sich Gideon Eckhaus für die Anliegen der Shoah-Überlebenden eingesetzt und einen wesentlichen Beitrag zu einer kontinuierlichen Verbesserung der österreichisch-israelischen Beziehungen geleistet.

IRG-Präsident Oskar Deutsch erinnerte an die letzte Begegnung mit Gideon Eckhaus in Wien vor etwas mehr als einem Jahr im Wiener Stadttempel in der Seitenstettengasse: „Gideon Eckhaus war in der Gruppe der

letzten Menschen, die diese Synagoge vor der Verwüstung in der Pogromnacht auf den 10. November 1938 von innen gesehen hatten. Seine Erzählungen waren sowohl bedrückend als auch Mut machend. Schließlich hat er sich in Israel eine neue Existenz aufgebaut und als Angehöriger der Gründergeneration mitgeholfen, den Weg zu einem demokratischen und freien Land im Nahen Osten zu bereiten. Seine Leidenschaft für österreichische Kultur, für den Wiener Schmäh hat er niemals verloren und war stets ein verlässlicher Partner der jüdischen Gemeinden in Österreich. Gideon wird immer einen Platz in unseren Herzen haben. In Gedanken sind wir bei seiner Familie.“

Generalsekretärin Hannah Lessing

„Gideon Eckhaus, der große Kämpfer für die Anliegen der Überlebenden des Holocaust, war mir mit seiner unermüdlichen Kraft immer ein Vorbild. Österreich verliert mit ihm einen wortgewaltigen Zeitzeugen und Mahner, die Schrecken des Nationalsozialismus nicht zu vergessen. Das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, das ihm 2013 verliehen wurde, war nur ein kleiner Ausdruck des Dankes.“

<https://www.nationalfonds.org/>

<http://www.erinnern.at/>

<https://www.neue-heimat-israel.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Gideon_Eckhaus



Fotos: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Jacqueline Godany

Überreichung des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich an Gideon Eckhaus – Schauspielerin Topsy Küppers singt nach ihrer Laudatio ein Lied für Gideon Eckhaus (r.).

Wolfgang Wolte †

Trauer um verstorbenen Botschafter – Schallenberg und Edtstadler: »Mit Wolfgang Wolte haben wir einen Wegbereiter des österreichischen EU-Beitritts verloren«



Foto: ÖGfE

Botschafter i. R. Wolfgang Wolte (26. Juni 1931 – 24. Juni 2020)

Am 24. Juni verstarb der langjährige Österreichische Botschafter Wolfgang Wolte kurz vor seinem 89. Geburtstag. In seinen über 40 Jahren als Diplomat im Dienste der Republik Österreich durchschritt Wolte zahlreiche Stationen im In- und Ausland. Nach seinem Dienstantritt im Jahr 1955 führte ihn seine diplomatische Karriere zunächst an die Österreichische Vertretung in New York. Es folgten Posten unter anderem an den Botschaften in Kanada, Schweden und Deutschland. Von 1980 bis 1986 war Wolte Österreichischer Botschafter in China und von 1987 bis 1993 Österreichischer Bot-

schafter bei der Europäischen Gemeinschaft. In der Zentrale des Außenministeriums war er nach seiner Rückkehr aus Brüssel Sektionsleiter und bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1996 stellvertretender Generalsekretär.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

„Mit Wolfgang Wolte verliert Österreich einen begeisterten Botschafter des europäischen Gedankens. Er hat sich mit vollem Elan für die europäische Integration und das Friedensprojekt Europa eingesetzt. Als diplomatischer Vertreter unseres Landes in

Brüssel in den Beitrittsjahren hat er den Weg Österreichs in die damalige EG tatkräftig unterstützt und dort Pionierarbeit geleistet. Unser Mitgefühl gehört seiner Familie und seinen Angehörigen“, sprach Bundespräsident Alexander Van der Bellen seine Anteilnahme aus.

Außenminister Alexander Schallenberg

„Botschafter Wolfgang Wolte war nicht nur ein großer österreichischer Diplomat, sondern vor allem Wegbereiter des österreichischen EU-Beitritts“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

„In tiefer Trauer müssen wir uns nun von einem Menschen verabschieden, der wie kaum ein anderer Österreicher unsere Europapolitik geprägt und den Geist der europäischen Zusammenarbeit gestärkt hat. Für Generationen von Diplomatinen und Diplomaten und auch für mich persönlich war und ist er ein inspirierendes Vorbild dafür, wie die Idee des europäischen Friedensprojekts mit Leben erfüllt werden kann. Unsere tief empfundene Anteilnahme gilt seiner Familie und allen, die ihm nahegestanden sind“, so Schallenberg weiter.

Botschafter Wolte ging vor allem durch seinen unermüdlichen Einsatz als glühender Verfechter des EU-Beitritts Österreichs in die Geschichte der österreichischen Diplomatie ein. In den entscheidenden Jahren vor dem Beitritt Österreichs war er als Botschafter in Brüssel maßgeblich daran beteiligt, die Beitrittsverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Europaministerin Karoline Edtstadler

„Wolfgang Wolte trug Zeit seines Lebens Europa im Herzen. Als erster Botschafter Österreichs bei der Europäischen Gemeinschaft hatte er stets ein klares Ziel vor Augen: Österreich soll Teil der Europäischen Union werden. Von 1987 bis 1993 hat er entscheidend daran mitgewirkt, daß dieses Ziel nur zwei Jahre später Realität wurde. Sein Platz in der Geschichte des österreichischen EU-Beitritts ist ihm sicher und seine Begeisterung für das europäische Projekt soll uns allen als Inspiration dienen. Mein aufrichtiges Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden seiner Familie und seinen Freunden“, so

Österreich, Europa und die Welt

Europaministerin Karoline Edtstadler abschließend.

Jörg Leichtfried, SPÖ-Klubchef

„Österreich hat mit Botschafter Wolfgang Wolte einen großen Europäer, der Österreich in die Europäische Union geführt und begleitet hat, verloren“, kommentiert SPÖ-Europasprecher und stv. SPÖ-Klubchef Jörg Leichtfried das Ableben von Wolte. Sein Einsatz galt der europäischen Integration und dem Friedensprojekt Europa.

Leichtfried sprach im Namen des SPÖ-Parlamentsklubs seine aufrichtige Anteilnahme für die Familie, Freunde und Angehörigen des „großen Europäers Wolte“ aus.

Michel Reimon, Abgeordneter der Grünen

„Botschafter Wolfgang Wolte war ein bedeutender Wegbereiter für den Beitritt Österreichs in die Europäische Union. Als langjähriger EU-Botschafter hat er das europäische Friedensprojekt maßgeblich mitgestaltet und zur guten Integration Österreichs in der EU beigetragen“, spricht der Nationalratsabgeordnete Michel Reimon im Namen des Grünen Parlamentsklubs seine Anteilnahme für seine Familie und allen, die ihm nahegestanden sind, aus.

Paul Schmidt, ÖGfE

„Mit tiefer Trauer verabschiedet sich die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) von Botschafter a.D. Wolfgang Wolte. Er war ein patriotischer Österreicher und ein glühender Europäer. Jemand, der aufgrund seiner historischen und persönlichen Erfahrungen stets das Gemeinsame vor das Trennende stellte. Sein ganzes Leben lang war ihm die europäische Integration und das europäische Friedensprojekt ein Herzensanliegen, das er mit außerordentlicher Begeisterung gestaltete und persönlichem Engagement zu vermitteln wußte“, so Paul Schmidt, Generalsekretär der ÖGfE.

„Als erster Botschafter Österreichs bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel war er maßgeblich an der Vorbereitung des österreichischen EU-Beitritts beteiligt. Seit 1997 war er Mitglied des Vorstands und damit eine der tragenden Säulen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Mit Wolfgang Wolte verliert Österreich einen überzeugten Europäer und wir einen guten und zuverlässigen Freund. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen und Wegbegleitern.“

<https://oegfe.at/>

Botschafter i. R. Dr. Wolfgang Wolte

- * 26. Juni 1931 Badgastein (Salzburg)
- Heimatgemeinde: Rosegg (Kärnten)
- 1950 Matura, Abteigymnasium Seckau, Steiermark
- 1951 – 1952 Fulbright-Stipendium an der Miami University, Oxford, Ohio, USA
- 1954 Doktor juris, Universität Wien
- 1955 Sommersemester am Bologna Center der Johns Hopkins Universität
- 1955 – 1956 Bundeskanzleramt – Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für internationale Organisationen
- 1956 – 1958 Legationssekretär, Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen, New York
- 1958 – 1961 Legationsrat, Botschaft Ottawa
- 1961 – 1964 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Wien, Politische Sektion
- 1964 – 1966 Botschaftsrat, Botschaft Stockholm
- 1966 – 1968 Stellvertretender Missionschef, Botschaft Bonn
- 1968 – 1975 Stellvertretender Missionschef, Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen, New York
- 1975 – 1980 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Wien, Leiter der Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit, Ständiger Vertreter Österreichs bei der UNIDO
- 1980 – 1986 Botschafter in Peking
- 1987 – 1993 Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- 1993 – 1996 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Wien, Leiter der Sektion für Wirtschaftspolitik und europäische Integration
- seit 31. Dez. 1996 Ruhestand
- seit 1997 Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Mitglied des Vorstands und des Beirats
- seit 1997 Mitglied von „Team Europe“ (EU-Kommission)
- seit 1997 Mitglied der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (E.L.E.C.)
- † 24. Juni 2020 in Wien

Wissenschaftliche bzw. publizistische Tätigkeiten

- I. Leitung in folgenden Projekten des

Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank:

- a) 7624 – „EU-Erweiterung“
- b) 8595 – „Evaluation und Reduktion der Lohnnebenkosten“
- c) 10557 – „Die wirtschaftlichen und politischen Grenzen Europas“
- d) 13582 – „Innovation und Konflikt“

II. Regelmässige Tätigkeit im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik:

- Presseartikel zum Thema EU in Tageszeitungen und Magazinen
- Leserbriefes in österreichischen Tageszeitungen
- Interviews mit österreichischen Medien
- Referate, insbesondere vor 16-18jährigen SchülerInnen in Gymnasien und Fachschulen
- Teilnahme an Podiumsdiskussionen zur Eröffnung der aus 20 Tafeln bestehenden Wanderausstellung „Die EU und Du – Eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“

III. Beitrag „Österreich in der Europäischen Union“ in: „Friedensmacht Europa“, herausgegeben von Herwig Büchele und Anton Pelinka, Innsbruck university press, 2010

Wolfgang Wolte über sich selbst

Bin begeisterter Leser, insbesondere der deutschsprachigen und französischen Literatur.

Spiele seit meiner Jugend regelmäßig – und daher leidlich gut – Klavier.

Bin Mitglied einer Kärntner Amateur-Singgruppe (unter professioneller Anleitung!) in Wien.

Ein Spezialbeitrag zur Europaidee ist mein gelegentlicher gesanglicher Vortrag der „lateinischen“ Europahymne (Text vom bekannten Wiener Althilologen Dr. Peter Roland).

Meine sportliche Tätigkeit beschränkt sich nunmehr auf Langlaufen, unspektakuläres Wandern und Gymnastik.

Quelle: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichipark

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: »Wer sich der Geschichte nicht stellt, den stellt die Geschichte«



Foto: BKA / Dragan Tatlic

Baubeginn der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichipark mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler, der Wiener Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler, der Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing und dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Oskar Deutsch

Anlässlich des Baubeginns der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte fanden sich am 22. Juni VertreterInnen aus Bundes- und Landespolitik sowie des Nationalfonds und der Israelitischen Kultusgemeinde Wien auf dem Areal des Wiener Ostarrichiparks vor der Österreichischen Nationalbank ein. Darunter Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler, die Wiener Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler, die Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing und der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Oskar Deutsch. In Ihren Ansprachen wiesen sie unter anderem auf die historische Verantwortung Österreichs an der Shoah hin und bekräftigten einmal mehr, wie wichtig das

Gedenken an die Opfer und eine aktive Erinnerungspolitik seien.

„Als mich Kurt Tutter im März 2018 gefragt hat, habe ich den Ehrenschatz für die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte aus tiefster Überzeugung und einer klaren Haltung heraus übernommen: Wer sich der Geschichte nicht stellt, den stellt die Geschichte. Diese Gedenkmauer gibt den 64.259 jüdischen Kindern, Frauen und Männern, die in Österreich gelebt haben und in der Shoah ermordet wurden, ihre Identität zurück. Ihre in Stein gemeißelten Namen sorgen dafür, daß sie niemals vergessen werden“, sagt Wolfgang Sobotka, Präsident des Nationalrates.

„Die Namensmauern-Gedenkstätte soll uns an die Namen von mehr als 64.000 Op-

fern der Shoah erinnern und damit an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Wir werden in Zukunft daran gemessen werden, welche Taten wir heute setzen, um eine Gesellschaft zu schaffen, die frei ist von Antisemitismus und Rassismus. Denn es ist unsere Verantwortung und Pflicht, im täglichen Leben und im Gedenken nicht nur in die Vergangenheit zu schauen, sondern auch heute Antisemitismus in all seinen Ausprägungen zu bekämpfen“, hält Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler fest.

„Ich freue mich, daß wir heute den Spatenstich zu einem bedeutsamen Erinnerungsprojekt setzen dürfen. Der Ort im Ostarrichipark für die Namensmauern ist gut gewählt, er ist zentrumsnahe, weithin sichtbar und

Österreich, Europa und die Welt

von verschiedenen Generationen frequentiert. Holocaust-Denkmäler und Mahnmale sind nicht nur wichtige Zeichen für die Zeitzeugen, sondern auch für die kommenden Generationen. Sie tragen zur Auseinandersetzung mit unserer Geschichte bei, insbesondere mit dem beschämendsten Teil unserer Vergangenheit, machen diese bewusst und halten so die Erinnerung lebendig. Ich danke Kurt Tutter für seine Initiative und sein Engagement“, betont Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler.

„Die Namensmauern-Gedenkstätte wird ein wichtiger Ort zur Reflexion über die Geschehnisse in der Vergangenheit und Entwicklungen in der Gegenwart sein. Erinnerung ist aber nicht nur, aus der Geschichte zu lernen, um sie nicht zu wiederholen, es ist auch die Verantwortung, die sich in direkter Konsequenz daraus ableitet, nämlich das kostbare Gut des wieder erblühenden jüdischen Lebens zu fördern und als integralen Teil Österreichs zu verstehen“, so Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.

Die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte soll einen ebenso zentralen wie ruhigen Ort bieten, wo des Schicksals der über 64.000 ermordeten Menschen gedacht und ihr Leben geehrt werden kann. Auf Initiative des aus Österreich stammenden Holocaust-Überlebenden Kurt Yakov Tutter und des Vereins zur Errichtung einer Shoah Namensmauern Gedenkstätte konnte im Jahr 2018 mit der Umsetzung dieses wichtigen Erinnerungsprojekts begonnen werden. Der wesentliche Teil der Finanzierung erfolgt durch die Bundesregierung, in Folge einer entsprechenden Zusage von Bundeskanzler Sebastian Kurz 2018. Zudem haben die Bundesländer sowie die Industriellenvereinigung einen Beitrag zur Realisierung des Projekts geleistet.

Der Nationalfonds steht mit Kurt Yakov Tutter seit 1997 in Kontakt und begleitete auch den Weg zur Errichtung der Shoah-Namensmauern. Für Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds, ist die neue Gedenkstätte auch wegen ihrer in Auschwitz ermordeten Großmutter ein wichtiger Erinnerungsort: „Die Shoah-Namensmauern werden für die Familien ein Ort der Begegnung mit ihren ermordeten Lieben sein – und für alle Menschen in Österreich ein Ort der Begegnung mit Geschichte.“

Aufruf zur Überprüfung der Namen

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) hat über



Foto: BKA / Dragan Tatic

Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler bei ihrer Ansprache anlässlich des Baubeginns



© Wehofer Architekten ZT GmbH

Visualisierung der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichipark

Jahrzehnte die Namen und Daten der österreichischen Holocaustopfer recherchiert. Die so entstandene Datenbank der Opfernamen bildet die Grundlage des Denkmals. Um sicherzustellen, daß möglichst alle Namen auf diesem Monument Berücksichtigung finden, bittet man Angehörige und Nachkommen, die auf der Homepage des DÖW einsehbarer Opferdatenbank zu konsultieren:

<https://www.doew.at/personensuche>

Die angeführten Namen und Daten beruhen ausnahmslos auf Angaben in offiziellen Dokumenten. Die Liste der Holocaustopfer umfaßt ehemalige österreichische StaatsbürgerInnen, in Österreich geborene sowie heimatberechtigte Personen sowie Personen, die über die Dauer von zehn Jahren in Österreich wohnhaft waren. Sollten österreichische Opfer im Ausland aufgegriffen und von dort deportiert worden sein, so kann es vorkommen, daß sie in der derzeit vorliegenden Liste nicht enthalten sind. Etwaige Abwei-

chungen in der Schreibweise der Namen können durch die in der Habsburgermonarchie übliche unterschiedliche Schreibweise von Namen durch ungarische, slawischsprachige und deutsche Behörden entstanden sein. Die Schreibweise des DÖW beruht auf der letztgültigen Schreibweise in den österreichischen Dokumenten.

Das Dokumentationsarchiv bittet Angehörige und Nachkommen österreichischer Holocaustopfer sich mit ihren Informationen direkt an das DÖW zu wenden.

office@doew.at

Bis zum Stichtag 10. August 2020 eingebrachte Ergänzungen und Änderungen können noch auf der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte berücksichtigt werden. Die nach dem 10. August 2020 bekannt gegebenen Opfer können nachgetragen und auf einer weiteren Stele der Gedenkstätte verewigt werden.

<https://www.shoah-namensmauern-wien.at/>

EU-Meinungsbild von Österreichs Jugend

... als Auftrag für die Zukunft – 81 Prozent: EU-Mitgliedschaft ist gute Sache, 83 Prozent fühlen sich als EU-BürgerIn

Jugendliche in Österreich sehen die Mitgliedschaft unseres Landes in der Europäischen Union überwiegend positiv. Das zeigt die diesjährige Jugend-Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, die noch vor dem Corona-Lockdown durchgeführt wurde. Dennoch bedeutet die Corona-Krise gerade für junge Menschen einen tiefen Einschnitt in ihre Lebensrealität. Ihren Anliegen muß daher gerade in den europäischen Wiederaufbauplänen zentrale Bedeutung zukommen. Jetzt ist es an der EU, dem in sie gesetzten Vertrauensvorschuss gerecht zu werden“, betont Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).

Im Rahmen der ÖGfE-Jugendumfrage wurden im Zeitraum September 2019 bis Mitte März 2020 insgesamt 1678 Jugendliche ab 15 Jahre an 33 Schulen (Berufs- und Fachschulen, AHS und BHS) österreichweit befragt.

81 % bewerten die Mitgliedschaft unseres Landes in der Europäischen Union als „gute Sache“, 3 % sehen sie dagegen als „schlechte Sache“. Ein knappes Fünftel (18 %) äußert sich in dieser Frage unentschieden („weder noch“).

Mehr als acht von zehn Jugendlichen fühlen sich selbst als EU-BürgerIn – davon 40 % „auf jeden Fall“ und 43 % „eher schon“. Für insgesamt 17 % gilt dies jedoch nicht: 14 % empfinden sich „eher nicht“ und 3 % „überhaupt nicht“ als EU-BürgerIn.

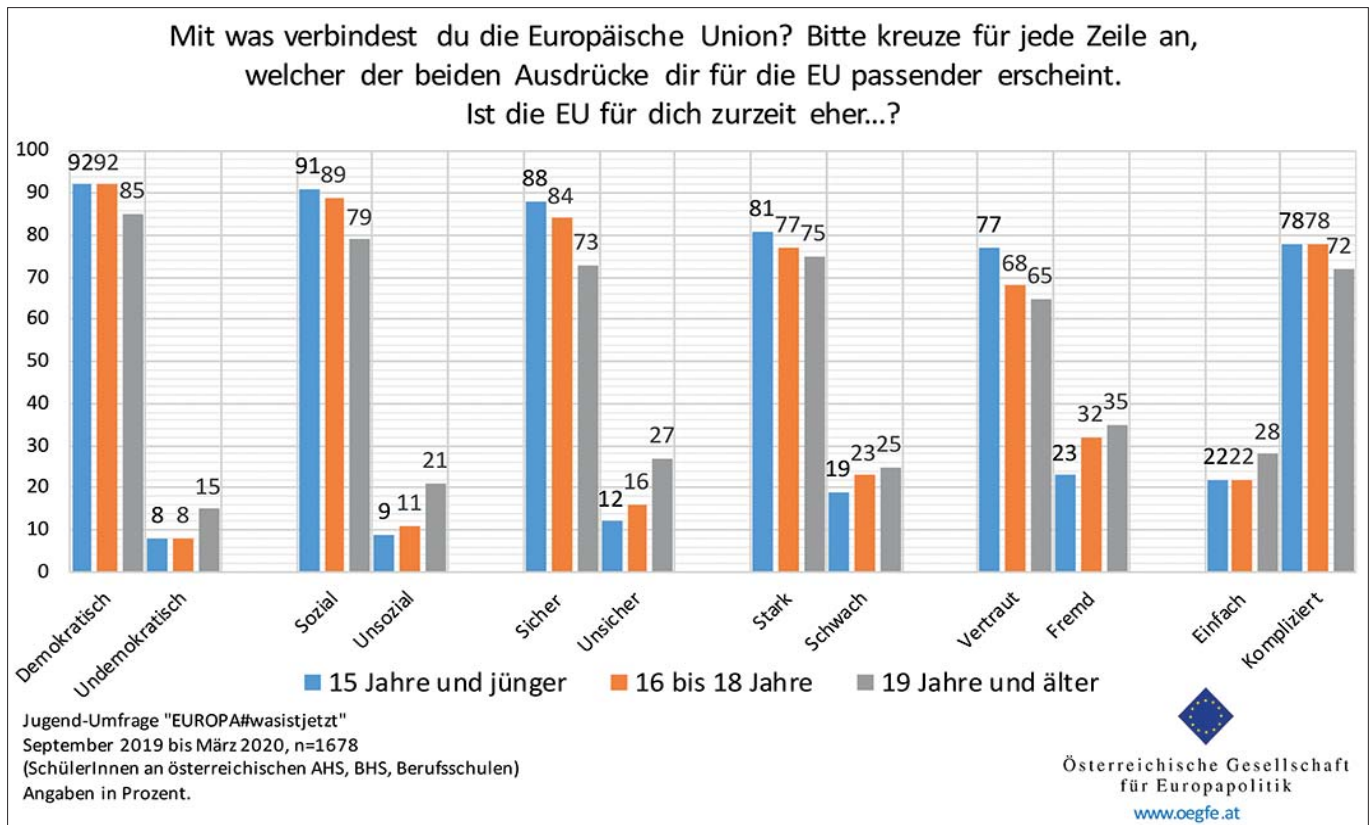
Sieben von zehn Befragten sind der Ansicht, daß in Zukunft innerhalb der EU eher mehr gemeinsam auf europäischer Ebene entschieden werden sollte. Drei von zehn plädieren für ein Mehr an nationalen Entscheidungen.

„Unter Jugendlichen ist die Identifikation mit Europa kontinuierlich hoch, sie plädieren dafür, daß grundsätzlich mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen

werden. Die Corona-Pandemie hat diesem Wunsch anfangs einen Dämpfer versetzt, nun ist es umso wichtiger, daß die umfassenden EU-Hilfsprogramme rasch zur Umsetzung gelangen.“

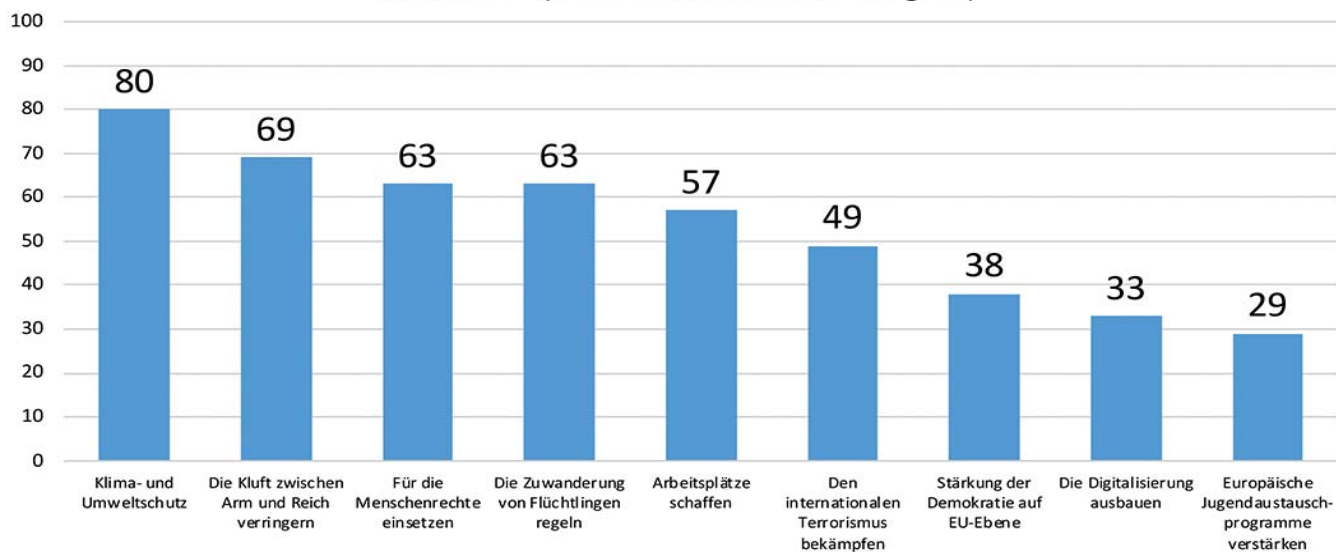
Neun von zehn Befragten halten die EU gegenwärtig für „demokratisch“, eine/r von zehn sieht sie als „undemokratisch“. 87 % bewerten die Union als „sozial“, 13 % als „unsozial“. 83 % empfinden die Europäische Union als „sicher“, 17 % als „unsicher“. 77 % sehen sie als „stark“, 23 % als „schwach“. Sieben von zehn Befragten ist die EU „vertraut“, drei von zehn ist sie „fremd“. Lediglich 24 % haben den Eindruck, daß die Union „einfach“ ist, 76 % empfinden sie als „kompliziert“.

„Österreichs Jugend stellt der EU ein gutes Zeugnis aus“, sagt Schmidt. „Ein überwiegender Teil empfindet sie als demokratisch, sozial, sicher und stark. Eine große Mehrheit hält die Union allerdings auch für



Österreich, Europa und die Welt

Um welche Themen soll sich die Europäische Union besonders kümmern? (Mehrfachantworten möglich)



Jugend-Umfrage "EUROPA#wasistjetzt"

September 2019 bis März 2020, n=1678 (SchülerInnen an österreichischen AHS, BHS, Berufsschulen)
Angaben in Prozent.


Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik
www.oegfe.at

kompliziert. Wenn es um die Frage geht, welchen Themen sie sich vorrangig widmen soll, zeigt sich eine klare Prioritätenskala.“

An erster Stelle steht der Klima- und Umweltschutz (80 %): SchülerInnen ist dieser Punkt wichtiger als Schülern (86 zu 76 %), jungen eher als älteren (15 Jahre: 92 % / 16 bis 18 Jahre: 79 % / ab 19 Jahre: 70 %). Jugendliche an AHS sprechen sich zu 90 % dafür aus, daß Klima- und Umweltschutz eine besondere Priorität der EU sein soll, bei SchülerInnen an BHS sind es 79 %, bei jenen an Berufsschulen 70 %.

69 % möchten, daß sich die EU künftig verstärkt darum kümmert, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. 63 % der Jugendlichen erwarten, daß die EU sich für Menschenrechte stark macht. Ebenso hoch – 63 % – ist die Zahl jener, die sich wünschen, daß die EU die Zuwanderung von Flüchtlingen engagiert regelt.

57 % sehen es als eine der dringlichsten Aufgaben der EU, Arbeitsplätze zu schaffen. 49 % sind der Ansicht, daß sich die EU künftig stärker der Bekämpfung des internationalen Terrorismus widmen soll. 38 % möchten, daß sich die EU um die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene kümmert. 33 % wünschen sich, daß sich die EU beim Ausbau der Digitalisierung stark engagiert. Für 29 % schließlich ist der Ausbau europäischer Jugendaustauschprogramme ein zentraler Bereich, dem sich die EU zuwenden soll.

„Das EU-Stimmungsbild der Jugend prä-

Corona ist überwiegend positiv. Wirtschaftliche Krisenzeiten sind jedoch ein idealer Nährboden für nationalistische und populistische Strömungen, Protektionismus und Demokratieverdruß. Um dagegenzuhalten, braucht es daher jetzt entschiedene gemeinsame Schritte auf europäischer Ebene, die den Mehrwert der Zusammenarbeit in den Vordergrund stellen“, appelliert Schmidt.

Hintergrund

Die Umfrage wurde österreichweit im Rahmen der Wanderausstellung sowie Berufsschultour „EUROPA#wasistjetzt“ durchgeführt. 1678 Jugendliche an 33 Schulen wurden im Zeitraum September 2019 bis Mitte März 2020 schriftlich befragt. Gesamt-Umfragesample: 24 % der Befragten waren 15 Jahre, 51 % 16 bis 18 Jahre und 25 % 19 Jahre und älter. 58 % Schüler, 42 % Schülerinnen; Einbezogene Schultypen: 51 % Berufs-, Fachschule, 44 % AHS, 5 % BHS. Fehlende Werte auf 100 % = „Keine Angabe“.

Die Auswertung der Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft erstellt.

Ziele, Aufgaben und Struktur der ÖGfE

Die ÖGfE wurde im Jahr 1991 gegründet und ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein, finanziert und gebildet von den österreichischen Sozialpartnern und der Österreichischen Nationalbank. Die ÖGfE informiert über die europäische Integration und steht für

einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung in Bezug auf die Förderung europäischer Debatten und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen und Analysen.

Schwerpunkte und Aktivitäten

- Stellungnahmen und Analysen zu aktuellen EU-Themen
- Wissenschaftliche Publikationsreihe „ÖGfE-Policy Briefs“
- Veranstaltungsreihe „Europa Club Wien“/ „Europa Club Uni“ und weitere Diskussionsformate
- Meinungsforschung
- Informationsarbeit an Schulen, EU-Seminare für LehrerInnen
- Erstellung von Informationsmaterial
- Monatliche Abstimmungsmonitorings der österreichischen EU-Abgeordneten
- Europäische Forschungsprojekte & Networking
- Jährliche Aktionen mit EU-Themenschwerpunkten
- Umfassende Social Media Präsenz

Finanziert und gebildet von

Oesterreichische Nationalbank, Wirtschaftskammer Österreich, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Landwirtschaftskammer Österreich und Bundesarbeitskammer. ■

<https://oegfe.at/>

Partner aller Nationen – Neues vom Dachverband PaN

Die Corona-Epidemie stellte uns in der ersten Jahreshälfte alle vor große Herausforderungen. Nahezu alle Veranstaltungen mußten von unseren bilateralen Freundeschaftsgesellschaften abgesagt werden – dies betraf in gleicher Weise auch den Dachverband-PaN.

Nun scheint die Epidemie zumindest teilweise überwunden und erste Anzeichen einer „neuen“ Normalität beginnen sich abzuzeichnen. Wie wir alle sehen, ist aber Vorsicht nach wie vor unerlässlich und notwendig, um eine „zweite Welle“ zu verhindern. Für uns alle heißt dies, daß wir bei der Veranstaltungsplanung die uns alle schützenden Regeln weiterhin peinlich genau einhalten.

Neuorganisation

Auch der Dachverband hat die Corona-Zeit dazu genutzt, sich neu aufzustellen. Eine Verbesserung des Online-Informationsangebots sowie eine Verschlinkung der Arbeitsabläufe in der Administration gehören zu den umzusetzenden Aufgaben in diesem Jahr.

An dieser Stelle gilt unser äußerst herzlicher Dank Ivana Bogdan, die nicht nur viele Jahre das PaN-Büro in äußerst engagierter Weise erfolgreich führte und uns allen als verlässliche, kongeniale Organisatorin bekannt ist, sondern auch – obwohl sie bereits beruflich neue Ziele verfolgte – im Jubiläumsjahr und darüber hinaus dem Dachverband dankenswerterweise zur Verfügung stand. Mit der Neuorganisation des PaN-Büros bedauern wir zwar ihren Weggang, wissen aber, daß sie dem Netzwerk des Dachverbands-PaN auch weiterhin aufs engste verbunden bleiben wird. Alle Anfragen richten Sie bitte via E-Mail an office@dachverband-pan.org

Verstärkung für den Vorstand

Der Vorstand des Dachverbands erlaubt sich die erfreuliche Mitteilung, daß er eine substantielle Verstärkung erhalten hat. Wir freuen uns, den allseits bekannten und in der Österreichisch-Rumänischen Gesellschaft langjährig äußerst erfolgreich agierenden Generalsekretär Lukas Marcel Vosicky in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen.

Mit dieser Kooptierung ist der Dachverband in seinem 61. Bestandsjahr – nachdem



Foto: Dachverband PaN

Freuen sich bereits auf die ersten Veranstaltungen nach der Corona-bedingten Pause: PaN-Präsident Hermann Mückler (r.) und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

wir zu Jahresanfang bereits mit der Kooptierung des langjährigen Protokollchefs der burgenländischen Landesregierung und Präsidenten der Österreich-San Marino Gesellschaft Johannes Pinczolics weitere Unterstützung erhalten hatten – gut aufgestellt, als Team die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen sowie die für die nahe Zukunft geplanten Aktivitäten umzusetzen.

Geplante Veranstaltungen

Zwei Veranstaltungen sind bereits weit in der Vorbereitungsphase fortgeschritten, nämlich das Konzert von „Prima la Musica Wien“ gemeinsam mit den Wiener Philharmonikern am 17. August im Palais Hansen Kempinski sowie das PaN-Sommerfest am 25. September in den Blumengärten Hirschstetten in Wien Donaustadt.

Für September/Okttober ist von unserem PaN-Partnerhotel, der Vila Vita Pannonia im

Seewinkel, die Eröffnung der neuen Freizeitanlage mit neuen Bungalows am erweiterten Badeteich und der PaN-Klimainsel ins Auge gefaßt, an der auch PaN-Gesellschaften teilnehmen können.

PaN-BMEIA Sonderpreis

Letztendlich steht auch noch die alljährliche Vergabe des PaN-BMEIA Sonderpreises an eine unserer PaN-Gesellschaften im Herbst des Jahres auf unserem Terminkalender.

Wir wünschen allen weiterhin vor allem Gesundheit – bleiben Sie bitte weiterhin vorsichtig und schützen Sie sich und Ihre Lieben. Wir freuen uns darauf, Sie alle wohlbehalten in der zweiten Jahreshälfte wiederzusehen und wünschen Ihnen nun schöne, erholsame Sommermonate.

*Hermann Mückler
im Namen des gesamten Vorstands*

Herbert Wiedermann †

An der Spitze des Fachverbandes hat er das Ansehen der Österreichischen Fahrschulen in Europa und darüber hinaus maßgeblich gesteigert.

Noch einige Tage vor seinem unerwarteten Abschied hat Herbert Wiedermann sein „Kind“, den Österreichischen Bundesfahrprüfer- und Fahrlehrertag am „Red Bull Ring“, mit seinem Fahrschulenteam mit Erfolg über die Bühne gebracht. Trotz Coronavorböten waren über 350 FahrlehrerInnen und -prüferInnen angereist und konnten sich über aktuelle Fahrschul- und Führerscheinthemen informieren, zukunftsorientierte Fahrzeuge testen und vor allem einen europaweit einmaligen Erfahrungsaustausch mit BranchenkollegInnen machen.

Der erste Erfahrungsaustausch dieser Art wurde von der Fachvertretung der Wiener Fahrschulen 2012 als Pilotversuch auf einem Fahrschulübungsgelände in Korneuburg abgehalten. Die Initiative ergriff der damalige erst kurz in dieser Funktion agierende und bald darauf Fachverbandsobmann für Österreich Herbert Wiedermann.

Mit diesem und weiteren Exportprodukten wie der Österreichischen Mehrphasenausbildung seit dem Jahr 2003, durch die bereits mehr als zwei Millionen AutolenkerInnen und MotorfahrerInnen verkehrssicher ausgebildet wurden, begann für die Österreichische Fachverbandsvertretung der internationale Weg, das „Know how“ der erfolgreichen Fahrschulbildung auch anderen europäischen Ländern zu präsentieren und anzubieten.

Seither ist die österreichische Führerscheinausbildung gefragt – nicht nur in Europa, auch in vielen anderen Ländern, wie etwa in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das Mehrphasensystem besitzt seit 15 Jahren immer noch Alleinstellungsmerkmal in der EU und dient als „Role Model“ bei EU-Einrichtungen und Vorbild bei internationalen Verkehrssicherheitsverbänden in den EU-Mitgliedsstaaten.

So war es nur eine logische Folge, daß sich Fachverbandsobmann Herbert Wiedermann und sein Geschäftsführer Stefan Ebner auf den Weg in viele Länder Europas und darüber hinaus nach Rußland, Georgien etc. machten, um einen Beitrag zur Hebung der Verkehrssicherheit auch in diesen Ländern zu leisten.

Aber nicht nur das Konzept der Mehrphasenausbildung (sogenannte zwei Ausbil-



Foto: WKÖ

Herbert Wiedermann

dungsphasen), sondern auch das in Österreich entwickelte „EcoDriving“ ist Vorbild in Europa. Dabei zeigen rund 1200 zertifizierte Spritspar-TrainerInnen in ganz Österreich Tricks zur modernen und effizienten Fahrweise, mehr als 1000 von ihnen sind in den heimischen Fahrschulen tätig. Betriebe und öffentliche Verwaltungen können für diese Trainings mit Elektrofahrzeugen einen Kostenzuschuß über das Programm EcoDriving Austria beantragen.

Alle diese zukunftsweisenden und gleichzeitig existenzsichernden Einrichtungen und Maßnahmen hat Herbert Wiedermann in

acht Jahren an der Spitze des Fachverbandes Fahrschulen entscheidend zum Durchbruch verholfen und damit das Ansehen der Österreichischen Fahrschulen in Europa und darüber hinaus maßgeblich gesteigert. Und im Mai 2019 wurde er von der Generalversammlung der Europäischen Fahrlehrer-Association zum Vizepräsidenten gewählt.

„Er war es, der das Image der Österreichischen Fahrschulen um Inland und auf europäischer Ebene durch sein authentisches Auftreten stark verbesserte“, so Walter J. Gerbautz, ehemaliger Geschäftsführer der Fachvertretung Fahrschulen und Allgemeiner Verkehr, sowie Generalsekretär des Dachverbands PaN-Partner aller Nationen.

Reisen & Veranstaltungen

- 1. Fahrlehrertag am Red Bull Ring, 2015
- Belgien, Brüssel, 2015
- Dänemark, Kopenhagen, 2016 (EFA)
- Spanien, Madrid, 2016 (CIECA)
- Deutschland, Berlin, 2016
- Niederlande, Amsterdam, 2017 (EFA)
- Deutschland, München, 2017 (EFA)
- Portugal, Lissabon, 2018 (EFA)
- Rußland, St. Petersburg, 2018 (EFA)
- Finnland, Helsinki, 2018 (EFA)
- Nordirland, Belfast, 2018 (CIECA)
- Deutschland, Berlin, 2018
- England, Manchester, 2019
- Italien, Turin, 2019 (EFA)
- VAE, Abu Dhabi, 2019 (PIARC)

<https://wko.at/fahrschulen-allgemeinerverkehr>



Foto: WKÖ / Florian Wieser

v.l.: Stefan Ebner und Joachim Steininger (WKÖ-Fachverband Fahrschulen), Karl Schlosser und Johannes Adensamer (Fachvertretung Wien) und Walter J. Gerbautz, GS Dachverband PaN

Österreich, Europa und die Welt

OeAD wird zu Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung

Der Österreichische Austauschdienst (OeAD) wird ab 1. Jänner 2021 Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung. Diese Änderung wurde im Rahmen des von der Bundesregierung vorgelegten Forschungsfinanzierungsgesetzes dem Nationalrat zur Beschlußfassung vorgelegt.

Der OeAD ist eine zu 100 Prozent im Eigentum der Republik Österreich stehende GmbH.

OeAD-Geschäftsführer Jakob Calice dazu: „Ich begrüße ausdrücklich die Umbenennung hin zu „OeAD – Agentur für Bildung und Internationalisierung“. Damit setzt die Bundesregierung ein deutliches Zeichen für die Weiterentwicklung und gibt eine klare Linie für seine Agentur vor.“

Jakob Calice betont weiters: „Jetzt ist in unserem Namen eindeutig erkennbar, was wir schon längst geworden sind: eine Agentur, die mit ihrer Arbeit die Republik Österreich dabei unterstützt, Herausforderungen

in Bildung und Internationalisierung zu meistern.“

Mit dem Forschungsfinanzierungsgesetz gewinnt der OeAD damit seine Aktivitäten und Förderungen für Internationalisierung in Wissenschaft und Bildung mehrjährige Planungssicherheit. Die Regierungsvorlage ist ein wichtiges Signal der Bundesregierung für die Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts. Calice: „Gerade in Zeiten der Krise braucht es Zukunftsinvestitionen, die eine positive Standortentwicklung forcieren und die Internationalität österreichischer Hochschul- und Forschungseinrichtungen trotz Corona beflügeln. Am Weg dazu ist das Forschungsfinanzierungsgesetz ein wichtiger Schritt.“

Über den OeAD

Der OeAD fördert und vernetzt mit seinen Programmen Menschen und Institutionen aus Bildung, Wissenschaft, Forschung

und Kultur. Als Agentur der Republik Österreich leistet der OeAD damit einen Beitrag zur inklusiven, gleichberechtigten und hochwertigen Bildung. Als wichtigste Instrumente dienen der Agentur der europäische und internationale Austausch sowie die grenzüberschreitende Mobilität. So ist der OeAD als nationale Agentur unter anderem für die Umsetzung von „Erasmus+ Bildung“ in Österreich verantwortlich.

Weitere Aufgabenfelder sind beispielsweise Mobilitätsprogramme für junge WissenschaftlerInnen, Ö-Cert, Bildungskooperationen mit Ost- und Südosteuropa, das Zentrum für Citizen Science oder Kulturvermittlungsprogramme mit Schulen.

In der Agentur ist zudem die Koordinierungsstelle für den Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) angesiedelt. Der OeAD verwaltet ein Förderbudget von rund 70 Mio. Euro jährlich. ■

<http://www.oead.at/>

eTwinning und EPALe bringen Europa digital in unsere Klassenzimmer, Seminarräume und Büros und sichern Austausch

eTwinning wie auch EPALe werden für Österreich vom OeAD als Nationalagentur für Erasmus+ Bildung koordiniert. OeAD-Geschäftsführer Jakob Calice weist auf die enorme Bedeutung dieser Portale für den Bildungssektor in Europa hin: „Natürlich können digitale Vernetzungsplattformen persönliche Begegnungen und die Erfahrung der Lebensumstände vor Ort nicht ersetzen. Aber Portale wie eTwinning und EPALe zeigten gerade in der Coronakrise auf, wie wesentlich bei europäischen Bildungsprojekten die Verschränkung von analoger und digitaler Zusammenarbeit ist.“

Bei eTwinning, das heuer 15 Jahre feiert, arbeiten nun seit März Schulen, die derzeit nicht zu ihren europäischen Projektpartnern reisen können, vorerst rein virtuell an gemeinsamen Projekten zu vielfältigen Themen und auch zum Jahresmotto „Klimawandel und ökologische Herausforderungen“ weiter. EPALe unterstützt seit fünf Jahren die europäische Zusammenarbeit in der Erwachsenenbildung und wird jetzt zu einem mächtigen Tool im Dienste der Erwachsenenbildung ausgebaut. Calice: „Wenn man wie in der Pandemiezeit Europa nicht bereisen kann, bringen diese Tools Europa in un-



Foto: OeAD / Giannina Gava

sere Klassenzimmer, Seminarräume und Büros. Vernünftig eingesetzt, sind virtuelle Räume eine sinnvolle Ergänzung zur physischen Mobilität.“

Europäischer Austausch im Klassenzimmer

800.000 registrierte Personen und 205.000 Schulen aus 44 Ländern bilden auf eTwinning.net die größte Lehr- und Lerngemeinschaft Europas. Als Teil des Erasmus+ Programms bietet eTwinning allen Pädagoginnen und Pädagogen an Schulen und Kindergärten eine Vielzahl an Möglichkeiten, um sich virtuell mit Schulen und Kindergärten in ganz Europa und darüber hinaus aus-

zutauschen, zu vernetzen, Projekte zu entwickeln und zu kooperieren. Weiters findet man Unterrichtsmaterialien und kostenlose Weiterbildungen. Das eTwinning-Portal steht in 28 Sprachen zur Verfügung.

Vernetzung in der Erwachsenenbildung

Auch die elektronische Plattform zur Förderung der Qualität in der Erwachsenenbildung in Europa, EPALe, hat als Folge der Coronakrise einen Ansturm erlebt. EPALe hat mittlerweile fast 70.000 Mitglieder europaweit und über eine Million Seitenaufrufe im ersten Quartal 2020. EPALe, das auch zur Suche nach Projektpartnern in ganz Europa genützt wird, wird derzeit um neue Features und ein erweitertes Online-Kursangebot ergänzt. In den nächsten Jahren soll die Plattform ErwachsenenbildnerInnen helfen, die wirtschaftlichen Herausforderungen besser zu meistern. Dazu stehen z. B. Good-Practice-Beispiele und Praxistools zur Verfügung. EPALe möchte einen Beitrag zur Überwindung des „digital gap“ und des „social gap“ leisten und Kontakt zwischen der Policy-Ebene und der Praxisebene ermöglichen. ■

<https://etwinning.at/>

Gedenken am Loiblpaß

Landeshauptmann Peter Kaiser lobt die Gedenkkultur Kärntens –
Mit Engagement für die Demokratie den Opfern danken



Foto: LPD Kärnten / Bauer

„Stilles Gedenken“ und Kranzniederlegung beim ehemaligen Loibl-KZ Nord mit LH Peter Kaiser, Konsulin Jasna Golcic Bakovnik, Franz Petritz Stadtrat Klagenfurt, Sonja Woschnak Stadträtin Ferlach, Sicherheitsdirektor Helmut Maier, Oberst Georg Rosenzopf, Helmut Edlmayer, Mauthausen Komitee Österreich, und Alexander Petritz, Memorial Kärnten Koroška

Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Loibl-Nord ist am 13. Juni der zahlreichen KZ-Opfer gedacht worden. Das Lager wurde ja als Außenstelle von Mauthausen geführt. An der Kranzniederlegung im Jubiläumsjahr unter dem Titel „CARINTHIJA 2020“, organisiert vom Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška, nahm auch Landeshauptmann Peter Kaiser teil.

„Demokratie, Miteinander und internationale Solidarität drohen manchmal zu Begriffen, die so nicht mehr vorhanden sind, zu verkommen. Gerade die vergangenen Wochen haben uns aber die Bedeutung dieser Werte einmal mehr deutlich vor Augen geführt“, warnte der Landeshauptmann. Engagement für die Demokratie sei der einzig wirkliche Dank an jene, die damals bereit waren, ihr Leben gegen die Barbarei einzusetzen. Kärnten habe eine großartige Gedenkkultur entwickelt, in der es nicht nur zurückzuschauen gilt, sondern Erfahrungen aufzugreifen und mutig in die Zukunft zu gehen. Es müsse darum gehen, Aufklärung, Zeitzeugentätigkeit zu übernehmen, Ge- und Bedenkultur gegen das Vergessen und gegen das Verdrängen zu pflegen, damit jeder verstehen könne, was durch Demagogie und Hetze geschehen könne, ist sich Kaiser si-



Foto: LPD Kärnten / Bauer

Landeshauptmann Peter Kaiser sagte, Engagement für die Demokratie sei der einzig wirkliche Dank an jene, die damals bereit waren, ihr Leben gegen die Barbarei einzusetzen.

cher und lobt das Engagement des Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška.

Das Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška wurde 1995 von engagierten Wissenschaftlern der Universität Klagenfurt unter der Leitung von Prof. Peter Gstettner ins Leben gerufen. Zu den wichtigsten Zielen zählen die Errichtung einer würdigen Ge-

denkstätte beim Loibl KZ Nord sowie die Pflege von Erinnerungsarbeit in Form von Gedenkveranstaltungen, Exkursionen und öffentlichen Vorträgen. Auf Grund der Covid-19-Pandemie gibt es 75 Jahre nach der Befreiung virtuelle Gedenkaktionen.

<https://www.ktn.gv.at/>

<https://www.mkoe.at/>

Drei Jahre im All

Land NÖ fördert Satelliten-Projekt der Fachhochschule Wiener Neustadt –
Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner: Investition in innovative
Forschungsfelder von großer Bedeutung für Niederösterreich

Um den zukunftsweisenden Hochtechnologiebereich der Satellitenforschung weiter auszubauen, unterstützt das Land Niederösterreich die Entwicklung eines neuen Kleinstsatelliten an der Fachhochschule Wiener Neustadt. Im Bereich der Luft- und Raumfahrt hat sich dieser Standort in den letzten Jahren hervorragend etabliert.

„Die bisherige erfolgreiche Arbeit im Bereich der Luft- und Raumfahrt hat dem Wissenschaftsstandort Niederösterreich bereits zu großer internationaler Sichtbarkeit verholfen“, betont Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. „Investitionen in zukunftsweisende Forschungsfelder bilden nicht nur einen guten Nährboden für technologische und wirtschaftliche Entwicklung, sondern schaffen auch Arbeitsplätze in den Regionen.“

Im Juni 2017 wurde der erste, gänzlich in Österreich entwickelte Satellit „PEGASUS“ in den Orbit gebracht. Dank der großartigen Arbeit der Fachhochschule Wiener Neustadt und der Projektpartner ist der Kleinstsatellit nun bereits seit über drei Jahren im Welt- raum unterwegs und umrundet die Erde 16 Mal am Tag. Zwei bis drei Mal pro Tag sendet er wissenschaftliche Daten aus den obersten Schichten der Atmosphäre zu Bodenstationen in Österreich. Damit einhergehend wurde an der FH Wiener Neustadt das Cube-Sat Programm gestartet. Es bietet Studierenden des Masterlehrgangs „Aerospace Engineering“ die Möglichkeit, direkt an Entwicklung, Test und Betrieb eines Satelliten teilzunehmen.

Wie erfolgreich die FH Wiener Neustadt auf diesem Gebiet ist, zeigen die Einladungen zur Mitwirkung an zwei nationalen Programmen (ASAP-Programm) und einem internationalen Projektantrag der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA). Außerdem wurde gemeinsam mit dem NÖ-Start-Up Accelerator ACCENT das Hightech-Start-Up ENPULSION gegründet.

Die Erfahrungen und Erfolge des Vorgängerprojekts sollen nun weiter forciert werden und der Hochtechnologiebereich rund um die CubeSats (Kleinstsatelliten) weiter ausgebaut werden. 2018 startete bereits die nächste Satelliten-Mission der FH Wiener Neu-

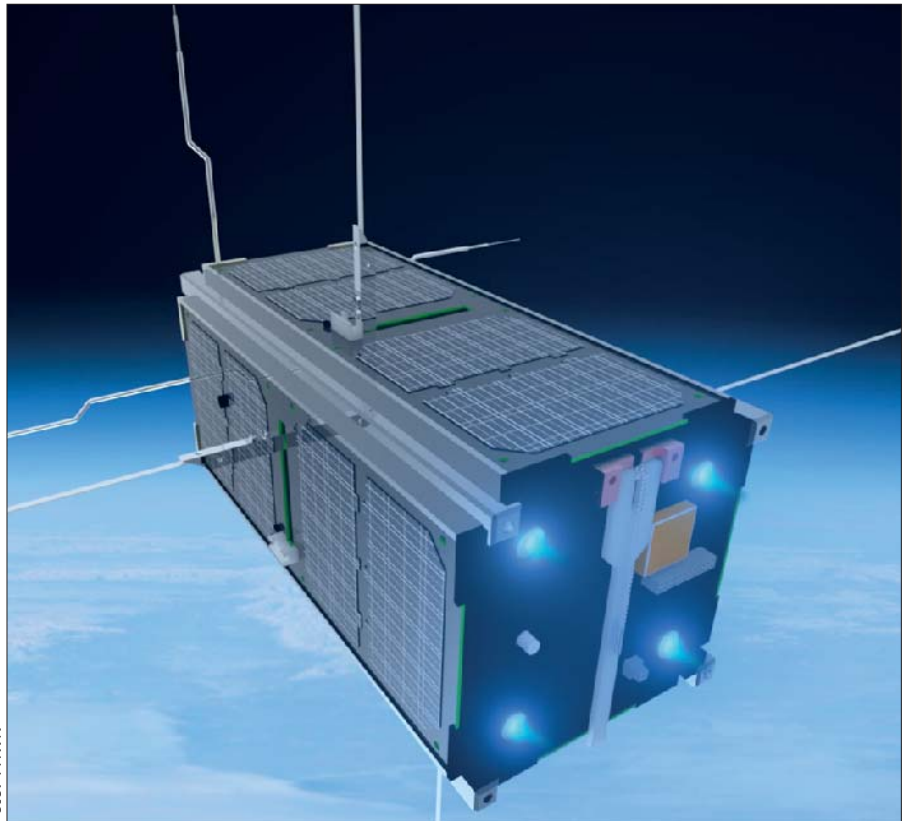


Foto: FHWN

Drei Jahre im All: FHWN-Satellit PEGASUS feiert Geburtstag

stadt mit dem Namen „CLIMB“. Mit Beschluß der Landesregierung vom 30. Juni 2020 wird die zweite Phase des Projekts mit 130.000 Euro vom Land Niederösterreich unterstützt. Im Zuge des Projekts sollen Technologien und Prozesse entwickelt werden, die für zukünftige Raumfahrtmissionen benötigen werden. „CLIMB Phase 2“ soll durch die verstärkte Zusammenarbeit der FH Wiener Neustadt mit der FOTEC Forschungs- und Technologietransfer GmbH (Forschungsunternehmen der FH Wiener Neustadt) und der ENPULSION GmbH sowie mehreren Partnern am Technologie- und Forschungszentrum Wiener Neustadt umgesetzt werden.

„Der Standort Wiener Neustadt bietet ideale Voraussetzungen für die Zusammenarbeit von Forschung, Bildung und Wirtschaft. Durch diese intensive Vernetzung kann das Know-how aus derartigen Projekten vielfältig eingesetzt werden. Davon profitieren wiederum alle drei Teilbereiche“, ergänzt Klaus Schneeberger, Bürgermeister von Wie-

ner Neustadt und Aufsichtsratsvorsitzender der FH.

Armin Mah, CEO der FH Wiener Neustadt unterstreicht: „Projekte wie dieses steigern nicht nur die Attraktivität und Sichtbarkeit der Fachhochschule, sie ermöglichen weiterhin angewandte Weltraumforschung aus Niederösterreich sowie nationale und internationale Kooperationen.“ „Kleinstsatelliten bieten sowohl für die Wissenschaft als auch für die Wirtschaft Möglichkeiten, neue Technologien im Weltraum zu testen“, so Carsten Scharlemann, Projektleiter und Leiter des Masterstudiengangs Aerospace Engineering. „Dadurch soll eine langfristige Finanzierung des Projekts gewährleistet werden.“

Der neue Satellit soll 2022 in den Orbit gebracht werden und in Gebiete vordringen, die normalerweise nicht von Satelliten angesteuert werden. Ziel ist es, möglichst nahe an den Van-Allen-Gürtel zu kommen. ■

<http://www.noel.gv.at/>

<https://www.fhwn.ac.at/>

Exporte: OÖ durchbricht erstmals 40-Milliarden-Schallmauer

Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner: »Mehr als ein Viertel der heimischen Exporte stammen aus OÖ – 2019 Steigerung um 2,1 Mrd. auf 40,1 Mrd. Euro«

Oberösterreich hat im vergangenen Jahr einmal mehr seine Position als Wirtschafts- und Industriebundesland Nr. 1 der Republik bestätigt“, hebt Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner hervor: „Mehr als ein Viertel der heimischen Exporte entfielen 2019 auf Oberösterreich, mit einem Anteil von 26,1 % sind wir wieder Spitzenreiter unter allen Bundesländern. Oberösterreich konnte seine Exporte um 2,1 Mrd. Euro steigern, damit wurde 2019 erstmals die Schallmauer von 40 Milliarden Euro beim Exportvolumen durchbrochen“, so Achleitner.

„Mit 5,5 % verzeichnete Oberösterreich nach Wien auch die zweithöchste Zuwachsrate bei den Exporten. Zugleich liegt unser Bundesland damit auch deutlich über dem Bundesschnitt von 2,5 %“, so der Landesrat weiter. „Mit 10,5 Milliarden Euro erzielte Oberösterreich den höchsten Außenhandelsüberschuss aller Bundesländer. Auch bei der Außenhandelsintensität, also der Summe aus Exporten und Importen, ist Oberösterreich mit 69,7 Milliarden Euro Spitzenreiter unter allen Bundesländern.“

Die wichtigste Produktgruppe für Oberösterreich bei den Exporten sind „Maschinen“ mit einem Volumen von 12 Mrd. Euro, gefolgt von „Fahrzeugen“ mit 4,3 Mrd. Euro, „Eisen und Stahl“ mit 3,5 Mrd. Euro, „Elektrische Maschinen und Waren“ mit 3,1 Mrd. Euro, „Kunststoffe“ mit 1,6 Mrd. Euro und „Pharma“ mit ebenfalls 1,6 Mrd. Euro. Wobei die Produktgruppe „Pharma“ eine starke Zunahme von 64,6 % bei den Exporten verzeichnete.

Bei den Top-20-Produktgruppen bei Österreichs Exporten insgesamt liegt der Oberösterreich-Anteil bei Fasern bei 76,6 %, bei Eisen und Stahl 54,6 % und bei Maschinen bei 43,7 %.

Der wichtigste Handelspartner Oberösterreichs war auch 2019 Deutschland mit 14,9 Mrd. Euro Exportvolumen, gefolgt von den USA (2,8 Mrd. Euro), Italien (2,1 Mrd. Euro) und Frankreich (1,7 Mrd. Euro).

„Wir wollen, daß Oberösterreich auch weiterhin die Wirtschaftslokomotive der Republik bleibt. Daher entwickeln wir gera-



Foto: Land OÖ / Sabrina Liedl

Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner

de einen eigenen ‚Oberösterreich-Plan‘, durch den Oberösterreich sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen soll“, unterstreicht Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner.

Zahlen von Statistik Austria

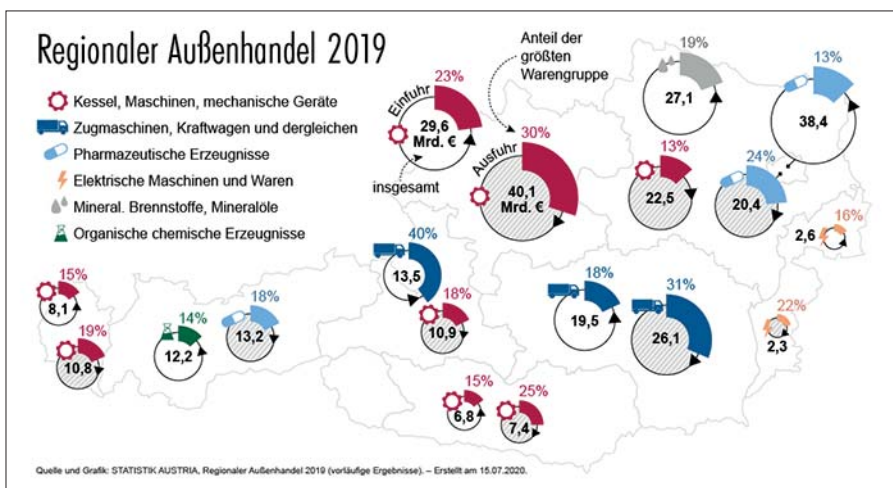
Im Gesamtjahr 2019 erzielten laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria acht Bundesländer in der Einfuhr und sieben Bundesländer in der Ausfuhr höhere Ergebnisse im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die stärksten absoluten Zuwächse in der Ausfuhr gab es in Oberösterreich (+2,10 Mrd. Euro) gefolgt von Wien (+1,36 Mrd. Euro) und der Steiermark (+0,65 Mrd. Euro); die

größten relativen Zuwachsraten in dieser Verkehrsrichtung erzielten ebenfalls Wien (+7,2%) und Oberösterreich (+5,5%).

Bei den Einfuhrwerten wiesen Salzburg (+2,8%), Tirol (+2,4%) und Oberösterreich (+2,2%) die dynamischsten Wachstumsraten auf. Wie im Gesamtjahr 2018 verbuchten auch im Gesamtjahr 2019 fünf Bundesländer einen Handelsbilanzüberschuss. Das höchste Aktivum entfiel dabei auf Oberösterreich mit 10,54 Mrd. Euro, gefolgt von der Steiermark mit 6,56 Mrd. Euro und Vorarlberg mit 2,63 Mrd. Euro.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

<http://www.statistik.at/>



EU: Digitalisierung jetzt und in Zukunft

Salzburg im Ausschuß der Regionen: Folgen von Corona werden uns noch lange begleiten

Bei den europäischen Institutionen ist es bereits Routine: Auch die Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel fand im „Covid-19-Format“, also per Videokonferenz statt. Die Digitalisierung war bei der vergangenen, teils virtuellen, Sitzung vom 2. Juli Thema. Brüssel rückt so auch für Franz Schausberger, Salzburgs Mitglied im AdR näher.

„Digitalisierung erleichtert nicht nur Mandatären die Kommunikation mit den Bürgern, andererseits ermöglicht sie mehr Beteiligung am demokratischen Prozeß. Ausbau der IT-Infrastruktur, Förderung von Know-how und eine digitalisierte Verwaltung sind wichtige Maßnahmen, um die Gemeinden und Regionen erfolgreich in die Zukunft zu führen und wettbewerbsfähig zu halten“, unterstreicht Schausberger.



Foto: Landes-Europabüro Salzburg

Franz Schausberger, Salzburgs Mitglied im Ausschuß der Regionen

Covid-19 und seine Auswirkungen

Im Zentrum der Debatte: Auswirkungen des Covid-19-Krisenmanagements, das EU-Programm für die wirtschaftliche Erholung in Europa und die Bedeutung des Europäischen Grünen Deals für den Umgang mit den Herausforderungen einer neuen Normalität, etwa durch die vermehrte Nutzung von Wasserstoff im Energiebereich.

Jetzt stellt Europäische Union die Budget-Weichen

In der Debatte mit EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn ging es auch um die Zukunft der EU-Finzen. Für die Mobilisierung der Gelder des neuen mehrjährigen Finanzrahmens und des Wiederaufbauprogrammes „Next Generation EU“ gebe es mehrere Optionen. Die Kommission werde zur Finanzierung neue Eigenmittel vorschlagen, ohne dabei für eine zusätzliche Belastung der europäischen Steuerzahler zu sorgen, so Hahn. „Eine gute Grundlage für einen europäischen Kompromiß“, so Schausberger zu Hahns Budgetentwurf. „Es geht jetzt auch darum, daß durch die Corona-Krise bestehende Ungleichheiten zwischen den europäischen Regionen nicht verschärft werden“, so Franz Schausberger.



Foto: Landes-Europabüro Salzburg

AdR-Plenartagung mit Kommissar Johannes Hahn und AdR-Fachkommission CIVEX

Keine Perspektiven: Abwanderung verhindern

Migration stand ganz oben auf der Tagesordnung der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen, in der Schausberger das Land in vertrat: „Die Corona-Pandemie wird sich durch ihre wirtschaftlichen Folgen auch auf das Thema Migration auswirken. Geringes Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen kön-

nen zu weiteren und stärkeren Migrationsbewegungen, unter anderem nach Europa, führen. Doch auch bei uns kann Perspektivenlosigkeit durch eine schwache Wirtschaftslage zu erhöhter Abwanderung führen. Als AdR müssen wir uns weiterhin dafür stark machen, daß es für betroffene Regionen maßgeschneiderte Lösungen gibt.“

<https://www.salzburg.gv.at/>

<https://cor.europa.eu/de>

<https://www.salzburg-europe-summit.eu/>

Grenzeinsatz der Milizsoldaten

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und Steiermarks Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Grenze in Spielfeld

Gemeinsam mit Verteidigungsministerin Klaudia Tanner besuchte Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer am 25. Juni die Kaserne Straß. Dabei konnte er sich ein Bild vom Grenzeinsatz der Milizsoldaten an der steirisch-slowenischen Grenze machen.

Seit 5. Mai bereiteten sich die Milizsoldaten der Jägerkompanie Deutschlandsberg auf dem Truppenübungsplatz Seetaler Alpen auf ihren Einsatz zur Grenzraumüberwachung an der Grenze zu Slowenien vor. Das Ausbildungsprogramm umfaßt Ausbildungsziele, die in Unterricht und in Form kleiner Workshops im Lehrsaal abgehalten werden und zusätzlich praxisnahe Ausbildungsinhalte, wie Scharfschießen, Selbstverteidigung, Nahkampf, Anhaltung und Kontrolle von Personen sowie Fahrzeugen und auch eine umfassende Erste-Hilfe-Ausbildung. Insgesamt 270 steirische Miliz-Kräfte sind vor allem in der Grenzraumüberwachung – im Einsatz.

Zentrales Thema im Gespräch zwischen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Bundesministerin Klaudia Tanner war auch der aktuell gestartete Prozeß zur Neuaufstellung des österreichischen Bundesheers. Beide waren sich einig, daß die militärische Landesverteidigung absolute Priorität habe, aber auch an die Herausforderungen der Zukunft angepaßt werden müsse. Oberstes Ziel sei es, den Schutz der Bevölkerung auch zukünftig bestmöglich zu gewährleisten.

Schützenhöfer dankte Tanner für die Klarstellung, daß die Aufrechterhaltung der militärischen Landesverteidigung auch weiterhin außer Zweifel steht: „Nicht zuletzt die Ereignisse des Jahres 2015 haben uns gezeigt, daß die Hilfe der Polizei und des österreichischen Bundesheeres für uns unverzichtbar sind. Wir müssen alles dafür tun, um unsere Grenzen im Ernstfall jederzeit schützen zu können.“

Gerade auch in der Coronazeit habe das Bundesheer einmal mehr bewiesen, daß es eine wesentliche Säule der Gesellschaft sei, so Schützenhöfer, der weiters betonte: „Gerade in unsicheren Zeiten war und ist das Bundesheer ein verlässlicher Partner und trägt mit seinem Einsatz zur Stabilität Österreichs bei. Wir werden alles dafür tun, damit unser



Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer beim Besuch der Kaserne Straß.



Bundesheer auch in Zukunft den notwendigen Stellenwert hat.“

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner betonte, daß gerade auch im Zuge der Corona-Pandemie deutlich wurde, daß sich das österreichische Bundesheer den gegenwärtigen Herausforderungen stellen müsse. Tan-

ner unterstrich weiters die Wichtigkeit einer militärischen Landesverteidigung und verkündete zugleich die Anschaffung weiterer 30 Mannschaftstransportpanzer „Pandur“.

■ <https://www.verwaltung.steiermark.at/>
<https://www.bundesheer.at/>
<https://www.bundesheer.at/sk/miliz/>

EuregioLab wichtiger Impulsgeber für die Europaregion

Arbeitsgruppen zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit in der Euregio tagten in Innsbruck



Foto: Land Tirol / Brandhuber

v.l.: Arbeitsgruppenleiter „Kulturelle Wurzeln und Perspektiven“ Massimo Rospoche, Arbeitsgruppenleiterin „Kommunikation“ Sabina Frei, Landeshauptmann Günther Platter, Arbeitsgruppenleiter „Institutionelle Aspekte“ Walter Obwexer sowie Präsident Franz Fischler

Fundamentals – die Grundlagen der Zusammenarbeit in der Europaregion – zu diesem Thema erarbeiteten ExpertInnen aus Tirol, Südtirol und dem Trentino einen Maßnahmenkatalog für die Zusammenarbeit der Euregio. Die Ergebnisse werden im Zuge der Tiroltage des Europäischen Forums Alpbach am 23. August 2020 mit Tirols Landeshauptmann und Euregio-Präsident Günther Platter sowie den beiden Landeshauptleuten Arno Kompatscher aus Südtirol und Maurizio Fuggati aus dem Trentino diskutiert und anschließend einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Das Auftakttreffen hatte im vergangenen Dezember 2019 in Bozen stattgefunden. Am 2. Juli tagten die drei Arbeitsgruppen in den Räumen des MCI in Innsbruck.

„Das EuregioLab dient als wichtiger Impulsgeber für die Europaregion. Das Thema ‚Fundamentals‘ bietet sich geradezu an, um über die Kernfragen der Zusammenarbeit in der Euregio gemeinsam nachzudenken und entsprechende Maßnahmen zur erarbeiten. Die Diskussion in Alpbach im Zuge der Tiroltage des Europäischen Forums Alpbach ist dabei der Ausgangspunkt für die konkreten Umsetzungen der von den Expertinnen und Experten ausgearbeiteten Vorschläge. Im Rahmen von Tirols Euregio-Präsidentschaft wollen wir die Euregio noch näher an die Menschen der drei Länder herantragen“, so

Euregio-Präsident und Landeshauptmann Günther Platter.

Die Arbeitsgruppe des EuregioLab setzt sich aus ausgewählten WissenschaftlerInnen, Kulturschaffenden und VertreterInnen von Interessensverbänden der drei Landesteile zusammen. Im Vorfeld zum Europäischen Forum Alpbach setzen sie sich jeweils mit dem Generalthema des Tiroltags auseinander. „Es wurden bereits zahlreiche konkrete und zukunftsweisende Empfehlungen in den Arbeitsgruppen erarbeitet. Jetzt gilt es vonseiten der Landeshauptleute drei konkrete Vorschläge auszuwählen, die in weiterer Folge umgesetzt werden“, unterstreicht Franz Fischler, der Präsident des Europäischen Forums Alpbach.

Konkrete Empfehlungen von Arbeitsgruppen erarbeitet

In den vergangenen Monaten haben die drei Arbeitsgruppen intensiv an der Ausarbeitung von konkreten Empfehlungen für die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Euregio erarbeitet. Walter Obwexer, Europarechtsexperte an der Universität Innsbruck, leitet die Arbeitsgruppe „Institutionelle Aspekte“. Dabei wurden beispielsweise Empfehlungen ausgesprochen, welche die Ausdehnung der Aufgabenbereiche der Europaregion betreffen.

Die Obfrau des Südtiroler Kinderdorfs, Sabina Frei, leitete das Themengebiet „Kommunikation“. Dabei ging es allen voran um ein einheitliches und bestmöglich abgestimmtes Kommunikationskonzept der drei Länder in Abstimmung mit dem Büro der Europaregion sowie um die Wahrung der vielfältigen Sprachenlandschaft.

Der Historiker Massimo Rospoche aus Trient übernahm die Arbeitsgruppe „Kulturelle Wurzeln und Perspektiven“. Kulturell-historisches Erbe in Bezug auf die Gegenwart erhalten und fördern stand hier im Vordergrund.

Die Tiroltage finden vom 22. bis 23. August 2020 statt und sollen auch heuer wieder zu einer Begegnungsstätte – aufgrund der derzeitigen Situation rund um das Coronavirus großteils virtuell – für die gesamte Europaregion Tirol-Trentino-Südtirol werden.

Bei der Organisation des EuregioLab arbeiten auch heuer das Büro der Europaregion und das Europäische Forum Alpbach zusammen. Unterstützt wird es zudem von den Universitäten Innsbruck, Bozen und Trient sowie von der Medizinischen Universität Innsbruck, der Europäischen Akademie Bozen und dem MCI Management Center Innsbruck.

<https://www.tirol.gv.at/>

<http://www.europearegion.info/de/europaeisches-forum-alpbach-tiroltag.asp>

Beschleunigte LKW-Abfertigung zeigt Wirkung

»LKW-Staus beträchtlich reduziert« – Vorarlbergs Verkehrslandesrat Marco Tittler erläuterte aktuelle Situation und sprach allen beteiligten Partnern seinen Dank aus

Zur Stauvermeidung rund um das Zollamt Wolfurt ist von Landesseite ein Bündel von Sofortmaßnahmen eingeleitet worden. Zu den Details und zum gemeinsamen Bemühen der involvierten Partner hat Verkehrslandesrat Marco Tittler am 14. Juli umfassend Auskunft gegeben. Tittler: „Die Schritte für eine beschleunigte LKW-Abfertigung zeigen Wirkung“. Für die Stauerscheinungen wären geänderte Abläufe und andere interne Umstellungen im Zusammenhang mit den Coronavirus-Beschränkungen verantwortlich gewesen. Durch die verschiedenen Maßnahmen hätten die LKW-Staus nunmehr aber beträchtlich reduziert werden können.

Die Anzahl der täglich abgefertigten LKW beim Zollamt Wolfurt liegt durchschnittlich bei rund 450 Fahrzeugen, an Spitzentagen sind es sogar bis zu 650. Zur Zeit der Covid-19-Beschränkungen sei dieses Aufkommen annähernd konstant geblieben, heißt es in einer Anfragebeantwortung. In Folge der Coronakrise seien gleichzeitig binnen kürzester Zeit geänderte Abläufe und Beschränkungen in Kraft getreten. Zusätzlich verschärft wurde die Situation in der Anfangsphase durch Engpässe bei der elektronischen Datenverarbeitung seitens des Ministeriums. So erhöhte sich die Abfertigungszeit pro LKW von den üblichen 25 bis 50 Minuten auf eineinhalb bis zwei Stunden. Dazu war die Autobahn-Halbanschlussstelle Wolfurt-Lauterach wegen Bauarbeiten vorübergehend für den LKW-Verkehr nur eingeschränkt passierbar bzw. gesperrt. Eine Zu- und Abfahrt war in dieser Zeit lediglich über die Autobahn-Anschlussstelle Dornbirn-Nord möglich.

Sofortmaßnahmen wirken

Um die Situation zu entschärfen, wurde eine Task Force eingerichtet, die kurzfristige Maßnahmen koordiniert und umgesetzt hat. Dabei sorgte neben der Wiedereröffnung der Zollschalter für den Parteienverkehr insbesondere die Ausweitung der Öffnungszeiten des Zollamts Wolfurt für eine spürbare Entlastung. In der Anfragebeantwortung legte Tittler auch die weiteren Maßnahmen offen:



Foto: Raumplanung / Land Vorarlberg / CC-BY 4.0

Wolfurt – Güterbahnhof, Zollamt und Betriebsgelände der Spedition Gebrüder Weiss

- Verlängerte Einsatzzeiten des Security-Personals (Umsetzung Land)
 - Errichtung einer LKW-Wartespur entlang der L 190 für eine geordnete Zufahrt zum Zollamtsplatz (Umsetzung Land)
 - Anbringung von Leitgittern für einen geordneten Wartebereich für das LKW-Fahrpersonal (Umsetzung Land)
 - Sanierungsauftrag für Toilettenanlage am Zollamtsplatz und Verdichtung des Reinigungsintervalls (Umsetzung Land)
 - Anpassung des Abfertigungsablaufs durch Umstellung auf elektronische Übermittlung der Frachtpapiere an die Zollbehörde. Beseitigung von Zugangsbeschränkungen zu elektronischen Systemen (Umsetzung Speditionen, Zoll AT, Zoll CH)
 - Verbesserte Situierung der Automaten zur Entrichtung der schweizerischen Schwerkverkehrsabgabe und Erweiterung der Betriebszeiten (Umsetzung Zoll CH)
 - Verbesserte Aufenthaltsqualität für Speditionsmitarbeitende (Umsetzung Verein Netzwerk Logistik (VNL))
 - Schaffung der Möglichkeit einer Vorausdeklaration ab 16:00 Uhr (Umsetzung Zoll AT, Zoll CH, Speditionen)
- Parallel wurden von Verkehrslandesrat Marco Tittler die Gespräche auf politischer

Ebene sowie mit hochrangigen Verwaltungsmitarbeitenden von Finanzministerium und ÖBB weitergeführt, um auch mittelfristige Lösungen in Wolfurt voranzubringen. Darunter fallen weitere Optimierungen für die Abwicklungsprozesse oder das Laufzettelverfahren genauso wie erforderliche bauliche Maßnahmen, um Zollgebäude und Zollamtsplatz zu modernisieren. Diesbezüglich wird auch die Notwendigkeit von weiteren LKW-Stellflächen im Bereich Güterbahnhof Wolfurt, Hohe Brücke und Neuwiesen gesehen. „Es geht darum, einerseits den Covid-19-Herausforderungen zu begegnen und andererseits einen flüssigen grenzüberschreitenden Warenverkehr auch für die Zukunft sicherzustellen“, so Tittler.

Dank an Partner

Einen großen Dank spricht der Landesrat in diesem Zusammenhang allen beteiligten Partnern – den Speditionen, den Zollverwaltungen der Schweiz und Österreichs, der Exekutive, den ÖBB und dem Verein Netzwerk Logistik – aus. „Daß sich die Verkehrssituation im Umfeld wieder erheblich entspannt zeigt, ist dem guten Zusammenwirken zu verdanken“, so Tittler. ■

<https://vorarlberg.at/>

Lateinamerika-Institut wird Teil der Wiener Volkshochschulen

Der Weiterbestand des Kompetenzzentrums für Lateinamerika ist gesichert:
Mit 1. Juli 2020 wurde das LAI eine spezialisierte Einrichtung der VHS.



Foto: VHS / Klemencic

Herbert Schweiger, Geschäftsführer der Wiener Volkshochschulen und Andrea Eberl, Leiterin des Österreichischen Lateinamerika-Instituts

Das von der Insolvenz bedrohte Österreichische Lateinamerika-Institut wurde mit 1. Juli eine spezialisierte Einrichtung der Wiener Volkshochschulen. Es besteht unter dem Dach der größten Sprachschule Wiens weiter.

„Das LAI ist das Kompetenzzentrum für Lateinamerika in Österreich und steht für qualitätsvolle Erwachsenenbildung. Als Wiener Volkshochschulen war es uns ein Anliegen, diese traditionsreiche Einrichtung, die ein wichtiger Faktor in der Bildungslandschaft in dieser Stadt ist, beim Fortbestand zu unterstützen. Als spezialisierte Einrichtung der Wiener Volkshochschulen kann das LAI in Zukunft sein Programm weiterführen und dabei wertvolle Synergien mit der VHS nutzen“, meint Herbert Schweiger, Geschäftsführer der Wiener Volkshochschulen, bei der heutigen Pressekonferenz dazu.

Bildung und ein gutes Leben für alle

Im Auftrag der Stadt Wien arbeiten die Wiener Volkshochschulen daran, Bildung für alle bereitzustellen und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Chancengleichheit in Wien. Eine bedarfsorientierte Programm-entwicklung gehört ebenso zum Selbstver-

ständnis der Volksbildungseinrichtung, wie zentrale Werte wie Offenheit, Toleranz und Gleichberechtigung bei der Bildungsarbeit zu vermitteln. „Die Integration des LAI in die Wiener Volkshochschulen stellt eine Erweiterung unseres Portfolios dar. Ebenso wichtig ist jedoch, daß wir gemeinsame Wertvorstellungen teilen. Gemeinsam verfolgen wir ab 1. Juli 2020 das Ziel, durch leistbare Bildung zu einem guten Leben für alle beizutragen“, so Schweiger weiter.

Die größten Sprachschulen Wiens

Mit rund 250 Spanisch- und Portugiesischkursen jährlich bietet das LAI ein umfassendes und abwechslungsreiches Kursprogramm. „Es ist uns wichtig, mit den Sprachkursen auch die Vielfalt Lateinamerikas zu vermitteln und so zur kulturellen Integration in Wien beizutragen“, betont Andrea Eberl, Leiterin des LAI. Daher arbeiten im Bereich Sprachvermittlung auch ausschließlich Native SpeakerInnen.

Die Wiener Volkshochschulen sind mit rund 50 unterrichteten Sprachen die größte Sprachschule der Stadt. Durch den Zusammenschluß dieser beiden Kompetenzzentren für Spracherwerb wird die volle Bandbreite

verschiedener Möglichkeiten, in eine andere Sprache einzutauchen und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben, unter einem Dach vereint. Beide Einrichtungen stehen für langjährige Erfahrung, profundes Know-how und abwechslungsreiche Kursgestaltung. Die Bandbreite reicht in Zukunft von Konversationskursen über Intensiv- und Wochenendkurse oder Spezialworkshops bis hin zu klassischen Kursen für alle Sprachniveaus.

Dieser Zusammenschluß ist eine Win-Win-Situation: Durch die Nutzung von Synergieeffekten werden wirtschaftliches Arbeiten und ein Modernisierungsschub des LAI möglich. Gleichzeitig findet eine maßgebliche Erweiterung des Leistungsangebots der VHS statt.

Das LAI bringt Lateinamerika nach Wien

Die traditionsreiche Institution ist in ihrem Fokus auf Lateinamerika einmalig in Österreich und ist als Informations-, Bildungs- und Kulturzentrum eine wichtige Anlaufstelle für mehr als 8.700 Latinas und für Lateinamerika-Interessierte aus ganz Österreich. Das LAI versteht sich als Brückenbauerin zwischen Lateinamerika, Österreich und der EU und thematisiert gesellschaftspolitische Fragestellungen, die Menschen unabhängig ihrer Herkunft betreffen, in zahlreichen, hochkarätig besetzten Veranstaltungen. Das LAI steht für gelebte Interkulturalität und fördert durch Bildungsangebote, Beratung, Information und Netzwerkarbeit den Austausch zwischen ExpertInnen, Kulturschaffenden, Politik, Gesellschaft und Interessierten.

Mit 33 Standorten in ganz Wien ist die VHS ein Bildungsnahversorger für alle WienerInnen. Gemeinsam mit der Stadt Wien werden zahlreiche Projekte betrieben, um Menschen Perspektiven zu geben. So unterstützt man beispielsweise SchülerInnen mit Lernhilfeprojekten, Bildungsabschlüsse können nachgeholt oder Weiterbildungsprogramme besucht werden.

<https://www.lai.at/>

<https://www.vhs.at/>

Endgültige Außenhandelsdaten 2019

Anstieg bei Importen (+1,1%) und Exporten (+2,3%)

Der Gesamtwert der Einfuhren von Waren lag im Jahr 2019 laut endgültigen Ergebnissen von Statistik Austria nominell mit 157,82 Mrd. Euro um 1,1 % über dem Vorjahreswert, die Ausfuhren von Waren stiegen um 2,3 % auf 153,50 Mrd. Euro. Das Defizit der Handelsbilanz belief sich auf 4,32 Mrd. Euro, nach 5,99 Mrd. Euro im Jahr 2018. Arbeitstäglich bereinigt erhöhten sich die Einfuhren um 0,8 % und die Ausfuhren um 1,9%.

Seit 2011 lagen die Einfuhren und seit 2015 auch die Ausfuhren bei über 130 Mrd. Euro; die 150-Mrd.-Euro-Marke wurde ab 2018 sowohl bei den Importen als auch den Exporten übertroffen. 2019 zeigte sich im zweiten Halbjahr eine allgemeine Abflachung der Exporte: Während sie im ersten Halbjahr 2019 noch um 3,3 % im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 2018 stiegen, erhöhten sie sich im zweiten Halbjahr 2019 nur noch um 1,3%. Die Importe wuchsen im ersten Halbjahr 2019 um 3,2 % und gingen im zweiten Halbjahr 2019 um 0,9 % zurück.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union importierte Österreich 2019 Waren im Wert von 110,66 Mrd. Euro (+0,3%). Der Wert der in diese Länder exportierten Waren verzeichnete ebenfalls einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (+1,9%) und betrug 106,94 Mrd. Euro. Das Handelsbilanzdefizit mit der Europäischen Union belief sich auf 3,72 Mrd. Euro, nach 5,38 Mrd. Euro im Jahr 2018. Der Außenhandel mit Drittstaaten verzeichnete einen Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr – bei den Extra-EU-Importen um 3,1 % auf 47,16 Mrd. Euro und bei den Extra-EU-Exporten um 3,2 % auf 46,56 Mrd. Euro.

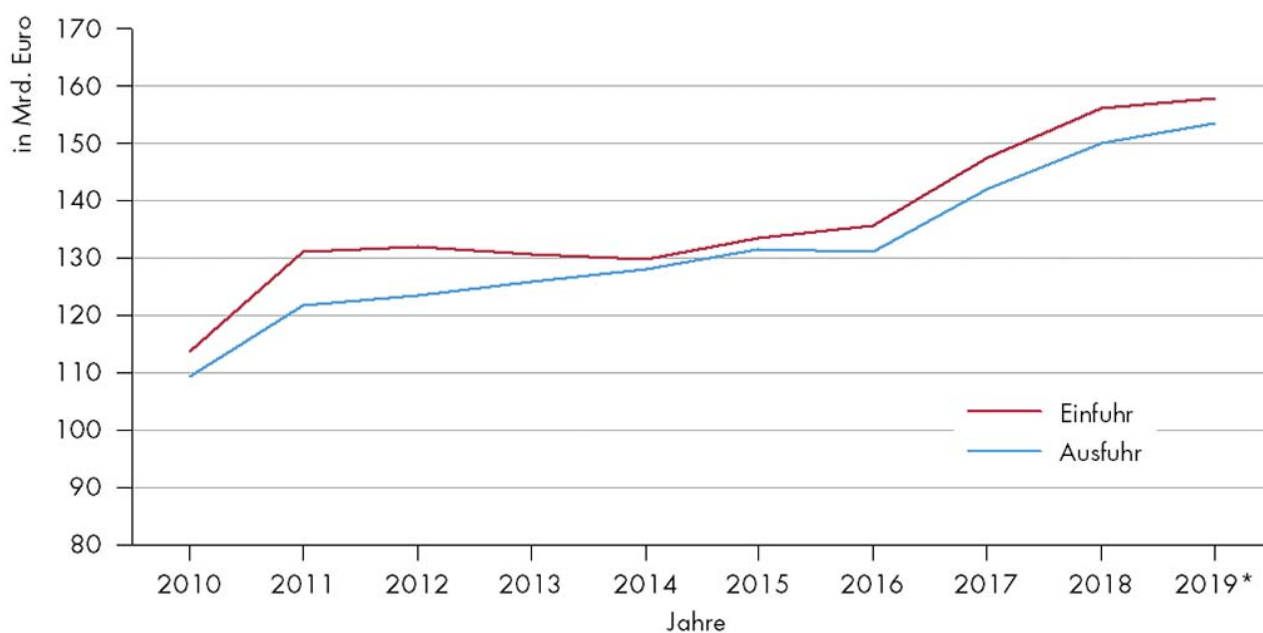
Das Handelsbilanzpassivum mit Drittstaaten lag mit 0,60 Mrd. Euro annähernd auf dem Vorjahresniveau. Wurde 2009 noch jeweils etwas mehr als ein Viertel der österreichischen Importe bzw. Exporte mit Drittstaaten getätigt, lagen diese Anteile 2019 bereits bei rund 30 % bzw. wurden rund 70 % des österreichischen Außenhandels (Intra-EU-Importe: 70,1%, Intra-EU-Exporte:

69,7%) mit den EU-Mitgliedsstaaten abgewickelt.

Maschinen und Fahrzeuge sind Außenhandelsmotor

Mehr als 85 % der österreichischen Ausfuhren waren 2019 den vier wertmäßig größten Produktgruppen zuzurechnen: Maschinen und Fahrzeuge (+2,5 % auf 61,76 Mrd. Euro), bearbeitete Waren (-3,2 % auf 31,87 Mrd. Euro), chemische Erzeugnisse (+8,4 % auf 21,57 Mrd. Euro) und sonstige Fertigwaren (+1,8 % auf 17,28 Mrd. Euro). Die traditionell bedeutendste Produktgruppe im österreichischen Außenhandel war auch 2019 die Gruppe Maschinen und Fahrzeuge mit einem Einfuhranteil von 36,0 % und einem Ausfuhranteil von 40,2%. Den größten absoluten Ausfuhrückgang (-1,05 Mrd. Euro bzw. -3,2 % auf 31,87 Mrd. Euro) verzeichneten bearbeitete Waren, die ausfuhrseitig zweitwichtigste Produktgruppe. Den höchsten absoluten Ausfuhrzuwachs zeigte die ausfuhrseitig dritt wichtigste Produktgruppe

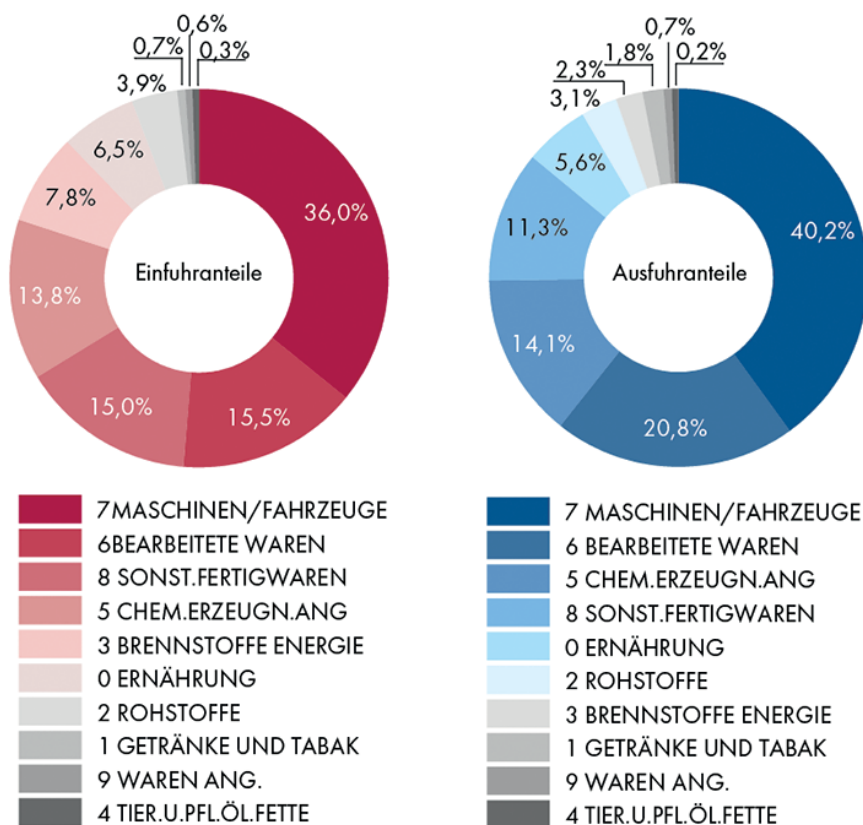
Entwicklung des österreichischen Gesamthandels 2010-2019



Q: STATISTIK AUSTRIA, Außenhandel. Erstellt am 26.06.2020. – *) endgültige Ergebnisse.

Österreich, Europa und die Welt

SICT-Einsteller 2019*



Q: STATISTIK AUSTRIA, Außenhandel. Erstellt am 26.06.2020. – *) endgültige Ergebnisse.

chemische Erzeugnisse (+1,67 Mrd. Euro bzw. +8,4 % auf 21,57 Mrd. Euro).

Wichtigste Partnerländer im österreichischen Außenhandel

Mehr als die Hälfte des österreichischen Import-Export-Geschehens konzentrierte sich 2019 auf lediglich fünf Partnerländer: neben Deutschland und Italien auch die Drittstaaten Vereinigte Staaten, China und Schweiz. Mit den 20 zentralen Handelspartnern Österreichs wurden 85,9 % der Importe und 83,7 % der Exporte abgewickelt – insgesamt waren pro Verkehrsrichtung in diesem Ranking je 14 EU-Länder und sechs Drittstaaten vertreten. Abgesehen von Liechtenstein zählten alle Nachbarländer Österreichs in beiden Verkehrsrichtungen zu den Top-20-Partnerländern. 2019 gab es im Vergleich zu 2018 mehrere geringfügige Rangverschiebungen innerhalb dieser Top-20-Liste. Australien schaffte mit einem Exportzuwachs von 29,6 % den Sprung ins Ranking (2018: Rang 25) und verdrängte damit die Republik Korea.

Bei 16 der 20 bedeutendsten Ausfuhrpartnerländer stand die Produktgruppe Maschinen und Fahrzeuge mit Anteilen an den Ge-

samtexporten zwischen 32,9 % (Ungarn) und 73,5 % (Australien) an der Spitze. Einfuhrseitig zeigte sich ein ähnliches Bild, wobei neben der Produktgruppe Maschinen und

Fahrzeuge auch chemische Erzeugnisse (Vereinigte Staaten, Schweiz, Belgien) sowie Brennstoffe und Energie (Russische Föderation) an erster Stelle standen.

Westbalkan: Exportzuwächse in fast allen Partnerländern

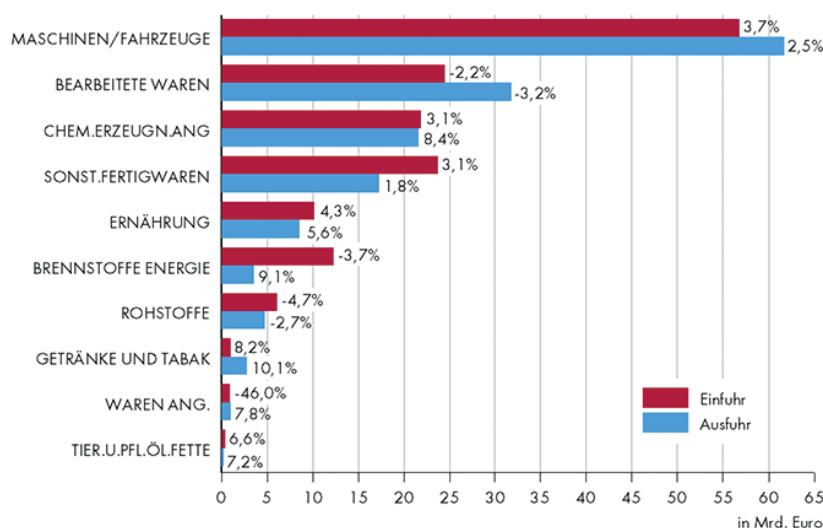
In die potentiellen EU-Beitrittsländer des westlichen Balkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien) wurden 2019 Waren im Wert von 1,52 Mrd. Euro exportiert (Exportanteil: 1,0 %); der Importanteil lag bei 0,9 % (1,45 Mrd. Euro). Serbien (Exporte: +15,4 % auf 0,78 Mrd. Euro) sowie Bosnien und Herzegowina (Exporte: +9,0 % auf 0,45 Mrd. Euro) waren im Jahr 2019 unter den wichtigsten 45 Exportpartnern Österreichs. Bis auf Albanien (-1,1 % auf 0,06 Mrd. Euro) wurden auch mit den anderen Partnerländern dieser Ländergruppe Exportzuwächse verzeichnet.

EU-Vorsitzland Kroatien unter den wichtigsten 35 Partnerländern

Kroatien, das in der ersten Jahreshälfte 2020 den EU-Ratsvorsitz innehatte, war 2019 unter den 35 wichtigsten Partnerländern Österreichs zu finden. Der Einfuhranteil lag bei 0,4 % (Rang 34), ausfuhrseitig belegte Kroatien Rang 22 (Anteil: 0,9%). Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Einfuhren 2019 um 8,5 % auf 0,65 Mrd. Euro; die Ausfuhren erhöhten sich marginal um 0,6 % auf 1,33 Mrd. Euro.

<http://www.statistik.at/>

Der österreichische Außenhandel nach Warengruppen des SICT Rev. 4: Jänner bis Dezember 2019*



Q: STATISTIK AUSTRIA, Außenhandel. Erstellt am 26.06.2020. – *) endgültige Ergebnisse.

Die höchste Seilbahnstütze der Welt mißt 214,8 Meter

Doppelmayr/Garaventa und die Sun Group, eines der führenden Unternehmen der vietnamesischen Reisebranche, haben erneut eine leistungsfähige Inselverbindung realisiert. Die neue Dreiseilbahn bringt Ausflugsgäste auf kürzestem Weg auf die beliebte Ferieninsel Cat Ba.



Foto: Doppelmayr/Garaventa

Die höchste Seilbahnstütze der Welt – errichtet von Doppelmayr/Garaventa im Norden Vietnams – mißt 214,8 Meter.

Cat Ba ist die größte Insel der Lan Ha Bay im Norden Vietnams. Sie ist ein beliebtes Ausflugsziel und liegt knapp 20 Kilometer östlich von Hai Phong, der drittgrößten Stadt Vietnams, die mit ihrem Hafen eine zentrale wirtschaftliche Rolle spielt. Mit der neuen Seilbahn – der „Cat Hai – Phu Long cable car route“ – wurde eine schnelle Verbindung auf die Insel Cat Ba geschaffen, die bisher mit einem kostspieligen Schnellboot oder einer zeitintensiven Fahrt mit der Fähre möglich war. Sie ist ein Teil der touristischen Entwicklung in der Region und trägt maßgeblich zum Ziel bei, die Emissionen auf der Insel nachhaltig zu verringern. Beim Bau der neuen Verbindung vertraut die Sun Group erneut auf Doppelmayr/Garaventa – gemeinsam haben sie eine Seilbahn der Superlative errichtet.



Foto: Doppelmayr/Garaventa

Die knapp 4 km lange Strecke führt übers Meer und gewährt eine spektakuläre Aussicht.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Doppelmayr/Garaventa



Ein Blick in die Station „Cat Hai“, Einstiegsstelle in die neue Dreiseilbahn im Norden Vietnams

Komfortabel und leistungsstark

Mit ihrer maximalen Transportkapazität von 5500 Personen pro Stunde und Richtung beweist die Dreiseilbahn nach Cat Ba ihre Leistungsstärke im Einsatz als Mobilitätslösung. Die geräumigen Kabinen für je 30 Personen und der barrierefreie Zugang ermöglichen eine komfortable Fahrt für alle Gäste, auch mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Fahrrad. Der im Laufwerk der Kabinen integrier-

te Laufrollengenerator erzeugt während der Fahrt Strom, mit dem verschiedene Kabinenfunktionen versorgt werden.

Die knapp vier Kilometer lange Strecke führt über das Meer und gewährt eine spektakuläre Aussicht – denn die höchste Stütze ist 214,8 Meter hoch. Damit sichert sich die Sun Group den nächsten Weltrekord, der von Guinness World Records offiziell bestätigt wurde.

Langjährige Partner

Doppelmayr/Garaventa und die Sun Group haben gemeinsam bereits zahlreiche spektakuläre Seilbahnen realisiert. Sie sorgen in vielen beliebten Destinationen Vietnams für die Mobilität der BesucherInnen. Die längste Dreiseilbahn der Welt verbindet die Inseln Hon Thom und Phu Quoc, die Dreiseilbahn mit dem höchsten Höhenunterschied führt auf Vietnams höchste Erhebung, den Fansipan und die weltgrößte Seilbahnkabine ist in der Halong Bucht zu finden. Auch wer die Ba Na Hills besucht, wird mit der einen oder anderen Doppelmayr/Garaventa Seilbahn sein Ziel erreichen. ■

<https://www.doppelmayr.com/>

Technische Daten

Cat Hai – Phu Long cable car rout

Auftraggeber:	Sun Group
Lage:	Cat Ba (Vietnam)
Schräge Länge:	3.864 m
Höhenunterschied:	3,5 m
Förderleistung:	5500 Personen/h und Richtung
Fahrzeuge:	60 Kabinen für je 30 Personen
Fahrtgeschwindigkeit:	8,5 m/s
Fahrzeit:	8,6 min
Weltrekord-Stütze:	214,8 m

Novartis: Klares Bekenntnis zum Pharma-Standort Österreich

Als „starkes Signal“ für den Standort Österreich bezeichnen Bundeskanzler Sebastian Kurz und Tirols Landeshauptmann Günther Platter am 27. Juli die Unternehmensentscheidung des Pharmakonzerns Novartis, die Antibiotika-Produktion in Österreich zu belassen und den Standort in Kundl in Tirol weiter auszubauen. „Eine der Lehren aus der Coronakrise ist, daß Europa wichtige Produktionen nicht mehr in andere Regionen der Welt auslagern darf. Gerade bei der Produktion von medizinischem Material und von Medikamenten müssen wir krisenfester werden, damit wir nicht in die Abhängigkeit anderer Länder fallen. Die Entscheidung von Novartis ist ein starkes Signal für den Standort Österreich und ein besonders Bekenntnis für die Produktion in Tirol. Mein besonderer Dank gilt der Unternehmensführung von Novartis, Landeshauptmann Günther Platter und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, denen es in gemeinsamen Gesprächen gelungen ist, diese wichtige Produktion in Österreich zu halten und darüber hinaus weitere Investitionen von Novartis in Tirol zu sichern“, so Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Die verlautbarte Einigung zwischen Novartis und der österreichischen Bundesregierung zeigt, daß der Standort Österreich für die pharmazeutische Industrie unter den richtigen Voraussetzungen sehr wohl ein Standort mit Zukunft sein kann. „Die Corona-Krise hat uns verdeutlicht, wie wichtig es ist, wesentliche pharmazeutische Wirkstoffe in Europa zu produzieren und damit nicht Lieferengpässen und Lieferschwierigkeiten aus dem Ausland ausgesetzt zu sein. Wir gratulieren unserem Mitglied Sandoz zu dieser Einigung mit der Bundesregierung und zur Absicherung der Antibiotika-Produktion“, freut sich Sylvia Hofinger, Geschäftsführerin des Fachverbandes der Chemischen Industrie über dieses Signal für den heimischen Pharmastandort.

So erfreulich dieser wichtige Schritt ist, es braucht gleichzeitig sowohl auf EU-Ebene als auch national geeignete Rahmenbedingungen, damit die europäische Pharmaindustrie weiterhin eine führende Rolle im Bereich der Medikamentenforschung und -produktion übernehmen kann. Gerade in der geplanten EU-Arzneimittelstrategie sind

innovative und mutige Lösungen gefordert, damit sowohl die Versorgung der Patienten mit lebenswichtigen Medikamenten gesichert als auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Pharmabranche gestärkt werden kann. Und auch national muß im Bereich der Erstattung der Preisdruck, der aus Billiglohnländern kommt, abgefedert werden. „Nur so können Medikamente weiterhin in Europa erzeugt werden – am neuesten Stand der Technik, unter höchsten Umweltauflagen und von erstklassig ausgebildeten Mitarbeitern“, so Hofinger. Während die Verlängerung des bewährten Preisbandes zumindest einen Teil der höheren Kosten ausgleicht, würde die sogenannte Wirkstoffverschreibung den Bemühungen für eine Stärkung der europäischen Produktion und Stabilisierung der Lieferketten entgegenlaufen.

Mit dem nun vorgestellten Investitionspaket wird auch einmal mehr unter Beweis gestellt, daß die Pharmaindustrie ein essentieller Wachstumstreiber für die heimische Wirtschaft ist. ■

<https://www.novartis.at/>

<https://www.fcio.at/>

ÖBB bringen Europa den Nachtzug zurück

Internationale Nachtzugverbindungen nach Corona-Krise wieder aktiviert:
ÖBB Nightjets nehmen wieder Fahrt auf und verbinden so Europa über Nacht.

Seit 26. Juni 2020 fahren die ÖBB ihr Nachtzugangebot wieder hoch. Metropolen wie Düsseldorf, Zürich, Hamburg oder Venedig können dann wieder klimaschonend und umweltfreundlich über Nacht erreicht werden. Tickets für Nightjet-Verbindungen sind im Sitzwagen bereits ab 29,90 Euro pro Person und Strecke erhältlich.

„Bahnfahren liegt wieder voll im Trend – besonders bei der jüngeren Generation. Aus diesem Grund freuen wir uns besonders, daß wir ab 26. Juni wieder mit unseren Nightjets unterwegs sind“, freut sich ÖBB CEO Andreas Matthä. „Mit dem Wiederhochfahren bringen wir Europa nach der Krisenzeit wieder den Nachtzug und so auch ein Stück Normalität zurück! Es ist ein wichtiger Schritt, um die internationale Mobilität wieder zu erlangen und den Menschen eine klimafreundliche Reise zu ermöglichen.“

Klimafreundlich und ausgeschlafen ans Ziel

Gerade in Zeiten des Klimawandels ist Zugfahren eine bequeme und klimafreundliche Alternative. So verursacht beispielsweise ein Flugpassagier auf der Strecke Wien – Brüssel eine vielfache an CO₂-Emissionen gegenüber eines Zugreisenden.

„Unsere Nachtzüge sind also die Alternative zu Flügen innerhalb Europas und bringen die Fahrgäste sorgenfrei und sicher an ihr Ziel. Gerade für Touristinnen und Touristen aus den europäischen Nachbarländern bieten unsere Nachtzugverbindungen eine bequeme Anreise für ihren nächsten Sommerurlaub in Österreich“, so Matthä.

Die Reise mit dem ÖBB Nightjet ist nicht nur umweltfreundlich, sondern auch bequem und günstig, denn man spart dabei wertvolle Zeit und hohe Hotelkosten. Fahrgäste im Schlaf- und Liegewagen erhalten zudem ein Begrüßungsgetränk und ein Frühstück vor der Ankunft an ihrer Zieldestination. Tickets für Nightjet-Verbindungen sind im Sitzwagen ab 29,90 Euro pro Person und Richtung erhältlich.

Die ÖBB Nightjets werden vor und nach jeder Fahrt gründlich gereinigt. Das Sorti-



Foto: ÖBB / Marek Knopp

ÖBB CEO Andreas Matthä: „ÖBB bringen Europa den Nachtzug zurück.“

ment des Bordverkaufs wurde durch Desinfektionssprays und Mund-Nasen-Schutz erweitert, somit steht einer sicheren und angenehmen Reise nichts mehr im Weg.

ÖBB: Europas größter Anbieter von Nachtreisezügen

Der Ausbau der internationalen Fernverkehrsverbindungen der ÖBB schreitet kontinuierlich voran. Nach der Aufnahme der neuen Nachtzugverbindung von Wien nach Brüssel im Jänner, legen die ÖBB im Dezember 2020 einen weiteren Grundstein für umweltfreundliche Mobilität in Europa. Das mittlerweile mit 27 Linien umfassende Nachtzugangebot wird voraussichtlich ab Winter um Destinationen wie Amsterdam erweitert. Die ÖBB sind somit Europas größter Anbieter von Nachtreisezügen.

ÖBB: Heute. Für morgen. Für uns.

Schon heute bringen die ÖBB als umfassender Mobilitätsdienstleister jährlich 477 Millionen Fahrgäste und 105 Millionen Tonnen Güter umweltfreundlich ans Ziel. Besonders klimaschonend sind die Bahnreisen-

den unterwegs. Denn 100 Prozent des Bahnstroms stammen aus erneuerbaren Energieträgern. Die ÖBB gehörten 2019 mit rund 96 Prozent Pünktlichkeit zu den pünktlichsten Bahnen Europas. Mit Investitionen in die Bahninfrastruktur von über zwei Milliarden Euro jährlich bauen die ÖBB am Bahnsystem für morgen. Konzernweit 41.904 MitarbeiterInnen bei Bus und Bahn sowie zusätzlich rund 2.000 Lehrlinge sorgen dafür, daß täglich rund 1,3 Millionen Reisende sicher an ihr Ziel kommen. Die ÖBB sind das Rückgrat von Gesellschaft und Wirtschaft und sind Österreichs größtes Klimaschutzunternehmen. Strategische Leitgesellschaft des Konzerns ist die ÖBB-Holding AG.

Weitere Informationen zum ÖBB Nightjet sind unter <https://www.nightjet.com/> auffindbar. Tickets für Sitz-, Liege- und Schlafwagen können in den ÖBB Reisezentren, online im ÖBB Ticketshop, in der ÖBB App und beim Kundenservice unter +43 5 17 17 gebucht werden.

Laufende Aktualisierungen der Verbindungen finden Sie unter:

<https://www.nightjet.com/>

Wir urlauben im Inland, Deutsche zieht's nach Österreich

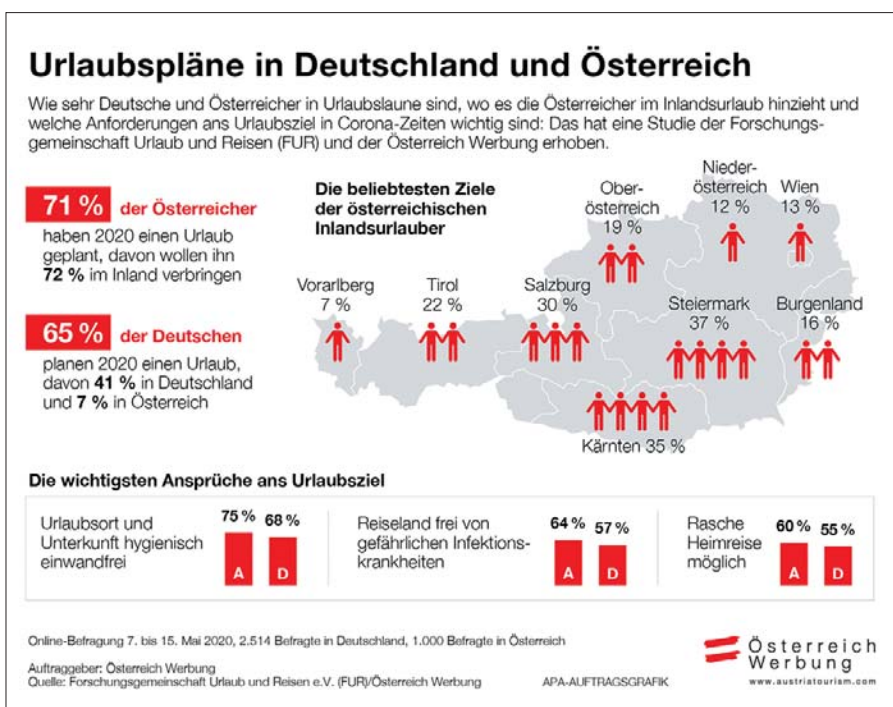
71 Prozent der ÖsterreicherInnen und 65 Prozent der Deutschen planen für heuer einen Urlaub. Während die Mehrheit der ÖsterreicherInnen im Inland bleiben will, zieht es die Deutschen mehrheitlich ins Ausland – auch nach Österreich. Das zeigt eine neue Studie der FUR und der Österreich Werbung.

Deutsche und ÖsterreicherInnen sind in Urlaubslaune. Das zeigen zwei aktuelle Umfragen, die von der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (FUR) in Deutschland und Österreich durchgeführt wurden. Auch wenn die finanzielle Lage in den Haushalten in Folge von Corona teilweise angespannt ist: Laut Umfrage kann die Mehrheit sich einen Urlaub leisten und hat auch vor, zu verreisen. Konkret sagen 71 % der ÖsterreicherInnen und 65 % der Deutschen, daß sie bis Jahresende sicher oder höchstwahrscheinlich auf Urlaub fahren werden. In nackten Zahlen sind das 4,6 Millionen ÖsterreicherInnen sowie 41,1 Millionen Deutsche, die heuer noch verreisen wollen. Mit 1,7 Reisen planen die ÖsterreicherInnen auch mehr Urlaube als die Deutschen mit 1,2 Reisen.

ÖsterreicherInnen bleiben in Österreich

72 % der ÖsterreicherInnen, die einen Urlaub planen, wollen diesen im Inland verbringen. Die meisten zieht es dabei in die Steiermark, nach Kärnten und ins Salzburger Land. Vor allem Kärnten profitiert von den Urlaubern, die in „normalen“ Jahren einen Badeurlaub in Sun-and-Beach-Destinationen wie Italien und Kroatien machen: 74 % aller ÖsterreicherInnen, die im Vorjahr in Italien oder Kroatien einen Urlaub verbracht haben, planen heuer einen Inlandsurlaub. „Österreich ist diesen Sommer offenbar eine echte Alternative zu einem klassischen Badeurlaub am Meer“, so Holger Sicking, Leiter des Teams Tourismusforschung & Data Analytics der Österreich Werbung.

Auch interessant: Während es die Älteren überproportional stark ins Burgenland zieht, wollen die Jüngeren stärker in Wien, Oberösterreich, Vorarlberg und Tirol urlauben. „Das dürfte mit den Urlaubsarten Städteurlaub und Aktivurlaub zu tun haben, die für jüngere Menschen in der Regel interessanter sind“, so Sicking.



Deutsche zieht es ins Ausland

Deutlich niedriger als hierzulande ist der Anteil der InlandsurlauberInnen in Österreichs wichtigstem ausländischen Herkunftsmarkt: Während hierzulande 72 % der Befragten einen Inlandsurlaub planen, sind es in Deutschland nur 41 %. Die Deutschen zieht es stärker ins Ausland – auch nach Österreich: 7 % der Deutschen, die einen Urlaub planen, wollen diesen in Österreich verbringen. Das liegt über dem Schnitt von rund 4 % in „normalen“ Jahren.

Die Stunde der Reisebüros

Das Thema Sicherheit spielt bei der Urlaubsplanung derzeit eine noch größere Rolle. Auf Hygiene am Reiseziel und in der Unterkunft achten 75 % der ÖsterreicherInnen, auf das Infektionsgeschehen am Reiseziel 64 %. Entscheidend ist aber auch die Frage: Was passiert im Fall des Falles? Für 60 % ist wichtig, daß sie „rasch wieder nach Hause kommen können“.

In der Krise zeigt sich auch das Vertrauen, das Reisebüros genießen. Daß über Veranstalter oder Reisebüro gebuchte Reisen mehr Sicherheit bieten hinsichtlich Storno, Umbuchung oder Rückreise, bejahen 45 % der befragten ÖsterreicherInnen.

Deutsche Reisanalyse

Die Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (FUR) erhebt jährlich im Rahmen der Deutschen Reisanalyse das Reiseverhalten der deutschen Bevölkerung. Da dem Inlandstourismus in Österreich aktuell eine besondere Bedeutung zukommt, hat FUR im Auftrag der Österreich Werbung zusätzlich eine idente Umfrage in Österreich durchgeführt. Die Online-Befragungen fanden zeitgleich zwischen 7. und 15. Mai 2020 statt.

Befragt wurden 1000 Personen zwischen 18 und 75 Jahren in Österreich sowie 2514 Personen zwischen 14 und 75 Jahren in Deutschland.

<https://www.austria.info/>

VIE ist Test-Airport für Covid-19-Sicherheitsmaßnahmen

Die europäische Flugsicherheitsbehörde EASA (European Aviation Safety Agency) entwickelt internationale Standards für Covid-19-Sicherheitsmaßnahmen in der Luftfahrt. Wichtige Praxiserfahrungen dafür liefert der Flughafen Wien: Der Wiener Airport wurde von der EASA als Test-Airport ausgewählt.

Zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen wurden in Wien bereits umgesetzt und die nun aus dem Praxisbetrieb gewonnenen Erkenntnisse werden in die Gestaltung künftiger Regelungen einfließen. Die von der Luftfahrtbehörde veröffentlichte „EASA-Charta“, in der Empfehlungen für sicheres Reisen mit dem Flugzeug abgegeben wurden, wurde vom Flughafen Wien ebenfalls unterzeichnet.

„Das Flugzeug ist das sicherste Transportmittel der Welt, die Sicherheit und Gesundheit unserer Passagiere steht für uns an erster Stelle. Für die Rückkehr zur gewohnten Reisefreiheit in der Luftfahrt sind nun internationale Standards für effiziente Schutzmaßnahmen wichtig und daran arbeitet die europäische Flugsicherheitsbehörde EASA. Hier bringt sich der Flughafen Wien gemeinsam und in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) sowie den zuständigen österreichischen Behörden aktiv ein. Als EASA-Test-Airport fließen unsere Erfahrungen aus den aktuellen Covid-19-Maßnahmen in die Gestaltung der künftigen europäischen Regeln ein“, hält Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG, dazu fest.

EASA setzt auf Erkenntnisse aus zahlreichen Maßnahmen am Flughafen Wien

Die größten europäischen Flughäfen liefern als ausgewählte Test-Airports wichtige Erfahrungen an die europäische Flugsicherheitsbehörde EASA. Mit dabei ist auch der Flughafen Wien. Die „EASA-Charta“, die zahlreiche Empfehlungen für Covid-19-Schutzmaßnahmen enthält, wurde vom Wiener Airport unterzeichnet und umgesetzt: So gilt im gesamten Terminalbereich am Flughafen Wien eine Schutzmaskenpflicht für Passagiere, AbholerInnen und Beschäftigte. Auch ist ein Abstand von mindestens einem Meter einzuhalten, worauf mit Bodenmarkierungen, Beschilderungen und Durchsagen im Terminal regelmäßig hingewiesen wird. Check-in-, Boarding- und Informa-

tionsschalter sind mit Plexiglas-Schutz ausgestattet, im gesamten Terminalbereich sind zahlreiche Handdesinfektionsstände aufgestellt. Im Falle von Busabfertigungen wird die Zahl der Passagiere pro Bus limitiert, um auch im Bus das Halten eines ausreichenden Sicherheitsabstandes zu ermöglichen.

Körpertemperaturmessungen bei allen Passagieren mit Wärmebild-Kameras

Neu ist, daß bei allen am Flughafen Wien ankommenden PassagierInnen nun mit Wärmebildkameras vollautomatisch Körpertemperaturmessungen durchgeführt werden. Auf dem Weg zur Gepäcksabgabe passieren die Reisenden im Vorbeigehen das Kamerasystem, das automatisch die Körpertemperatur erkennt. Verzögerungen sind hier keine zu erwarten. Bei erhöhter Temperatur wird ein Amtsarzt der Behörde hinzugezogen, der eine persönliche Nachkontrolle durchführt und nach Abklärung des bisherigen Reiseverlaufs und allfälliger Symptome mögliche weitere Schritte einleitet.

Corona-Test am Flughafen und Covid Care Premium Services

Weiterhin gibt es die Möglichkeit, direkt am Flughafen Wien einen molekularbiologi-

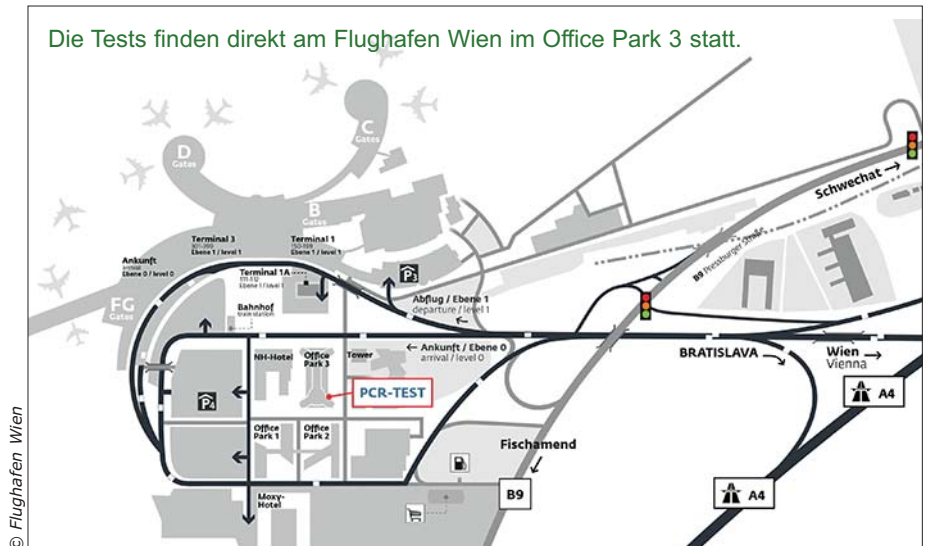
schen Covid-19-PCR-Test zu machen, das Ergebnis liegt in wenigen Stunden vor. Dieser Test wird im Vienna Airport Health Center im Office Park 3 durchgeführt, Interessierte können unter der Telefonnummer +43-1-7007-24906 (Deutsch & Englisch) oder mittels E-Mail einen Termin vereinbaren.

<https://www.viennaairport.com/coronatest>
eMail: coronatest@viennaairport.com

Zusätzlich bietet der Flughafen Wien ein neues individuelles Betreuungsservice für Reisende an: Bei den „Covid Care Premium Services“ begleitet eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter des Flughafen Wien die Passagiere vom Check-in bis zum Abfluggate, organisiert die Sicherheits- und Grenzkontrolle ohne Wartezeiten und unterstützt bei Bedarf auch bei der Organisation eines Covid-19-PCR-Tests. Inkludiert ist für die Passagiere ein „Covid Care Package“ mit einem wiederverwendbaren Zipper mit Mund-Nasen-Schutz, Einweghandschuhen und Desinfektionsmittel sowie einer Informationsbroschüre zum Reisen in Corona-Zeiten. Die Covid Care Premium Services sind online auf der Homepage des Flughafens buchbar.

<https://www.viennaairport.com/>

Die Tests finden direkt am Flughafen Wien im Office Park 3 statt.



Österreich, Europa und die Welt

Berlakovich wird neuer Vertreter Österreichs beim COPA

Nikolaus Berlakovich, Präsident der LK Burgenland, folgt ab September 2020 Franz Reisecker als Vertreter Österreichs beim EU-Bauernverband COPA nach.

„Wir sind davon überzeugt, daß Berlakovich durch seine umfangreiche Erfahrung auf nationaler und internationaler Ebene bestens für dieses Amt des ‚Außenministers der Landwirtschaftskammern‘ geeignet ist“, betont Josef Moosbrugger, Präsident der LK Österreich. „Ihm wird es mit Sicherheit gelingen, die Anliegen unserer Bäuerinnen und Bauern ausgezeichnet zu vertreten und die Vorreiterrolle Österreichs mit seiner flächendeckenden, bäuerlichen und nachhaltig wirtschaftenden Land- und Forstwirtschaft in der EU zu verankern“, unterstreicht Moosbrugger.

Der 59jährige Burgenländer Berlakovich absolvierte die Universität für Bodenkultur, war u. a. Landtagsabgeordneter, Agrar- und Umwelt-Landesrat sowie Landwirtschafts- und Umweltminister, Abgeordneter zum Nationalrat für die ÖVP, zudem Präsident der LK Burgenland sowie praktizierender Ackerbauer. Selbst Burgenland-Kroate, setzt er sich auch für die Anliegen der Volksgruppen ein. Umfangreiche internationale Erfahrungen



Foto: LKÖ / E. Rupf

v.l.: Nikolaus Berlakovich, Präsident der Bgld. Landwirtschaftskammer; Franz Reisecker, ehemaliger Vertreter Österreichs beim EU-Bauernverband und Josef Moosbrugger, Präsident der Österreichischen Landwirtschaftskammer

sammelte er etwa bei europäischen Agrar- bzw. Umweltministerräten, als Vorsitzender der OECD-Agrarministertagung 2010 u.a.

COPA steht für „Comité des organisations professionnelles agricoles“, was übersetzt „Aus-schuß der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen“ bedeutet. Der Verband vertritt seit 1958 die Interessen von mehr-

ren Millionen BäuerInnen in der EU. Zur COPA gehören 60 Mitgliedsorganisationen aus allen EU-Ländern sowie 36 Partnerorganisationen aus anderen europäischen Ländern wie Island, Norwegen, der Schweiz und der Türkei. ■

<https://www.lko.at/>

<https://de.wikipedia.org/wiki/COPA-COGECA>

Hildegard Greinix wird Präsidentin des WBMT

Hildegard Greinix, Universitätsprofessorin für Hämatologie an der Medizinischen Universität Graz und Leiterin der Klinischen Abteilung für Hämatologie am LKH-Univ. Klinikum Graz, wurde zur Präsidentin des „Worldwide Network for Blood & Marrow Transplantation“ ernannt. Diese weltweit tätige gemeinnützige Organisation beschäftigt sich mit allen Bereichen der Blutstammzelltransplantation und Blutstammzellspende.

Weltweites Netzwerk fördert den wissenschaftlichen Austausch

Das WBMT ist eine gemeinnützige Organisation, die aufgrund ihrer wissenschaftlichen und edukativen Aktivitäten von der Weltgesundheitsorganisation WHO als NGO anerkannt ist und eng im Bereich der Blutstammzelltransplantation mit der WHO zusammenarbeitet. Die WBMT stellt ein Netzwerk aus 22 internationalen Mitgliedsorganisationen dar, die gemeinsam herausragende wissenschaftliche Leistungen, ausgezeichnete tägliche klinische Arbeit und Zusammenarbeit im Bereich der Blutstammzelltransplantation, Stammzellspende und zellu-



Foto: Medizinische Universität Graz

Univ.-Prof.in Hildegard Greinix

lären Immuntherapie verfolgen, indem wissenschaftliche Projekte sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt und unterstützt werden. Zusätzlich arbeitet sie maßgeblich in der Schaffung weltweiter

Standards für die Blutstammzelltransplantation mit.

Expertin der Med Uni Graz bringt viel wissenschaftliches Know-how ein

Nun wurde Hildegard Greinix zur Präsidentin dieses weltweiten Netzwerkes ernannt. Für diese Aufgabe bringt sie nicht nur viel Engagement mit, sondern vor allem eine renommierte wissenschaftliche Expertise in allen Bereichen der Blutstammzelltransplantation mit Schwerpunkt auf Transplantationsimmunologie und Toleranzentwicklung.

Hildegard Greinix ist langjähriges Mitglied eines international führenden Wissenschaftskonsortiums der National Institutes of Health (NIH) in Washington, USA, das neue diagnostische und therapeutische Strategien zur Vermeidung und Behandlung immunologischer Komplikationen nach Blutstammzelltransplantation entwickelt, wodurch Überlebensraten und Lebensqualität betroffener PatientInnen entscheidend verbessert werden konnten. ■

<https://www.medunigraz.at/>

<https://www.wbmt.org/>

Konjunkturpaket, Investitionsprämien steuerliche Entlastung

Opposition kritisiert in Nationalratssitzung Bürokratie und Einzelmaßnahmen und wirft Regierung Planlosigkeit und Mutlosigkeit vor

Weitere Maßnahmen zur finanziellen Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise sowohl für Private als auch für Unternehmen standen auch am 7. Juli zu Beginn der letzten Plenarwoche vor Tagungsende im Mittelpunkt der Sitzung des Nationalrats. So wird unter anderem der Eingangsteuersatz von 25 % auf 20 % gesenkt. Unternehmen erhalten zudem die Möglichkeit einer degressiven Abschreibung und eines Verlustrücktrags – das heißt, sie können Verluste aufgrund der Corona-Krise mit Gewinnen der Vorjahre gegenverrechnen. Abgabenstundungen und Zahlungserleichterungen werden bis 15. Jänner 2021 verlängert. Auch für die Landwirtschaft sind Erleichterungen vorgesehen. Das Gesetzespaket enthält allerdings auch Regelungen zur Eindämmung von Kurzflügen. Für diese wird die Flugabgabe auf 30 € pro Ticket erhöht. Investitionen sollen bis zu 7 % gefördert werden, für Investitionen im Zusammenhang mit Digitalisierung, Ökologisierung, Gesundheit/Life Science ist eine Prämie von 14 % vorgesehen. Von der Unterstützung ausgenommen sind allerdings klimaschädliche Investitionen.

Die RednerInnen der beiden Regierungsfractionen erwarten sich vom Konjunkturstärkungsgesetz und vom Investitionsprämien-gesetz eine Ankurbelung der privaten Kaufkraft und Anreize für Investitionen in Zukunftsbereiche wie etwa Klimaschutz. Laut ÖVP werden diese Maßnahmen wie auch die bisherigen Schritte der Standortsicherung sowie der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen, die Konsumkraft werde erhöht, die Liquidität der Unternehmen verbessert, so der Tenor in den Reihen der ÖVP. Man schaffe damit auch Wachstums- und Zukunftsperspektiven. Für die Grünen steht darüber hinaus auch der mit dem Paket initiierte ökologische Transformationsprozeß der Wirtschaft im Mittelpunkt.

Seitens der Opposition fiel das Urteil differenziert aus. Auch wenn SPÖ, FPÖ und NEOS viele Punkte, wie etwa die Senkung des Eingangsteuersatzes, den Verlustrücktrag und die degressive Abschreibung begrüßten, sparten die drei Parteien jedoch nicht mit

Kritik. SPÖ und NEOS warfen insbesondere der ÖVP beinhardt Klientelpolitik, etwa zugunsten der größeren Landwirtschaftsbetriebe und der Großunternehmen, vor. Für die SPÖ sind die Maßnahmen der Regierung zu wenig und zu mutlos. Die SozialdemokratInnen forderten ein „Kraftpaket“ und brachten dazu auch einen Abänderungsantrag ein, in dem Steuerfreiheit für Bruttoeinkommen bis 1.700 €, die dauerhafte Fixierung des Spitzensteuersatzes von 55 % für Einkommensanteile über 1 Mio. € und weitere Verbesserungen für Urlaubs- und Weihnachtsgeld gefordert werden. In den Augen der FPÖ wiederum sind die Bestimmungen viel zu bürokratisch. Sie lehnt vor allem das Investitionsprämien-gesetz ab, das für sie legislativ große Mängel aufweist. Außerdem sind die Freiheitlichen gegen die Erhöhung der Flugabgabe, sie spricht sich für eine völlige Abschaffung der Flugabgabe aus. Auch ist sie dagegen, daß klimaschädliche Investitionen nicht gefördert werden. Seitens der NEOS wirft man der Regierung ebenfalls zu viel Bürokratie vor, die Pinken orten vor allem ein Mißtrauen gegenüber den Unternehmen.

Konjunkturstärkungsgesetz trotz Kritik einstimmig angenommen, Investitionsprämien-gesetz nur mehrheitlich

Das Konjunkturstärkungsgesetz passierte den Nationalrat trotz kontroverser Debatte nach einer getrennten Abstimmung schließlich einstimmig. Dabei wurde ein Abänderungsantrag von ÖVP, Grünen und NEOS mitberücksichtigt. Darin wird festgehalten, daß auch unkörperliche Wirtschaftsgüter im Bereich Digitalisierung, Ökologisierung und Gesundheit/Life Science der degressiven Abschreibung zugänglich sind. Außerdem wird klargestellt, daß die COVID-19 Investitionsprämie auch bei Körperschaften keine Betriebseinnahme darstellt. Weiters wird die Einkünfteverteilung für bestimmte Einkünfte aus der Landwirtschaft auch auf die Forstwirtschaft ausgedehnt.

Das Investitionsprämien-gesetz passierte das Plenum mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS. Die FPÖ war dagegen.

Der oben genannte SPÖ-Abänderungsantrag wurde ebenso wie der FPÖ-Antrag zur finanziellen Hilfe für heimische Marktfahrer, um deren Fixkosten und Umsatzausfälle in voller Höhe abzudecken, mehrheitlich abgelehnt. Auch ging der Antrag der NEOS nicht durch. Sie wollten sicherstellen, daß auch auf das Jahr 2021 verschobene Veranstaltungen noch in den Genuß des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 5 % kommen und es dementsprechend zu keinen Umsatzsteuer-Rückzahlungen für Veranstaltungen kommt.

Konkret kommt es mit dem nun beschlossenen Gesetzespaket zu einem Vorgriff auf die geplante Steuerreform. So wird aufgrund der Änderungen im Konjunkturstärkungsgesetz der Eingangssatz für die Einkommensteuer rückwirkend ab Jänner 2020 von 25 % auf 20 % gesenkt. ArbeitnehmerInnen, die keine Einkommensteuer zahlen, sollen in Form einer Negativsteuer mit einer höheren Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge im Ausmaß von 100 € entlastet werden. Verbesserungen sind auch für Beschäftigte in Kurzarbeit vorgesehen, um zu verhindern, daß es beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu steuerlichen Nachteilen kommt. Der befristet geltende Höchststeuersatz von 55 % für SpitzenverdienerInnen wird allerdings bis 2025 verlängert.

Für UnternehmerInnen wiederum gibt es die Möglichkeit eines Verlustrücktrags und einer degressiven Absetzung für Abnutzung, die aufgrund des Abänderungsantrags nun auch für unkörperliche Wirtschaftsgüter im Bereich Digitalisierung, Ökologisierung und Gesundheit/Life Science gilt. Darüber hinaus werden Abgabenstundungen und Zahlungserleichterungen bis 15. Jänner 2021 verlängert. Als Entlastungsmaßnahmen für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft ist etwa die Einführung einer Drei-Jahres-Verteilung für Gewinne oder die Erhöhung der Grenze für die Buchführungspflicht vorgesehen.

Schließlich soll für Flüge ab dem 31. August 2020 auch die Flugabgabe erhöht werden, und zwar auf 30 € pro Ticket für Kurzstreckenflüge (bis 350 km), während für sonstige Flüge 12 € pro Ticket gelten.

Innenpolitik

Im Fokus des Investitionsprämien-gesetz steht die Förderung von materiellen und nichtmateriellen Neuinvestitionen des absetzbaren Anlagevermögens, die in einer Betriebsstätte in Österreich realisiert werden. Explizit ausgenommen sind vor allem klimaschädliche Neuinvestitionen, Finanzanlagen, unbebaute Grundstücke, Unternehmensübernahmen und aktivierte Eigenleistungen.

Konkret soll die Förderung durch die Gewährung einer Investitionsprämie in Form eines Zuschusses von 7 % der förderfähigen Kosten erfolgen. Für Investitionen im Zusammenhang mit Digitalisierung, Ökologisierung, Gesundheit/Life Science ist eine Verdoppelung der Prämie vorgesehen. Das Förderprogramm, für das ein Budget in der Höhe von 1 Mrd. € zur Verfügung steht, soll mit 1. September 2020 starten, es umfaßt aber auch rückwirkend Investitionen, die ab 1. August 2020 getätigt wurden. Anträge können bis 28. Februar 2021 gestellt werden. Der Entwurf enthält auch eine haushaltsrechtliche Ermächtigung zur Begründung der entsprechenden Vorbelastungen in den Finanzjahren bis 2025.

SPÖ: Plan und Ziel der Regierung nicht zu erkennen, es braucht »Kraftpaket«

Für SPÖ-Klubchefin Pamela Rendi-Wagner ist weder ein Plan noch ein Ziel der Bundesregierung zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Sozialkrise zu erkennen. Die Maßnahmen seien nicht ambitioniert, sie seien kraftlos und nicht nachhaltig. In den Augen Rendi-Wagners bleiben sie nur Stückwerk. Vor allem der Arbeitsmarkt bereitet den SozialdemokratInnen Sorgen, die Arbeitslosigkeit werde mit über 9 % auch im kommenden Jahr hoch bleiben und damit der am dramatischsten betroffene Bereich sein, sagte Rendi-Wagner. Sie forderte daher, jetzt gegenzusteuern, um eine verfestigte Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Es brauche eine Kraftanstrengung, um den Konsum und die Wirtschaft zu stärken, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Die SPÖ habe daher einen Vorschlag für das größte Konjunkturpaket der Zweiten Republik vorgelegt, wodurch 350.000 Arbeitsplätze in den nächsten Jahren geschaffen würden, erläuterte sie. Das, was von der Regierung kommt, bezeichnete sie als einen „Klacks“, der weder Wirkung noch Kraft hat.

Ihr Klubkollege Kai Jan Krainer konkretisierte die Forderungen anhand des vorgelegten Abänderungsantrags, der unter anderem durch die Steuerbefreiung von Bruttoeinkommen bis 1.700 € eine Entlastung von

rund 5 Mrd. € vorsieht. Grundsätzlich hält er wie auch Christoph Matznetter (SPÖ) – dieser sprach von „Pleiten, Pech und Pannen“ vor allem bei der Auszahlung aus dem Härtefallfonds – die Hilfen für zu wenig, für zu langsam und zu bürokratisch. Die ÖVP habe keinen Blick für das Ganze, so Krainer, sie sei blind für die Sorgen der ArbeitnehmerInnen, der Arbeitslosen, der Jugendlichen, der Klein- und Mittelbetriebe und der Ein-Personen-Unternehmen. Sie betreibe stattdessen Klientelpolitik für ihre Spender, für Großkonzerne und Millionäre. Während etwa MindestrentnerInnen und kleine Selbständige nichts bekämen, Arbeitslose fast ihr halbes Einkommen verloren haben und einmalig 450 € erhalten, würden die LandwirtInnen jährlich dauerhaft 450 € bekommen, kritisierte er.

Ins gleiche Horn stießen Julia Herr, Selma Yildirim, Reinhold Einwallner und Maximilian Lercher (alle SPÖ). Bauern und Bäuerinnen würden besser behandelt als ArbeitnehmerInnen, auch auf die PensionistInnen werde vergessen, betonte Lercher. Für jeden Euro, den ArbeitnehmerInnen erhalten, erhalten die LandwirtInnen 3 Euro und die Unternehmen das 30fache, rechnete Herr kritisch vor. Menschen haben eine Entlastung verdient, von der sie wirklich etwas haben, merkte Yildirim an. Jene, die wenig haben, bekommen wenig, jene, die mehr haben, bekommen mehr, so ihr Resümee. Die Maßnahmen seien nicht gut genug, um Österreich aus der Krise zu führen, hielt sie fest. Die Maßnahmen der Regierung seien nur Stückwerk, ergänzte Einwallner, man brauche aber eine nachhaltige Entlastung der Einkommen, und keine Einmalzahlungen und keine kurzfristigen Steuererleichterungen.

FPÖ kritisiert Investitionsprämien-gesetz als bürokratisch, nicht treffsicher

Auch der ehemalige Staatssekretär im Finanzministerium, Hubert Fuchs von der FPÖ, hatte mit einigen Kritikpunkten aufzuwarten, wobei er das Konjunkturstärkungsgesetz ausdrücklich unterstützte, zumal darin viele Pläne aus der türkis-blauen Regierung enthalten seien. Besonders begrüßte er es, daß die Steuerstundungen automatisch verlängert werden und auch keine Zinsen anfallen. Die Flugabgabe hält er jedoch generell für falsch, insbesondere, wenn einem die AUA am Herzen liege.

Keine Zustimmung der Freiheitlichen werde jedoch das Investitionsprämien-gesetz erhalten, bekräftigte Fuchs. Es sei ein Beispiel schlechter Legistik, auch die Steuerbe-

rater und Wirtschaftstreuhänder hätten das Gesetz als kompliziert, unberechenbar und wenig treffsicher qualifiziert. Besonders stört Fuchs, daß das AWS mit der Abwicklung betraut wird und dafür 20 Mio. € erhält. UnternehmerInnen würden zu Bittstellern. Kein Verständnis zeigte er für die Einschränkung der Prämien auf bestimmte Bereiche.

Erwin Angerer (FPÖ) wiederholte den Vorwurf seiner Fraktion, daß die Regierung das Vertrauen der UnternehmerInnen und KonsumentInnen geschädigt und nur Angst verbreitet habe. Abermals brachte er den Vorschlag der FPÖ nach einem „Österreich-Tausender“ ins Spiel. Sein Fraktionskollege Gerald Hauser plädierte für die Anhebung der Ersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 70 % und bemängelte, daß das Epidemie-gesetz ausgehebelt wurde, wodurch es keinen vollständigen Ersatz der Verluste mehr gegeben habe. Das habe das Vertrauen erschüttert, daß man sich auf bestehende Gesetze verlassen kann.

NEOS: Milliarden müssen treffsicher ankommen

Auch seitens der NEOS ist bei den Maßnahmen viel zu viel Bürokratie und Mißtrauen gegenüber den Unternehmen im Spiel. Die Devise müsse sein, keinen gesunden Betrieb zurückzulassen und dort jeden Arbeitsplatz zu retten, sagte Klubchefin Beate Meinl-Reisinger. Man müsse dafür sorgen, daß die Milliarden auch ankommen, bezweifelte auch sie die Treffsicherheit und Effizienz der Regierungsarbeit in der Krise. Der Einbruch der Weltwirtschaft treffe Österreich mit einem derzeit prognostizierten Minus beim BIP von 7,1 %, das seien 7.000 € weniger an Wohlstand für jeden Haushalt, rechnete sie vor. Die Einzelmaßnahmen seien zu klein, die Gießkanne sei aber auch nicht der richtige Weg, weil die Krise die Gruppen unterschiedlich treffe. So würden etwa die 360 € pro Kind nicht helfen, wenn nicht auch zugleich in Bildung investiert wird, denn der Strukturwandel finde statt, konstatierte Meinl-Reisinger. Grundsätzlich unterstützte sie wie auch Karin Doppelbauer (NEOS) das Konjunkturstärkungsgesetz und das Investitionsprämien-gesetz.

Doppelbauer blickte in ihrer Rede auch in die Zukunft der Budgetpolitik. Die jetzt notwendigen Schulden müssen auch einmal zurückgezahlt werden, sagte sie, es sei daher notwendig, genau auf deren Wirkung zu achten. Dabei gab sie der Kritik von Hubert Fuchs recht, daß die Wirkung derzeit von der Regierung viel zu breit ausgelegt werde. Die

Innenpolitik

NEOS hätten sich auch die Abschaffung der sogenannten kalten Progression gewünscht, monierte Doppelbauer.

Die NEOS übten in der Person ihres Sozialsprechers Gerald Loacker ebenso wie die SPÖ Kritik an der aus ihrer Sicht geübten Klientelpolitik der ÖVP. Für Loacker sind Frauen und kleine LandwirtInnen die Verlierer bei den Maßnahmen. Durch die Erhöhung der Negativsteuer werde der Trend in die Teilzeit erhöht, befürchtet er, das bedeute weiterhin kleine Pensionen für Frauen. Die Erhöhung der Grenze für die Buchführungspflicht würde nicht den kleinen, sondern den relativ großen Bauern zugutekommen, stellte er fest.

ÖVP: Maßnahmen zeigen soziale Verantwortung und dienen der Standortsicherung

Kein Verständnis zeigte die ÖVP für die vorgebrachte Kritik, vor allem für jene seitens der SPÖ. Die Regierung entlaste die Menschen und Unternehmen, betonte Klubobmann August Wöginger und erinnerte an die zahlreichen Covid-19-Gestze, die beschlossen wurden und werden. Die Arbeitslosenzahlen würden zeigen, daß die Maßnahmen wirken. Derzeit gebe es 442.089 Arbeitslose, 21.051 weniger als in der Vorwoche. Ursprünglich waren es mehr als 600.000. 403.382 Personen befinden sich noch in Kurzarbeit, das sind bereits 900.000 weniger, sagte Wöginger. Eine Familie mit drei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 2.000 € werde 1.780 € im Jahr mehr erhalten, AlleinerzieherInnen mit einem Kind und einem Bruttoeinkommen von 1.900 € bekämen 710 € mehr. Das zeuge von hoher sozialpolitischer Verantwortung, so der Klubchef. Die Maßnahmen würden wirken, wo sie wirken müssen.

Ebenso argumentierte Karlheinz Kopf von der ÖVP. Zunächst sei es um kurzfristige Hilfen gegangen, um die Betriebe über die Runden zu bekommen, betonte er, nun gehe es um Struktur- und Konjunkturmaßnahmen, um Zukunfts- und Wachstumsperspektiven zu bieten und den Menschen ein Auskommen zu sichern. Nur eine investitionsgetriebene Kultur sei eine nachhaltige, konstatierte Kopf und unterstützte damit nachdrücklich das Investitionsprämiengesetz. Es gehe auch um die Sicherung der Liquidität, die Stärkung der Eigenkapitalbasis und der Eigenfinanzierungsfähigkeit. Das zu beschließende Paket mache 5,6 Mrd. € aus, habe aber einen Eigenfinanzierungsgrad von rund 40 %. Man schaffe und sichere da-

mit auch rund 50.000 Arbeitsplätze. Das Paket bringe eine Mischung aus Nachfragestärkung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Hart ging Kopf mit den Vorschlägen der SPÖ ins Gericht. Eine Attraktivierung der Arbeitslosigkeit, eine Verknappung der Humanressourcen durch Arbeitszeitverkürzung und eine Vermögenssteuer stelle eine Schwächung dar aber keinesfalls ein Kraftpaket, rief er in Richtung SPÖ.

Die Regierung bringe mit ihrer Politik Optimismus und Mut zurück, unterstrich auch Maria Theresia Niss von der ÖVP. Auch sie geht davon aus, daß man mit den Maßnahmen schnell aus der Krise herauskommen werde, weil sie den Standort und die Wettbewerbsfähigkeit stärken und Arbeitsplätze sichern. Verteidigt wurde die Regierungspolitik auch von Alexander Melchior, Carina Reiter, Andreas Ottenschläger und Peter Haubner (alle ÖVP). Ottenschläger zitierte zur Untermauerung eine Analyse des Budgetdienstes der Parlamentsdirektion. Das Paket ist ausgeglichen, sagte Haubner und Melchior mahnte weiterhin zur Vorsicht, da das Virus noch immer da ist. Reiter verteidigte die Maßnahmen für die Landwirtschaft, denn die BäuerInnen hätten hätten mit vielen Herausforderungen zu kämpfen.

Grüne erwarten sich ökologische Transformation der Wirtschaft

Für die Grünen steht vor allem die Transformation der Wirtschaft in Richtung Ökologie im Vordergrund. Wichtig sind ihnen daher zukunftsweisende Investitionen in umweltfreundliche Technologien. Das Paket sei kein „Klacks“, entgegnete Jakob Schwarz (Grüne) SPÖ-Klubobfrau Rendi-Wagner. Man sichere die Liquidität der Unternehmen, verhindere Insolvenzen, setze Maßnahmen für ArbeitnehmerInnen und Familien und stärke die Nachfrage. Das gegenständlich Paket bedeute einen kräftigen Schub in diese Richtung. Die Maßnahmen sind in seinen Augen sozial ausgewogen, die Regierung verteile nicht pauschal das Geld, sondern gehe auf einzelne Fälle ein, so Schwarz.

Mit dem Programm gibt es Zuversicht für die Unternehmen, ist auch Elisabeth Götz (Grüne) überzeugt, die ebenfalls die notwendige Transformation der Wirtschaft in den Vordergrund rückte. Deshalb unterstützte sie die Investitionsprämien in der vorgeschlagenen Form für zukunftssträchtige Investitionen und begrüßte die degressive Abschreibung sowie den Verlustrücktrag. Laut Lukas Hammer (Grüne) schafft gerade die ökologische Transformation der Wirtschaft eine nachhal-

tige Sicherung des Standorts und der Arbeitsplätze.

Nina Tomaselli (Grüne) wies insbesondere auf die Senkung des Eingangsteuersatzes und auf die Negativsteuer als wichtige Maßnahme zur Belebung des Konsums hin. Was die Maßnahmen für die künftige Budgetpolitik bedeuten, so meinte sie, man müsse sich auch überlegen, wer mehr und wer weniger für das Sicherheitsnetz zahlen werde, und kam zum Schluß, daß starke Schultern auch mehr tragen können als schwache.

Regierungsbank weist Kritik der Opposition zurück

Seitens der Regierung meldeten sich Finanzminister Gernot Blümel, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger zu Wort. Alle drei wiesen die Kritik der Opposition zurück.

„Das Geld fließt, es kommt an“, unterstrich der Finanzminister. Das Paket diene der Konjunkturstärkung, für ArbeitnehmerInnen gebe es rückwirkend eine unbefristete Entlastung. Die degressive Abschreibung nannte er eine „wirtschaftspolitische Revolution“. Die Investitionsprämie ist laut Schramböck ein wichtiger Motor für den Standort. Sie verteidigte die Einzelmaßnahmen, denn jeder, der ein Unternehmen führt, wisse, daß es mehrerer Maßnahmen braucht. „Es ist das Gesamtpaket, das es ausmacht“, sagte sie.

Arbeitsplätze würden geschaffen und abgesichert, so Schramböck weiter. Bereits 500 Unternehmen haben den Lehrlingsbonus von 2.000 € beantragt und manche würden sogar mehr Lehrlinge einstellen, als geplant. Schramböck kündigte überdies an, daß kleinere und mittlere Betriebe ab nächster Woche eine Staatsgarantie erhalten können, hier habe es aufgrund des Drängens der Regierung ein Umdenken in der EU gegeben.

Mit Vehemenz verteidigte Ministerin Elisabeth Köstinger die Maßnahmen für die Landwirtschaft. Corona habe gezeigt, wie wichtig eine sichere Lebensmittelversorgung ist, sagte sie. Auch bei den Hamsterkäufen am Beginn des Lockdowns, sei man nicht von Importen abhängig gewesen. Die Landwirtschaft sei systemrelevant und systemkritisch. Österreich müsse bei der Lebensmittelproduktion unabhängig bleiben, so die Ressortchefin. Die BäuerInnen hätten mit vielen Problemen zu kämpfen, auch der Klimawandel führe zu Verwerfungen. Deshalb würden produzierende Betriebe entlastet. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Oö. Demokratieforum – Gemeinsam Demokratie stärken

Demokratieoffensive des Oberösterreichischen Landtags und
der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS OÖ)



Foto: Land OÖ / Ernst Grünberger

v.l.: 2. Präsident Adalbert Cramer, die 3. Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer,
Landtagspräsident Wolfgang Stanek und IWS OÖ-Geschäftsführer Prof. Gottfried Kneifel

Im Rahmen einer Pressekonferenz des Landes Oberösterreich mit Landtagspräsident Wolfgang Stanek, dem Zweiten Präsidenten Adalbert Cramer, der Dritten Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer und IWS OÖ-Geschäftsführer Prof. Gottfried Kneifel wurde am 20. Juli in Linz die Demokratieoffensive des Oö. Landtags & IWS OÖ präsentiert.

Demokratie als Grundlage der Gesellschaft

„Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten“ sagte Friedrich Ebert, erster Reichspräsident der Weimarer Republik. „Das Bewußtsein für Demokratie und seine Werte werden durch die Familie und das soziale Umfeld geprägt. Wichtig ist zudem ein umfassendes Angebot an politischer Bildung in der Schule. Deshalb ist es uns ein Anliegen, daß wir Menschen für Demokratie und Beteiligung begeistern und sie in einen Weiterentwicklungsprozeß miteinbeziehen“, erklärten die Landtagspräsidenten Wolfgang Stanek, Adalbert Cramer und Gerda Weichsler-Hauer. Demokratie bietet die Grundlage für die soziale Marktwirtschaft, den Rechtsstaat, den Schutz der Menschenrechte, für sozialen Frieden in einer offenen und inklusi-

ven Gesellschaft, für Gewaltenteilung sowie für einen Parlamentarismus mit Inhalten.

„Wir dürfen Demokratie nicht als Gabe, sondern als große Aufgabe verstehen, die ständig weiterentwickelt und vor allem von der Gesellschaft gemeinsam getragen werden muß. Wir müssen stets alles daransetzen, um Fehlentwicklungen zu verhindern, die den Aufstieg von undemokratischen Handlungen und radikalen Gruppierungen ermöglichen. Wir sind täglich gefordert, unser Miteinander nach den Maßstäben der Menschlichkeit zu gestalten. Über allem Handeln in Politik und Gesellschaft sollen unsere Grundwerte – Toleranz, Respekt und Wahrung der Menschenwürde – stehen“, so das Landtagspräsidium.

Gemeinsam Demokratie stärken

Im Verfassungsjubiläumsjahr 2020 startet der Oberösterreichische Landtag auf Initiative seines Präsidenten Wolfgang Stanek und seiner Stellvertreter Adalbert Cramer und Gerda Weichsler-Hauer gemeinsam mit der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) eine Demokratie-Offensive.

„Demokratie ist kein Selbstläufer und muß deshalb immer weiterentwickelt und modernisiert werden. Die Stärkung unseres

bewährten politischen Ordnungssystems ‚Demokratie‘ ist sehr wichtig, damit sie auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt. Deshalb starten wir das Projekt ‚Demokratieforum‘, das von allen im Landtag vertretenen Parteien getragen wird“, betonten Stanek, Cramer und Weichsler-Hauer.

Unterstützt wird der Oö. Landtag dabei von der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ.

„Wenn 75 Jahre nach Ende des NS-Regimes noch ein Drittel der Bevölkerung mit der Diktatur liebäugelt, ist das für Demokraten kein Ruhekitz. Aus diesem Grund ist es für uns selbstverständlich, ein Projekt, mit dem wir Demokratie weiterentwickeln und stärken wollen, zu unterstützen“, sieht IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel Handlungsbedarf. Das Demokratieforum ermöglicht eine breite, überregionale, persönliche sowie überparteiliche Beteiligung. „Wir möchten alle Bürgerinnen und Bürger, aber im Speziellen Schülerinnen und Schüler, zum politischen Denken anregen und zum aktiven Mitwirken motivieren sowie ihnen das Thema Demokratie mit all seinen Vor- und Nachteilen, Pflichten und Chancen nahelegen und vor allem die Distanz zur Politik abbauen“, so Stanek, Cramer und Weichsler-Hauer.

Innenpolitik

Alle interessierten und engagierten BürgerInnen, Institutionen und Medien sind deshalb eingeladen, sich an dem Bürgerinnen- und Bürgerforum für offene Debatten über Demokratie zu beteiligen.

„Demokratie bedeutet, einen gemeinsamen Dialog zu führen, der auf die Stärken jeder und jedes Einzelnen zurückgreift. Demokratie lebt vom Einsatz und Beitrag einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers. Wir müssen diese Beteiligung und Mitbestimmung nur zulassen. Demokratie heißt aber nicht, daß alle Entscheidungen immer einstimmig fallen müssen. Demokratie bedeutet nicht immer Harmonie. Auch Reibungen, unterschiedliche Meinungen und das Akzeptieren von Mehrheitsentscheidungen gehören zu einer lebendigen Demokratie“, betonte Kneifel.

Mit dem Demokratieforum wird eine Online-Beteiligungs-Plattform für Demokratie <https://www.demokratieforum.at> geschaffen, um die Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf die liberale Demokratie, die Herausforderungen und Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung bzw. Stärkung der Demokratie zu diskutieren. Zur Debatte gestellt werden dabei die für Demokratien zentralen Aspekte, wie beispielsweise Beteiligung, Aushandlung, Rechtsstaatlichkeit, Achtsamkeit und evidenzbasierte Politik, die es zu schützen und stärken gilt.

„Als innovative überparteiliche Plattform soll das Demokratieforum den Erfahrungsaustausch und die Diskussion unterschiedlicher Vorstellungen ermöglichen. Jede und jeder soll sich mit Fragen der Demokratie auseinandersetzen, sich eine Meinung bilden und sich austauschen“, sind Stanek, Cramer, Weichsler-Hauer und Kneifel von einer breiten Diskussion überzeugt.

Mit einer Reihe an Impulsbeiträgen wird die Online-Diskussion eröffnet. Alle BürgerInnen können sich dann an der Diskussion mit eigenen Beiträgen, Ergänzungen und Kommentaren beteiligen.

Grünbuch mit Ideen und Vorschlägen

Ziel des Projekts „Demokratieforum“ ist es, partizipativ konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie zu entwickeln. Die Ergebnisse der Diskussion werden in einem Grünbuch (ein Dokument nach europäischem Muster) zum Thema „Stärkung der Demokratie“ zusammengefaßt.

Dieses wird dem Verfassungsausschuß vorgelegt, allen Abgeordneten und Klubs des Oö. Landtags, des Bundesrates sowie des

Nationalrats übermittelt und soll als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Demokratie im Land und darüber hinaus dienen.

„Mit diesem Projekt wollen wir von Oberösterreich ausgehend eine breite Diskus-

sion über die Demokratie starten und hoffen auf viele Ideen und Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Demokratie“, rufen Stanek, Cramer, Weichsler-Hauer und Kneifel zum Mitmachen auf.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Der »Wert des Lebens« bekommt eine neue Bedeutung



Foto: Land Oö

Landtagspräsident Wolfgang Stanek, Brigitte Kepplinger, Florian Schwanninger und LAbg. Jürgen Höckner bei ihrem Besuch des Gedenkorts Schloß Hartheim

Im Jahr 2003 wurde der Lern- und Gedenk-ort Schloß Hartheim eröffnet. In den Jahren 1940 bis 1944 wurden im Schloß Hartheim, einer von sechs derartiger Tötungsanstalten im Deutschen Reich, die als sog. Heil- und Pflegeanstalten galten, mehr als 30.000 Menschen ermordet. Unter den Opfern waren neben Menschen mit Behinderung, psychisch kranken Menschen auch Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Nach dem 2. Weltkrieg fand man im Schloss die „Hartheimer Statistik“, die die Gräueltaten belegten. Bei den Umbauarbeiten 2001 und 2002 wurden Massengräber der damaligen Opfer sowie einige wenige persönliche Gegenstände gefunden. Diese Gegenstände sind in der Dokumentationsstelle Hartheim aufbewahrt.

Landtagspräsident Wolfgang Stanek und Landtagsabgeordneter Jürgen Höckner besuchten das Schloß Hartheim und erfuhren bei einem Rundgang durch die alten Räumlichkeiten mehr über die schicksalshafte Zeit. Landtagspräsident Stanek appelliert: „Es ist wichtig, die Erinnerungen an die Vergangenheit wach zu halten. Ebenso ist es wichtig, den Blick stets nach vorne zu richten und unsere demokratischen Werte weiterentwickeln. Wir sind täglich gefordert, unser Mitein-

ander nach den Maßstäben der Menschlichkeit zu gestalten. Über allem Handeln in Politik und Gesellschaft sollen unsere Grundwerte – Toleranz, Respekt und Wahrung der Menschenwürde – stehen. Nicht nur in Gedenkjahren wie heuer.“

Eine geplante Ausstellung mußte Corona-bedingt verschoben werden. Prof.in Brigitte Kepplinger, Obfrau des Vereins Schloß Hartheim, und Florian Schwanninger, Leiter des Gedenkortes, haben die Ausstellung kuratiert. Die Ausstellung „Wert des Lebens. Der Umgang mit den Unbrauchbaren.“ wird historische und aktuelle Themen verbinden. Es stehen die Bereiche Behinderung, Sozialpolitik, Ethik, Medizin und Biotechnologie im Mittelpunkt. Die Räume der Ausstellung beleuchten, wie die Gesellschaft im Laufe der letzten Jahrhunderte mit als „unbrauchbar“ definierten Menschen umging bzw. heute umgeht. Es wird auch thematisiert, was als normal, gesund und nützlich galt bzw. gilt. Damit verbunden stellt sich die Frage, was eine Gesellschaft bereit ist für Menschen aufzuwenden, die Pflege, Unterstützung oder Betreuung benötigen. Die Ausstellung wird voraussichtlich im Herbst eröffnet.

<http://www.schloss-hartheim.at/>

Commerzialbank Mattersburg wurde behördlich geschlossen

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil: Wirtschaftskriminalfall der Privatbank muß bis ins letzte Detail aufgeklärt und der Schaden für die Beteiligten so gering wie möglich gehalten werden – Einlagensicherung bis 100.000 € für private Einleger

Foto: Landesmedienservice Burgenland



Der Landeshauptmann im Gespräch mit VertreterInnen der Banken und der Landesholding Burgenland (v.l.): Hans-Peter Rucker, Geschäftsführer der Landesholding Burgenland, Christian Jauk, Vorstandsvorsitzender der Bank Burgenland und CEO der GRAWE, Peter Bosek, Chef der Erste Bank Österreich, Susanne Wendler, Vorstand Bank Austria, Georg Pölzl, Vorstandsvorsitzender, Generaldirektor (CEO) der Post AG, und Landeshauptmann Hans Doskozil

Nach möglicherweise jahrelangen Bilanzfälschungen hat die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) per Bescheid vom 14. Juli dem konzessionierten Kreditinstitut „Commerzialbank Mattersburg im Burgenland AG“ mit Sitz in 7210 Mattersburg, Judengasse 11, die Fortführung des Geschäftsbetriebes mit sofortiger Wirkung zur Gänze untersagt und den Wirtschaftsprüfer Bernhard Mechtler, 1090 Wien, Porzellanergasse 51, als Regierungskommissär bestellt.

Direktor Martin Pucher ist zurückgetreten, ein Regierungskommissär wurde mit der Leitung betraut. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. „Für mich ist das ein Schock und ich bin persönlich zutiefst enttäuscht. Ich hätte es niemals für möglich gehalten, daß der Verantwortliche so ein Delikt begeht – und so die finanzielle Existenz vieler Menschen im Burgenland gefährdet. Dieser Wirtschaftskriminalfall muß bis ins letzte Detail aufgeklärt und der Schaden für die Betroffenen so gering wie möglich gehalten werden.“

Im ersten Schritt muß jetzt jeder Kunde der Privatbank ein Konto bei einer anderen Bank eröffnen. Wichtig ist auch, daß die gesetzliche Einlagensicherung rasch und unbürokratisch greift – das wurde mir von den Verantwortlichen auch versichert. Das Land Burgenland wird selbst, obwohl wir in keinerlei Geschäftsbeziehung oder Eigentümerverhältnis zu diesem Bankinstitut stehen, alles daran setzen, um die Betroffenen zu unterstützen und die Auswirkungen so gering wie möglich zu halten“, erklärte dazu Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Hans-Peter Rucker, Geschäftsführer Landesholding Burgenland. Für die Information und Beratung von verunsicherten Kunden wurden vom Land und der Wirtschaft Burgenland GmbH (WiBuG) dementsprechende Hotlines eingerichtet. Auch steht den Betroffenen eine Bankenombudsstelle auf der BH Mattersburg zur Verfügung, darüber hinaus wurde eine eigene Rechtsberatungsstelle eingerichtet.

Bankengipfel zu Commerzialbank

Das Land Burgenland wird einen Haftungsrahmen in der Gesamthöhe von fünf Millionen Euro für von den Malversationen in der Commerzialbank Mattersburg betroffene Unternehmen beschließen. Ein Einzelkreditrahmen von 100.000 Euro, die zu 80 Prozent vom Land besichert werden, je Unternehmen soll deren Liquidität und Handlungsfähigkeit sicherstellen. Damit alle Privatanleger disponierfähig sind, soll die Eröffnung eines Ersatzkontos ermöglicht werden, mit einem Rahmen von bis zu 1.000 Euro. Ein neues Konto ist notwendig, um die von der Einlagensicherung garantierten Zahlungen an die Kunden auszubezahlen. Das gab der Landeshauptmann am 20. Juli im Anschluß an einen Bankengipfel mit VertreterInnen führender Banken und Kreditinstitute Österreichs bekannt.

Im Gespräch mit den Banken sei es darum gegangen, „wie es gelingt, die betroffenen Privatkunden und die betroffenen Firmenkunden so gut wie möglich aufzufangen

und dafür Sorge zu tragen, daß eine Liquidität vorhanden ist“, so Doskozil, der sich ausdrücklich bei den Banken für das rasche, flexible Reagieren bedankte; diese hätten etwa durch längere Öffnungszeiten schnell Kontotransfers ermöglicht und damit die Disponierfähigkeit der Privatkunden sichergestellt.

Haftungsrahmen bis 100.000 Euro je Unternehmen zu 80 Prozent vom Land besichert

Schwieriger sei die Situation am Unternehmenssektor, wo es gelte, die Flexibilität bei den Betriebsmittelkonten und der Weiterführung des Betriebs sowie die Auszahlung der Löhne sicherzustellen. Für die Bereitstellung von Kreditrahmen müßte die Bonität der Unternehmen geprüft werden, was Verzögerungen zur Folge haben könne. Man sei zur Übereinkunft gekommen, daß das Land Burgenland fürs Erste einen Haftungsrahmen für Unternehmen von fünf Millionen Euro zur Verfügung stelle. „Das heißt, daß im Einzelfall jedes Unternehmen einen Erstkreditrahmen bis zu 100.000 Euro bekommt, den wir seitens des Landes mit 80 Prozent besichern, sodaß relativ rasch Betriebsmittelkonten eröffnet werden können und in weiterer Folge dann die Löhne der Mitarbeiter bezahlt werden können.“

Haftungsfreigabe innerhalb einer Woche

Dazu müßten die Unternehmen den Banken zunächst ihre Finanzsituation darlegen; nach Beurteilung durch die Bank müssen sich diese an die WiBuG wenden. Innerhalb einer Woche erteile diese die Haftungsfreigabe. „Damit kommt es relativ rasch wieder zu einer Liquidität der Unternehmen. Das ist ein wichtiger Schritt, den wir heute vereinbart haben, mit dem man nach außen signalisiert: Wir sind nicht nur Partner für die Privatkunden, wir wollen uns auch um die Unternehmen kümmern – und schließlich auch um die Beschäftigten dieser Firmen“, betonte Doskozil.

Land wird Commerzialbank nicht auffangen

„Das Land wird die Commerzialbank nicht auffangen, wir sind nicht Eigentümer dieser Bank. Man kann nicht Steuermittel dafür verwenden, daß eine Privatbank aufgefangen wird. Das ist nicht möglich und dem Steuerzahler auch nicht zumutbar“, stellte Doskozil klar. Der aktuelle Fall sei nicht mit jenem bei der Bank Burgenland zu verglei-



Foto: Landesmedien Service Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei der Pressekonferenz in Eisenstadt

chen; bei dieser habe es sich um eine Bank im Eigentum des Landes mit einer Landeshaftung gehandelt. Betroffene UnternehmerInnen können sich für weitere Informationen zu den Haftungen an die von der WiBuG eingerichtete Hotline (059010/210) wenden.

Weiterbetrieb der Fußballakademie wird abgesichert werden können

„Das Land Burgenland ist auch nicht dazu da, mit Steuermitteln einen Fußballverein zu führen“, ergänzte der Landeshauptmann. Man werde indes weiter wie bisher intensiv die Verantwortung um die Fußballakademie wahrnehmen, an der das Land mit 45 Prozent beteiligt sei. Schon diese Woche werde es dazu eine erste Gesprächsrunde mit den anderen zwei Eigentümern, dem BFV und der Gemeinde Mattersburg, geben. „Ich gehe davon aus, daß der Weiterbetrieb der Akademie kurz- bis mittelfristig abgesichert werden kann“.

Das Land Burgenland selbst habe keine Geschäftsbeziehung zur Commerzialbank, allerdings habe die Energie Burgenland bei der Privatbank rund 5 Millionen Euro veranlagt. „Ich gehe davon aus, daß dieses Geld weg ist“, so Doskozil. Es gelte nun, die Auswirkungen auf die Wirtschaft möglichst gering zu halten. Er fordere lückenlose Aufklärung dieses mutmaßlichen Kriminalfalls. Von einem Fortbestand der Bank geht LH Doskozil nicht aus, aufgrund der gestrigen Bescheidzustellung sei von einer „Liquidie-

rung“ auszugehen. Die Höhe des Schadens sei derzeit noch nicht absehbar. Die Finanzmarktaufsicht habe ihm jedoch mitgeteilt, daß die Lage „dramatisch“ sei, sagte der Landeshauptmann abschließend.

Die österreichische Einlagensicherung

Die Richtlinie 2014/49/EU über Einlagensicherungssysteme bildet die Grundlage für eine einheitliche europäische Gesetzgebung. Die Richtlinie wurde in Österreich im August 2015 durch das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG) umgesetzt, wie auf den Seiten der Österreichischen Nationalbank zu lesen ist.

Gesichert sind Einlagen von natürlichen und juristischen Personen auf Konten bei in Österreich konzessionierten Banken. Dazu gehören z. B. Girokonten, Gehalts- und Pensionskonten, Sparbücher und Bausparverträge. Gesichert sind Einlagen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro pro Person und Bank. Die Einlagensicherung gilt unabhängig von der Staatsbürgerschaft des Einlegers.

Die Auszahlung einer Einlage erfolgt im Sicherungsfall innerhalb von 20 Arbeitstagen. Gemäß ESAEG wird die Dauer schrittweise reduziert, ab 1. 1. 2024 beträgt die Auszahlungsfrist sieben Tage. Ein Antrag des Einlegers ist nicht notwendig, der Sicherungseinrichtung muß aber das Konto, auf das ausbezahlt werden soll, bekanntgegeben werden.

FMA stellt Antrag auf Insolvenz-eröffnung beim LG Eisenstadt

Die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) hat am 27. Juli beim Landesgericht Eisenstadt den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der „Commerzialbank Mattersburg im Burgenland AG“ (CMB) gestellt. Diese Maßnahme war erforderlich, da der mit Bescheid vom 14. Juli von der FMA eingesetzte Regierungskommissär, Bernhard Mechtler, in einem Zwischenbericht vom 24. Juli festgestellt hat, daß die Commerzialbank Mattersburg zum Zeitpunkt der Untersagung des Geschäftsbetriebes durch die FMA gemäß Erstellung eines Zwischenstatus rechnerisch im Ausmaß von € 528 Mio. überschuldet war.

„Eine Beseitigung der Überschuldungssituation durch eventuell noch bekanntwerdende Aktiva oder etwaige stille Reserven wurde vom Regierungskommissär praktisch ausgeschlossen“, so die FMA im Insolvenzantrag.

<https://www.burgenland.at/service/commercialbank/>
<https://www.einlagensicherung.at/>
<https://www.fma.gv.at/>

Rückblick und Ausblick des Landtages

Ausnahmезustand während der ersten Tagung des Landtages 2020 seit der Konstituierung des neu gewählten Landtages am 17. Februar – Landtagspräsidentin Verena Dunst und Landtagsdirektorin Elisabeth Neuhold zogen Bilanz

Die intensive Tätigkeit des Burgenländischen Landtages während einer globalen Ausnahmesituation spiegelt sich in wichtigen Gesetzesbeschlüssen und neuem Zugriffsrekord auf den Live-Stream der Landtagssitzungen wieder“, erklärte Landtagspräsidentin Verena Dunst am 9. Juli gegenüber MedienvertreterInnen. Dominiert wurde die Tagung des Landtages durch die Corona-Pandemie. „Die Tagung umfaßte insbesondere zwei große Meilensteine, das Covid-Maßnahmenpaket und das Verfassungspaket. Die Covid-Gesetze stellten den Schutz der Bürgerinnen und Bürger während einer Krise sicher, das Verfassungspaket stärkt Minderheitenrechte im Landtag und stärkt das Instrument des Untersuchungsausschusses“, faßte Landtagsdirektorin Elisabeth Neuhold zusammen. Über die Sommermonate wird das Projekt „Demokratie Offensive“ weiterentwickelt. Ab Herbst startet die Landtagspräsidentin ein ganz neues Großprojekt unter Einbindung aller Höheren Schulen im ganzen Burgenland.

XXII. Gesetzgebungsperiode

Mit der Konstituierung des neu gewählten Landtages am 17. Februar 2020 begann die erste Tagung der XXII. Gesetzgebungsperiode. Nach sieben Sitzungen mit 68 Tagesordnungspunkten (einschließlich Wahlen, Regierungserklärung, Fragestunde, aktuelle Stunde) endete die Tagung am 2. Juli. In dieser Periode beantworteten die Mitglieder der Landesregierung in drei Fragestunden insgesamt 18 mündliche Anfragen der Abgeordneten, 13 Gesetzesanträge wurden beschlossen und 29 Entschließungen behandelt. Außerdem befaßte sich der Landtag mit insgesamt vier Berichten des Bundesrechnungshofs, fünf Berichten des Landesrechnungshofs und einem Bericht der Volksanwaltschaft mit dem Titel „Keine Chance auf Arbeit – die Realität von Menschen mit Behinderung“. Während der Tagung wurden sieben Petitionen eingebracht. Aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung des Covid-19 Virus konnten im Zeitraum der Tagung



Foto: Bild. Landesmedienservice

Landtagspräsidentin Verena Dunst (l.) und Landtagsdirektorin Elisabeth Neuhold zogen Bilanz

bedauerlicherweise keine Veranstaltungen durchgeführt werden und es war nicht möglich, Besucherinnen und Besucher im Burgenländischen Landtag zu empfangen.

Die Corona-Pandemie dominierte die Tagung

Der Landtag arbeitete seit Mitte März unter Hochdruck an der Bewältigung der negativen Folgen des Covid-19 Virus und des Shutdowns. „Sehr viele Menschen sind schwer von den Auswirkungen betroffen und wir wollen niemanden in dieser schwierigen Zeit im Stich lassen“, so die Landtagspräsidentin. 39 Gesetzesänderungen wurden allein zum Thema Covid-19 beschlossen. Die Gesetzesänderungen betrafen die Rahmenbedingungen für ein Notfallkrankenhaus, die Kassenkredite für Gemeinden und Fristen für BürgerInnen, etwa im Baurecht. In Entschließungen wurden unter anderem Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19 Krise, der Abfederung der negativen Folgen auf den Arbeitsmarkt und auf die Wirtschaft sowie ein Sport-Soforthilfe gefordert. Ein Dringlichkeitsantrag befaßte sich mit Corona-Finanzhilfen für burgenländische Gemeinden. In der Sitzung am 7. Mai

widmete sich der Landtag in einer aktuellen Stunde den Kosten der Corona-Krise.

Spezielle Sicherheitsmaßnahmen

Zum Schutz der Abgeordneten und um eine Verbreitung des Virus zu verhindern wurden spezielle Sicherheitsmaßnahmen für die Landtagssitzungen eingeführt. Neben Plexiglasscheiben, der Bereitstellung von Schutzmasken und der kontinuierlichen Reinigung des Landtagssitzungsraumes durch den Landesdesinfektor war eine geänderte Sitzordnung erforderlich, um den Mindestabstand eingehalten zu können. Ein Teil der Abgeordneten mußte hierzu auf der Besuchergalerie Platz nehmen. „Trotz der erschwerten Umstände hat der burgenländische Landtag sich krisensicher gezeigt. Ich bin stolz, daß auch in Zeiten einer globalen Pandemie die demokratische Arbeit für unser Bundesland aufrechterhalten werden konnte“, zeigte sich Dunst erfreut.

Verfassungsänderung und neue Verfahrensordnung für Untersuchungsausschuß stärkt die Demokratie

Ein Meilenstein der beendeten Periode war die Änderung der Landesverfassung und

»Burgenland Journal«

der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages. „Diese Beschlüsse sind historisch. Der Burgenländische Landtag wird damit zum Vorreiter bei der Ausweitung der Minderheitenrechte im Landtag,“ erklärte Neuhold. Die notwendige Anzahl an Mandaten für den Klubstatus wurde von drei auf zwei Mandate reduziert. Damit wird die politische Arbeit von kleineren Fraktionen gefördert.

Die Anpassung des Untersuchungsausschusses an die Verfahrensordnung auf Bundesebene stärkt die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten der Abgeordneten und die Rechte der Opposition. „Es macht mich stolz diesem Landtag vorzustehen. Mit dieser Verfassung wird unsere Demokratie und das Vertrauen in die Politik gestärkt,“ betonte Verena Dunst. „Die Corona Pandemie hat diese Periode zu einer besonderen Herausforderung gemacht. Trotzdem konnten die geplanten Schwerpunkte Verfassungsnovelle und Überarbeitung des Instruments der Untersuchungsausschüsse bearbeitet werden,“ zeigte sich Elisabeth Neuhold zufrieden.

Rekordzugriffzahlen auf den Livestream am bei Landtagssitzung am 16. April

Während den vergangenen Monaten war es bedauerlicherweise aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung des Covid-19 Virus nicht möglich BesucherInnen im Burgenländischen Landtag zu empfangen. Die Landtagspräsidentin hat daher die BurgenländerInnen eingeladen, die Sitzungen über den Live-Stream zu verfolgen. „Ich habe sehr bedauert, daß an den vergangenen Sitzungen keine Besucherinnen und Besucher teilnehmen konnten, aber der Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung hatte oberste Priorität“, erklärte Dunst, „es war mir aber ein wichtiges Anliegen, daß der Landtag auch unter diesen besonderen Umständen transparent arbeiten kann. Insgesamt haben 15.309 Personen auf den Live-Stream der sieben Sitzungen zugegriffen.“

Demokratie-Offensive geht in die zweite Phase

Im ersten Jahr nach ihrer Wahl zur Landtagspräsidentin startete Landtagspräsidentin Verena Dunst die Demokratie-Offensive #politik-er-leben. Knapp 1500 SchülerInnen besuchten das Landhaus und hatten die Möglichkeit, persönlich mit der obersten Repräsentantin des Landtags und den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Dies war für die Landtagspräsidentin aber erst der Start ihrer Demokratie Offensive. In der zweiten Phase wird das Projekt gemeinsam mit den

Volkshochschulen und den Gemeinden noch näher zu den Menschen gebracht. „Wir kommen zu jenen, die arbeiten und keine Zeit haben, ins Landhaus zu kommen“, erklärte Dunst.

„Die Teilhabe aller Menschen an dem, was im Landtag passiert, ist mir sehr wichtig. Dabei liegen mir gerade die jungen Menschen sehr am Herzen, denn sie sind die zukünftige Generation. Daher wird es ein ganz neues Großprojekt mit Start im Herbst geben unter Einbindung aller höheren Schulen im ganzen Burgenland,“ erklärte die

Landtagspräsidentin. Am 15. September, dem Tag der Demokratie, wird das Projekt präsentiert werden. Ziel des Projektes wird es jedenfalls sein, junge Menschen dazu zu motivieren, mitzureden.

„Die große Hoffnung bleibt, daß wir ab Herbst auch wieder ganz regulär Besuche und Führungen im Landtag anbieten können. Und daß auch bei den Landtagssitzungen wieder Burgenländerinnen und Burgenländer auf den Besucherrängen Platz nehmen können“, so Dunst abschließend. ■

<http://www.bgld-landtag.at/>

LandtagspräsidentenInnenkonferenz



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Seit 1958 finden regelmäßig Sitzungen zur gemeinsamen Beratung und Beschlussfassung der LandtagspräsidentInnen statt. „Es war mir eine ganz besondere Ehre, daß die Konferenz, trotz der bestehenden Einschränkungen, regulär abgehalten werden konnte. Der Erfahrungsaustausch mit meinen Amtskolleginnen und -kollegen war gerade im Hinblick auf die Herausforderungen aufgrund der Corona-Pandemie besonders wertvoll“, betonte Landtagspräsidentin Verena Dunst. Mit Jahresbeginn hatte das Burgenland für sechs Monate den Vorsitz der Landtagspräsidentenkonferenz übernommen. „Die Corona Pandemie hat diese Vorsichtsperiode zu einer besonderen Herausforderung gemacht. Trotzdem konnten die geplanten Schwerpunkte im Bereich Politische Bildung und Untersuchungsausschüsse erfolgreich bearbeitet werden“, zeigte sich Dunst zufrieden.

Auch der Präsident des Bundesrates, Robert Seeber, sowie der Landtagspräsident aus Südtirol, Josef Noggler, waren zu Gast bei der Konferenz in Stegersbach. Seeber begrüßte den intensiven Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den

Landtagen in dieser herausfordernden Zeit. Josef Noggler lobte die gute Kooperation zwischen Südtirol und Österreich, welche sich gerade jetzt in der Krise als entscheidend erwiesen hätte. Ebenfalls an der Konferenz teilgenommen haben die LandtagsdirektorInnen der Bundesländer und die Direktorin des Bundesrates. „Der gemeinsame Austausch und die gegenseitige Unterstützung waren essentiell in dieser außergewöhnlichen Zeit. Ich bin dankbar für das starke Netzwerk und der Zusammenhalt zwischen den Landtagen“, erklärte Dunst. Eine Herausforderung sei die Aufrechterhaltung der dringend notwendigen demokratischen Arbeit der Landtage, trotz der erforderlichen Distanz, gewesen. In diesem Zusammenhang wurden unter anderem der Umgang und die Erfahrungen mit digitalen Kommunikationsmedien in der politischen Arbeit der Landtage diskutiert.

Ein weiterer Themenschwerpunkt war ‚Jugend und Politik‘. Man tauschte sich über die Initiativen in den Landtagen aus. Ziel sei es, BürgerInnen zur aktiven Partizipation zu motivieren. ■

Das Burgenland wird zum Bio-Vorzeigeland

LH-Stv.in Eisenkopf präsentierte Ergebnisse der Bio-Machbarkeitsstudie – Fahrplan zur Erreichung von 50 Prozent Bio-Anteil bis zum Jahr 2027 steht fest

Das Burgenland soll zu einem Bio-Vorzeigeland in Europa werden. Als Zielsetzung dazu wurde eine Steigerung des Bio-Flächenanteils von 36 Prozent (Stand 2019) auf 50 Prozent bis 2027 formuliert. Die Steigerung soll Hand in Hand mit einer nachhaltigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe erfolgen. Das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) wurde im Vorjahr beauftragt, die Entwicklung durch eine Machbarkeitsstudie und eine wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung zu unterstützen. Im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierte LH-Stv.in Astrid Eisenkopf am 8. Juli gemeinsam mit Vertreterinnen des Forschungsinstituts die Studienergebnisse sowie den weiteren Fahrplan zur Erreichung von 50 Prozent Bio-Anteil bis zum Jahr 2027.

Machbarkeit des ambitionierten Programms

„Die Studie belegt in eindrucksvoller Weise nicht nur die Machbarkeit unseres ambitionierten Programms. Sie zeigt auch den wichtigen Beitrag, den diese Umstellung für die Verringerung von Treibhausgas- und Nitratemissionen, den Pestizideinsatz sowie für die Verbesserung von Biodiversität, Ernährung und Gesundheit leistet“, fasste Eisenkopf die Studienergebnisse zusammen. Die Ergebnisse im Detail: Das Ziel eines 50 Prozent Bio-Flächenanteils bis 2027 ist erreichbar, wenn sich die Wachstumsraten der letzten Jahre ähnlich fortsetzen. Das liegt nicht zuletzt an der relativ guten Einkommenssituation für Biobetriebe (in Österreich und im Burgenland). Vergleichsweise hohe Premiumpreise für Ackerkulturen bildeten in den letzten Jahren ein starkes Bio-Umstellungsmotiv für Ackerbaubetriebe; allerdings schwanken nicht nur konventionelle, sondern auch biologische Erzeugerpreise.

Eine flächenmäßige Ausdehnung des Biolandbaus und dadurch ein zunehmendes Angebot an Bio-Ware kann die Preise zusätzlich unter Druck bringen und damit den ökonomischen Erfolg der Betriebe gefährden. Um die derzeit gegebene betriebswirtschaftliche Attraktivität im Bio-Ackerbau zukünftig

aufrecht zu halten, bedarf es flankierender Maßnahmen zur Entwicklung des Bio-Marktes sowie im Bereich Beratung und Bildung. Ein vermehrter Einsatz von Bioprodukten in der Außer-Haus-Verpflegung kann zusätzliche Absatzmöglichkeiten eröffnen. Soll der Selbstversorgungsgrad mit regional produzierten, tierischen Bio-Lebensmitteln im Burgenland zukünftig gesteigert werden, braucht es darüber hinaus zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen in der landwirtschaftlichen Produktion, um die betriebswirtschaftliche Attraktivität im Bereich der Bio-Tierhaltung zu steigern.

Mögliche ökologische und ökonomische Auswirkungen

Weiters wurden mögliche ökologische und ökonomische Auswirkungen eines Bioflächenanteils von 50 Prozent im Jahr 2027 bewertet. Das Ergebnis: Durch die Erhöhung des Bio-Flächenanteils auf 50 Prozent bis 2027 kann für die gesamte Landwirtschaft im Burgenland von Rückgängen bei Treibhausgasemissionen (-6 Prozent), bei Nitratemissionen ins Grundwasser (-5 Prozent) und bei der Anwendung von Pestiziden (zusätzlich 28.200 ha Bioflächen, auf denen keine

chemisch-synthetischen Pestizide eingesetzt werden) ausgegangen werden. Ökonomisch gesehen sind höhere Deckungsbeiträge (+5 Prozent) zu erwarten.

Folgende Zielsetzungen und Entwicklungspfade zur Erreichung von Bioland Burgenland sind seitens des Forschungsinstitutes für biologischen Landbau (FiBL) besonders hervorzuheben:

- Ziel 1: Auf die bestehende Vielfalt in der landwirtschaftlichen Produktion aufbauen und diese weiter ausbauen
- Ziel 2: Ökologierungs-Strategie für die gesamte Landwirtschaft umsetzen
- Ziel 3: Biologische und regionale Produktion und Verarbeitung verbinden und stärken
- Ziel 4: Kooperationen stärken – entlang der Wertschöpfungskette, mit Tourismus und Gastronomie
- Ziel 5: Durch das Bioland Burgenland positive Identität stiften und ökologisches Bewußtsein stärken. ■

Detaillierte Ergebnisse zur Machbarkeitsstudie sowie Zielsetzungen und Entwicklungspfade zum „Bioland Burgenland“ finden Sie hier:

<https://www.burgenland.at/themen/ograr/bioland-burgenland/machbarkeitsstudie-bioland-burgenland/>



v.l.: Susanne Kummer (FiBL), LH-Stv.in Astrid Eisenkopf und Ruth Bartel-Kratochvil (FiBL)

Eisenstadt legt Transparenzbericht 2019 vor

Die finanzielle Gebarung der Stadt auf einen Blick

Die burgenländische Landeshauptstadt veröffentlicht heuer zum zweiten Mal den Transparenzbericht. „Mehrere andere burgenländische Gemeinden sind bereits nachgezogen und legen ebenfalls nachvollziehbar ihre personelle Aufstellung, finanzielle Gebarung, Transferzahlungen, Förderungen, Subventionen und Vergaben offen“, so Bürgermeister Thomas Steiner, der weiter betont: „Offenheit und Klarheit ist in der politischen Arbeit sehr wichtig. Denn Transparenz stärkt auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.“

„Eisenstadt ist mit seinem Gesamtbudget von rund 40 Millionen Euro auf Erfolgskurs, nicht nur in wirtschaftlicher, kultureller, gesellschaftlicher, sondern auch in finanzieller Hinsicht. Mit einem Soll-Überschuß von rund 2,7 Millionen Euro und einem Schuldenabbau von zwei Millionen im Rechnungsjahr 2019 steht die Freistadt Eisenstadt sehr gut da“, so Steiner. Der Spielraum für die Gemeinden wird – auch hinsichtlich der Effekte der Corona-Pandemie – immer kleiner werden. „Umso wichtiger ist der sorgsame Umgang mit dem uns anvertrauten Steuergeld. Hier darf es keine Geheimniskrämerei oder kontrollfreie Räume geben. Gerade auch die Ereignisse der vergangenen Woche haben uns gezeigt wie wichtig es ist, daß Geldflüsse transparent und nachvollziehbar abgebildet werden“, ist Steiner überzeugt.

Mit dem vorliegenden Transparenzbericht gibt es volle Transparenz auch bei der öffentlichen Auftragsvergabe sowie bei Vereinsförderungen. Alle wichtigen Kennzahlen sind im Transparenzbericht interessant und leicht verständlich aufbereitet und wie schon im Vorjahr durch informative Grafiken erweitert. Wichtige Vergaben des Jahres 2019 sind in einem Zeitstrahl vermerkt und ausführlich beschrieben.

„Der Transparenzbericht bestätigt, daß die Stadt ein wichtiger Wirtschaftsmotor für die Region ist. Acht von zehn Vergaben erfolgen an Eisenstädter oder burgenländische Unternehmen. Bei einer Gesamtsumme von rund 2,5 Millionen Euro ist das ein beachtlicher Beitrag zur Sicherung unseres Wirtschaftsstandortes und vieler Arbeitsplätze“,



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

v.l.: 1. Vizebürgermeister Istvan Deli, Bürgermeister Thomas Steiner und Finanzstadtrat Michael Freismuth

unterstreicht der 1. Vizebürgermeister Istvan Deli.

Förderungen, Subventionen und Transferzahlungen auf einen Blick

Die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt unterstützt jährlich verschiedene Vereine, Institutionen, Gebietskörperschaften, Unternehmen, Organisationen und Personen in Form von finanziellen Förderungen (Subventionen). Verschiedenste Projekte in den Bereichen Bildung und Kultur (Kulturveranstaltungen), Soziales und Gesundheit (Sport, Jugend und Senioren) und anderen Kategorien werden dabei unterstützt.

Darüber hinaus fallen auch zahlreiche Transfers an, welche die Stadt aufgrund rechtlicher Verpflichtungen zu leisten hat. In der detaillierten Aufstellung im Transparenzbericht können Transferzahlungen, Förderungen und Subventionen der Stadt in der Höhe von rund 15 Millionen Euro nachvollzogen werden. Alleine 8,3 Millionen Euro an Transferzahlungen werden aufgrund von gesetzlichen Verpflichtungen an das Land Burgenland bezahlt.

Offener Haushalt: Seit 2014 im Einsatz

Bereits seit 2014 veröffentlicht die Stadt den Rechnungsabschluß jährlich auf der Plattform „Offener Haushalt“. Die verfügba-

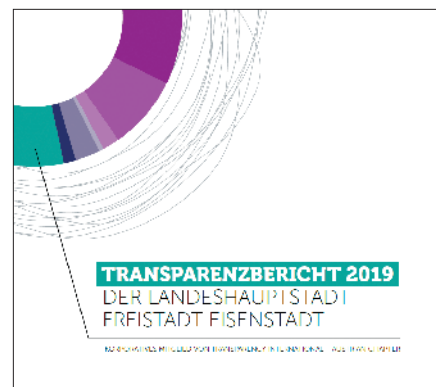
ren Finanzdaten gehen dabei bis ins Jahr 2001 zurück und können miteinander verglichen werden. „Ein Rechnungsabschluß einer Gemeinde ist für Menschen, die nicht ständig mit derartigen Rechenwerken beschäftigt sind, nicht gerade leicht verständlich. Das Interesse daran, wie die Gemeinde Steuergelder einsetzt, wächst aber“, weiß auch Finanzstadtrat Michael Freismuth. Durch die Plattform sowie dem nun veröffentlichten Transparenzbericht werden komplexe Daten der Stadt offen und in verständlicher Form öffentlich gemacht. ■

<https://www.eisenstadt.gv.at/>

Der 36seitige Transparenzbericht steht hier zum Download bereit:

https://www.eisenstadt.gv.at/fileadmin/eisenstadt.gv.at/Benutzerdaten/Dokumente/Buergerservice/Finanzen/Transparenzbericht_2019_Web.pdf

<https://www.offenerhaushalt.at/>



Über 30.000 Teilnehmer bei Gutscheinaktionen

Mitte Mai startete die Stadt Eisenstadt mit den Gutscheinaktionen. Viele andere Städte sind mittlerweile nachgezogen. „Diese Aktion läuft bei uns ausgezeichnet und hat viel Anklang gefunden. Wir haben extrem positive Rückmeldungen und auch die Teilnehmeranzahl steigt immer noch an“, freute sich Bürgermeister Thomas Steiner am 17. Juli. Bis zu diesem Zeitpunkt nahmen über 30.000 Personen an den Gewinnspielen teil. 1140 Gutscheine wurden verlost. Auch die 10-Euro-Gutscheinaktion ist ein voller Erfolg: 3000 der rund 15.000 Gutscheine sind bereits eingelöst worden.

Diese Aktionen waren Teil des 300.000 Euro Corona-Unterstützerpaketes. „Für uns war von Haus aus klar: Wir müssen beim Comeback der Wirtschaft mithelfen und selbst Aktionen setzen, um hier auch einen zusätzlichen Schub zu geben“, erklärt Steiner den Grund. Dieses Paket berücksichtigt vor allem jene, die besonders hart getroffen wurden: Die Gastronomie, den Tourismus und auch die Innenstadt. „Unsere Prämisse war, daß das Geld direkt und unbürokratisch bei den Unternehmern ankommt. Wer schnell hilft, hilft doppelt“, erklärt Steiner und betont weiter: „Das haben wir auch geschafft, denn die Gastro- und Winzer Gutscheine wurden gleich bezahlt. Auch ein Fünftel der 10-Euro-Gutscheine, die jeder Eisenstädter – vom Baby bis zum Pensionisten bekommen hat – sind wieder im Rathaus eingelangt und überwiesen.“ Mit 65 verschiedenen Unternehmen hat die Stadt knapp 3000 der 15.000 Gutscheine bereits rückverrechnet.

Beim Innenstadt-Gewinnspiel fungiert der Kassenbon eines Einkaufs der Innenstadt als Gewinnlos. Kassenbon in ein vorgefertigtes Kuvert geben, dies mit Namen und Adresse versehen und direkt in der Innenstadt in einen eigenen Briefkasten werfen. Täglich werden zehn Gutscheine verlost. Teilnahmechein ist eine Rechnung aus der Innenstadt.

Knapp 5000 Kuverts wurden in den vergangenen zwei Monaten im Rathaus abgegeben. „Gerade die Innenstadt ist schon ohne Corona angesichts der Einkaufszentren und des Onlinehandels das sensible Herz einer jeden Stadt, das so schnell wie möglich zum Schlagen gebracht werden muß. Denn ohne



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner: „Diese Aktion läuft bei uns ausgezeichnet und hat viel Anklang gefunden. Wir haben extrem positive Rückmeldungen...“

funktionierende Innenstadt gibt's kein Leben und keine Lebensqualität in der Stadt“, so Steiner.

Bei der täglichen Verlosung der Gutscheine für die Eisenstädter Gastronomiebetriebe nehmen im Schnitt etwa 500 Personen teil.

Insgesamt sind das bisher rund 20.500 Teilnehmer. Über 4000 Personen haben bei den wöchentlichen Verlosungen der Winzer- und Direktvermarktergutscheine ihr Glück versucht.

<https://www.eisenstadt.gv.at/>

Stadtteilpark Kirchäcker nimmt Formen an

Mitten in Eisenstadt entsteht derzeit eine neue Grün-oase. Mit einer großzügigen Allee zum Flanieren, unterschiedlich ausgestalteten und ausgestatteten Grünräumen bietet der Stadtteilpark Kirchäcker auf insgesamt 8.000 m² eine Erholungsmöglichkeit für alle Generationen. Das Besondere: Der Park wird wie angekündigt schon vor den geplanten Wohnungsbauten dort entstehen. Die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten sind bereits abgeschlossen.

Neben einer wunderschönen Allee zum Flanieren mit allein rund 100 Bäumen bietet

der Stadtteilpark Kirchäcker eine Grün-oase auf 8.000 m² mit unterschiedlich ausgestalteten und ausgestatteten Grünräumen für alle Generationen. Mit seiner enormen Größe ist der Stadtteilpark neben dem Schloßpark einzigartig mitten im Siedlungsgebiet von Eisenstadt. So entsteht ein multifunktionaler Grün-, Frei- und Erholungsraum für alle BewohnerInnen von Eisenstadt. Die Schaffung neuer Erholungsangebote bewirkt eine Aufwertung des gesamten Gebiets und macht damit Eisenstadt insgesamt als Wohn- und Arbeitsort noch lebenswerter.

Archäologische Fundstelle in Grafenschachen

LH Doskozil: Historische Denkmäler werden in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt und den Gemeinden entsprechend gesichert und wissenschaftlich aufgearbeitet



Foto: Bgld. Landesmedienservice

An der Fundstelle in Grafenschachen: Landeshauptmann Hans Peter Doskozil sowie Vizebürgermeister Johann Pfeffer, Bürgermeister Marc Hoppel und Nikolaus Franz mit Mitarbeiterinnen der AGA (Arbeitsgemeinschaft Geschichte und Archäologie) mit

Bei Aushubarbeiten im Zusammenhang mit dem Bau eines Hochwasserschutzprojektes in Grafenschachen sind vor kurzem archäologische Funde gemacht worden, die derzeit im Rahmen einer sogenannten Rettungsgrabung gesichert werden. Die Fundstücke in unmittelbarer Nähe zu einem schon länger bekannten Gräberfeld deuten auf ein Hügelgrab aus der Hallstattzeit hin. Kulturreferent Landeshauptmann Hans Peter Doskozil machte sich am 26. Juni bei einem Besuch in seiner Heimatgemeinde gemeinsam mit Bürgermeister Marc Hoppel und dem Leiter des Grabungsteams, Nikolaus Franz, vor Ort ein Bild von dieser Fundstelle.

„Die topografisch äußerst günstige Lage beschert dem Burgenland eine nahezu unüberschaubare archäologische Vielfalt. Diese archäologischen Denkmäler sind unverzichtbar für unsere kulturelle Identität, denn sie geben Einblick in die Entwicklung



Foto: Bgld. Landesmedienservice

menschlicher Gemeinschaften. Das Burgenland ist mit 1800 Grabhügeln reich an derartigen historischen Fundstellen und insgesamt stets bemüht, diese in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt und den Ge-

meinden entsprechend zu sichern und wissenschaftlich aufzuarbeiten“, so Doskozil.

An der Straße von Grafenschachen nach Kroisegg finden seit drei Wochen archäologische Untersuchungen eines Hügelgrabes im Auftrag der Gemeinde Grafenschachen statt. Notwendig wurden die Grabungsarbeiten aufgrund der geplanten, großflächigen Lehmentnahme auf dem Areal des hallstattzeitlichen Grabhügels zur Abdichtung eines im Bau befindlichen Hochwasser-Rückhaltebeckens. Beim schichtweisen Abtrag des Grabhügels wurde eine aus großen Flußkieselsteinen errichtete Grabkammer mit den Überresten einer Brandbestattung sowie Gefäßbeigaben freigelegt. Besondere Beachtung verdient dabei die Lage der Grabkammer, die sich nicht im Zentrum des Hügels, sondern ungewöhnlicher Weise an dessen südlicher Flanke befindet.

<https://www.aga-og.at/>

Prämierung des 2. Burgenländischen Frauenweins

Beste von burgenländischen Winzerinnen
kreierte Blaufränkische standen heuer zur Wahl



Foto: Bgld. Landesmedienervice

v.l.: LH-Stv.in Astrid Eisenkopf, Maria Achs-Wendelin aus Gols (3. Platz), Eva Welkovits (1. Platz), Ulli Fabian aus Oggau (2. Platz) und Wein Burgenland-Geschäftsführer DI Georg Schweitzer

Die Kür des Burgenländischen Frauenweins 2020 fand am 17. Juli im Martinsschlössl Donnerskirchen statt. Zur Wahl waren heuer Weine der Kategorie Blaufränkisch gestanden. Die Prämierung der Gewinnerinnen nahm die Initiatorin der Aktion Agrarreferentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf vor.

„Der Weinbau ist längst keine Männerdomäne mehr. Immer mehr Frauen übernehmen den Familienbetrieb und führen mit ihrem eigenen Stil, in einer neuen Generation das Familienweingut erfolgreich weiter. Es freut mich ganz besonders, daß wir im Burgenland sehr viele Frauen haben, die ein eigenes Weingut leiten und hervorragende Weine produzieren. Mit dem Frauenwein Burgenland wollen wir erfolgreiche Frauen einerseits unterstützen, andererseits die hohe Qualität der burgenländischen Weine hervorheben“, sagte Eisenkopf.

„Ich gratuliere den Winzerinnen herzlich zu ihrer Leistung und wünsche ihnen und allen ihren Kolleginnen auch weiterhin viel Erfolg“, so die Agrarreferentin.

Das zweite Mal nach 2019 fand auf Initiative von Astrid Eisenkopf unter Federführung des Frauenreferats die Prämierung des Burgenländischen Frauenweins statt. Teilnahmeberechtigt waren alle Winzerinnen aus dem Burgenland, deren Weingut auf sie gemeldet ist. Der diesjährige Frauenwein wird bei Veranstaltungen des Landes präsentiert und promotet. Im Vorjahr standen die Kategorien Rosé und Rosé Frizzante zur Wahl, heuer wurde der beste Frauenwein in der Kategorie Blaufränkisch gesucht.

Die Blindverkostung fand am 9. Juli in der Landwirtschaftlichen Fachschule in Eisenstadt statt. Verkostet wurden insgesamt 25 Weine von 15 Winzerinnen des Burgenlandes.

Die Verkostungsnotiz zum Siegerwein von Eva Welkovits: „Dunkles Purpur mit leichten violetten Aufhellungen, in der Nase dunkle Beeren – Brombeeren, Himbeeren, Heidelbeeren –, am Gaumen setzt sich die Beerenfrucht harmonisch fort bei einer erfrischenden Säure, die den Trinkfluß unterstützt, und sehr gut integrierten, reifen Tanninen. Langer, erfrischender Abgang, regt sofort zu einem zweiten Schluck an.“

Die Winzerinnen und ihre Siegerweine

1. Platz: Eva Welkovits, Zagersdorf: Blaufränkisch Ried Hutweide classic
<http://www.welkovits.at/>
2. Platz: Ulli Fabian, Oggau: Blaufränkisch Exquisit 2018
<http://www.weingut-fabian.at/>
3. Platz: Maria Achs-Wendelin, Gols: Blaufränkisch Ried Ungerberg
<https://achs-wendelin.at/>

Weinprämierung Burgenland – Best of Burgenland 2020

Heuer wurden 1.686 Proben (2019: 1.701 Proben) zur Weinprämierung Burgenland eingereicht. Davon wurden 694 Weine mit einer Goldmedaille ausgezeichnet



Foto: LK Burgenland / Kaiser

Alle GewinnerInnen der Weinprämierung 2020 vor dem Martinsschlössl in Donnerskirchen

Eine Besonderheit dieses Jahr waren die 72 Betriebe, die mit insgesamt 110 Weinen bzw. Sekten im recht umfassenden Finale der Weinprämierung waren. Im Burgenland wird eine Weingartenfläche von rund 13.100 Hektar bewirtschaftet, wobei auf 56 Prozent der Rebfläche Rotwein und auf 44 Prozent Weißwein erzeugt werden.

Das Burgenland ist das erste Bundesland in Österreich, das die Ergebnisse der Weinprämierung 2020 verkündet. Dies war unter anderem auch nur möglich, weil durch die Mithilfe der Weinbauvereinsobfrauen bzw. -männer, die die Weine bzw. Sekte gesammelt angeliefert haben, bereits am 18. Mai eine maßnahmenkonforme Übernahme der eingereichten Produkte in der Landwirtschaftskammer Burgenland möglich war. Da die entsprechenden Daten bereits vorab übermittelt wurden, konnte bereits am 2. Juni und somit knapp ein Monat vor anderen größeren weinbautreibenden Bundesländern, unter Einhaltung strengster Hygienemaßnahmen, mit der Verkostung begonnen werden.

Im heurigen Jahr wurden die Weine erstmals nicht als Einzelprobe verkostet und be-

wertet, sondern in 3er-Flights. Ob dies dafür ausschlaggebend war, daß das Finale heuer besonders umfangreich ausgefallen ist, kann derzeit noch nicht gesagt werden. Als „Weingut des Jahres 2020“ wurde heuer erstmals das Weingut „HST Hannes und Emma Steurer“ aus Jois ausgezeichnet, welches mit sieben Einreichungen sieben Goldmedaillen und somit einen Medaillenerfolg von 100 Prozent erlangte. Auffallend war, daß der Betrieb Mariel aus Wulkaprodersdorf, bis dato eher für hervorragende Weißweine und als Fixstarter im Finale der Weinprämierung bekannt, heuer erstmals ausschließlich im Finale von drei Rotweinkategorien vertreten war und mit einem dieser Rotweine sogar den Landessieg erreicht hat.

<https://hannessteurer.at/>

Das Weingut Stiegelmar aus Gols zählt zu den „Neuen“ im Finale, war jedoch gleich mit Weinen in drei verschiedenen Kategorien dabei und wurde ebenso mit einem Landessieg ausgezeichnet.

<https://stiegelmar.com/>

„Coronabedingt konnte die repräsentative, immer sehr gut besuchte, Weingala nicht

stattfinden. Wir wollten aber auch heuer den Gewinnerinnen und Gewinner eine Bühne bieten, um ihre herausragenden Leistungen zu ehren. Insbesondere weil auch die Weinwirtschaft von Umsatzeinbußen betroffen ist. Daher findet heuer die Ehrung der Landesieger „Best of Burgenland 2020“ im Martinsschlössl statt. Erfreulich ist, daß das Burgenland als erstes Bundesland in Österreich die Ergebnisse der Landesieger-Verkostung verkünden kann. Der Wein ist das Aushängeschild der burgenländischen Landwirtschaft. Hervorragend ausgebildete, kreative und moderne Gewinnerinnen und Gewinner stehen für die ausgezeichnete Qualität der burgenländischen Weine. Die Landesweinprämierung ist Gradmesser und Standortbestimmung für die heimischen Gewinnerinnen und Gewinner. Die hohe Anzahl der eingereichten Weine zeigt die Bedeutung dieser Prämierung für die heimische Weinwirtschaft“, so NR Nikolaus Berlakovich, Präsident der Landwirtschaftskammer Burgenland, anlässlich der Verkündung der Landesieger am 22. Juni im Martinsschlössl in Donnerskirchen. Berlakovich weiter: „Burgenlands Weine sind national und

Foto: LK Burgenland / Kaiser



v.l. vorne: Weinkönigin Tatjana I., Weingut des Jahres 2020 HST Hannes und Emma Steurer, Organisatorin und Verena Klöckl; v.l. hinten: Obmann Ausschuß Sonderkulturen Georg Menitz, Weinbaupräsident Ök.-Rat Andreas Liegenfeld, LWK-Präsident Nikolaus Berlakovich und Kammerdirektor Prof. Otto Prieler

international top. Sie finden sich bei verschiedensten Weinbewertungen immer wieder auf Spitzenplätzen. Seit 1966 wird die Landesweinprämierung veranstaltet. Sie bietet den heimischen Winzerinnen und Winzern eine große Bühne zur Präsentation ihrer Weine. Burgenländische Weine sind Botschafter des gesamten Landes. Sie repräsentieren aber auch die Besonderheiten jeder einzelnen Region. Burgenländische Winzerinnen und Winzer leisten einen wichtigen Betrag zur Stärkung der Regionen und der regionalen Wirtschaft.“

„Der Jahrgang 2019 schließt sich nahtlos der langen Reihe von großartigen „9er“-Jahrgängen an. Der Sommer und auch der Herbst 2019 boten ideale Voraussetzungen für einen großen Jahrgang. Die qualitativ hochwertigen Weine des Jahrganges 2019 präsentieren sich ausdrucksstark und lebendig, mit einem sehr guten Säurespiegel – alle Weine des Jahrgangs, von den Weißweinen bis zu den komplexen Rotweinen werden noch lange Freude bereiten. Die Kombination aus jungen Winzertalenten mit Top-Ausbildung und langjähriger Erfahrung in unseren Betrieben beweist einmal mehr die Spitzenposition der Burgenländischen Weinwirtschaft. Besonders im heurigen Jahr, wo aufgrund der Situation vielerorts der Weinabsatz eingebrochen ist, stellt die Auszeichnung im Rahmen der Burgenländischen Weinprämierung für viele Betriebe eine wesentliche Unterstützung beim Verkauf ihrer Weine dar und wird mehr denn je gebraucht, um wieder entsprechende Umsätze zu erzielen. Außerdem die-

Foto: LK Burgenland / Kaiser



v.l.: LWK-Präsident Nikolaus Berlakovich, die amtierende Weinkönigin Tatjana I., die zukünftige Weinkönigin Susanne Riepl und Weinbaupräsident Andreas Liegenfeld

Am 13. Juli wurde die neue Weinkönigin, Susanne Riepl, gewählt. Die acht Juroren des Burgenländischen Weinbauverbandes, der Burgenländischen Landwirtschaftskammer und der Wein Burgenland hatten die schwere Aufgabe, aus vier Kandidatinnen eine Wahl zu treffen. Alle Bewerberinnen konnten mit viel Fachwissen, Eloquenz und gutem Auftreten überzeugen. Die neue Weinkönigin, Susanne Riepl, wird vorerst den Wein des Burgenlandes und anschließend den österreichischen Wein national und international vertreten. Jasmin Fabian und Claudia Muschau wurden zur Prinzessin gewählt und werden

nen die zu erlangenden Auszeichnungen den WeinkonsumentInnen als wichtige Orientierungshilfe bei der Weinauswahl“, so Burgenlands Weinbaupräsident Ök.-Rat Andreas Liegenfeld, .

„Der Organisatorin der Weinprämierung, Frau Verena Klöckl sowie ihrem Team gratulieren wir zur raschen und guten Durchführung der Landesweinprämierung und bedanken uns für die gewissenhafte Arbeit. Wir freuen uns, daß das hervorragende Image der burgenländischen Qualitätsweine national und auch auf internationaler Ebene, auch durch Veranstaltungen wie die Weinprämierung Burgenland, immer bekannter wird und möchten dazu unseren Weinbaubetrieben recht herzlich gratulieren“, so Berlakovich und Liegenfeld abschließend.

Die Organisatoren bedanken sich bei den Sponsoren „Österreichische Hagelversicherung“, „UNIQA“, „Raiffeisen“, „BT-Watzke“ und „Waldquelle“ für die Unterstützung. ■

Neue Jubiläums-Weinkönigin

die Weinkönigin bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen. „Wir gratulieren Susanne Riepl aus Gols zur Wahl der neuen Burgenländischen Weinkönigin. Sie wird für das kommende Jahr den burgenländischen Wein national und international repräsentieren“, so LWK-Präsident Nikolaus Berlakovich und Weinbaupräsident Andreas Liegenfeld unisono.

Bei ihren Aufgaben wird die neue Weinkönigin von den Weinprinzessinnen Jasmin Fabian aus Oggau und Claudia Muschau aus Gols unterstützt. ■

<https://bgld.lko.at/>

Prälat Benkovich – neuer Ehrenkanoniker der Diözese

Am 21. Juni feierte Prälat Kan. Ferenc Benkovich, Pfarrer der Pfarre zum Heiligen Geist in Győr, seine »Goldene Messe« zum 50jährigen Priesterjubiläum

Die heilige Messe zum 50. Priesterjubiläum von Prälat Kan. Ferenc Benkovich bot gleichzeitig Raum der Ernennung zum Ehrenkanoniker der Diözese Eisenstadt. Sie fand in der Kirche zum Heiligen Geist statt, deren Bau auch vom Jubilar initiiert wurde und wo er von Anfang an Pfarrer war. Die Predigt hielt Bischof Ägidius J. Zsifkovics in ungarischer Sprache, wandte sich aber auch in kroatischer Sprache an den Jubilar.

Zweisprachige Predigt – vielfache Wertschätzung

In burgenlandkroatischer Sprache beschrieb der Diözesanbischof in seiner Predigt den Dienst des Priesters. In ungarischer Sprache gratulierte und dankte Bischof Zsifkovics dem Jubilar und betonte dabei neben zahlreichen Verdiensten besonders den Bau der Kirche zum Heiligen Geist in Győr samt Friedhof, des Schulzentrums und des Altenheims. „Das alles zeigt deutlich: Euer Pfarrer hat nicht nur das Evangelium verlautbart, sondern hat es auch in Taten umgesetzt, unter dem Motto von Papst Benedikt: Ora et labora – Bete und arbeite! Und dabei zeigte er keine Angst und hat keine Mühen gescheut!“ Auch in ungarischer Sprache stellte sich Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics der Frage was die Aufgabe eines Priesters sei, und beantwortete diese mit einer dreifachen Antwort: Der Priester sei erstens Zeuge des Evangeliums Jesu Christi. Als Zeuge sei der Priester zweitens Treuhänder, denn ihm sei ein Erbe anvertraut, das er weiterzugeben habe. Drittens sei der Priester vor allem Gärtner, dessen Aufgabe darin bestehe zu sähen, zu pflegen, zu hüten zu bauen und zu bebauen.

Am Ende seiner Predigt wünschte der Bischof dem Jubilar, neben seinem Dank und der Anerkennung für dessen Dienst und Lebenswerk, auch Gottes Segen, um den er Papst Franziskus gebeten hatte. Eine besondere Auszeichnung von Seiten der Diözese wurde ihm wegen seiner jahrzehntelangen Verbundenheit und bester Zusammenarbeit der Diözesen Győr und Eisenstadt verliehen,



Foto: Krisztian Takács

Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics (r.) und Prälat Ferenc Benkovich bei der Goldenen Messe zum 50jährigen Priesterjubiläum in Győr

indem er den Titel eines Ehrenkanonikus im Domkapitel zum Martinsdom in Eisenstadt erhielt. Neben dem Dekret überreichte der Bischof dem neuen Kanoniker auch die Insig-

nien, die Zeichen der Würde eines Kanonikers.

Einsatz über Grenzen hinweg

Im berührenden Dekret betonte der Bischof besonders den Einsatz des Jubilars über Grenzen hinweg bei gemeinsamen Projekten, Wallfahrten und anderen Veranstaltungen und Aktivitäten sowie sein ausgezeichnetes Verhältnis zu den Bischöfen Stefan László und Paul Iby. „(...) und persönlich kann ich unser jahrzehntelanges Verhältnis nur als freundschaftlich bezeichnen“. Weiters findet die Mehrsprachigkeit des Jubilars – er spricht die drei pannonischen Sprachen, ungarisch, kroatisch und deutsch – Anerkennung: „(...) weshalb du schon längst den Namen ‚Homo pannonicus‘ verdient hast, darüber hinaus giltst du als überzeugter Europäer.“

Besonders erwähnenswert sei seine Verbundenheit mit der Volksgruppe der Kroaten der Diözese, und in diesem Zusammenhang auch die Einführung der Kroatenwallfahrt zum Gnadenbild in der Kathedrale von Győr, die ihm immer ein Herzensanliegen war und bis heute sei.

<https://www.martinus.at/>

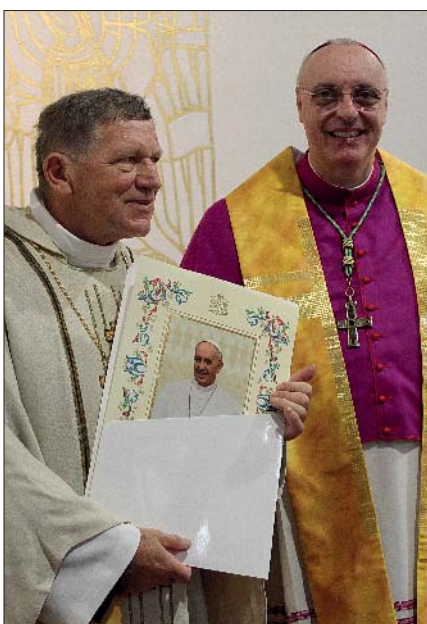


Foto: Krisztian Takács

Der Jubilar mit der offiziellen Ernennung zum Ehrenkanonikus der Diözese Eisenstadt und dem päpstlichen Gratulationsschreiben

Eine Stadt. Ein Gesetz. Ein Rebell.

»Footloose« vor besonderer Kulisse: Klassiker der Musicalgeschichte erstmals auf Burg Güssing



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landtagspräsidentin Verena Dunst, Bgm. Vinzenz Knor, Stadtgemeinde Güssing, Gilbert Lang, Stiftungsadministrator Burg und Kloster Güssing, Ladislaus Edmund Batthyány-Strattmann, Kurator Burgstiftung Güssing, Harald Popofits, Geschäftsführer Tourismusverband Oberwart, Marianne Resetarits, Intendantin Musical Güssing, sowie das Kreativteam und Ensemble von Musical Güssing

Aufgrund der Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Verordnungen hat sich der Verein „Musical Güssing“ dazu entschlossen, seine diesjährige Produktion „Footloose“ von 7. bis 22. August, jeweils Freitag und Samstag um 19.30 Uhr, auf Burg Güssing zu bringen, denn die ist mit ihrem weitflächigen Vorplatz und der tollen Kulisse ein imposanter und vor allem sicherer Spielort. So kann das Publikum die schwungvollen Tanzszenen und vor allem die großen Hits der 80er, wie den Titelsong „Footloose“ oder den Megahit „Holding out for a Hero“ mit Abstand bedenkenlos genießen. „Es freut mich, daß Musical Güssing auch heuer wieder einen Klassiker auf die Bühne bringt. Dieses Jahr erscheint die Umsetzung kultureller Projekte als besonders herausfordernd, aber mindestens genauso wichtig. Dies deshalb, weil es für den Tourismus von besonderer Bedeutung ist und ebenso zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft beiträgt. Es werden hier vor einer besonderen Kulisse also nicht nur die musikalischen und schauspielerischen Fähigkeiten gefördert, sondern vor allem auch das Miteinander“, betonte Landtagspräsidentin Verena Dunst im Rahmen der Vorstellung der diesjährigen Produktion „Footloose“ auf Burg Güssing.

„Footloose“ handelt von Ren McCormack, einem Schüler, der von der Großstadt Chicago mit seiner alleinerziehenden Mutter in die amerikanische Provinz zieht. Dort muß er feststellen, daß in dem verschlafenen Örtchen Bomont nicht nur Partys und Alkohol verboten sind, sondern sogar das Tanzen. Das will der tanzbegeisterte Jugendliche nicht hinnehmen und findet in der Tochter des Pfarrers, der das Gesetz im Stadtrat einst durchsetzte, überraschend eine Verbündete.

Das Publikum kann sich nicht nur auf schwungvolle Tanzszenen und amerikanischen Kleinstadtcharme freuen, sondern vor allem auf die großen Hits der 80er-Jahre. 25 SchauspielerInnen, TänzerInnen und SängerInnen, bringen – unterstützt von einer Live-Band – auf die Bühne. „Kulturveranstaltungen, wie wir sie kennen, mit vollen Sälen und auf engen Bühnen, werden in nächster Zeit nicht möglich sein. Wer dennoch Musiktheater bieten will, der muß sich neu orientieren und offen sein. Die Burg mit ihrem weitflächigen Vorplatz und der tollen Kulisse ist ein imposanter und vor allem sicherer Spielort“, sagte dazu Marianne Resetarits, Intendantin von Musical Güssing.

Seit mehr als 25 Jahren trägt der Verein Musical Güssing zum Kulturgeschehen bei

und wurde somit zu einem festen Bestandteil des kulturellen Lebens im Südburgenland. Die Zahlen sprechen für sich, denn mehr als 10.000 Besucher jährlich sind ein Beweis dafür, welch hervorragende Darbietungen den Gästen geboten werden. „Als Landtagspräsidentin, aber auch als Südburgenländerin freut es mich ganz besonders, daß wir hier in der Region ein erstklassiges Kulturprogramm bieten und so maßgeblich zur guten gesellschaftlichen, touristischen und wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Die Aufführungen in den vergangenen Jahren haben bewiesen, daß im kulturellen Angebot von Musical Güssing viel Herzblut und Engagement steckt. Bei dieser erfolgreichen Entwicklung sind wir auch weiterhin gefordert, das Burgenland, den Süden des Landes, als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort sowie als Tourismusmagnet weiter auszubauen. Ich möchte an dieser Stelle der Intendantin, Marianne Resetarits, sowie allen Mitwirkenden für ihre großartige Leistung und ihren Einsatz danken und wünsche für die Aufführung des Musicals ‚Footloose‘ den größtmöglichen Erfolg“, so Dunst abschließend. ■

<https://musicalguessing.com/>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Footloose>

PAARLAUF

Josef Mikl | Brigitte Mikl Bruckner

Von 1. Juli bis 13. September 2020 in der Landesgalerie Burgenland im Kultur Kongress Zentrum Eisenstadt – Catherine Sica: Kunstwerk des Monats

Der Begriff Paarlauf, üblicherweise eine Disziplin im Eiskunstlauf bezeichnend, lässt sich auch auf die künstlerische Tätigkeit des Malerehepaares Josef Mikl (1929-2008) und Brigitte Mikl Bruckner anwenden. Die beiden waren drei Jahrzehnte lang ein Paar im Leben, eben solange auch Verbundene in ihrer existenziellen Lebensbeschäftigung, der Malerei.

Josef Mikls Kunst wurde als „abstrakter Realismus“ befunden. Er war Professor an der Akademie der bildenden Künste in Wien, bereits 1964 bei der Documenta Kassel präsent und 1968 Vertreter Österreichs bei der Biennale in Venedig.

Nach dem Brand der Wiener Hofburg 1992 schuf er nach der Renovierung die Wand- und Deckenfresken des Redouten-Saales, der derzeit als Plenarsaal des Nationalrates während der Umbauarbeiten des Parlaments genutzt wird.

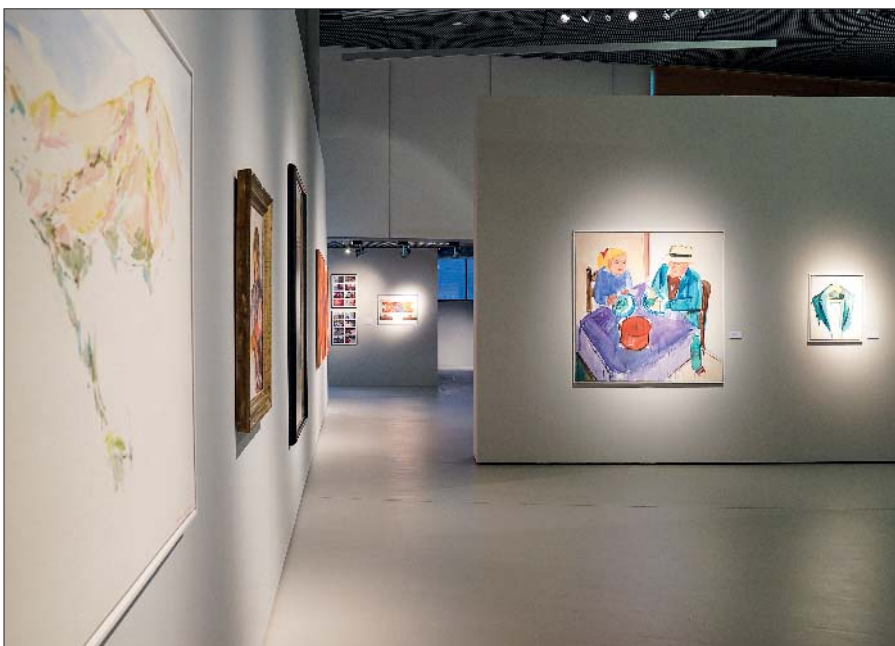
Brigitte Mikl Bruckner, eine gebürtige Oberösterreicherin, bannt atmosphärische Stilleben und Interieurs auf Leinwand oder malt en plein-air sie interessierende Ausschnitte aus ihr nahestehenden Landschaften, wie die Umgebung ihres Hauses in Wörtherberg im Südburgenland.

Catherine SICA

Catherine SICA zeigte schon in ihrer Kindheit und Jugend, die sie in Freiburg im Breisgau verbrachte, eine Leidenschaft und Fähigkeit zum Zeichnen und Malen. Während ihrer Ausbildung spezialisierte sie sich auf das Restaurieren von Gemälden und ist heute eine fachkundige Restauratorin. Sie erforschte intensiv die Technik der alten Meister und experimentierte mit einer Vielzahl alter und neuer Techniken, Texturen und Objekte.

Vor einigen Jahren hat sie Rust für sich entdeckt und lebt und arbeitet heute in einem Bürgerhaus in der denkmalgeschützten Altstadt.

Ihre Werke sind geprägt von Emotionen und der Wahrnehmung der Welt und des Universums. Als Stilmittel wendete sie sich schon seit einigen Jahren dem Expressionis-



Ansicht aus der Ausstellung PAARLAUF – Josef Mikl | Brigitte Mikl Bruckner



Catherine Sica vor ihrem Kunstwerk des Monats

mus zu, interpretierte ihn neu und definierte ihn als den charakteristischen Stil ihrer Kunst als „Transformativer Expressionismus“.

„Transformation of Agate red-pink“, entstanden 2019 ist ein gutes Beispiel für diesen Prozeß. Achat, Acryl, Öl, Messing, Kupfer,

Aluminium vereint sie auf der Leinwand zu einem künstlerischen Statement und läßt im Bild Tiefe entstehen.

<https://landesgalerie-burgenland.at/>
https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Mikl
<http://www.catherine-sica.com/>

Künstlerisches »Fremdenzimmer«

In der Eisenstädter Haydngasse überraschen die Künstler Alfredo Barsuglia und Peter Sandbichler bis 30. August 2020 mit ungewöhnlichen Objekten.

Die Künstler Alfredo Barsuglia und Peter Sandbichler haben ein ungewöhnliches Abenteuer konzipiert: In gemeinsamer Autorschaft wurde eine Raumskulptur gebaut, die sowohl als Hotelzimmer als auch als Wunderkammer funktioniert.

Kuratorin Barbara Horvath erklärte in einem Interview, in Zeiten des Corona-Virus wäre es interessant zu erfahren, wie es von der Bevölkerung angenommen würde, Eisenstadt durch eine Übernachtung im „Fremdenzimmer“ kennenzulernen, „sich Gedanken zu machen und sich einfach auch ein bißchen Zeit zu nehmen“, so Horvath.

Unter tags können das „Fremdenzimmer“ und die dort gezeigten Objekte der „Wunder- und Wohnkammer“ besichtigt werden, nächstens können sie von Übernachtungsgästen erlebt werden. „Ich habe es selbst auch ausprobiert und habe hier übernachtet. Ich weiß ja eigentlich was kommt und war dann einmal zwei Stunden wach, nachdem das passiert ist, was hier passiert. Also die vermeintlich harmlosen Dinge bekommen ein neues Leben und verändern sich – und dieses choreografierte Schauspiel, findet eben in der Nacht statt“, erläuterte Künstler Alfredo Barsuglia in einem Gespräch mit dem ORF Burgenland.

<https://www.kunstvereineisenstadt.at/>

<http://www.alfredobarsuglia.com/>

<http://www.petersandbichler.com/>

Foto: Alfredo Barsuglia / Kunstverein Eisenstadt



Foto: Alfredo Barsuglia / Kunstverein Eisenstadt



Prognose für 2020 und 2021

Das WIFO prognostiziert eine tiefe, jedoch kurze Rezession in Österreich

Die zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen führen in Österreich zu einer Rezession. Mit -7,0 % (gegenüber dem Vorjahr) sinkt die Wirtschaftsleistung 2020 deutlich stärker als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Der Tiefpunkt scheint bereits durchschritten zu sein, die Rezession wird somit kurz sein. Dennoch wird die Wirtschaftsleistung am Ende des Prognosezeitraumes (Ende 2021) das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht haben.

„Die umfangreichen Restriktionen, die verhängt wurden, um die Ausbreitung der Covid-19-Infektionen zu begrenzen, haben eine weltweite Rezession zur Folge. In Österreich ist dies die tiefste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie resultiert aus dem gleichzeitigen Auftreten negativer Angebots- (Schließungsmaßnahmen) und Nachfrageschocks (ausgeprägte Zurückhaltung bei Konsum- und Investitionsausgaben, massiver Einbruch der Auslandsnachfrage)“, so der Autor der aktuellen WIFO-Prognose, Christian Glocker.

Die umfangreichen Restriktionen, die zur Begrenzung der Ausbreitung der Covid-19-Infektionen verhängt wurden, haben zu einer weltweiten Rezession geführt. Diese Entwicklung veränderte innerhalb weniger Wochen die wirtschaftlichen Aussichten grundlegend. Mit der schrittweisen Rücknahme der Eindämmungsmaßnahmen wird die Wiederaufnahme von wirtschaftlicher Aktivität ermöglicht. Der Umstand, daß dies international asynchron verläuft, verlängert die Dauer der negativen Effekte der Pandemie auf die Weltwirtschaft. Vor diesem Hintergrund wird sich die Weltwirtschaft nur zögernd erholen.

Die österreichische Volkswirtschaft geriet wie die Weltwirtschaft in eine Rezession. Wenngleich diese sich im Wesentlichen auf das 1. Halbjahr 2020 beschränkt und damit vergleichsweise kurz ist, ist sie ausgesprochen tief.

Zwar wurde der Tiefpunkt bereits durchschritten und die Erholungsphase eingeleitet, dennoch besteht über die weitere Entwicklung hohe Unsicherheit. Dies gilt vor allem im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Pandemie, die zu ihrer Eindämmung notwendigen Gegenmaßnahmen und die sich daraus



Foto: WIFO

em.o.Univ.Prof. Christoph Badelt

ergebenden volkswirtschaftlichen Konsequenzen.

Nach einem Rückgang um 7,0 % 2020 dürfte die Wirtschaftsleistung 2021 um 4,3 % zunehmen. Auch wenn dieser Aufholprozeß im historischen Vergleich dynamisch ist, dürfte das BIP am Ende des Prognosehorizontes das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht haben. Auf der Angebotsseite prägen die Sachgütererzeugung und die Marktdienstleistungen (vor allem die Bereiche

Verkehr, Beherbergung und Gastronomie) den starken Einbruch, auf der Nachfrageseite die Exporte, die Investitionen (insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen) sowie der Konsum der privaten Haushalte.

Der Einbruch der Konjunktur hat erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der langjährige Beschäftigungsaufbau endete im März 2020 abrupt, und die Arbeitslosigkeit stieg erheblich. Maßnahmen wie die Möglichkeit zur Kurzarbeit, deren Ziel es ist, die Beschäftigten während der Krise im Unternehmen zu halten, um danach eine rasche Konjunkturerholung zu ermöglichen, schränken die negativen Effekte der gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen auf den Arbeitsmarkt ein.

Dennoch wird die Arbeitslosenquote 2020 wesentlich höher sein als im Vorjahr (2020: 9,7%, 2019: 7,4 %). Nach einem Anstieg der Beschäftigung 2019 um 1,6 % erwartet das WIFO nun für 2020 einen Rückgang um 2,1 %. Die geleisteten Arbeitsstunden werden aufgrund der Möglichkeit zur Kurzarbeit deutlich stärker sinken. Im Einklang mit der erwarteten Konjunkturerholung wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt 2021 entspannen.

<https://www.wifo.ac.at/>

Hauptergebnisse der Prognose

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6	- 7,0	+ 4,3	
Herstellung von Waren	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 0,9	-13,0	+ 7,0	
Handel	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,9	+ 0,8	- 9,0	+ 8,0	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	- 5,5	+ 4,5	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,9	+ 2,2	+ 0,4	- 1,7	-15,0	+ 5,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,7	- 6,5	+ 4,8	
Ausrüstungen ²⁾	+ 7,2	+ 4,5	+ 4,1	+ 2,9	- 8,4	+ 5,9	
Bauten	+ 0,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,4	- 4,2	+ 3,6	
Exporte, real	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,9	-14,8	+ 9,5	
Warenexporte, fob	+ 2,7	+ 5,4	+ 6,4	+ 2,1	-13,5	+ 7,1	
Importe, real	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 2,7	-11,1	+ 8,9	
Warenimporte, fob	+ 3,4	+ 4,4	+ 4,0	+ 1,9	-10,5	+ 7,0	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,8	+ 3,6	+ 4,2	+ 3,4	- 5,8	+ 5,4	
	Mrd. €	357,30	370,30	385,71	398,68	375,52	395,96
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	2,7	1,6	2,3	2,6	0,2	1,0
Verbraucherpreise		+ 0,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,5
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	0,4	0,6	0,7	0,1	- 0,1	0,2
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 1,5	- 0,8	0,2	0,7	-10,3	- 6,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 1,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,6	- 2,1	+ 1,3
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		6,0	5,5	4,9	4,5	5,5	5,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		9,1	8,5	7,7	7,4	9,7	8,9

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. ⁵⁾ Labour Force Survey. ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

2020: OeNB erwartet Rückgang der Inflation auf 0,8 %

Niedriger Ölpreis und Nachfrageausfall dämpfen die Inflation, keine Preissteigerungen durch Corona im Online-Handel

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erwartet in ihrer aktuellen Inflationsprognose für Österreich im Jahr 2020 einen Rückgang der am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessenen Inflationsrate auf 0,8 %, gefolgt von einem leichten Anstieg auf 0,9 % im Jahr 2021 sowie auf 1,5 % im Jahr 2022. Der Rückgang im laufenden Jahr, der bereits im März eingesetzt hat, ist vor allem auf den außergewöhnlich starken Ölpreisverfall im heurigen Frühjahr zurückzuführen und wird zudem durch den Nachfrageausfall infolge der Covid-19-Pandemie verstärkt. Diese inflationsdämpfenden Effekte werden erst im nächsten Jahr auslaufen bzw. schwächer werden und die Inflation langsam wieder steigen lassen.

Auf Basis von Preisdaten aus dem Online-Handel untersucht die OeNB, wie sich die Preise von Nahrungsmitteln und anderen Gebrauchsgütern, die in den Webshops von fünf großen österreichischen Handelsketten angeboten werden, während der Covid-19-Pandemie entwickelt haben. Aus dieser Un-

tersuchung geht hervor, daß die Online-Preise von Nahrungsmitteln in den Monaten April und Mai 2020 im Durchschnitt geringfügig gesunken, jene von Bekleidung und Schuhen mitverursacht durch saisonale Faktoren (Ausverkauf) etwas stärker gesunken sind. Insgesamt lassen sich auf Basis der im Internet erhobenen Preisdaten keine auffälligen Preissteigerungen während der Covid-19-Krise, wie fallweise in den Medien berichtet wurde, feststellen.

HVPI-Inflationsrate markant gesunken

Die österreichische HVPI-Inflationsrate ist seit Februar 2020 von 2,2 % markant auf 0,6 % im Mai zurückgegangen. Dafür ist in erster Linie der massive Ölpreisrückgang der letzten Monate verantwortlich. Zusätzlich dürfte sich insbesondere bei dem starken Rückgang im Mai auch die aufgrund der Covid-19-Krise eingebrochene gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfend auf die Inflationsrate ausgewirkt haben. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag noch bis April bei über

2 %, ging aber im Mai ebenfalls markant auf 1,5 % zurück.

Meßprobleme aufgrund von Covid-19

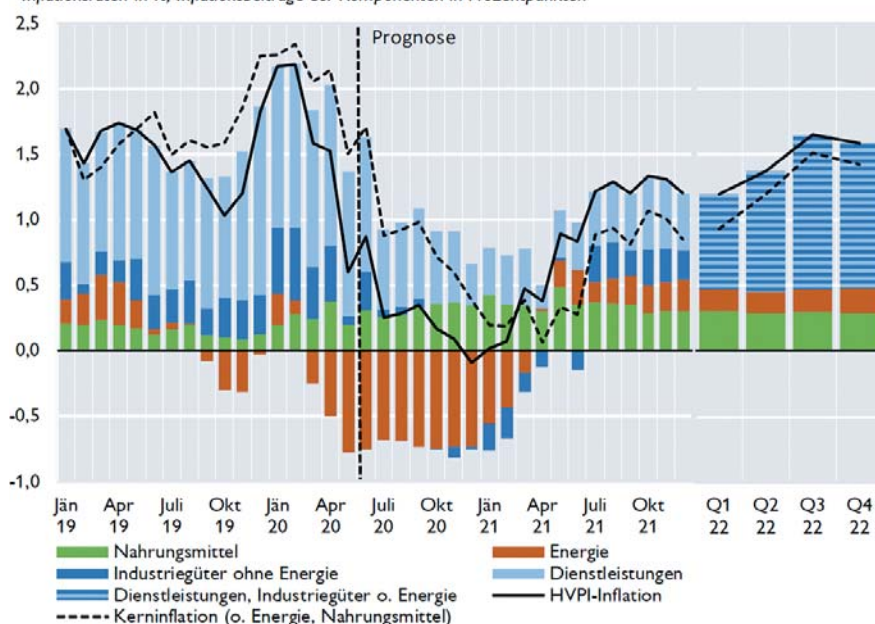
Die Entwicklung der letzten Monate, insbesondere im April und Mai 2020, ist allerdings unter dem Vorbehalt einer erschwerten Inflationsmessung in der Zeit der „Containment“-Maßnahmen zu sehen. Aufgrund der von Mitte März bis in den Mai hinein verordneten Geschäftsschließungen sowie Mobilitätsbeschränkungen war die Preiserhebung für viele im Warenkorb enthaltenen Produkte und Dienstleistungen erschwert oder sogar unmöglich. Aus diesem Grund mußten die vor Ort nicht erhebbaren Preise entweder auf alternativem Weg (etwa im Internet oder auf Basis von Scannerdaten von Supermärkten) erhoben oder durch Schätzungen ersetzt werden. Somit sind die jüngsten Inflationszahlen mit vergleichsweise hoher Unsicherheit behaftet und mit Vorsicht zu interpretieren.

Inflationsrate von 0,8 % erwartet

In ihrer jüngsten Inflationsprognose erwartet die OeNB einen Rückgang der HVPI-Jahresinflationsrate im Jahr 2020 auf 0,8 % (nach 1,5 % im Vorjahr). Für die Folgejahre wird ein Anstieg auf 0,9 % (2021) und auf 1,5 % (2022) erwartet. Der Rückgang im heurigen Jahr ist hauptsächlich auf den seit März beobachteten außergewöhnlich starken Ölpreisverfall zurückzuführen. Zudem bewirkt die Covid-19-Pandemie einen massiven Nachfrageausfall, der sich vor allem auf die Inflationsraten von Dienstleistungen und Industriegütern ohne Energie dämpfend auswirken wird. Ab dem Jahr 2021 sollte der Ölpreiseffekt auslaufen und der inflationsdämpfende Nachfrageeffekt infolge der Covid-19-Pandemie schwächer werden. Mit 1,5 % liegt die HVPI-Inflationsrate 2022 aber weiterhin unter dem Durchschnittswert der letzten Jahre, da die Produktionsfaktoren über den gesamten Prognosehorizont unterausgelastet bleiben. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate wird gemäß OeNB-Prognose im Jahres-

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



durchschnitt 2020 aufgrund der noch relativ hohen Werte in den ersten vier Monaten des Jahres 1,4 % betragen und 2021 auf 0,6 % zurückgehen. Im Jahr 2022 wird dann wieder mit einem Anstieg der Kerninflation auf 1,3 % gerechnet.

OeNB-Szenarien

Um der hohen Unsicherheit der Inflationsprognose vor dem Hintergrund der Pandemie Rechnung zu tragen, hat die OeNB zusätzlich zur Inflationsprognose auch ein optimistisches sowie ein pessimistisches Prognoseszenario berechnet. Das optimistische Szenario nimmt an, daß die Covid-19-Pandemie in Österreich vergleichsweise rasch eingedämmt werden kann und die wirtschaftliche Erholung im laufenden Jahr an Schwung gewinnt, während das pessimistische Szenario von einer zweiten Infektionswelle im Herbst 2020 und einer Verschärfung des wirtschaftlichen Abschwungs ausgeht. Gemäß dem optimistischen Szenario sinkt die Jahresinflationsrate 2020 im Vergleich zur Juniprognose etwas weniger stark, nämlich auf 1,1 %, gefolgt von einem Anstieg auf 1,2 % und auf 1,7 % in den Jahren 2021 und 2022. Im pessimistischen Szenario hingegen erwartet die OeNB für 2020 eine Jahresinflation von 0,7 %, gefolgt von einem weiteren Rückgang auf 0,2 % im Jahr 2021 und einem Anstieg auf 1,3 % im Jahr 2022.

Online-Preise von Nahrungsmitteln

Auf Basis von Online-Handels-Preisen von fünf großen österreichischen Handelsketten untersucht die OeNB im Schwerpunktthema der Ausgabe von „Inflation aktuell“, ob sich die Preise von Nahrungsmitteln und anderen Gebrauchsgütern während der Covid-19-Krise auffällig verändert haben, wie fallweise in den Medien berichtet wurde. Aus dieser Untersuchung geht hervor, daß Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke in den Monaten April und Mai 2020 im Durchschnitt einen geringfügigen Preistrückgang von -0,3 % bzw. -0,4 % aufwiesen, während die Preise von alkoholischen Getränken durchschnittlich um 0,5 % gestiegen sind. Die Preise von Bekleidungsartikeln und Schuhen sind von Anfang April bis Ende Mai im Durchschnitt um etwa 6 % gesunken, allerdings dürften dafür saisonale Faktoren mitverantwortlich sein. Somit lassen sich basierend auf den von der OeNB erhobenen Online-Preisdaten keine auffälligen Preissteigerungen bei den untersuchten Produkten im April und Mai 2020 feststellen. ■

<https://www.oenb.at/>

Arbeitsmarkt im Juni 2020

Statistik Austria: Allmähliche Erholung, jedoch weiterhin 100.000 Erwerbstätige weniger als vor einem Jahr

Im Juni 2020 waren im Monatsdurchschnitt 4.195.700 Personen erwerbstätig, um 62.800 Personen mehr als im Mai 2020. Die Zahl der Erwerbstätigen war laut Statistik Austria jedoch weiterhin um 106.700 Personen niedriger als im Juni 2019. „Trotz der nach wie vor sehr hohen Arbeitslosigkeit, konnte der coronabedingte Jobrückgang im Juni weiter aufgeholt werden: 58 % der Personen, die in der zweiten Märzhälfte ihren Job verloren hatten, ist bis Ende Juni der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gelungen. Dieser gelingt Männern rascher: 62 % der Männer, aber nur 52 % der Frauen, die im März arbeitslos geworden waren, hatten bis Ende Juni wieder einen Job“, so Tobias Thomas, Generaldirektor von Statistik Austria.

Insgesamt endeten im März 2020 rund 313.000 unselbstständige Erwerbstätigkeiten, während rund 131.000 aufgenommen wurden. Im Vergleich zum März des Vorjahres hat sich die Zahl der Beschäftigungsbeendigungen damit mehr als verdoppelt, während die Zahl der Aufnahmen um 17 % niedriger war. Bereits im April zeigten sich in einzelnen Branchen erste Tendenzen der Erholung, die sich in den folgenden Monaten mit den vermehrten Lockerungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie weiter verstärkten. In Summe wurden im Zeitraum April bis Juni 2020 rund 363.000 Beschäftigungen aufgenommen und 196.000 beendet. Es gab von April bis Juni 2020 also rund 167.000 mehr Aufnahmen als Beendigungen unselbstständiger Erwerbstätigkeit. Dieser Saldo entspricht mehr als der Hälfte der Beendigungen vom März 2020.

Jobverluste der zweiten Märzhälfte bis Ende Juni zu 58 % kompensiert

Im Zeitraum 15. bis 31. März 2020 wurden insgesamt knapp 238.000 unselbstständige Beschäftigungen beendet. 58 % der Personen, die in der zweiten Märzhälfte ihren Job verloren hatten, gelang bis Ende Juni wieder eine Beschäftigungsaufnahme – sechs von zehn davon beim selben Dienstgeber, bei dem sie zuvor beschäftigt waren. Gut einem Fünftel der Personen gelang die nächste Beschäftigungsaufnahme innerhalb eines Monats, knapp einem weiteren Fünftel im zweiten.

Wie rasch ein Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gelingt, ist je nach Branche, aber

auch zwischen verschiedenen Personengruppen höchst unterschiedlich. Insgesamt haben bis Ende Juni 62 % der Männer, aber nur 52 % der Frauen, die in der zweiten Märzhälfte ihre Beschäftigung beendet haben, wieder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen.

Arbeitslosigkeit weiterhin hoch

Trotz der Anzeichen einer Erholung des Arbeitsmarkts sind weiterhin viele Personen von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Zahl der beim AMS registrierten Arbeitslosen (Arbeitslosigkeit nach nationaler Definition) ist von Ende Mai auf Ende Juni 2020 zwar um 1,5 Prozentpunkte auf 414.800 Personen gesunken, lag mit einer Arbeitslosenquote von 10,0 % jedoch immer noch um 3,5 Prozentpunkte über dem Wert von Juni 2019.

Auf Basis der internationalen Definition von Arbeitslosigkeit gab es im Juni-Durchschnitt dagegen nur 282.100 arbeitslose Personen. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen nach dieser Definition im Vergleich zum Mai 2020 um 17.500 Personen gestiegen. Die bereinigte Arbeitslosenquote für Juni 2020 beträgt nunmehr 5,7 % und ist damit um 1,3 Prozentpunkte höher als im Juni 2019. Die unterschiedliche Dynamik von nationaler und internationaler Arbeitslosigkeit erklärt sich durch abweichende Definitionen und Konzepte. Die Kriterien für Arbeitslosigkeit laut internationaler Definition sind die aktive Suche nach Arbeit und die Bereitschaft, eine Arbeitsstelle innerhalb von zwei Wochen anzutreten.

In den nach internationalen Definitionen ermittelten Zahlen spiegelt sich der Rückgang der Beschäftigten nur zum Teil in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit wider und ist definitionsbedingt auch stark in einer Zunahme der Personen in der „stillen Reserve“ des Arbeitsmarkts zu erkennen. Diese Gruppe umfaßt Personen, die nicht erwerbstätig sind, grundsätzlich gerne arbeiten würden, aber nicht aktiv nach Arbeit suchen oder nicht kurzfristig mit einer Erwerbstätigkeit beginnen könnten. Zahlenmäßig hat diese Gruppe stark zugenommen, nämlich von 128.800 im Februar 2020 auf 189.600 Personen im Juni 2020. Im Monatsvergleich ist die „stille Reserve“ jedoch gesunken und liegt nun um 29.400 Personen unter dem Mai 2020. ■

<http://www.statistik.at/>

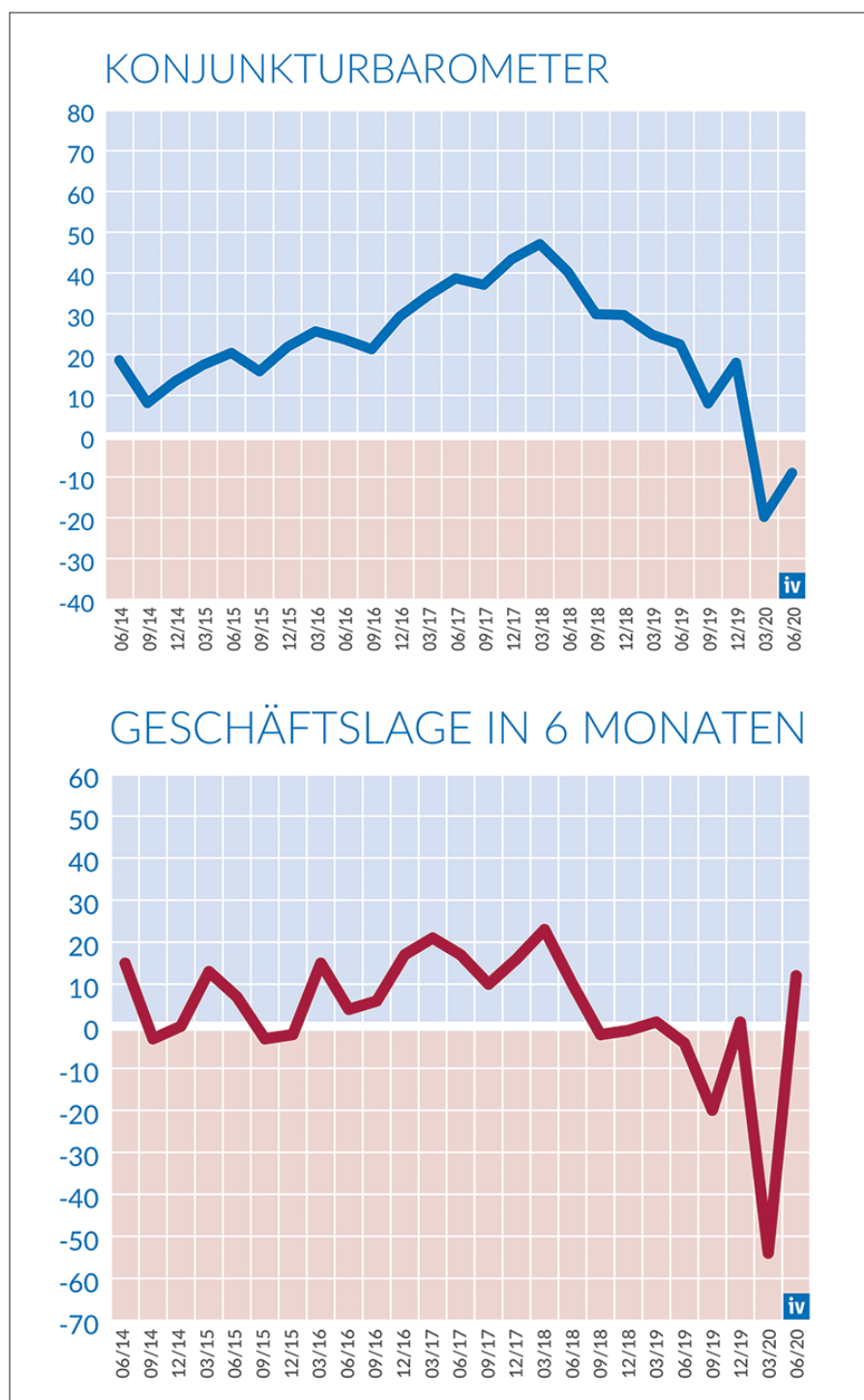
Industrie: Der konjunkturelle Tiefpunkt ist durchschritten

IV-GS Neumayer: Konjunkturstärkende Maßnahmen rasch umsetzen, Kurzarbeit auch im Herbst ermöglichen, Belastungen vermeiden

Der konjunkturelle Tiefpunkt ist durchschritten, aber wir sind noch nicht über den Berg“, faßte Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), am 7. Juli in einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit IV-Chefökonom Christian Helmenstein die aktuelle wirtschaftliche Situation zusammen:

- Seit Mai nimmt die Wirtschaftsleistung wieder zu. Für Österreich erwartet die Industriellenvereinigung aber heuer gegenüber der April-Prognose unverändert einen BIP-Rückgang um -7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.
- Die Industrie gehört mit einem Schaden von über 5 Milliarden Euro zu den drei am stärksten von Covid-19 betroffenen Wirtschaftsbereichen, nach den sonstigen Dienstleistungssektoren (Transport, persönliche Dienstleistungen, Kultur, Sport) sowie der Tourismuswirtschaft (Gastronomie, Beherbergung).
- Das Maß an wirtschaftspolitischer Unsicherheit weltweit hat einen historischen Höchststand erreicht und liegt aktuell doppelt so hoch wie während der Finanzkrise 2008/2009. Unternehmen reagieren darauf mit Investitionszurückhaltung und private Haushalte mit Konsumzurückhaltung. Die Ausrüstungsinvestitionen gehen voraussichtlich um 12 Prozent zurück, die Sparquote der privaten Haushalte verdoppelt sich beinahe von gut 7 auf mehr als 13 Prozent.

„Unsicherheit ist derzeit allgegenwärtig. Umso dringender brauchen Unternehmen Planungssicherheit, wie es mit den Unterstützungsmaßnahmen weitergeht“, betonte Neumayer, der vor allem für die fortgesetzte Möglichkeit bzw. ein neues Modell der „Corona-Kurzarbeit“ ab Herbst plädierte. Dabei seien drei Dinge entscheidend: „Erstens Praxis-tauglichkeit und möglichst geringer Bürokratieaufwand. Zweitens sollen Betriebe auch weiterhin nur für tatsächlich geleistete Arbeitszeit aufkommen müssen. Kosten für Nichtleistungszeiten, insbesondere der Sozialversicherung, sind in der aktuellen Situa-



tion absolut nicht tragbar. Und drittens sollten die Qualifizierungselemente bei der Kurzarbeit gestärkt werden. Hieraus ergäbe

sich letztlich ein langfristiger Nutzen.“ Überdies müsse klar sein, daß ein nachhaltiger Weg aus der Krise nur über ein investi-

Wirtschaft

tionsgetriebenes Wachstum führen kann. „Mit Maßnahmen wie der Investitionsprämie wurden hier bereits wichtige Schritte angekündigt. Nun muß die rasche und praktische Umsetzung folgen“, so Neumayer.

Weitere konjunkturstärkende Maßnahmen nötig, Diskussionen über altbekannte Belastungsideen höchst entbehrlich

Auch müßten zeitnah weitere Maßnahmen folgen: „Wir schlagen schon seit Längerem vor, die im Regierungsprogramm festgelegte Senkung der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent zeitnah umzusetzen. Und wir bleiben dabei: Dies wäre ein starkes wie nachhaltig wirksames Instrument, um Investitionen und damit Beschäftigung anzukurbeln“, so Neumayer. Mit Verwunderung registrierte man Diskussionen über altbekannte Belastungsideen wie Arbeitszeitverkürzung, neue oder höhere Steuern. „All das käme geradezu einer Kampfansage an Beschäftigte und Unternehmen gleich. Den Faktor Arbeit massiv zu verteuern können wir uns ebenso wenig leisten, wie Substanzsteuern, die letztlich Betriebe sowie den Mittelstand – und damit Arbeitsplätze – treffen würden. Arbeitsplatzvernichtung mit Ansage führt unweigerlich in die konjunkturelle Sackgasse“, stellte der IV-Generalsekretär unmißverständlich klar.

Die Ergebnisse der aktuellen IV-Konjunkturumfrage

„Das IV-Konjunkturbarometer, welches als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt wird, verbessert sich von -19,8 Punkten auf -9,0 Punkte. Ein solcher Punktezuwachs zwischen zwei aufeinanderfolgenden Terminen tritt zwar nicht häufig auf, ist aber nicht außergewöhnlich“, führte IV-Chefökonom Christian Helmenstein aus. Dabei könnten die Verläufe der beiden Teilkomponenten des Konjunkturbarometers kaum gegensätzlicher ausfallen. War es zum vorigen Termin die beispiellos negative Einschätzung der Geschäftsaussichten, welche den Absturz des IV-Konjunkturbarometers bewirkte, während die Einschätzung der Geschäftslage um „lediglich“ 21 Punkte zurückging, ist es nun umgekehrt. Die aktuelle Geschäftslage liegt bei einem Minus von 44 Punkten, während die Geschäftserwartungen auf Sicht von sechs Monaten einen sprunghaften Zuwachs von 66 Punkten einschließlich eines Vorzeichenwechsels aufweisen. Die Erwartungskomponente steigt auf +12 Punkte und markiert

damit den höchsten Wert seit dem ersten Quartal 2018. Selbst auf dem derzeit weit unterhalb der Normalauslastung liegenden Aktivitätsniveau erwarten 21 Prozent der befragten Unternehmen nicht nur keine Verbesserung, sondern sogar eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage auf Sicht eines halben Jahres. Optimistisch gestimmt sind 33 Prozent.

„Dieses Ergebnis unterstreicht die Erwartung, daß die Erholung der Wirtschaft einen asymmetrischen V-förmigen Verlauf nehmen wird. Auf den steilen Absturz folgt ein Aufwärtstrend mit anfänglich recht hoher Dynamik, der aber zunehmend verflachen wird“, so IV-Chefökonom Helmenstein.

Die Haltung zu den Geschäftsaussichten dürfte auch damit zusammenhängen, daß die Einschätzung der Gesamtauftragsbestände von +17 auf -18 Punkte abreißt, nachdem sich gerade die Auftragsbestände über lange Zeit hinweg – nicht zuletzt während der beiden schwächeren Vorjahre – als recht robust gezeigt hatten. Noch schlechter wird die Komponente der Auslandsaufträge bewertet, die von +9 Punkten auf -21 Punkte zurückgeht. Das bedeutet, daß der Auftragsbestand von einer Mehrheit als so niedrig eingeschätzt wird, daß eine Normalauslastung auf Sicht der kommenden drei Monate nicht erreichbar sein wird. Zudem lehrt die Erfahrung aus 2008, daß manche Aufträge gekürzt, verschoben, preislich nachverhandelt oder gestrichen werden könnten. Dieser Vorbehalt gilt, wenngleich in geringerem Ausmaß, nach wie vor.

Aus diesen Gründen wird die Produktion, nur äußerst vorsichtig weiter hochgefahren. Der saisonbereinigte Indikator für die Produktionserwartungen für die kommenden drei Monate legt zwar in der Dynamik durchaus spektakulär um 52 Punkte zu, doch reicht dieser Zuwachs gerade aus, um wieder in positives Terrain von +3 nach -49 Punkten vorzudringen.

Damit zusammenhängend hat sich der Indikator für den Beschäftigtenstand zwar etwas von -37 Punkten auf -22 Punkte verbessert, bleibt aber negativ. Der Trend hält somit zwar an, flacht aber ab. Mittels „Corona-Kurzarbeit“ konnte – bei hohem, budgetären Aufwand – ein ansonsten dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden werden. Jedes 25. Industrieunternehmen will seinen Personalstand sogar ausweiten, was das Ausmaß des schon zuvor bestehenden Fachkräftemangels unterstreicht, der sich im Wiederaufschwung wachstumshemmend auswirken wird.

Der Anteil der Unternehmen, welcher mit einem absoluten Rückgang der erzielbaren Verkaufspreise rechnet, nimmt weiter zu (Saldo -25 nach -16). Die je nach Wirtschaftszweig, mitunter sogar je nach Produktportfolio zum Teil stabile, zum Teil katastrophale Mengenentwicklung in Verbindung mit einem zunehmenden Preisdruck setzt den Unternehmen massiv zu (Saldo -38 nach -2). Nur noch jedes elfte Unternehmen berichtet von einer guten aktuellen Ertragslage, fast die Hälfte (47 Prozent) bezeichnen diese als schlecht. Aus derzeitiger Sicht sollte es gelingen, das enorme Ausmaß der Ertragserosion während des zweiten Halbjahres zumindest zu stoppen (Saldo +7 nach -49 Punkten). Nur eine Minderheit von 28 Prozent erwartet aber eine Verbesserung der Ertragsaussichten bis Jahresende.

Schuldentragfähigkeit Österreichs derzeit nicht gefährdet

„Trotz massiver budgetärer Belastungen wird die Covid-19-Krise aus heutiger Sicht kein Ausmaß annehmen, welches die Schuldentragfähigkeit der Republik Österreich überfordern würde. Weder Steuererhöhungen noch Ausgabenkürzungen erscheinen daher sinnvoll, um die Belastungen auszugleichen“, so der IV-Chefökonom. Erstere würden die Investitionsneigung aushöhlen, zweitens die unsicherheitsbedingte Konsumzurückhaltung verstärken. Zielführend wäre die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Budgetpfad, sobald die konjunkturelle Situation es zuläßt. „Dazu reicht es aus, die Ausgabendynamik unter der Einnahmendynamik zu halten.“

Auf diese Weise wäre die Rückführung der entstandenen Schulden noch vor 2030 erreichbar“, so Christian Helmenstein abschließend.

*Die IV-Konjunkturumfrage:
Zur Befragungsmethode*

An der jüngsten Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung beteiligten sich 392 Unternehmen mit rund 266.900 Beschäftigten. Bei der Konjunkturumfrage der IV kommt folgende Methode zur Anwendung: Den Unternehmen werden drei Antwortmöglichkeiten vorgelegt: positiv, neutral und negativ. Errechnet werden die (beschäftigungsgewichteten) Prozentanteile dieser Antwortkategorien, sodann wird der konjunktursensible „Saldo“ aus den Prozentanteilen positiver und negativer Antworten unter Vernachlässigung der neutralen gebildet. ■

<https://www.iv.at/>

Unternehmensdemografie 2018

Rund 90 Prozent der 41.087 Unternehmensneugründungen waren im Dienstleistungsbereich angesiedelt

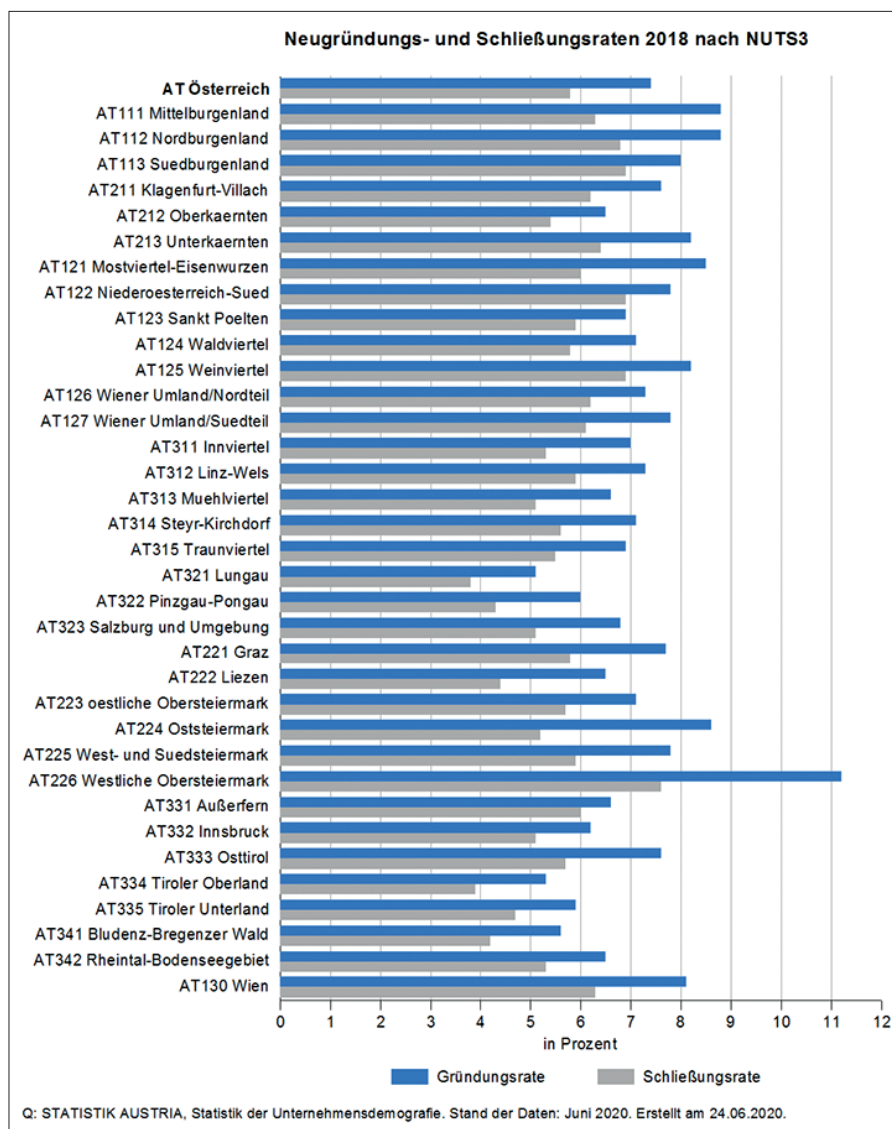
Im Jahr 2018 wurden laut Statistik Austria 41.087 neue Unternehmen in Österreich gegründet. Gemessen an den insgesamt am Markt aktiven Unternehmen entspricht das einer Neugründungsrate von 7,4 %; gegenüber dem Vorjahr (2017: 7,6 %) ist diese Rate leicht gesunken. Pro Neugründung wurden 2018 im Durchschnitt 1,5 Arbeitsplätze geschaffen. Im Produzierenden Bereich (ÖNACE 2008 Abschnitte B-F) wurden pro Neugründung mehr Arbeitsplätze (1,8 Beschäftigte) geschaffen als im Dienstleistungsbereich (ÖNACE 2008 Abschnitte G-S: 1,4 Beschäftigte). Im gleichen Zeitraum wurden 32.006 Unternehmen geschlossen (Schließungsrate 2018: 5,8 %); durchschnittlich gingen pro Schließung 1,6 Arbeitsplätze verloren.

Die meisten Neugründungen erfolgen im Gesundheits- und Sozialwesen

89,4 % der Unternehmensneugründungen erfolgten im Dienstleistungsbereich, die meisten davon im Gesundheits- und Sozialwesen (9.129), im Handel (6.366) sowie in den freiberuflichen/technischen Dienstleistungen (5.386). Die höchste Neugründungsrate (10,7 %) verzeichnete ebenfalls der Wirtschaftsbereich Gesundheits- und Sozialwesen – dazu zählen etwa die Branchen Hauskrankenpflege, Pflegeheime oder Tagesbetreuung von Kindern – gefolgt von den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (10,4 %). An dritter Stelle stehen ex aequo die Wirtschaftsbereiche Verkehr und sonstige Dienstleistungen mit einer Neugründungsrate von je 10,2 %. Am niedrigsten war der Anteil neu gegründeter Unternehmen bei Wasser- und Abfallentsorgung (2,0 %), im Bereich Energieversorgung (3,3 %) sowie im Bergbau (3,5 %).

Die Mehrheit der Unternehmen wird als Klein- und Kleinstbetrieb gegründet

Beinahe drei Viertel (73,0 %) der 2018 neu gegründeten Unternehmen waren Einzelunternehmen (29.995). 6.563 Neugründungen (16,0 %) erfolgten als Kapitalgesellschaften; etwas weniger häufig wurden neue Unternehmen in Form von Personengesellschaften und anderen Rechtsformen (4.529 bzw. 11,0 %) gegründet. Auch die Verteilung der Neugründungen nach Beschäftigtengrößen-



senklassen spiegelt die kleinbetriebliche Struktur der österreichischen Wirtschaft wider: Die überwiegende Mehrheit (83,4 %) der neu gegründeten Unternehmen waren ohne unselbständig Beschäftigte. 12,6 % der Unternehmen hatten im Jahr der Gründung zwischen einem und vier unselbständig Beschäftigte; nur 2,8 % bzw. 1,2 % waren mit zwischen fünf und neun bzw. mit zehn und mehr unselbständig Beschäftigten erstmals am Markt aktiv.

Nur jede zweite Neugründung überlebt fünf Jahre

Die Überlebensraten der Unternehmen eines Gründungsjahrgangs (d. h. einer Grün-

dungskohorte) sinken von Jahr zu Jahr: Von den 2013 neu gegründeten Unternehmen waren ein Jahr später noch 83,7 % aktiv. Die Zweijahresüberlebensrate (von 2013 auf 2015) betrug 71,6 %; nach drei Jahren waren 62,6 % und nach vier Jahren 56,0 % dieser Gründungskohorte noch aktiv. Die Fünfjahresüberlebensrate betrug nur mehr 50,5 %. Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet gab es die höchsten Fünfjahresüberlebensraten in den Bereichen Energieversorgung (72,9 %), Wasserversorgung und Abfallentsorgung (68,3 %), im Grundstücks- und Wohnungswesen (66,0 %) sowie im Bereich Herstellung von Waren (64,4 %).

<http://www.statistik.at/>

Österreich wächst

8,901 Mio. Personen lebten am Jahresbeginn 2020 in Österreich – Bevölkerungswachstum in der Altersgruppe 65+ besonders kräftig

Am 1. Jänner 2020 lebten 8.901.064 Menschen in Österreich. Das sind 42.289 Personen (+0,48%) mehr als zum Jahresbeginn 2019.

Das geht aus den endgültigen Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik von Statistik Austria hervor. Die Bevölkerungszunahme war demnach 2019 etwas größer als im Jahr zuvor (2018: +36.508 Personen bzw. +0,41 %).

„Österreich wächst! Grund hierfür ist in erster Linie die Zuwanderung. Ganze 96 % des Bevölkerungsanstiegs sind darauf zurückzuführen. Im Jahr 2019 sind 40.613 Personen mehr nach Österreich zugezogen als das Land verlassen haben“, sagt Tobias Thomas, Generaldirektor der Statistik Austria. „Ein weiterer Grund für das Bevölkerungswachstum ist die positive Geburtenbilanz. Im letzten Jahr wurden 1.566 Personen mehr geboren als verstorben sind. Österreich wird zugleich aber auch immer älter, denn die Bevölkerungsgruppe 65+ ist die am stärksten wachsende. Anfang 2020 gab es im Jahresvergleich 25.068 Personen mehr im Pensionsalter – das ist ein Zuwachs von 1,5 %“, erläutert Thomas.

Stärkstes Bevölkerungswachstum in Wien und Vorarlberg, geringster Zuwachs in Kärnten

2019 verzeichneten Wien und Vorarlberg mit je +0,72 % die größten Zuwächse aller Bundesländer. Darüber hinaus verzeichneten auch die beiden Bundesländer Salzburg (+0,57 %) und Oberösterreich (+0,55 %) ein überdurchschnittliches Wachstum. Niederösterreich lag mit +0,40 % beim Bundesländervergleich genau im Mittelfeld, während sich in Tirol (+0,39 %), im Burgenland (+0,34 %) und in der Steiermark (+0,27 %) etwas geringere Zuwächse ergaben. In Kärnten erhöhte sich die Bevölkerungszahl 2019 hingegen nur um +0,06 %.

Bevölkerungszuwachs in 66 politischen Bezirken, Rückgang in 28 Bezirken

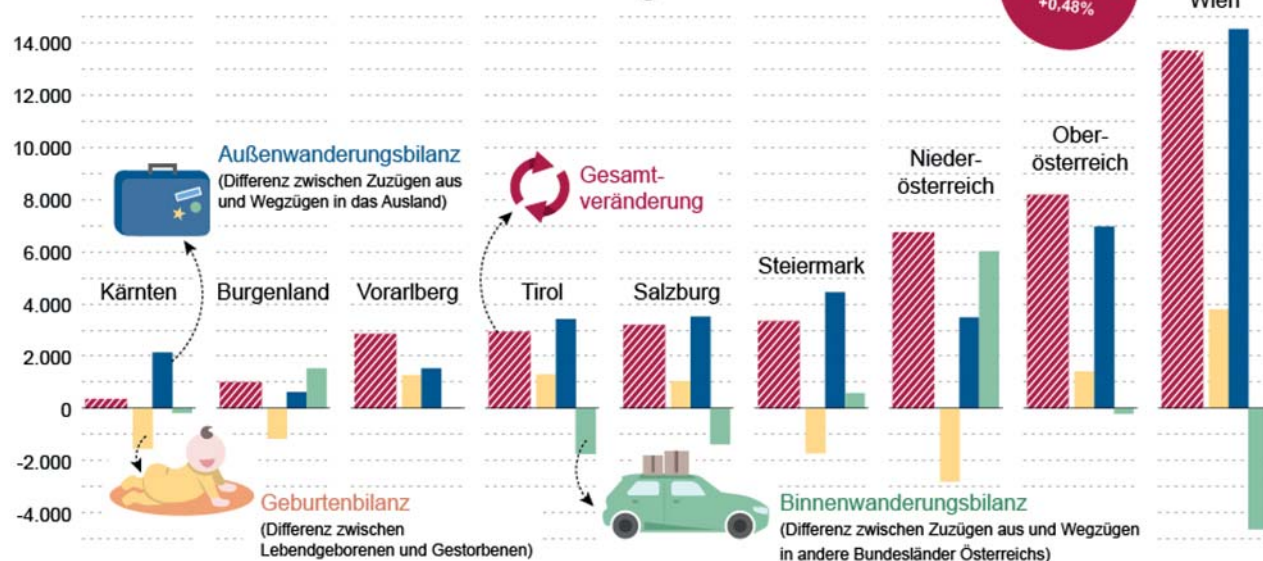
Auf regionaler Ebene ergab sich in den westlichen Bundesländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich bis auf wenige Ausnahmen ein flächendeckendes Bevölkerungswachstum. In der Ostregion Österreichs konzentrierte sich die Bevölkerungszunahme vor allem auf den Ballungsraum rund um Wien, auf die Hauptverkehrsachsen Nieder-

österreichs und auf das Nordburgenland. In den beiden südlichen Bundesländern Steiermark und Kärnten verzeichneten lediglich die beiden Großräume um die Landeshauptstädte Graz und Klagenfurt sowie die Stadt Villach einen Bevölkerungszuwachs. Insgesamt gab es in 66 politischen Bezirken im Jahr 2019 einen Anstieg der Einwohnerzahlen. Am stärksten wuchsen die Stadt Rust (+2,06 %), der Bezirk Bruck an der Leitha (+1,69 %) sowie die Städte Eisenstadt (+1,22 %), Wiener Neustadt (+1,21 %) und Wels (+1,20 %).

Rückläufige Bevölkerungszahlen ergaben sich hingegen im Waldviertel, in der gesamten Obersteiermark, im Lungau, in weiten Teilen Kärntens und in Osttirol. Darüber hinaus verzeichneten auch einzelne Bezirke im südlichen Niederösterreich bzw. im Mittel- und Südburgenland sowie die beiden Städte Innsbruck und Steyr einen Bevölkerungsrückgang.

Insgesamt schrumpfte die Einwohnerzahl in 28 politischen Bezirken, wobei die stärksten Abnahmen in Hermagor (-0,93 %), Waidhofen an der Thaya (-0,80 %), Sankt Veit an der Glan (-0,68 %), Lilienfeld (-0,61 %) und Leoben (-0,60 %) verzeichnet wurden.

Wie hat sich Österreichs Bevölkerung 2019 verändert?

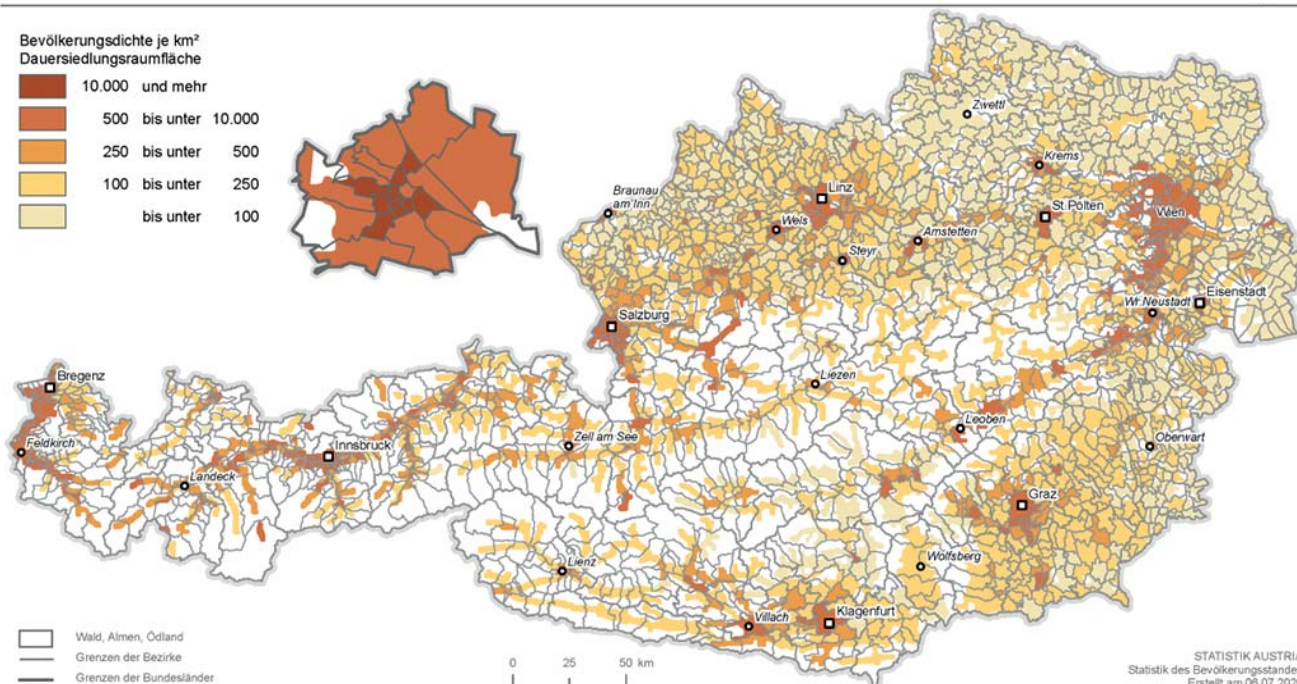
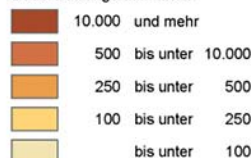


Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, Wanderungsstatistik. – Erstellt am 06.07.2020.

Chronik

**Bevölkerungsdichte am 01.01.2020 berechnet auf die Dauersiedlungsraumfläche
nach Gemeinden**


Bevölkerungsdichte je km²
Dauersiedlungsraumfläche



STATISTIK AUSTRIA
Statistik des Bevölkerungsstandes
Erstellt am 06.07.2020

**Größter Bevölkerungsanstieg
bei den 65- und Mehrjährigen**

Am 1. Jänner 2020 lebten in Österreich 1.720.915 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren (19,3 % der Gesamtbevölkerung), 5.486.522 Menschen im Haupterwerbsalter

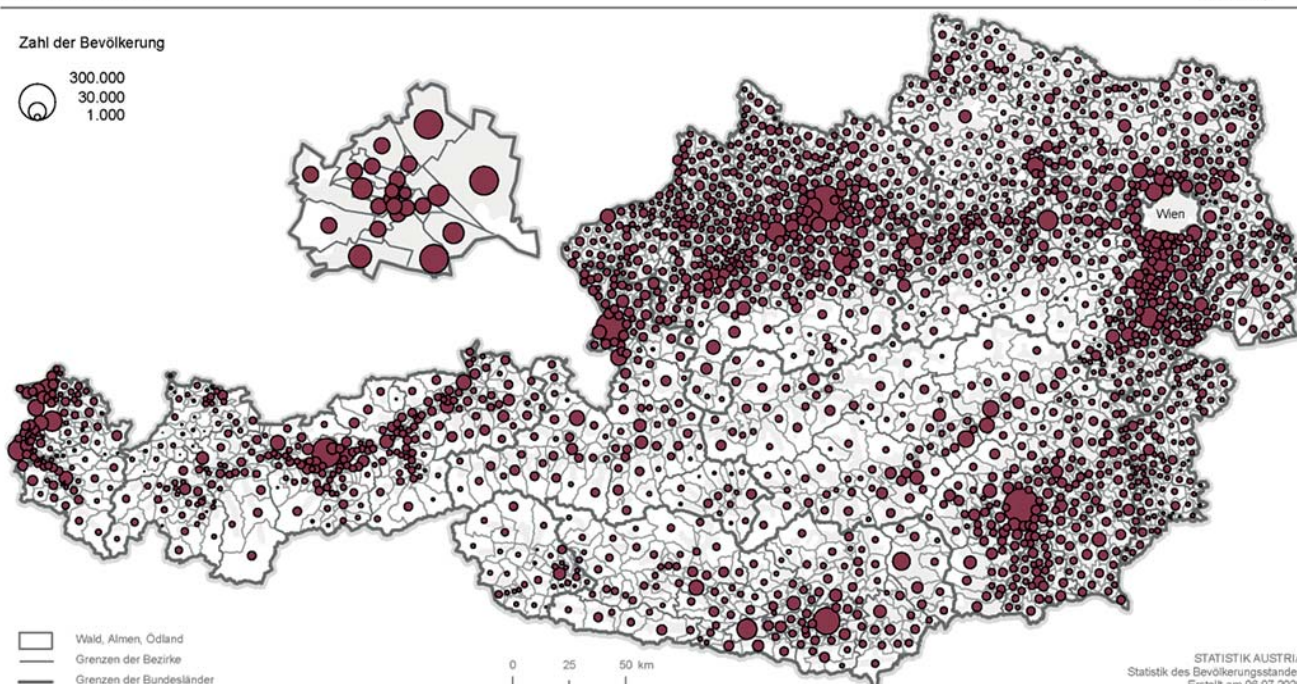
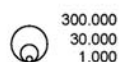
von 20 bis unter 65 Jahren (61,6 %) und 1.693.627 Personen (19,0 %) im Pensionsalter ab 65 Jahren. Verglichen mit dem 1. Jänner des Vorjahres erhöhte sich die Zahl der Unter-20jährigen um 3.219 Personen bzw. 0,19% und jene der 20- bis 64jährigen stieg

um 14.002 Personen bzw. 0,26% an. Am stärksten erhöhte sich die Zahl der Menschen im Pensionsalter, nämlich um 25.068 Personen bzw. 1,50 %.

Insgesamt 1.193 Menschen (174 Männer und 1.019 Frauen) waren am 1. Jänner 2020

**Bevölkerung am 01.01.2020
nach Gemeinden**


Zahl der Bevölkerung



STATISTIK AUSTRIA
Statistik des Bevölkerungsstandes
Erstellt am 06.07.2020

Chronik

Tabelle 1: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsveränderung nach Bundesländern

Bundesland	Bevölkerungsstand		Bevölkerungsveränderung 2019	
	am 1.1.2019	am 1.1.2020	absolut	in %
Österreich	8.858.775	8.901.064	42.289	0,48
Burgenland	293.433	294.436	1.003	0,34
Kärnten	560.939	561.293	354	0,06
Niederösterreich	1.677.542	1.684.287	6.745	0,40
Oberösterreich	1.482.095	1.490.279	8.184	0,55
Salzburg	555.221	558.410	3.189	0,57
Steiermark	1.243.052	1.246.395	3.343	0,27
Tirol	754.705	757.634	2.929	0,39
Vorarlberg	394.297	397.139	2.842	0,72
Wien	1.897.491	1.911.191	13.700	0,72

Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes.

Tabelle 2: Bevölkerungsstand nach breiten Altersgruppen und Durchschnittsalter

Stichtag	insgesamt	0- bis 19-Jährige		20- bis 64-Jährige		65- und Mehrjährige		Durchschnittsalter in Jahren
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
1.1.2019	8.858.775	1.717.696	19,4	5.472.520	61,8	1.668.559	18,8	42,8
1.1.2020	8.901.064	1.720.915	19,3	5.486.522	61,6	1.693.627	19,0	42,9

mindestens 100 Jahre alt. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der 100- und Mehrjährigen um 187 Personen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung lag zu Jahresbeginn 2020 bei 42,9 Jahren, um 0,1 Jahre über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Netto-Zuwanderung nach Österreich 2019 mit +40.613 Personen um 15 % höher als 2018

Für das Jahr 2019 zeigt die Wanderungstatistik von Statistik Austria 150.419 Zuzüge aus dem Ausland und 109.806 Wegzüge in das Ausland. Somit betrug der Wanderungssaldo Österreichs mit dem Ausland +40.613 Personen.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Netto-Zuwanderung um rund 15,0 % (2018: +35.301 Personen), blieb allerdings weiterhin unter den Werten aller Jahre zwischen 2012 und 2017. In diesem Zeitraum war die Netto-Zuwanderung zwischen +43.797 (2012) und +113.067 (2015) gelegen.

Der Saldo bei Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft war mit -4.343 dem langjährigen Trend entsprechend auch im Jahr 2019 negativ. Der Wanderungssaldo der nicht-österreichischen Staatsangehörigen fiel hingegen mit +44.956 Personen positiv aus und lag damit um 12,3 % über dem Wert des Vorjahres (2018: +40.017 Personen).

Überwiegend Zuwanderung aus Europa

Drei Viertel der Wanderungsgewinne bei ausländischen Staatsangehörigen entfielen 2019 auf Angehörige von anderen EU- bzw. EFTA-Staaten (+33.497 Personen) und nur ein Viertel auf Drittstaatsangehörige (+11.459). Gegenüber dem Vorjahr stieg der Wanderungsgewinn von EU- und EFTA-Angehörigen nur leicht an (2018: 32.002; +4,7 %), während sich die Netto-Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen um 43,0 % erhöhte (2018: +8.015). Unter den im Jahr 2019 neu zugewanderten Drittstaatsangehörigen entfielen 60,8 % des Saldos auf Angehörige europäischer Drittstaaten (+6.966), während 39,2 % bzw. 4.493 Personen Staatsangehörige außereuropäischer Nationen waren.

Den größten Zuwanderungsüberschuss gab es 2019 bei Rumäninnen und Rumänen (+8.718 Personen), gefolgt von deutschen (+7.227), ungarischen (+4.036), kroatischen (+2.860) und bulgarischen (+2.400) Staatsangehörigen.

Unter den Drittstaatsangehörigen ergaben sich die höchsten Zuwanderungsüberschüsse bei Staatsangehörigen aus Bosnien und Herzegowina (+1.689), Serbien (+1.588) und Syrien (+1.060). Bei afghanischen Staatsangehörigen gab es dagegen um 803 mehr Wegzüge als Zuzüge.

16,7 % der Bevölkerung Österreichs sind ausländische Staatsangehörige

Am 1. Jänner 2020 lebten insgesamt 1.486.223 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich. Dies entsprach einem Anteil von rund 16,7 % an der Gesamtbevölkerung Österreichs. Unter den nicht-österreichischen Staatsangehörigen stammte etwas mehr als die Hälfte (778.443 Personen bzw. 52,4 %) aus den EU- und EFTA-Ländern, davon insgesamt 199.993 Deutsche, die mit einem Anteil von 13,5 % die größte Ausländergruppe in Österreich bildeten. Insgesamt 707.780 Personen waren Drittstaatsangehörige, worunter Serbinnen und Serben (122.115 Personen) die größte Nationalität vor Türkinnen und Türken (117.607 Personen) ausmachten.

Internationale Zuwanderung in Wien konzentriert

Auf Ebene der Bundesländer blieb Wien das wichtigste Ziel der internationalen Zuwanderung nach Österreich. 35,8 % des Wanderungssaldos 2019 (+14.526 Personen) entfielen auf die Bundeshauptstadt Wien. Ebenfalls hohe Wanderungsgewinne aus dem Ausland verzeichneten Oberösterreich (+6.956 Personen), die Steiermark (+4.446), Niederösterreich (+3.481) und Tirol (+3.414).

<http://www.statistik.at/>

Historisch: Durchschlag Koralmtunnel ist geschafft!

45 Minuten von Graz nach Klagenfurt und weniger als drei Stunden von Wien nach Klagenfurt – der Koralmtunnel wird es möglich machen.

Genau 11.208 Meter haben sich die Mieneure mit dem Tunnelbohrer „Kora“ seit 2014 vom Kärntner Lavanttal aus durch den Berg gegraben. Nach dem ersten Durchschlag im Jahr 2018 und den Weltrekorden der steirischen Tunnelbohrer „Mauli 1“ und „Mauli 2“, ist am 17. Juni der gesamte Koralmtunnel gegraben. Eine herausragende Leistung, die international für Anerkennung sorgt. Der Koralmtunnel ist eines der längsten Tunnelbauwerke der Welt und besteht aus zwei parallelen Tunnelröhren mit jeweils 33 Kilometer Länge. Dazu kommen viele Querschläge, Lüftungsbauwerke und sogar eine 900 Meter lange Nothaltestelle mitten im Gebirge. Mithilfe des Koralmtunnels können Fahrgäste künftig in nur 2 Stunden 40 komfortabel von Wien nach Klagenfurt reisen bzw. in 45 Minuten von Graz nach Klagenfurt. Superlative sind bei diesem Projekt allgegenwärtig.

Wachsen mit der Herausforderung

Die Verhältnisse waren dabei nicht immer einfach. Trotz hartnäckiger Störzonen im Gebirge hat die Mannschaft und „Kora“ ihr Ziel schließlich erreicht. Das Ergebnis ist mehr als Symbolik. Der Koralmtunnel bedeutet ein Zusammenrücken der beiden Bundesländer Kärnten und Steiermark – eine neue Verbindung, die künftig eine entscheidende Rolle der neuen Südstrecke einnimmt und noch vielen Generationen zur Verfügung steht. Schon bald ist es soweit: In 45 Minuten vom Uhrturm zum Wörthersee – die Koralmbahn macht es möglich.

Tausende Menschen und drei Megabohrer

45.480 Meter haben alle drei Megabohrer zusammen im Koralmtunnel innerhalb von sieben Jahren zurückgelegt. Mit jeweils 10.000 PS und 2.500 Tonnen Gewicht haben sie sich Meter für Meter durch den Berg gekämpft. Der Rest wurde in „Handarbeit“ erledigt – mittels Bagger- und Sprengarbeiten. Mehrere Tausend Menschen waren über die Jahre am Bau des Koralmtunnels beteiligt – aktuell sind es rund 800. Nach dem



Foto: ÖBB / Wolfgang Lehner

18 Jahre nach den ersten Probebohrungen sind beide Röhren des Koralmtunnels vollständig gegraben.

letzten Durchschlag steht jetzt auch auf Kärntner Seite der Innenausbau voll im Fokus. Rund zwei Drittel der Tunnelröhren werden mit einer zusätzlichen Innenschale ausgerüstet. Von steirischer Seite aus ist rund die Hälfte bereits geschafft.

Ein Jahrhundertprojekt geht ins Finale

Mit dem Durchschlag in der Nordröhre ist übrigens nicht nur der Vortrieb beim Koralmtunnel geschafft. An der gesamten Koralmbahn sind damit alle Vortriebsarbeiten fertiggestellt.

Weite Teile der Koralmbahn in Unterkärnten konnten auch schon im Rohbau fertiggestellt werden – darunter beispielsweise die Tunnelkette St. Kanzian und das zweit-

längste Tunnelsystem der Koralmbahn, der Granitzaltunnel. Und es geht im Eiltempo weiter. Derzeit entstehen parallel die Bahnhöfe St. Paul im Lavanttal und Weststeiermark sowie weitere offene Abschnitte. Ein Jahrhundertprojekt geht ins Finale.

Nach 18 Jahren...

18 Jahre nach den ersten Probebohrungen sind nun beide Röhren des Koralmtunnels vollständig gegraben. Der Durchschlag in der Nordröhre des Koralmtunnels am 17. Juni war ein historisches Ereignis, an dem mehrere Tausend Menschen beteiligt waren. Lesen Sie hier ein paar der wichtigsten Aussagen von VertreterInnen der Politik und Vertretern der beiden federführenden Bauunternehmen:

Chronik

Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich: „Mit dem Grünen Deal hat die Europäische Kommission die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft unseres Kontinents gestellt. Der Ausbau der Bahn ist eine wichtige Voraussetzung, um unsere ehrgeizigen Ziele bis 2050 zu erreichen. Der Koralmtunnel ist nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa ein verkehrspolitischer Durchbruch. Er ist Teil des 1.800 Kilometer langen Baltisch-Adriatischen Korridors, der Italien und Slowenien mit Polen verbindet. Die Europäische Union hat die Koralmbahn mit 57 Millionen Euro aus der Fazilität Connecting Europe für 2014-2020 gefördert. Auch im nächsten EU-Finanzrahmen und im Wiederaufbauplan kommt der Erweiterung der Bahninfrastruktur große Bedeutung zu: Investitionen, die sowohl der wirtschaftlichen Erholung als auch dem Klimaschutz dienen, sind das Gebot der Stunde.“

Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie: „Den öffentlichen Verkehr leistbar, umweltfreundlich und bequem für alle zu machen, das ist unser Ziel. Das zeigt auch diese Investition. Für Pendler bringt die neue Südstrecke eine große Zeitersparnis. Für den Wirtschaftsstandort eine nachhaltige Stärkung. Das hilft uns auch, noch mehr Güterverkehr auf die Bahn zu verlagern.“

Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann der Steiermark: „Mobilität ist für die Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensstandortes Steiermark eine wesentliche Voraussetzung. Für uns ist klar, daß die Mobilität der Zukunft vernetzt, umweltfreundlich und leistbar sein muß. Die Anbindung der Steiermark wird sich mit dem Koralmtunnel, einem der größten Bahn-Tunnelprojekte Europas, deutlich verbessern. Darauf bin ich stolz, dennoch dürfen wir uns darauf nicht ausruhen, sondern müssen weiterhin alles dafür tun, damit Verkehrs- und Infrastrukturprojekte in unserem Land vorangetrieben werden.“

Peter Kaiser, Landeshauptmann von Kärnten: „Mit dem heutigen Tunneldurchschlag können wir gemeinsam ein historisches Ereignis feiern, das für uns alle und für nachkommende Generationen von entscheidender Bedeutung ist. Es ist ein starkes Symbol, daß dieser Durchschlag im Berg und damit für die breite Öffentlichkeit unsichtbar erfolgt ist. Vieles sichtbar wird für uns alle nämlich durch den Koralmtunnel selbst – weil er Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor ist, weil er Kooperations- und Innova-



Foto: Land Kärnten / Walter Fritz

Die beiden Landeshauptleute Hermann Schützenhöfer (Steiermark, l.) und Peter Kaiser (Kärnten) freuen sich über die künftige Zeitersparnis bei der Reise durch den Koralmtunnel.

tionsbeschleuniger sein wird. Er wird nicht nur Kärnten mit der Steiermark und Wien näher zusammenrücken, er wird auch neue Kooperationsmöglichkeiten der europäischen Regionen entlang der Koralmbahn eröffnen.“

Andreas Matthä, CEO der ÖBB Holding AG: „Die Südstrecke ist eines der größten und spektakulärsten Infrastrukturprojekte des Landes. Und der Koralmtunnel, mit seinen 33 Kilometern, der sechstlängste Eisenbahntunnel der Welt. Ich bin stolz auf alle Mineure und MitarbeiterInnen, die an diesem Tunneldurchschlag beteiligt sind. Das ist ein großartiger Erfolg und ein wichtiger Meilenstein für das Jahrhundertprojekt. 370 Kilometer moderne Gleise, 23 neue und modernisierte Bahnhöfe – davon profitieren ab 2025 tausende Menschen, die dann hier umweltfreundlich ein- und aussteigen.“

Anton Lang, Landeshauptmann-Stv. und Landesverkehrsreferent der Steiermark: „Mobilität ist eine Grundvoraussetzung, um am Erwerbsleben sowie an sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten teilhaben zu können. Die neue, höchstmoderne Südbahnstrecke wird den Öffentlichen Personenverkehr auf ein noch höheres Niveau heben und ist gleichzeitig von enormer Bedeutung für die Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes Steiermark. Jahrzehntelang hat der Süden Österreichs um dieses wichtige Projekt gekämpft. Es ist mir eine große Freude, daß wir nun mit dem Durchbruch des Koralmtunnels ein monumentales Ereignis feiern können.“

Sebastian Schuschnig, Mobilitätslandesrat von Kärnten: „Mit der Fertigstellung des Koralmtunnels wird für Kärntens Pendlerinnen

und Pendler und für unsere Mobilität ein neues Zeitalter eingeläutet. Der Koralmtunnel und die Anbindung Kärntens an die baltisch-adriatische Achse sowie an die Ballungszentren in Österreich ist eine Jahrhundertchance für den gesamten Wirtschaftsstandort Kärnten und zukunftsrelevant. Der nächste Schritt ist die Errichtung einer eigenen Güterverkehrsstrasse und die Sicherung der Lärmschutzmaßnahmen bis zur Inbetriebnahme der Koralmbahn 2025.“

Karl-Heinz Strauss, CEO der Porr AG: „Es macht uns stolz, Teil dieses Jahrhundertprojekts zu sein und damit die Expertise der PORR in den Bereichen Tiefbau, Infrastruktur und Tunnelbau unter Beweis stellen zu können. Wir gratulieren allen Projektbeteiligten zum erfolgreichen Durchschlag, einem bedeutenden Meilenstein im Großprojekt Koralmbahn.“

Thomas Birtel, CEO der Strabag AG: „Die Arbeiten am Koralmtunnel haben uns wieder gezeigt, warum gerade im Tunnelbau Respekt vor der Natur absolut angebracht ist. STRABAG hat 2/3 des Koralmtunnels aufgefahen. Die geologischen Herausforderungen vor Ort hatten sich als herausfordernder erwiesen als ursprünglich angenommen. Dies hat klarerweise auch Bauzeitänderungen nach sich gezogen. Durch sorgfältiges Vorgehen und dank der Kompetenz unseres Teams konnten wir im August 2018 schließlich unseren Teil der Vortriebsarbeiten abschließen.“

<https://de.wikipedia.org/wiki/Koralmtunnel>
<https://www.oebb.at/>
<https://porr.at/>
<https://www.strabag.at/>

Neues Freizeit-Ticket OÖ

Die Gemeinsame Ausflugs-Kampagne inspiriert zu neuen Freizeit-Ideen und ist zusätzlicher Turbo für den Ausflugstourismus in Oberösterreich.



Foto: Land OÖ / Daniel Kauder

v.l.: Andreas Winkelhofer, Geschäftsführer Oberösterreich Tourismus, Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat Markus Achleitner, Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner und Herbert Kubasta, Geschäftsführer OÖ Verkehrsverbund-Organisations GmbH Nfg. & Co KG.

Das neue Freizeit-Ticket OÖ macht Lust, Oberösterreich mit dem öffentlichen Verkehr zu entdecken. Bis zu zwei Erwachsene und vier Kinder bis 15 Jahre fahren um 24,90 Euro einen Tag lang mit Bus und Bahn durch das gesamte Bundesland. Dieses neue Angebot bietet die Möglichkeit, die Natur Oberösterreichs, einen Thermenbesuch oder die Kultur und Kulinarik des Landes streßfrei, ohne Parkplatzsuche und Stau zu genießen. Das Freizeit-Ticket OÖ verfolgt das klare Ziel, nicht nur viele Landsleute, sondern auch zahlreiche Urlaubsgäste, die die Schönheit Oberösterreichs erleben wollen, zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen. So kann jede und jeder selbst dazu beitragen, in der Freizeit CO₂-Emissionen zu reduzieren und damit einen Beitrag für den Klima- und Umweltschutz zu leisten. Der Kauf und die Nutzung des Tickets sind so einfach wie möglich gestaltet.

Oberösterreich ist eine beliebte Destination für Tagesausflüge: „Alleine die OberösterreicherInnen, NiederösterreicherInnen und WienerInnen unternehmen im Sommer jährlich etwa 11,6 Millionen Ausflüge zu Zielen in Oberösterreich. 445,5 Millionen Euro werden dabei ausgegeben, die direkt in den Ausflugsregionen bleiben und dort Arbeits-

plätze und Lebensqualität sichern“, erklärte Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat Markus Achleitner. Eine ideale Verbindung zwischen touristischem Freizeitangebot und nachhaltiger, umwelt- und klimaschonender Mobilität schafft dabei das neue „Freizeit-Ticket Oberösterreich“, die erste Tages-Netzkarte für das ganze Bundesland. „Damit setzen wir einen wesentlichen Anreiz, auch in der Freizeit und bei Ausflügen die komfortable, stressfreie und umweltschonende Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu wählen“, ist Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner überzeugt.

Zu Beginn der Sommerferien – Hochsaison für Ausflüge – starteten neun Tourismusverbände und deren touristische Leistungsträger gemeinsam mit dem Oberösterreich Tourismus und dem Oberösterreichischen Verkehrsverbund (OÖVV) eine Ausflugs-kampagne auf dem Heimmarkt. „Die Auswahl an Freizeittipps ist riesengroß, für Familien ebenso wie für Freundesgruppen, für Abenteurer ebenso wie für Genussmenschen. Durch die Kombination von individuellem Freizeiterlebnis, Einkehr im Gasthaus und der entspannten An- und Abreise mit dem attraktiven Freizeit-Ticket OÖ wird jeder Tag zum besonderen Erlebnis. Mit ge-

zielten Ausflugstipps leisten wir einen Beitrag zur besseren Besucherlenkung bei den Ausflugszielen“, erklärt Andreas Winkelhofer, Geschäftsführer des Oberösterreich Tourismus. Die reichweitenstarke Kampagne wird u.a. auch auf OÖVV-Bussen sichtbar, sie sind visuelle Botschafter für die Ausflugstipps. „Gerade in Zeiten wie diesen ist die Besinnung auf die Schätze und Besonderheiten der Heimat so wichtig. Die neue Tages-Netzkarte und die gemeinsame Kampagne sind erste wichtige Schritte, den Ausflugstourismus in Oberösterreich und den nachhaltigen und umweltschonenden öffentlichen Verkehr enger miteinander zu verbinden“, ergänzt Herbert Kubasta, Geschäftsführer der OÖ Verkehrsverbund Organisation.

Die erste Tages-Netzkarte für ganz Oberösterreich

Oberösterreich verfügt über ein sehr gut ausgebautes öffentliches Nahverkehrsnetz, das allerdings an Werktagen von Montag bis Freitag zwischen 5.00 und 9.00 Uhr morgens beinahe flächendeckend voll ausgelastet ist. Um Menschen dazu zu motivieren, dieses auch außerhalb der Hauptverkehrszeit, an Wochenenden und Feiertagen sowie wochentags ab neun Uhr zu nutzen, benötigt es tarifliche

Chronik

Anreize wie das neue Freizeit-Ticket OÖ. Familien und Paare, SeniorInnen oder TouristInnen sowie viele andere zeitlich flexible Fahrgäste werden es lieben, ihre Ausflüge mit der neuen Tages-Netzkarte des OÖ Verkehrsverbundes zu planen. In Wahrheit beginnt der erholsame Ausflug bereits bei der Anreise. Es gibt ausreichend Zeit, sich auf den Tag einzustellen, die Schönheit unseres Landes im Vorbeifahren zu genießen, die Wanderung exakt zu planen, zu plaudern oder gemütlich zu frühstücken.

„Mit dem Freizeit-Ticket OÖ verfügt Oberösterreich ab sofort über ein Mobilitätsangebot, das für die Fahrgäste nicht nur tariflich, sondern auch hinsichtlich der Nachhaltigkeitsaspekte sehr attraktiv ist. Passend zu all unseren Aktivitäten im Rahmen des Mobilitätsleitbildes OÖ ist es auch mit dieser neuen Tages-Netzkarte unser klares Ziel, den Modal Split modern aufzustellen und damit Staus, Parkplatzprobleme und CO₂-Emissionen zu reduzieren. Zudem wollen wir ebenfalls im Sinne der Nachhaltigkeit die Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel in schwächer frequentierten Zeiten erhöhen“, ist Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner überzeugt, daß das Freizeit-Ticket OÖ sehr viele OberösterreicherInnen dazu motivieren wird, auch in der Freizeit auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen.

Die wichtigsten Fakten zum Freizeitticket im Detail:

- Erste Tages-Netzkarte für den gesamten Öffentlichen Nahverkehr in Oberösterreich.
- Preis: Einführungspreis von 24,90 Euro (statt 29,90 Euro).
- Genutzt werden können: Alle Stadtverkehre, Regionalbusse, Lokalbahnen von Stern & Hafferl und alle Nah- und Regionalverkehrszüge der ÖBB (S- Bahn OÖ, Regionalzug, Regional Express) im Verbundraum OÖ. Nicht genutzt werden können: Fernverkehrszüge (InterCityExpress, InterCity, EuroCity, EuroNight, D-Zug, Railjet, Railjet Express, Nightjet, Westbahn) und die Pöstlingbergbahn in Linz.
- Gültig von Montag bis Freitag werktags von 9:00 bis 24:00 Uhr und an Samstagen, Sonn- und Feiertagen ganztägig im gesamten Verbundraum OÖ.
- Ein Ticket ist gültig für bis zwei Erwachsene und vier Kinder unter 15 Jahren.
- Zu kaufen gibt es das Ticket seit 1. Juli 2020 über die OÖVV INFO App, direkt in den Regionalbussen, an den Fahrkartenautomaten der LINZ AG LINIEN und über alle Vertriebskanäle der ÖBB.



Mit dem Freizeitticket können benutzt werden: alle Stadtverkehre, Regionalbusse, Lokalbahnen von Stern & Hafferl und alle Nah- und Regionalverkehrszüge der ÖBB (S- Bahn OÖ, Regionalzug, Regional Express) im Verbundraum OÖ.



Die Pyhrn-Priel Region, Bad Ischl oder den Zoo in Schmiding mit den Öffis zu entdecken, einen Ausflug zum Traunsee, Wolfgangsee oder ins Almtal zu machen, gehören genauso auf die Freizeit-Liste, wie kulturelle und kulinarische Highlights Oberösterreichs zu erleben: all das alleine, zu zweit oder mit der ganzen Familie.

Über das Freizeit-Ticket OÖ werden sich aber nicht nur Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher freuen, es wird auch ein begehrtes Ticket für Gäste aus anderen Ländern sein.

LR Günther Steinkellner und Herbert Kubasta, Geschäftsführer der OÖ Verkehrsverbund Organisation, zum Zeitpunkt der Einführung: „Gerade in Zeiten wie diesen ist

die Besinnung auf die Schätze und Besonderheiten der Heimat so wichtig. Heuer wird es deutlich weniger Urlaubsreisen in ferne Länder oder ans Meer geben. Viele Reiseunternehmen und Hotels werden Ideen und Anlässe kreieren und kommunizieren, die dazu motivieren, Oberösterreich zu entdecken. Auch wenn es uns ohne Corona-Krise lieber gewesen wäre, kommt all das der Nutzung des Freizeit-Tickets OÖ natürlich entgegen. Diese neue Tages-Netzkarte ist der erste wichtige Schritt, den Ausflugstourismus in Oberösterreich und den nachhaltigen und umweltschonenden öffentlichen Verkehr enger miteinander zu verbinden.“

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.ausflugstipps.at/>

Starköchin Lisa Wieland

Das Kochbuch der Oscar-Köchin und Küchenchefin von Wolfgang Pucks noblem Londoner Restaurant CUT at 45 Park wurde vor kurzem im Rahmen der Gourmand World Cookbook Awards als bestes Kochbuch der Welt ausgezeichnet.

In ihrem ersten Buch schaut die junge Starköchin Lisa Wieland, die seit acht Jahren erfolgreich in der internationalen Spitzen-gastronomie unterwegs ist, zurück auf ihre Wurzeln in Kärnten – denn hier hat die Hüttenbergerin ihre Liebe zum Kochen und zu den einfach guten Lebensmitteln entdeckt.

„Back to the Roots“ – das ist für Lisa Wieland mehr als nur ein Trend: Es ist zum einen das Bekenntnis zu den im Garten, auf dem Feld, auf der Wiese, auf dem Baum gewachsenen Früchten, Gemüse oder Kräutern, zu Pilzen aus dem Wald, zu Eiern, Milch, Fisch oder Fleisch aus tierfreundlicher Haltung oder Wildfang: Diese nicht industriell bearbeiteten Lebensmittel stehen im Zentrum ihrer Kochkunst, und für deren Verwendung wirbt Wieland: als Köchin in London oder Los Angeles, als Genußbotschafterin in Österreich, und natürlich in ihrem Buch.

Zum anderen ist „Back to the Roots“ das Zurück zu ihren ganz persönlichen Wurzeln, in ihre Kindheit, in die Küche ihrer Großmutter Ingrid Wieland, die in St. Martin am Silberberg ein Landgasthaus betreibt und ihrer Enkelin schon früh die Wertschätzung allen Essbaren und seiner Zubereitung mitgab.

Sehr persönlich erzählt Lisa Wieland von ihrem Werdegang, von ihrer Philosophie oder davon, wie sie ihre Gerichte entwickelt: „An meinen freien Tagen liebe ich es, den Bauernmarkt oder eine Food Hall aufzusuchen, um zu sehen, welche Produkte gerade Saison haben. [...] Wenn ich etwas ergattert habe, das mir gefällt, ist es mir wichtig, meinen ‚Fang‘ in den Mittelpunkt eines Gerichts zu stellen. Ob es sich um Fisch, Fleisch oder Geflügel handelt – solange die Qualität stimmt, sollte man das Hauptprodukt immer in Szene setzen und nicht übertönen. [...] Danach versuche ich eine Zusammenstellung von ‚Hauptdarsteller‘ und Beilagen zu gestalten, die verschiedene Texturen aufweist. [...]“ *Lisa Wieland: Wie meine Gerichte entstehen*

Mit einfachen Lebensmitteln zu kulinarischen Höhepunkten

Milch, Pilze, Rind, Eier, Honig, Schwein, Fisch, Meeresfrüchte, Kräuter, Lamm, Wild,



Starköchin Lisa Wieland mit Oma Ingrid Wieland beim gemeinsamen Kochen

Geflügel, Gemüse, Obst: diese schlichten Lebensmittel sind der Dreh- und Angelpunkt des Kochbuchs. In 14 Kapiteln (jedes eingeleitet mit einigen Seiten zur Warenkunde) ranken sich Wielands köstliche Rezepte um die verschiedenen Produkte herum. Mal sind die Gerichte von der bodenständigen ländlichen Küche der Oma geprägt, mal von den vielfältigen internationalen Aromen, die die junge Köchin von ihren Aufenthalten in aller Welt mitgebracht hat.

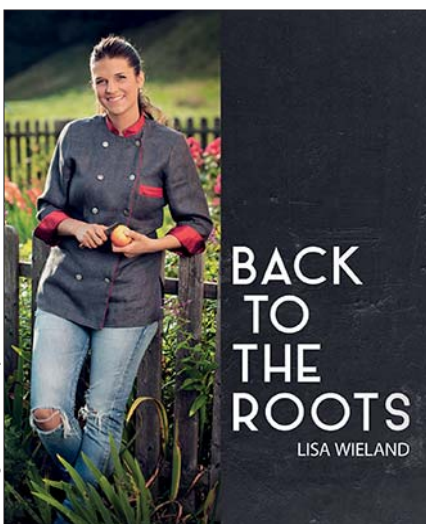
Die 69 gut nachkochbaren „Hauptacts“ (von Kalbsleber mit Rhabarber und Zimts-

treuseln bis Leberwurst im Glas, Eierschwammerlsulz oder Kaninchenschenkel, von Saibling und Gurke, Seezunge und Chlorophyllsauce über Flußkrebsbisque, Blütenrisotto oder Rübensalat bis Falafelburger, Hühnerflügel Teriyaki oder Dim Sum, von Bratapfeltiramisu über Zitronentarte bis Zwetschenfleck ...) werden von noch einmal so vielen Basis- und Beilagenrezepten ergänzt, die viele, viele Grundlagen vermitteln.

Der Charme des Unverfälschten: Tolle Fotografien machen Lust auf Genuß

Ob angerichtete Speisen, Produktdetails, Tiere, Menschen, Landschaften: Die fabelhaften Fotos von Elias Jerusalem (2Dream Productions, Wien) unterstreichen den persönlichen, unverfälschten Charme des Buches. Keine einzige Studioaufnahme ist unter den über 170 Bildern. Statt dessen hat der Fotograf Lisa Wieland begleitet: in Kärnten wie in London, am Markt, bei Bauern, Imkerinnen oder Jägern, und live in der Küche. Für das Fotoshooting der Speisen hat die Profiköchin übrigens in einer ganz normal ausgestatteten privaten Küche gekocht – ein gutes Zeichen für die Alltagstauglichkeit der Rezepte in „Back to the Roots“!

<http://www.verlagheyne.at/>



© Verlag Johannes Heyn

Falstaff Weinguide 2020/21

Die besten Weine aus Österreich und Südtirol

Auch in seiner 23. Ausgabe bietet der Falstaff Weinguide Österreich pünktlich zum Sommerbeginn den ersten umfassenden Blick auf die Arbeit der heimischen WinzerInnen und all jene Weine, die uns demnächst Freude und Genuß bereiten werden. Zwei Weine wurden mit den heiß begehrten 100 Punkten, der absoluten Bestmarke ausgezeichnet.

Es war wahrlich kein einfaches Jahr für die heimischen WinzerInnen, denn neben dem Entfall sämtlicher Möglichkeiten zur Präsentation des neuen Jahrgangs auf nationaler wie internationaler Ebene, war auch ein Besuch in den besprochenen Weingütern über weite Strecken nicht möglich. Für die WinzerInnen war das nur ein weiterer Grund, im Falstaff Weinguide einzureichen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Mehr als 4000 empfehlenswerte Weine aus Österreich und – wie gewohnt – aus Südtirol präsentiert der 23. Falstaff Weinguide. Peter Moser, Falstaff Wein Chefredakteur und Weinguide Autor, faßt das Ergebnis wie folgt zusammen:

„Der Beginn der Covid-Krise fiel exakt mit dem Startzeitpunkt für alljährlichen Weinguide-Verkostungen zusammen. Dank der großen Kooperationsbereitschaft der heimischen Winzer, die diesmal alle Muster per Paketpost zur Probe liefern mußten, ging alles im üblichen Zeitrahmen über die Bühne. Mit dem neuen Falstaff Weinguide steht nun erstmals eine sehr umfassende kritische Übersicht der aktuellen Weine zur Verfügung, der Weißweinjahrgang 2019 wird den Weinfreunden sicher große Freude bringen. Es gibt einmal mehr tolle Produkte vom Weinviertel im Norden bis zur Steiermark im Süden zu entdecken.“

Die 23. Ausgabe des Falstaff Weinguides konzentriert sich auf den Jahrgang 2019 und wartet mit einer Vielzahl von hochkarätigen Empfehlungen auf. Die besten Weingüter aus Österreich und Südtirol, darunter Allstars sowie viele neue Namen, haben ihre aktuellen Weine zur Bewertung vorgelegt

Zwei Mal Höchstbewertung mit 100 Punkten

Große Weinbaukunst gab es in großer Zahl zu bewundern. Zweimal konnten die Jurys die Höchstbewertung von 100 Punkten vergeben, für 2019er Grüner Veltliner Sma-



© Falstaff Verlags-Gesellschaft m.b.H.

ragd Ried Zweithaler Kammergut vom Weingut Prager aus der Wachau sowie für den 2017er Welschriesling TBA Zwischen den Seen No.9 von Gerhard Kracher (Neusiedlersee). Aber auch im Bereich der alltäglichen Weine hat Falstaff Herausragendes gefunden.

Die besten Winzer Österreichs

Im Falstaff Weinguide werden Weingüter mittels Sterne-Skala von einem bis max. fünf Sternen bewertet. Die höchste Auszeichnung von fünf Sternen erhält jährlich eine Handvoll Weingüter. Höchstwertung steht dabei für ein Weingut, das immer außergewöhnliche Qualität erzeugt, was nur auf den allerbesten Terroirs des Landes möglich ist. Die 5-Sterne-Betriebe zählen zu den besten der Welt und genießen entsprechende internationale Anerkennung und Nachfrage.

Im erlesenen Kreis der besten Weingüter Österreichs mit der Höchstwertung von fünf Sternen befinden sich mit der 23. Ausgabe des Weinguides gleich 19 Betriebe.

Eine Übersicht zu den Bestenlisten je Kategorie eröffnet den Bewertungsreigen im Falstaff Weinguide. Aufgelistet werden u.a. die besten Schaumweine, die besten Weißweine und die besten Rotweine Österreichs.

Im Guide angeführt sind außerdem ausführliche Daten zu den Weingütern sowie Bezugsquellen, aber auch Tipps zum Essen und Wohnen in den Weinregionen runden den

Inhalt ab und machen den Weinguide 2020/2021 zum Idealen Begleiter für die nächste Weinreise.

Der Falstaff Restaurant Guide

Mit über 250.000 Bewertungen von 19.000 Mitgliedern des Falstaff Gourmetclubs wurde der Falstaff Restaurantguide 2020 zusammengestellt. Das „Steirerck“ hat dabei seine alleinige Führungsposition verloren und teilt sich den Österreich-Sieg nun mit den Obauer-Brüdern und dem „Landhaus Bacher“. Alle drei kommen auf 99 Punkte und bilden die qualitative Spitze der 1.750 Restaurants, die im neuen Guide beschrieben und bewertet wurden.

Über den Falstaff-Verlag

Falstaff ist mit einer Auflage von ca. 140.000 Stück das größte Magazin für kulinarischen Lifestyle im deutschsprachigen Raum. falstaff.at ist das reichweitenstärkste Wein- und Genußportal Österreichs und verzeichnet pro Monat rund 800.000 Besuche und zwei Millionen Seitenaufrufe.

<https://www.falstaff.at/>



© Falstaff Verlags-Gesellschaft m.b.H.

Der Überzeugungspolitiker

Am 29. Juli jährte sich zum 30. Mal der Todestag Bruno Kreiskys. Der Spitzen-diplomat Wolfgang Petritsch, einst Kreiskys Sekretär, erinnert sich im Interview mit Peter Stuißer vom Wien Museum an die Reform-Ära des Jahrhundertkanzlers, Kreiskys Stärken und Schwächen, an dessen Humor und den schmerzvollen Abschied von der aktiven Politik.



Foto: BKA/BPD

Bruno Kreisky; Bundeskanzler der Republik Österreich vom 21. April 1970 bis 24. Mai 1983

Peter Stuißer: Sie waren von 1977 bis 1983 Bruno Kreiskys Sekretär und Wegbegleiter. Wieviel Kontakt hatten Sie in den letzten Lebensjahren?

Wolfgang Petritsch: Eher wenig, denn ich war ab 1983 im Ausland tätig, zunächst ein Jahr in Paris bei der OECD, dann ab Herbst '84 als Leiter des Österreichischen Presse- und Informationsdienstes und Attaché bei der UNO-Mission in New York. Wenn ich in

Wien war, habe ich Bruno Kreisky natürlich besucht. Eigentlich habe ich ihn stets als Herr Bundeskanzler angesprochen, auch nachdem er mir das Du-Wort angeboten hat; Respekt braucht Distanz. In New York konnte ich mehrere Tage mit ihm verbringen. Das war 1986, als Kreisky von Norman Mailer zum 48. Internationalen PEN-Kongreß eingeladen wurde und dort eine Rede gehalten hat. Die Abholung vom Flughafen war schon ziemlich anders, muß ich sagen. Ohne Protokoll,

ohne Begleitung. Er kam mir ein wenig verloren vor. Ich war sehr berührt von dem alten Herrn, der beim Ausfüllen der Einreise-Dokumente Schwierigkeiten hatte – er war so etwas einfach nicht gewohnt. In seiner aktiven Zeit als Außenminister und Bundeskanzler haben andere solche Formalitäten für ihn erledigt. Wir waren mehrere Tage zusammen in New York und haben über vieles geredet. Man hat gemerkt, er war noch immer mitten drin in der Tagespolitik – ein scharfer Beobachter, aber auch sehr emotional in seinen Kommentaren. Daher konnte er sich auch nicht zurückhalten, sich immer wieder überbordend kritisch zur österreichischen Innenpolitik zu äußern.

PS: Wie fühlte er sich als „Privatmann“ in New York?

WP: Ich kann mich erinnern, daß wir abseits vom PEN-Kongreß einmal im legendären Restaurant „Club 21“ waren, wo wir zufällig den linksliberalen Ökonomen John Kenneth Galbraith und Jackie Kennedy trafen. Sie haben einander herzlich begrüßt. Da ist Kreisky schon sehr aufgeblüht und hat sich etwas verschämt gefreut über die bewundernde Zuwendung der beiden berühmten Persönlichkeiten. Es war aber mehr, denn sie waren sozusagen Gesinnungsgenossen. Galbraith hat jenes Amerika repräsentiert, das Kreisky so sehr geschätzt hat.

PS: Konnte er nach 1983 punktuell auch kritisch auf die eigene politische Karriere zurückblicken?

WP: Kreisky war ein Überzeugungspolitiker, der im Großen und Ganzen das für richtig gehalten hat, was er getan hat. Er hatte klare gesellschaftspolitische Vorstellungen, wie Österreich aussehen sollte. Er wurde ja nicht mit dreißig Bundeskanzler, sondern er war bereits altersmäßig weit vorgerückt und geprägt von seiner langen Erfahrung. Er war einer jener europäischen Politiker, die das „Zeitalter der Extreme“ hautnah durchlebt

Personalia

haben. Sein Leben umspannt ja das ganze 20. Jahrhundert. Das hat ihn als Außenminister und Bundeskanzler seine gesamte politische Karriere zwischen 1953 und 1983 geprägt. Und diese Erinnerung an die zerrissenen 1930er Jahre hat er in seiner dreizehnjährigen Ära als Bundeskanzler noch mit vielen Österreicherinnen und Österreichern geteilt. Heute ist das natürlich schon weit entfernt. Kreisky war zugleich immer ein Zukunftspolitiker. Sein überraschender Wahlsieg 1970 kann als historische Zäsur, gewissermaßen als Ende der Nachkriegszeit verstanden werden. Er hat der restaurativen – um nicht zu sagen provinziellen – Politik seiner Vorgänger das Paradigma der Modernisierung entgegengesetzt. Kreiskys Ausnahmestellung in der Geschichte der 2. Republik hängt damit zusammen. Und das war möglich, weil es eine von Optimismus getragene Zeit gewesen ist. So konnte Kreisky in Wirklichkeit eine nachholende Modernisierung Österreichs umsetzen. Sein Mythos hängt wohl auch damit zusammen, daß seine gesellschaftspolitischen Reformen tatsächlich transformativ gewirkt haben.

PS: Warum konnte er so viele Menschen von seinem Weg überzeugen?

WP: Man könnte durchaus sagen, daß Kreisky ein moderner Konservativer gewesen ist. Das merkt man bei manchen „Überbau“-Themen, etwa bei der Frage der Abtreibung und damit verbunden der Befreiung der Frau von den Fesseln einer männerdominierten Politik. Kreisky hatte ein traditionelles Familienbild, zwar liberal, aber doch auch ziemlich konventionell. Aber zugleich war er jemand, der jenen im Gefolge der 68er-Bewe-

gung angestoßenen gesellschaftlichen Wechsel zugelassen, ja unterstützt hat. Denken wir an die Justizreform. Wenn man von der Ära Kreisky spricht, darf man nicht vergessen, welche markanten Persönlichkeiten diese Zeit ausgestaltet haben – etwa ein Christian Broda, eine Hertha Firnberg oder ein Hannes Androsch. Aber ohne Kreiskys authentische Überzeugung hätten sie sich schwer entfalten können.

PS: Am Ende der Ära Kreisky standen der Verlust der absoluten Mehrheit und ein Zerwürfnis mit seinen Nachfolgern. Wie kam es dazu?

WP: Das Bemerkenswerte ist, daß die Ära Kreisky eigentlich bereits vor 1983 geendet hat – nämlich mit dem Ausscheiden von Hannes Androsch aus der Regierung 1981. Der Bruch mit Androsch war letztlich nicht politischen Differenzen geschuldet, sondern einer persönlichen Entfremdung, nicht nur aufgrund der Vorkommnisse rund um Androschs Steuerberatungskanzlei. Kreisky hatte ein sehr feines Sensorium für Tabubrüche. Und das Zurschaustellen von dem, was man erreicht hat, fand er, der selber aus einem großbürgerlichen Elternhaus kam und in Wohlstand lebte, befremdlich. Es war für ihn ein Verrat an sozialdemokratischen Werten. Interessant ist, daß die parteiinterne Krise aufgrund des Bruchs mit Androsch zusammenfiel mit einem internationalen Paradigmenwechsel hin zu den Neokonservativen Ronald Reagan und Margaret Thatcher. Damals hat auch die Kritik an Kreiskys austrokeynesianischer „Deficit Spending“-Politik eingesetzt. Die internationale Wirtschaftskri-



Foto: CC-BY 2.0 / Votava (SPÖ Presse und Kommunikation)

Bruno Kreisky auf einer Wahlkampfveranstaltung für die Nationalratswahl 1983

se aufgrund der zwei Erdölkrisen, die Krise der Verstaatlichten Industrie, die zunehmende Arbeitslosigkeit – retrospektiv betrachtet waren es diese Faktoren, die das Ende der Ära Kreisky eingeläutet haben. Danach war es wie ein Flugzeug, das mit abgestelltem Motor recht ruhig weiterfliegt.

PS: Für viele war Kreisky dann offenbar schnell nur noch der Schuldenkanzler...

WP: Das Etikett ist ihm lange geblieben, obwohl die Schuldenquote bekanntlich erst unter seinen Nachfolgern sehr viel rasanter angestiegen ist. Erst in jüngster Zeit hat sich durchgesprochen, daß Sparen allein noch keine Politik ist. Und wenn man heute in Corona-Zeiten im Zusammenhang mit der Rettung von Arbeitsplätzen von „koste es, was es wolle“ spricht, erinnert das ja durchaus an Kreiskys berühmten Ausspruch, wonach ihm ein paar Milliarden Schilling Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten als hunderttausend Arbeitslose mehr. Aber zurück zum Ausgangspunkt: Kreisky war, was man zurecht als Vollblutpolitiker bezeichnen kann. Sein Leben war Politik. Daher auch seine oftmals überbordenden Reaktionen, gelegentlich durchaus auch ungerecht und unfair. Das hat er auch selbst gewußt und gern Konrad Ferdinand Meyer zitiert: „Ich bin ein Mensch in seinem Widerspruch.“ Zurecht hat es ihn jedoch empört, daß die SPÖ so leichtfertig das Außenministerium der ÖVP überlassen hat. Das war für ihn Grund genug, den Ehrenvorsitz zurück-



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-P0805-314 / Sturm, Horst / CC-BY 3.0

KSZE-Konferenz Helsinki 1978 (v.l.): Bundeskanzler Helmut Schmidt (BRD), Staatsratsvorsitzender Erich Honecker (DDR), US-Präsident Gerald Ford und Bundeskanzler Bruno Kreisky

Personalia

zulegen. Ich habe das damals für überzogen gehalten. Aber ich muß ihm im Nachhinein recht geben: Wenn wir heute die SPÖ anschauen, dann ist die gesamte sozialdemokratische Außenpolitik, ob in Nahost, in der Nord-Süd-Politik oder bei so wichtigen Fragen wie Migration, Klima, Multilateralismus und Solidarität ganz einfach weggebrochen. Die kulturelle Hegemonie ist verloren gegangen. Damit ist ein wesentliches Identifikationsmerkmal für Menschen, die SPÖ wählen würden, abhanden gekommen. Die SPÖ ist zu einer defensiven, ängstlich-pragmatischen Truppe geworden – und das nicht bloß in der Außenpolitik. Das schien Kreisky damals irgendwie gehaut zu haben – daher auch die Enttäuschung über seine Nachfolger. Wobei er etwa Vranitzky Unrecht getan hat. Denn Vranitzky war nach Kreisky sicher der wichtigste Bundeskanzler und hat letztendlich die SPÖ und das Land in Richtung Europäische Union geführt – und damit eigentlich Kreiskys Politik der Öffnung weiter entwickelt.

PS: Zwei weitere zentrale Themen ab 1986 waren die Causa Waldheim und der Aufstieg der Neuen Rechten mit der Machtübernahme durch Jörg Haider in der FPÖ. Wie stark hat ihn letzteres beschäftigt? Hat er dieses Phänomen richtig eingeschätzt?

WP: Kreisky war sozusagen ein Integrationist. Er hat an die Macht der Vernunft, der Überzeugung und der Argumente geglaubt. Und an eine Politik, die sich als inklusiv verstand. Es gab damals ein paar Neonazis – aber die waren so eindeutig grenzwertig. Kreiskys Vision war, aus der FPÖ eine Art FDP zu machen, natürlich auch aus taktischen Gründen, um im Bedarfsfall einen Koalitionspartner zu haben. Heute wissen wir, daß alle Versuche, aus der FPÖ eine liberale Partei zu machen, im österreichischen Kontext gescheitert sind. Dem hat sich Kreisky allerdings verweigert. Uns jungen Linken in der SPÖ, die sich als Antifaschisten verstanden und dies gerne vor sich hergetragen haben, hat er gesagt: „Wem erzählt's ihr das? Ich bin damals drangekommen!“ Ohne naiv zu sein hat er die Notwendigkeit der demokratischen Einbindung der Ehemaligen gesehen. Er hat jedenfalls nie kategorisch ge- oder verurteilt.

PS: Auch nicht bei Waldheim?

WP: Ich kann mich erinnern, daß Kreisky zu Beginn der sogenannten „Campaign“ gezögert hat. Er hatte Waldheim aus dem Außen-



Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F062761-0006 / Hoffmann, Harald / CC-BY-SA 3.0

SPD-Parteitag in München 1982 (v.l.): Bundeskanzler Bruno Kreisky mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dessen Gattin Loni

ministerium gekannt und ihn bei seiner Kandidatur für den Posten des UN-Generalsekretärs unterstützt. Das wurde Kreisky oft zum Vorwurf gemacht. Dabei ist es aus meiner Sicht absolut korrekt, daß der österreichische Regierungschef den einzigen österreichischen Kandidaten, der damals eine Chance hatte, unterstützt – und nicht darauf schaut, ob er schwarz oder rot ist. Überhaupt hat er in der Personalpolitik stark auf die fachliche und menschliche Qualifikation seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geachtet. Zurück zu Waldheim: Letztlich hat Kreisky allerdings verstanden, worum es in der Causa Waldheim ging – und war auch entsprechend enttäuscht, daß Waldheim aus seiner Sicht sein Vertrauen mißbraucht hat.

PS: Die historische Wende 1989 hat er gerade noch erlebt...

WP: Das Ende des Kalten Krieges hat ihn sehr aufgewühlt. Da hat man gemerkt, wie es in seinen Augen funktelt. Er hätte sich gewünscht, in diesen Tagen der historischen Umbrüche zehn Jahre jünger und führend politisch tätig sein zu können. Das hat ihm unglaublich leidgetan, gewissermaßen seine Elegie.

PS: Kommen wir zurück nach dem Tod und rund um das Begräbnis von Bruno Kreisky. Wie haben Sie die damalige Stimmung in Erinnerung? Haben die Menschen das Begräbnis als einen Abschied von einer Ära empfunden, als Zäsur? Oder waren Kreisky und seine Regierungszeit schon verblaßt?

WP: Das Begräbnis war ein großer Staatsakt, hätte ihm wohl eine gewisse Befriedigung bereitet – mit vielen internationalen Gästen, von Yassir Arafat bis Willy Brandt. Da ist es noch einmal aufgeflackert, daß hier mehr als ein bemerkenswertes Leben zu Ende gegangen war. In den Jahren nach seinem Rücktritt war ja eine gewisse Distanzierung zu spüren gewesen. Das Kritische, Negative wurde betont. Aber viele Menschen waren ehrlich traurig und nachdenklich – ja und wohl auch dankbar. Ich selber wollte beim Begräbnis nicht im offiziellen Kondukt dabei sein, sondern meine Trauer, auch meine Erinnerungen an die Jahre mit Kreisky, unter den zahllosen Zaungästen, die den Trauerzug gesäumt haben, Ausdruck verleihen. Ich hab auch an Kreiskys gelegentliche Erwähnung seines Eindrucks vom Begräbnis des Kaisers im November 1916 denken müssen. Ein gewisser Pomp, eine gewisse Getragenheit, das war Teil dieser Zeremonie. Willy Brandt hat seines „lieben, schwierigen und guten Freundes“ gedacht, Werner Schneyer hat auf Wunsch von Kreiskys Sohn Peter eine von großer persönlicher Wertschätzung getragene Rede gehalten. Das war insofern passend, als Kreisky stets den Kontakt zu Intellektuellen und Künstlern, gern auch zu Schriftstellern, gesucht hat. Seine Hinwendung zu seinem Altersgenossen Friedrich Torberg, seine Neugierde für die jungen Schriftsteller wie Gerhard Roth, Peter Turrini oder Peter Handke, war ehrlich. Es hat ihn interessiert, was sie zu sagen haben, was sie schreiben, und er hat gerne in deren Bücher hineingeschmökert.

Personalia

PS: ...aber bekanntlich auch in den „Mann ohne Eigenschaften“ von Musil...

WP: Ja, allerdings hat er etwas relativiert, daß er nämlich als eine Art Wiederentdecker von Musil hingestellt wurde. Er hat mir mal gesagt: „Das Buch hat halt grad in meinen Wintermantel hineingepaßt.“ Dieses etwas despektierlich Distanzierende war typisch für ihn – wie überhaupt das, was man den jüdischen Witz nennt, bei ihm in unnachahmlicher Weise vorhanden war. Kreisky war geistig und emotional in dieser spezifischen mitteleuropäischen Tradition verankert. Das, meine ich, hat ihn auch befähigt, dieses Österreich größer zu sehen, als es die geographischen Grenzen des Landes nahelegen. Ohne je in banale Großmannssucht zu verfallen, hat er seine Politik danach ausgerichtet.

Foto: Martin Vukovits



Wolfgang Petritsch beim Interview, Juli 2020

PS: Das Wien Museum hat seit 2007 einen Rover aus dem Besitz von Bruno Kreisky in der Museumssammlung. Anlässlich des 30. Todestages schenken Sie uns nun eine Aktentasche aus dem Besitz von Bruno Kreisky – können Sie uns bitte die Geschichte dazu erzählen?

WP: Es handelt sich um eine von mehreren Aktentaschen, mit denen wir zahllose schriftliche Unterlagen, Informationen und Akten mit uns geschleppt haben, wenn Kreisky z.B. zu Hause abends oder am Wochenende gearbeitet hat. Diese Tasche hat er mir an dem Tag überlassen, an dem er sein Büro das letz-

te Mal als Bundeskanzler verlassen hat und zum wartenden Auto gegangen ist. Ich habe ihn dabei begleitet, und als wir uns verabschiedet haben, hat er gemerkt, daß ich diese Tasche, die ich so oft getragen habe, gerne behalten würde – und meinte so in der Art „na dann behalten's halt“. Er war in solchen Situationen nie ein Mann der großen Gesten, aber umso herzlicher... Die Tasche habe ich auf meine Dienststorte nach Paris und New York mitgenommen, aber irgendwann hab ich sie in Wien gelassen, weil sie mir ein so wertvolles Erinnerungsstück war. Eine Erinnerung an Bruno Kreisky und an meine Arbeit für ihn.

Wolfgang Petritsch

Wolfgang Petritsch war von 1977 bis 1983 Sekretär von Bruno Kreisky und danach Spitzendiplomat in unterschiedlichen Funktionen, u.a. Botschafter in Belgrad, EU-Sondergesandter für den Kosovo, EU-Chefverhandler bei den Kosovo-Friedensgesprächen in Rambouillet und Paris sowie Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina. Lehrtätigkeit in Harvard und Berkely, zahlreiche Buchveröffentlichungen (u.a. „Bruno Kreisky. Die Biografie“ sowie zuletzt „Epochenwechsel. Unser digital-autoritäres Jahrhundert“). Petritsch ist Präsident der Austrian Marshall Plan Foundation.

Peter Stuibler

Peter Stuibler absolvierte sein Studium der Geschichte und Germanistik in Wien und Paris. Er arbeitete als Journalist, seit 2005 im Wien Museum, bis 2018 war er als Pressesprecher und im Bereich Marketing tätig. Zu seinen Arbeiten zählen Ausstellungen und Bücher zur österreichischen Design- und Kulturgeschichte. Seit 2019 ist er als Leiter der Abteilung Publikationen und Digitales Museum redaktionsverantwortlich für das Wien Museum Magazin.

<https://magazin.wienmuseum.at/>

<https://www.wolfgangpetritsch.com/>

<https://www.wienmuseum.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Bruno_Kreisky

Das „Österreich Journal“ bedankt sich beim Wien Museum für die Erlaubnis, Ihnen dieses Interview zur Lektüre anbieten zu können und Martin Vukovits dafür, daß er uns sein Foto vom Interview mit Wolfgang Petritsch zur Verfügung gestellt hat. Die Redaktion.

Foto: <http://www.defenseimagery.mil/>; VIRIN: DF-SC-83-11402



Bundeskanzler Bruno Kreisky mit Gattin Vera im Feber 1983 bei seiner Ankunft auf der Andrews Air Force Base zu einem Besuch in den USA, rechts im Bild: Thomas Klestil, Botschafter Österreichs in den USA und späterer Bundespräsident (1992-2004)

Otto Schenk zum 90. Geburtstag

Otto Schenk kam im Juni 1930 in Wien als Sohn katholischer Eltern zur Welt. Otto Schenks Vater, ein Notar, verlor nach dem sogenannten „Anschluß“ seine Stellung, weil dessen Eltern getaufte Juden waren. Eine weitere Verfolgung unterblieb indessen, weil er durch die Ehe mit einer – so die Begrifflichkeiten der Nürnberger Gesetze – „Arierin“ (Otto Schenks Mutter stammte aus Triest) geschützt war. Aus dem „Jungvolk“, dem Schenk vorübergehend beitreten mußte, wurde er später als „Mischling“ wieder ausgeschlossen. Nach der Matura studierte er bis zur ersten Staatsprüfung Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Wien.

Nach seiner Ausbildung am Max-Reinhardt-Seminar begann Schenk 1952 seine Theaterkarriere am Wiener Volkstheater. Bereits ein Jahr später machte er an Wiener Kellertheatern sowie dem „Theater am Parkring“ als Schauspieler und Regisseur auf sich aufmerksam. 1955 wurde Schenk an das „Theater in der Josefstadt“ verpflichtet. Hier gelang dem Regie-Talent 1960 mit der Inszenierung von Eugene O’Neills „O Wildnis“ der Durchbruch. Auch die Inszenierungen von Ostrowskis „Der Wald“ (1961), Anouilhs „Leocadia“ (1963) und Horváths „Kasimir und Karoline“ (1964) sind Theatergeschichte.

Sein Debüt als Opernregisseur gab Otto Schenk 1957 am Salzburger Landestheater mit der „Zauberflöte“ von Wolfgang Amadeus Mozart. Der internationale Durchbruch als Opernregisseur gelang Schenk 1962 mit der Inszenierung von Alban Bergs „Lulu“ an der Wiener Staatsoper, an der er seit 1966 als ständiger Regisseur und zeitweiliger Opernspielleiter arbeitete. Auch an anderen renommierten Opernhäusern, wie der Mailänder Scala, dem Covent Garden in London oder der Metropolitan Opera in New York, wo er unter der musikalischen Leitung von Karl Böhm Wagners „Ring des Nibelungen“ erarbeitete, führte er Regie. Andere Dirigentenstars, mit denen er als Regisseur arbeitete, waren Lorin Maazel („Carmen“, 1966) oder Leonard Bernstein („Rosenkavalier“, 1968 sowie „Fidelio“, 1970). Kultstatus erreichte Schenks ORF-Verfilmung der „Fledermaus“ (1972), bei der er selbst den Gerichtsdien-



Foto: ORF / Otto Schenk Privat

Er ist einer der letzten Giganten des Theaters, mit seinen Lesungen füllt er die großen Hallen wie ein Popstar. „Du sollst wahrhaftig sein“, lautet sein Glaubenssatz auf der Bühne.

Frosch gab. In dieser Rolle war er auch häufig auf der Bühne der Staatsoper zu sehen.

Als Theaterregisseur war Otto Schenk viele Jahre am Wiener Burgtheater und bei den Salzburger Festspielen tätig, wo er 1978 und 1991 den Teufel in Hofmannsthals „Jedermann“ gab. Außerdem drehte er Filme, so etwa an der Seite von Fritz Muliar „Der brave Soldat Schwejk“. Mit Muliar war er bereits in den frühen 1950er Jahren als Kabarettist auf der Bühne des Wiener Simpl gestanden. Zudem arbeitete Schenk für das Fernsehen, etwa als legendärer Untermieter in der Fernsehfamilie „Leitner“. In diesem

Medium war er vor allem in der leichten Unterhaltung tätig wie in „Unser Opa ist der Beste“ (1995, Regie: Helmuth Lohner) oder „Ein Schutzengel auf Reisen“ (1997, Regie: Peter Weck), aber er wirkte auch in Literaturverfilmungen wie „Eine blaßblaue Frauenschrift“ (1984, Regie: Axel Corti) und Krimis wie „Duett“ mit Agnes Baltsa und Karlheinz Hackl (1992, Regie: Xaver Schwarzenberger) mit.

Von 1987 bis 1997 war Schenk Direktor des Theaters in der Josefstadt. Auch nach dem Ende seiner Amtszeit blieb er als Regisseur und Schauspieler am Haus tätig.

Personalia

Foto: ORF



Der begeisterte Eisläufer war von 1984 bis 1999 Präsident des Wiener Eislaufvereins, danach dessen Ehrenpräsident.

Schenk wurde u. a. mit dem Nestroy-Ring (1991), dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich (1994), dem Ehrenring der Stadt Wien (1997), dem Nestroy-Theaterpreis für sein Lebenswerk (2000) und der Bürgerkunde der Stadt Wien ausgezeichnet.

Bundespräsident Van der Bellen gratuliert

In einem Schreiben an den Jubilar entbot Bundespräsident Alexander Van der Bellen Otto Schenk „meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem 90. Geburtstag!“ Seit mehr als 70 Jahren begeisterte Otto Schenk „als die prägendste Bühnenpersönlichkeit unseres Landes“ sein Publikum, und „das Publikum liebt

Sie. Ihre Anziehungskraft ist ungebrochen. Und auch Ihr Wille zur Unterhaltung scheint das zu sein. Die Natürlichkeit und Authentizität Ihrer Auftritte und Ihre Ernsthaftigkeit im Humoristischen sind einzigartig“, würdigte der Bundespräsident den Jubilar: „Ich danke Ihnen als Bundespräsident und ganz persönlich für Ihr künstlerisches Wirken und wünsche Ihnen, gerade in so schwierigen Zeiten, das Allerbeste und vor allem Gesundheit für die kommenden Jahre!“

Bürgermeister Michael Ludwig

Wiens Bürgermeister hat dem legendären Schauspieler, Regisseur und Buchautor Otto Schenk persönlich zu seinem 90. Geburtstag gratuliert. Der Stadtchef überreichte dem Publikumsliebling eine Urkunde sowie eine Stange Salami – weil „der Otti“ laut eigenen Aussagen sich täglich „mit einem Brot mit

zwei Scheiben Salami“ stärkt. Ebenfalls bei der Geburtstagsfeier anwesend waren neben Schenks Ehefrau Renée zahlreiche SängerInnen, SchauspielerInnen, MusikerInnen und RegisseurInnen, darunter Rudolf Buchbinder, Heinz Zednik, Harald Serafin, Erwin Steinhauer und Maria Köstlinger. Michael Horowitz präsentierte seine neue Publikation „Schenk. Das Buch“.

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz

„Ein ganz Großer feiert Geburtstag: Otto Schenk hat als einer der berühmtesten und populärsten Schauspieler der Republik nicht nur das Theater- und Filmleben Österreichs maßgeblich geprägt, sondern mit seinem Werk auch jahrzehntelang das Programm-Bouquet des ORF außerordentlich bereichert. Als Schauspieler und Regisseur hat er nicht nur das Publikum im Theater begeistert, sondern auch das vor den Fernsehschirmen. Und was wäre Hörspiel im ORF-Radio ohne Otto Schenk? Ich gratuliere von ganzem Herzen. Bleiben Sie gesund, lieber Otto Schenk!“

Die Ikone wurde vom ORF mit einem umfangreichen Schwerpunkt aus Filmen, Sketches, Theateraufführungen, Opern und Operetten, Porträts und Gastauftritten in allen Medien gefeiert. „...wir sagen Danke für 70 Jahre Verbundenheit mit dem ORF“, so Wrabetz. ■

Und hier finden Sie unzählige Videos:

https://www.youtube.com/results?search_query=otto+schenk

<https://www.bundespraesident.at>

<https://wien.gv.at>

<https://orf.at>

Quellen: CC BY-NC-ND 4.0

<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Schenk

Foto: PID / C. Jobst



Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (r.) hat dem legendären Schauspieler, Regisseur und Buchautor Otto Schenk persönlich zu seinem 90. Geburtstag gratuliert.

Lotte Tobischs Nachlaß an Wienbibliothek übergeben

Die Aufarbeitung der »Adorno-Briefe« der verstorbenen Opernball-Lady beginnt.

Die im vergangenen Jahr verstorbene Schauspielerin Lotte Tobisch (1926-2019) zählt zu den prägendsten Persönlichkeiten des Wiener Gesellschafts- und Kulturlebens. Teile ihres Nachlasses wurden nun der Wienbibliothek im Rathaus übergeben: Der Bestand umfaßt 14 Archivboxen ebenso wie drei Boxen mit einem Teilnachlaß des Schriftstellers und Dramaturgen Erhard Buschbeck (1889-1960). Die darin enthaltenen Briefe, Postkarten, Adreß- und Fotobücher dokumentieren auf eindrucksvolle Weise ein Leben zwischen bunter Populär- und intellektueller Hochkultur.

„Es freut mich außerordentlich, daß Lotte Tobisch darauf bestanden hat, daß diese wichtigen Dokumente ihres facettenreichen Lebens der Wienbibliothek im Rathaus überantwortet werden. Dieser Nachlaß ist für das kulturelle Gedächtnis der Stadt und ihrer BewohnerInnen von Bedeutung, weshalb wir der wissenschaftlichen Aufarbeitung mit großem Interesse entgegenfeiern“, erklärt dazu Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler.

Einer breiten Öffentlichkeit war Lotte Tobisch als Grande Dame des Opernballs bekannt, den sie 16 Jahre lang (1981-1996) organisiert hatte. Die im Nachlaß enthaltenen Fotoalben aus dieser Zeit zeichnen ein Porträt des Wiener Gesellschaftslebens und seiner ProtagonistInnen. Darüber hinaus beleuchten die der Wienbibliothek im Rathaus übergebenen Dokumente aber vor allem auch Tobischs soziales und gesellschaftspolitisches Engagement und ihr bis zuletzt reges Interesse an intellektuellem Austausch.

Briefwechsel mit Theodor W. Adorno

Aus ihrer Freundschaft mit dem Philosophen Theodor W. Adorno entstand zwischen 1962 und dessen Tod 1969 ein reger Austausch: eine Vielzahl der etwa 290 Briefe, Ansichtskarten und Telegramme liegt im Teilnachlaß im Original vor. Sie zeigen eine Freundschaft über die Generationen, über die sozialen Positionen, die Formen der Intellektualität und die Temperamente hinweg.

Ab 1962 verfaßte Lotte Tobisch für verschiedene Wochenzeitschriften Artikel über



Foto: privat / Wienbibliothek im Rathaus

Lotte Tobisch und Erhard Buschbeck (vermutlich Sommer 1950)

Literatur. Die Korrespondenzen im Nachlaß belegen, daß sie darüber hinaus auch mit Größen des geistigen und kulturellen Lebens verbunden und befreundet war, darunter u. a. Günter Anders, Carl Djerassi, Udo Jürgens, Christine Lavant, Luciano Pavarotti, Frie-

drich Torberg, Oskar Werner, Fritz Wotruba und Carl Zuckmayer. Private Fotoalben beleuchten weiters ihr umfangreiches Netzwerk in der Kulturszene: u. a. gibt es darin Bilder aus dem Jahr 1996 mit Fritz Muliar und Elfriede Ott.

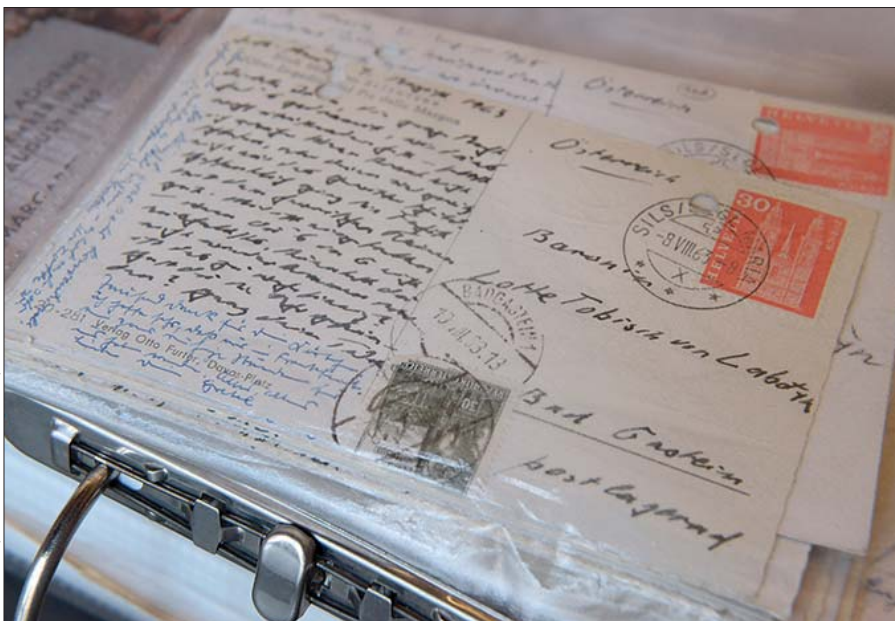


Foto: PID / Alexandra Kromus / Wienbibliothek im Rathaus

Lotte Tobischs Korrespondenz Theodor W. Adorno

Personalia

„Am Bestand einer Persönlichkeit wie Lotte Tobisch zeigt sich, daß es keine eindeutige Grenze zwischen einer sogenannten ‚High Society‘ und einer intellektuellen Hochkultur gibt“, betont Wienbibliothek-Direktorin Anita Eichinger. „Für die Forschung relevant ist sicherlich auch, daß durch diesen Teilnachlaß einmal mehr zahlreiche Verbindungslinien zu den bereits in der Wienbibliothek im Rathaus vorhandenen Beständen gezogen werden können, z. B. zu den Nachlässen Günther Hamann, Fritz Hochwälder, Ernst Lothar, Marcel Prawy, Friedrich Torberg oder Hans Weigel.“

Mit 90 Jahren wurde Lotte Tobisch noch als Kolumnistin des Wochenmagazins „News“ engagiert und äußerte sich bis kurz vor ihrem Tod in ihren Texten zu gesellschaftlichen und politischen Themen. Eine Sammlung dieser Kolumnen liegt als Zeitschriftenausschnitte vor. Auch ihr soziales Engagement hielt Tobisch bis zuletzt aufrecht und nutzte ihre Bekanntheit, um als Präsidentin Spenden für den Verein „Künstler helfen Künstlern“ zu sammeln.

Bühne, Film und Fernsehen

Bereits 1945 stand Lotte Tobisch auf der Bühne des Burgtheaters und arbeitete später als Schauspielerin außerdem für Rundfunk, Fernsehen und Film.

Die Dreharbeiten zum Musikfilm „Don Juan“ (1955), in dem Tobisch u. a. an der Seite von Josef Meinrad die Donna Elvira spielte, werden im Nachlaß ebenso durch Fotos dokumentiert wie jene zum Führerbunkerdrama „Der letzte Akt“ (1955), in dem sie u. a. neben Oskar Werner in der Rolle der Eva Braun zu sehen ist:

<https://www.youtube.com/watch?v=F7-16eQDptQ>

Am Burgtheater lernte Tobisch in den 1940er Jahren den Schriftsteller und Dramaturgen Erhard Buschbeck (1889–1960) kennen, mit dem sie bis zu dessen Tod eine Lebensgemeinschaft verband. Im Teilnachlaß liegen Korrespondenzen und Dokumente betreffend die Zeitschrift „Der Ruf“ aus der Zeit der Mitherausgeberschaft Buschbecks und danach vor, u. a. ein Brief von Rainer Maria Rilke an Buschbeck. Weitere Korrespondenzen finden sich in einem AutorInnenkonvolut (Franz Werfel u. a.) und einem SchauspielerInnenkonvolut (Käthe Dorsch u. a.).

Nach den nötigen archivarisches und konservatorischen Maßnahmen werden die Dokumente aus dem Nachlaß so aufgearbeitet, daß sie in die Benützung gehen können. In der Regel wird jeder Bestand dazu in vier

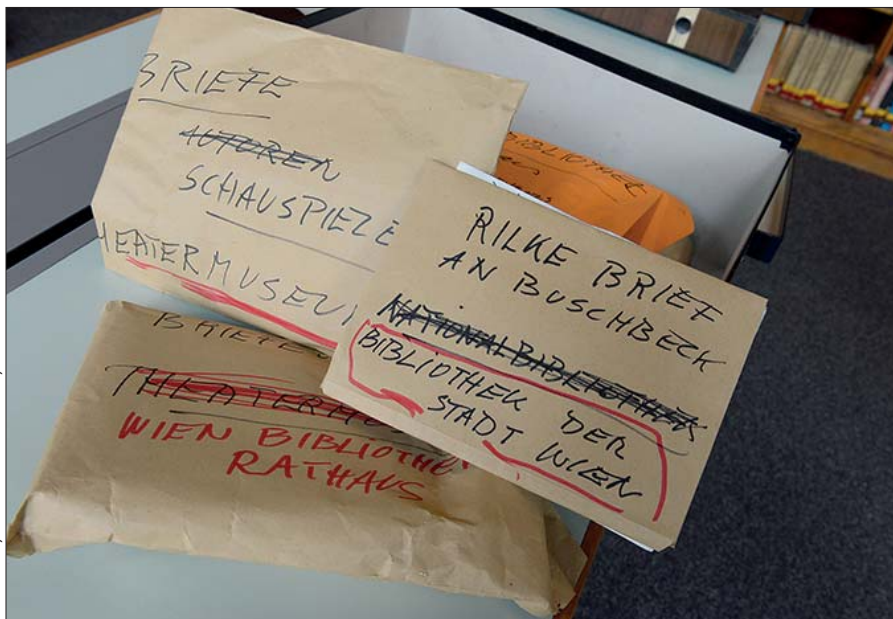


Foto: PID / Alexandra Kromus / Wienbibliothek im Rathaus

Teilnachlaß Erhard Buschbeck, beschriftet von Lotte Tobisch

Hauptgruppen unterteilt: Werke, Korrespondenzen, Lebensdokumente – wie Fotos oder Adreßbücher – sowie unterschiedliche Sammlungen wie z. B. die Dokumentation des

Opennballs in Form von Zeitungsausschnitten.

<https://www.wienbibliothek.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Lotte_Tobisch



Foto: PID / Alexandra Kromus / Wienbibliothek im Rathaus

Übergabe durch Tobischs langjährige Vertraute Barbara Urbanek (r.) an Kulturstadträtin Veronika Kaup-Hasler (l.) und Wienbibliothek-Direktorin Anita Eichinger

Lore Krainer †

Die Kabarettistin, Sängerin, Komponistin und Autorin ist am 3. Juli 2020 im niederösterreichischen Oberwaltersdorf im 90. Lebensjahr gestorben.



Foto: ORF

Ab 1978 gehörte Lore Krainer dem „Guglhupf“-Team an, das über 30 Jahre Radiosatire produzierte – hier im Bild (v.l.) mit den Kabarettlegenden Gerhard Bronner (1922-2007), Kurt Sobotka (19030-2017) und Peter Wehle (1914-1986)

Die Kabarettistin, Sängerin, Komponistin und Autorin Lore Krainer kam im November 1930 als Lore Huttegger in Graz zur Welt. Schon als Vierjährige erhielt sie Klavier- und Akkordeonunterricht. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte sie Klavier bei Rudolf Stejskal am Grazer Konservatorium.

Erste Engagements bekam sie am Theater Neuber, daneben gründete sie ein Studentenkabarett. Ab 1950 ging sie mit ihrem Mann, dem Tenor-Buffer Günther Krainer, als Pianistin und Entertainerin auf Tournee, die beiden arbeiteten bis 1965 in der Schweiz. 1968 kehrte das Ehepaar nach Graz zurück und übernahm das Spezialitätenrestaurant „Girardi-Keller“ im Geburtshaus von Alexander Girardi in der Leonhardstraße, wo Lore Krainer, nunmehr Wirtin, auch mit eigenen Liedern und Texten auftrat. Von Gerhard Bronner „entdeckt“, produzierte sie mit diesem eine erste Schallplatte („Menschen, Mäuse, Lipizzaner“) und zog mit ihrem Mann nach Wien, wo sie ab 1972 im Kabarett Fledermaus auftrat. 1975 entstand in Zusammenarbeit mit Gerda Klimek das Kabarettprogramm „Weiber, Weiber, Weiber“,

das nicht nur auf Bühnen in ganz Österreich gespielt, sondern auch ins Fernsehen übertragen wurde. Im selben Jahr übersiedelte Krainer nach Oberwaltersdorf bei Baden.

Mit Kurt Sobotka gründete Krainer im ORF Radio das satirische Ö1-Format „Guglhupf“, das ab 1978 sonntäglich jeweils eine halbe Stunde gesendet wurde. Von 1988 bis zur Einstellung im Jahr 2009 leitete sie die Sendung.

Im Laufe ihrer Karriere bespielte Krainer zahlreiche Tonträger. Insgesamt schrieb und vertonte sie rund 3.000 Lieder, Chansons und Couplets, weiters bearbeitete sie Theaterstücke und verfasste und präsentierte Solo-Programme. Sie trat auch als Buchautorin an die Öffentlichkeit.

Die Künstlerin wirkte nicht nur mehrere Jahre lang in der ORF-TV-Serie „Seniorenclub“ mit, sondern auch in Spielfilmen, etwa in Axel Cortis „Herrenjahre“ (1983).

Staatssekretärin Andrea Mayer würdigte die Kabarett-Pionierin

„Österreichs Kabarettszene hat mit dem Ableben von Lore Krainer einen großen Verlust erlitten. Sie gehörte zu den ersten Frau-

en, die die gläserne Decke der Kleinkunst in unserem Land durchbrechen konnten“, so Kunst- und Kulturstaatssekretärin.

„Ihre Stimme war eine der wichtigsten kabarettistischen Stimmen in der Nachkriegszeit. Als eine der größten satirischen Sprachkünstlerinnen im deutschsprachigen Raum hat sie über Jahrzehnte den Österreichern und Österreicherinnen Wahrheiten gesagt, die treffend aber wohl auch zuweilen schwer verdaulich gewesen sind. Ihre Rezeptur blieb immer gleich: Sich niemals eng an die Mächtigen anlehnen, immer den Abstand davor zu wahren, vereinnahmt zu werden und immer den Blick auf das Wesentliche behalten. Diese Rezeptur hat ein altes Backwerk – den Guglhupf – populär gemacht und den Narrenturm zu einer zeitgemäßen Institution. Sie wird in unserem Gedächtnis einen steten Platz haben.“ ■

Hier finden Sie einige Videos:

https://www.youtube.com/results?search_query=%22lore+krainer
Und hier finden Sie unzählige Ausgaben der legendären Sendung „Guglhupf“:

<https://www.mediathek.at/portalsuche/?q%5B%5D=lore+krainer>

Quelle: CC BY-NC-ND 4.0

<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/>

Erstes zweisprachiges Dekanat

Am 28. Juni wurde in Trausdorf das erste deutsch-burgenlandkroatische Dekanat errichtet und damit ein wichtiges Ziel des neuen pastoralen Weges erreicht.

Bischofsvikar Željko Odobašić: »Der Schatz der Kirche sind die Menschen.«

Foto: Diözese Eisenstadt / Andrea Wuketich



Die feierliche Errichtung des ersten zweisprachigen - deutsch-burgenlandkroatischen - Dekanates Trausdorf mit Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics (Mitte), Bischofsvikar Željko Odobašić (links) und weiteren VertreterInnen der Pfarren des neuen Dekanates.

Die kroatische Sprache und Kultur, die zweisprachige Feier der heiligen Messe und Sakramente, das verbindet zwölf Pfarren rund um Eisenstadt. Durch die Errichtung des neuen zweisprachigen Dekanates Trausdorf am Sonntag, dem 28. Juni, wurden diese im Zuge des neuen pastoralen Weges der Diözese Eisenstadt zusammengefaßt. Ein historisches Ereignis! Warum die Entscheidung auf Trausdorf fiel? Bischofsvikar Željko Odobašić stellte selbst die Frage und gab eine kurze, klare und freudvolle Antwort: „In Trausdorf haben sich die Priester der zwölf Pfarren dazu entschlossen. Der erste Bischof der Diözese DDr. Stefan László ist in Trausdorf geboren. Der verstorbene und nun heilige Johannes Paul II. hat vor 32 Jahren unsere Diözese besucht und den Festgottesdienst in Trausdorf gefeiert.“

Historische Veränderung der kirchlichen Landkarte

Die bisherige Einteilung der Dekanate galt seit 1. September 1973, damals wurden aus 15 Einheiten 12. Durch die Neuerrichtung

des Dekanates Trausdorf gab es auch weitere strukturelle Veränderungen. Die bisherigen Dekanate Eisenstadt und Rust wurden aufgelöst und in ein Dekanat zusammengelegt. Das Dekanat Trausdorf tritt an Stelle des Dekanates Rust. Die beiden gemischtsprachigen Pfarren Draßburg und Baumgarten wurden aus dem Dekanat Mattersburg herausgelöst und gehören nun zum neuen Dekanat Trausdorf, das insg. 12 Pfarren vereint: Antau, Baumgarten, Draßburg, Hornstein, Klingenbach, Oslip, Siegendorf, Steinbrunn, Trausdorf, Wulkaprodersdorf, Zagersdorf, Zillingtal.

Durch die Neustrukturierung werden auch die bisherigen Dechanten – Leiter der Dekanate – Damian Prus (Dekanat Eisenstadt) und Richard Geier (Dekanat Rust) abgelöst. Die Dechanten für die beiden neuen Dekanate Eisenstadt-Rust und Trausdorf werden erst bestimmt.

Bereicherung erleben – Bereicherung feiern

Das Bewußtsein für mögliches gemeinschaftliches Zusammenleben trotz Unter-

schiede und Herausforderungen darf gestärkt und gefeiert werden. Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics hob hervor, daß die Errichtung des Dekanates „eigentlich nur das Zusammenleben zweier Volksgruppen betonen“ wolle, und daß es „für alle, für Kirche und Gesellschaft eine große Bereicherung“ sei.

Die Entscheidung zum ersten zweisprachigen Dekanat möchte auch Anerkennung der burgenlandkroatischen Volksgruppe ausdrücken, die ihre Sprache, ihre Kultur trotz Herausforderung und Assimilierung seit 500 Jahren hier pflegt.

„Die Errichtung des neuen Dekanates im Jubiläumsjahr unserer Diözese will uns eigentlich helfen in der Spur des Evangeliums zu bleiben, und die Nachfolge in der Seelsorge durch ein gemeinsames Handeln benachbarter Pfarren auch zu fördern“, so Diözesanbischof Zsifkovics.

Die Messe konnte als Live-Stream miterlebt werden und ist zum Nachschauen verfügbar.

<https://www.martinus.at/mediathek>

1000 Jahre Kloster Traunkirchen

Spirituelles und religiöses Zentrum am Traunsee – ein Kloster im Wandel der Zeit



Foto: brainpark traunsee

Das Kloster Traunkirchen lädt bis Juni 2021 auf eine spannende Zeitreise in die Geschichte der Region und Traunkirchen ein.

Bei Betrachtung der Lage des Ortes Traunkirchen erhebt sich die Frage: Warum ein Kloster in Traunkirchen? – Warum sich hier, am Rande der fruchtbaren Lössböden des Voralpenlandes, ohne große Weiten für Ackerbau und Viehzucht, an einer See-Enge am Eingang in ein karges, dichtbewaldetes, unwirtliches, klimatisch raues, dünn besiedeltes Gebiet der nördlichen Kalkalpen, versteckter Bergbaugebiete, nicht an einer großen römischen Handels-, bzw. Verkehrsstraße liegend, ein Rückzugsgebiet seit wahrscheinlich Jahrtausenden, an einem nachweislich seit der jüngeren Steinzeit besiedelten Ort, ein Benediktinerinnen-, ein von Frauen geleitetes Kloster, über Jahrhunderte behaupten und ein kulturelles und religiöses Zentrum entwickeln konnte?



Foto: brainpark traunsee

Spannende Zeitreise in die Geschichte der Region und Traunkirchen

Das Kloster Traunkirchen lädt im Jubiläumsjahr 2020/2021 von bis Juni 2021 auf eine spannende Zeitreise in die Geschichte der Region und Traunkirchen ein. Klöster im generellen waren nicht nur spirituelle und religiöse Zentren, sondern sie waren auch be-

In den letzten 1000 Jahren war Traunkirchen immer wieder geistiges und kulturelles Zentrum der Region.

deutende Impulsgeber für die Entwicklung einer Region. So muß auch bedacht werden, daß Klöster als Wirtschaftsbetriebe in der Region, als Arbeitgeber, aber auch als schulischer und kultureller Einrichtungen tätig waren.

Der Standort Traunkirchen, die malerische Halbinsel in den See hinaus, der einzigartige Johannesberg; das alles sind Dinge, die diese Klosteranlage ausgezeichnet haben bzw. auszeichnen. In den letzten 1000 Jahren war Traunkirchen immer wieder geistiges und

Religion und Kirche

Foto: brainpark.traunsee



Gegenüber der Pfarrkirche Traunkirchen liegt die 1356 erstmals erwähnte Johannesbergkapelle.

kulturelles Zentrum der Region. Auch im Jubiläumsjahr will man mit einem vielfältigen, sowie kulturellen und abwechslungsreichen Programm die Besucher und auch Einheimischen begeistern.

Historischer Rundgang

Auch wenn das Gründungsjahr des Benediktinerinnen-Klosters 1020 n.Chr. umstritten ist, so ist es auf alle Fälle lohnenswert, das 1000jährige Bestehen alter Klostermauern, im Besonderen die fast 700jährige Geschichte und Bedeutung des ehemaligen Frauen-Konvents, wie der Jesuitenresidenz vor den Vorhang zu holen. Der Gang durch die Ausstellung versucht, die ausnehmend interessante und abwechslungsreiche Geschichte des Klosterbereiches immer in Bezug zum jeweiligen historischen Zeitgeschehen in Wort und Bild darzustellen. Besonders hinzuweisen ist auf die vielen Aquarelle, historische und bauliche Gegebenheiten darstellend, des Salinenangestellten Carl Ritter aus dem 19. Jahrhundert. Die in 20 Tafeln dargestellten Zeitabschnitte werfen einen Blick auf die Umstände, Einflüsse, Auswirkungen der kultischen Vorgeschichte, auf die legendenumrankte Gründungszeit, die Gründung als Kanonissen-Stiftung, die Machtstellung der Benediktinerinnen-Abtei als wirtschaftliches und religiöses Zentrum des inneren Salzkammergutes, die Blütezeit und das Schick-

sal eines von Äbtissinnen geführten Konvents, dessen Auflösung, weil protestantisch geworden, sowie auf die Zeit der Jesuiten. Der jesuitische Zeitabschnitt soll 2022 in einer Ausstellung ausführlich behandelt werden. In der Ausstellung soll auch gezeigt werden, daß das ehemalige Kloster als zentraler religiöser und kultureller Ort bis in die heutige Zeit wirksam ist, und mit seinen vie-

len Veranstaltungen von Pfarre, Gemeinde und Vereinen den Mittelpunkt kulturellen Lebens noch heute in Traunkirchen darstellt.

Goldhauben-, Kopftuch- und Hutgruppen

Die Goldhauben-, Kopftuch- und Hutgruppen des Bezirkes Gmunden freuen sich im Jubiläumsjahr des Klosters Traunkirchen



Foto: brainpark.traunsee

Seit dem 16. Jhdt. ist die Kapelle dem hl. Johannes dem Täufer geweiht. Ihr Knorpelwerk-altar ist mit einem sehenswerten Gemälde eines niederländischen Manieristen geschmückt.

Religion und Kirche



Durch die Jesuiten aus Passau, die das Kloster 1622 übernahmen, entstand nach dem zweiten Brand im Jahr 1632 die herrliche Barockkirche in ihrer heutigen Form.

mit ihrem Handarbeitsmuseum mitgestalten zu dürfen. In den historischen Räumen des einstigen Nonnenklosters wird das Museum seit 20 Jahren ehrenamtlich geführt.

Der Facettenreichtum der liebevollen Ausstellung reicht von typischen regionalen Handarbeiten bis hin zu den Festtrachten dieser Gegend.

Bei einem Besuch im Handarbeitsmuseum sind über 30 verschiedene Handarbeitstechniken zu bewundern. Ebenso wird die Entwicklung und die Herstellung der Goldhaube gezeigt.

Anlässlich 1000 Jahre Kloster Traunkirchen ist eine Sonderausstellung mit Klosterarbeiten, Goldklöppelspitzen, Paramentik, Priestergewändern und dgl. zu sehen.

Leider können aus gegebenem Anlaß Kurse und Workshops zu diesen Themen nicht, wie geplant, angeboten werden.

Archäologische Ausstellung

Das ehemalige Kloster Traunkirchen, in Mittelalter und Früher Neuzeit ein bedeutendes wirtschaftliches, religiöses und kulturelles Zentrum im Äußeren Salzkammergut, ist der ideale Standort für eine Archäologische Ausstellung, die ihren BesucherInnen die Ur- und Frühgeschichte des Ortes und dessen Einbindung in die frühe Bergbaulandschaft des Salzkammerguts präsentiert. Auf der Halbinsel, auf der sich heute Kirche und Kloster erheben, befand sich zwischen 1000

und 400 v. Chr. eine Seeufersiedlung, auf dem benachbarten Johannesberg ein Kultplatz in Form eines „Brandopferplatzes“, der bis ins 4. nachchristliche Jahrhundert Schauplatz von Trank- und Speiseopfern für die Götter war.

Die überregionale Bedeutung dieser Siedlung als Knotenpunkt eines weitgespannten Kommunikations- und Handelsnetzes spiegelt sich im Reichtum der beiden Gräberfelder wider, die sich vom Kloster über einige Fundstellen im Ort bis zur so genannten „Klettenwiese“ erstreckten.

Die Zeitreise zu unseren frühen Vorfahren, zu der die BesucherInnen eingeladen werden, beginnt im Kloster Traunkirchen, führt aber über die Jahrtausende in fast alle Landschaften des Salzkammerguts und darüber hinaus bis zum Alpenhauptkamm und ins Donautal. All diese Gebiete waren durch „Wege zum Salz“ miteinander und mit dem Bergbau in Hallstatt verbunden und hatten Anteil am „Salzboom“ der Bronze-, Eisen- und Römerzeit.

Die Ausstellung, gestaltet vom Traunkirchner Kulturverein ArcheKult, präsentiert eine Auswahl der international bedeutenden Funde aus den beiden Gräberfeldern und dem Bereich der urgeschichtlichen Siedlung, die vom Bundesdenkmalamt Wien und vom Oberösterreichischen Landesmuseum Linz als Leihgaben zur Verfügung gestellt wurden. Die Beigaben aus den Gräbern der Toten erzählen uns sehr viel über das Leben

und den Alltag der damaligen Menschen. Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf der Urnenfelder- und Hallstattkultur, sie versucht aber auch, diesen wirtschaftlichen und kulturellen Höhepunkt des Ortes in die ur- und frühgeschichtliche Entwicklung vom Neolithikum bis in die Römische Kaiserzeit einzuordnen.

Vorgeschobener Handelsposten

Welche Rolle die Siedlung auf der Traunkirchner Halbinsel im „Salzreich“ des Hallstätter Bergbauzentrums spielte, ist noch weitgehend unerforscht. Anhand der verkehrsgeografischen Lage des Ortes lassen sich aber doch einige Aussagen von gewisser Wahrscheinlichkeit machen. Der Ort kann als vorgeschobener Handelsposten für das Hallstätter Salz mit einer den Weg in das innere Salzkammergut kontrollierenden Funktion interpretiert werden, er ist aber auch als zentrale Siedlung einer Ackerbauregion denkbar, die nötige Nahrungsmittel, Rohstoffe, Vieh, vielleicht auch Arbeitskräfte für den Salzbergbau in Hallstatt lieferte. Neue Erkenntnisse erwarten wir von einem groß angelegten mehrjährigen Prospektions- und Forschungsprojekt der Universität Innsbruck in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium Pfahlbauten, daß im Herbst 2020 beginnen wird.

<http://www.pfarre-traunkirchen.at/>

<https://www.salzkammergutkultur.at/>

Meilenstein in der Beobachtung von erdähnlichen Exoplaneten

Das Instrument METIS für das Extremely Large Telescope (ELT) des European Southern Observatory (ESO) hat den ersten wichtigen Meilenstein seiner Designphase erreicht.

Das ELT mit seinem innovativen adaptiven Optiksistem wird mit einem Spiegeldurchmesser von 39 Metern das weltgrößte Spiegelteleskop sein und in der Mitte dieses Jahrzehnts in Betrieb gehen. Der Mid-Infrared ELT Imager and Spectrograph (METIS) ist ein Instrument des ELT und erschließt ein wichtiges Wellenlängenfenster zur Erforschung des Lebenszyklus von Sternen und der physikalischen Prozesse in Galaxienkernen.

Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei die Beobachtung von Exoplaneten sein. METIS ermöglicht, die Atmosphären von Exoplaneten näher zu untersuchen und dabei Temperaturen und saisonale Wetterbedingungen zu studieren. Zudem hat METIS auch das Potenzial zur direkten Erkennung von terrestrischen Exoplaneten.



Foto: ESO / L. Calçada

Künstlerische Darstellungen des fertigen Teleskops am Cerro Amazonas in Chile.

Entwicklung des Instruments geht in die nächste Phase

Nach einer tiefgehenden, positiven Evaluierung der Konzepte für die Optomechanik, Elektronik und Software kann nun das Design für METIS finalisiert werden. Die eigentliche Konstruktion des Instrumentes wird 2022 beginnen. METIS wird im Rahmen eines internationalen Konsortiums gebaut, das aus Universitäts- und Forschungsinstituten aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Frankreich, Belgien, Schweiz, Schottland, Portugal, Taiwan und den USA besteht. Die Leitung des Konsortiums liegt bei der Universität Leiden in den Niederlanden.

Simulationen astronomischer Beobachtungen helfen bei der Entwicklung

Österreich ist seit 2008 Mitglied bei der ESO, der weltweit größten Forschungsinfrastruktur für Astrophysik. Um eine nachhaltige Nutzung dieser Infrastruktur zu gewährleisten, sind österreichische WissenschaftlerInnen auch aktiv an der Entwicklung von neuen Forschungsinstrumenten für ESO beteiligt. Dies geschieht im Rahmen eines Konsortiums in den Bereichen Astrophysik

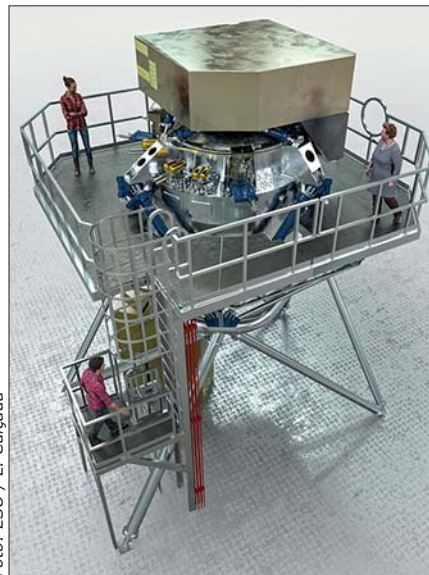


Foto: ESO / L. Calçada

und angewandte Mathematik unter Federführung der Universität Wien.

Das Institut für Astrophysik entwickelt mit der ETH Zürich ein Softwarepaket, mit dem astronomische Beobachtungen simuliert werden, um die Performance von METIS bereits in der Designphase evaluieren zu können.

Gemeinsam mit dem Institut für Astro- und Teilchenphysik der Universität Innsbruck wird die Softwarepipeline zur Kalibration und Analyse von METIS-Beobachtungen entwickelt. Die Software muß dazu ein Datenvolumen von mehreren Terabyte pro Nacht verarbeiten.

Bildbearbeitung für kosmische Aufnahmen

Das Institut für Industriemathematik der Universität Linz entwickelt gemeinsam mit RICAM (Johann Radon Institute for Computational and Applied Mathematics) ein Softwarepaket zur Simulation, Quantifizierung und Rekonstruktion der Bildverzerrungen, die durch optische und atmosphärische Störungen entstehen. Die Finanzierung dieser Partnerschaft erfolgte bisher nebst Beiträgen der Universitäten und Institute zu einem signifikanten Anteil aus Hochschulraum-Strukturmitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Derzeit werden Mittel für die nächsten Jahre bis zur Fertigstellung des Instruments akquiriert. ■

<https://www.univie.ac.at/>

<https://www.eso.org/>

Supercomputer entschlüsseln Materialverschleiß

Revolutionäre neue Methoden für die Materialwissenschaft: Riesengroße Computersimulationen erlauben an der TU Wien erstmals einen genauen Blick auf Verschleiß und Reibung.

Verschleiß und Reibung sind ganz entscheidende Themen für viele Industriebereiche: Was passiert, wenn eine Oberfläche über eine andere gleitet? Mit welchen Materialveränderungen muß man dabei rechnen? Was bedeutet das für die Haltbarkeit und Sicherheit von Maschinen?

Was dabei auf atomarer Ebene passiert, läßt sich nicht direkt beobachten. Nun steht dafür allerdings ein neues zusätzliches wissenschaftliches Werkzeug zur Verfügung: Aufwendige Computersimulationen werden nun erstmals so leistungsfähig, daß man Verschleiß und Reibung realer Werkstoffe auf atomarer Skala simulieren kann.

Daß diese neue Forschungsrichtung nun verlässliche Ergebnisse liefert, beweist das Tribologie-Team an der TU Wien, geleitet von Prof. Carsten Gachot (Institut für Konstruktionswissenschaften und Produktentwicklung) nun in einer aktuellen Publikation im renommierten Fachjournal „ACS Applied Materials & Interfaces“. Das Verhalten von Oberflächen aus Kupfer und Nickel konnte mit großen Hochleistungsrechnern simuliert werden. Die Ergebnisse stimmen verblüffend genau mit Bildern aus dem Elektronenmikroskop überein – liefern aber noch wertvolle Zusatzinformation.

Reibung verändert winzige Körnchen

Mit freiem Auge sieht es nicht besonders spektakulär aus, wenn zwei Oberflächen aneinander gleiten. Doch auf mikroskopischer Ebene laufen dabei hochkomplizierte Vorgänge ab: „Metalle, wie man sie in der Technik verwendet, haben eine spezielle Mikrostruktur“, erklärt Stefan Eder, Erstautor der aktuellen Publikation. „Sie bestehen aus kleinen Körnchen, mit einem Durchmesser in der Größenordnung von Mikrometern oder noch kleiner.“

Wenn nun ein Metall unter großer Scherbelastung über das andere gleitet, dann geraten die Körnchen der beiden Materialien aneinander: Die Körnchen können dabei gedreht, verformt oder verschoben werden, sie können in kleinere Körnchen zerteilt werden



Stefan Eder im Supercomputer VSC4

oder durch erhöhte Temperatur oder mechanische Einwirkung wachsen. All diese Prozesse, die auf mikroskopischer Skala ablaufen, bestimmen letztlich das Verhalten des Materials auf großer Skala – und damit entscheiden sie auch über die Lebensdauer einer Maschine, wie viel Energie in einem Motor durch Reibung verlorengeht oder wie gut eine Bremse funktioniert, in der eine möglichst hohe Reibkraft erwünscht ist.

Computersimulation und Experiment

„Das Ergebnis dieser mikroskopischen Prozesse kann man danach unter dem Elektronenmikroskop untersuchen“, sagt Stefan Eder. „Man erkennt, wie sich die Kornstruktur der Oberfläche verändert hat. Allerdings war es bisher nicht möglich, den Ablauf dieser Prozesse zu studieren und genau zu erklären, wodurch welche Effekte zu welchem Zeitpunkt verursacht werden.“

Diese Lücke schließen nun große Molekulardynamik-Simulationen, die das Tribologie-Team der TU Wien in Zusammenarbeit mit dem Exzellenzzentrum für Tribologie (AC²T) in Wiener Neustadt und dem Imperial College in London entwickelt: Atom für Atom werden die Oberflächen am Computer

simuliert. Je größer das simulierte Materialstück und je länger der simulierte Zeitschnitt, umso mehr Computerleistung wird benötigt. „Wir simulieren Abschnitte mit einer Seitenlänge von bis zu 85 Nanometern, über einige Nanosekunden hinweg“, sagt Stefan Eder. Das klingt nicht viel, ist aber bemerkenswert: Selbst der Vienna Scientific Cluster 4, Österreichs größter Supercomputer, ist mit solchen Aufgaben mitunter monatelang beschäftigt.

Das Team untersuchte den Verschleiß einer Legierung aus Kupfer und Nickel – und zwar bei unterschiedlichen Mischungsverhältnissen der beiden Metalle und unterschiedlichen mechanischen Belastungen. „Unsere Computersimulationen ergaben genau die Vielfalt an Prozessen, an Kornveränderungen und Verschleiß-Effekten, wie man sie aus Experimenten grundsätzlich bereits kennt“, sagt Stefan Eder. „Wir können damit Bilder produzieren, die genau den Aufnahmen aus dem Elektronenmikroskop entsprechen. Allerdings hat unsere Methode einen entscheidenden Vorteil: Wir können den Prozeß danach am Computer im Detail analysieren. Wir wissen, welches Atom zu welchem Zeitpunkt seinen Platz gewechselt hat, und was mit welchem Körnchen in welcher Phase des Prozesses genau passiert ist.“

Verschleiß verstehen – Industrieprozesse optimieren

In der Industrie stoßen die neuen Methoden bereits auf großes Interesse. „Schon seit Jahren wird darüber diskutiert, daß die Tribologie von verlässlichen Computersimulationen profitieren könnte. Nun haben wir ein Stadium erreicht, in dem die Qualität der Simulationen und die verfügbare Rechenleistung so groß sind, daß wir dadurch spannende Fragen beantworten könnten, die auf andere Weise gar nicht zugänglich wären“, sagt Carsten Gachot. So möchte man in Zukunft auch industrielle Prozesse auf atomarer Ebene analysieren, verstehen und verbessern. ■

<https://www.tuwien.at/>

Südtirol: Neandertaler starben nicht wegen Kälte aus

Was führte zum Verschwinden der Neandertaler? Klimaschwankungen werden dafür häufig als Auslöser vermutet – für Südtirol konnte diese Ursache nun ausgeschlossen werden.



Foto: O. Lacarbonara

In der Höhle Pozzo Cucù in der Region Apulien fand das ForscherInnen-Team den außergewöhnlichen Tropfstein.

Warum die Neandertaler ausstarben und sich der Homo sapiens durchsetzen konnte, ist bis heute Gegenstand vieler wissenschaftlicher Diskussionen – und nach wie vor nicht zur Gänze geklärt. Es gibt verschiedene Hypothesen dazu, was ausschlaggebend für das langsame Verschwinden des Homo neanderthalensis war. Eine weit verbreitete Hypothese betrifft das Klima: Große klimatische Schwankungen mit intensiven Kältephasen hätten dazu beigetragen.

Diese Ursache kann ein internationales ForscherInnen-Team mit Beteiligung von Prof. Christoph Spötl vom Institut für Geologie der Uni Innsbruck nun nach neuesten Erkenntnissen zumindest für einen großen Lebensraum der Neandertaler, die Region Apulien im heutigen Italien, ausschließen. „Für Südtirol können wir diese Hypothese nicht bestätigen, dort herrschten im Übergang vom Mittel- zum Jungpaläolithikum stabile Klima- und Umweltbedingungen“, erklärt Spötl, Leiter der Arbeitsgruppe für Quartärforschung. In Südeuropa verschwanden die Neandertaler vor etwa 42.000 Jah-

ren, nachdem sie rund 3.000 Jahre mit modernen Menschen in der Region zusammengelebt hatten.

Bislang einzigartiges Klimaarchiv für Europa entdeckt

Tropfsteine schließen bei ihrer Entstehung verschiedene Elemente wie Kohlenstoff, Sauerstoff, aber auch Spuren von Uran ein und zeichnen somit die Klima- und Umweltbedingungen über viele tausende Jahre auf. Sie sind daher ein wertvolles und ab einem gewissen Zeitraum auch einzigartiges „Fenster“ in die Klima-Vergangenheit am Festland. In der Höhle Pozzo Cucù in der Region Apulien gelang dem Geologen Andrea Columbu von der Universität Bologna ein spezieller Fund: Ein etwa 70 Zentimeter langer Stalagmit, der über einen Zeitraum von 106.000 bis 27.000 Jahre in die Vergangenheit kontinuierlich abgelagert wurde. „Mir ist in Europa kein anderes Beispiel bekannt, wo ein Tropfstein über so einen langen Zeitraum durchgehend gewachsen ist“, sagt Spötl.

„Dieser hervorragend erhaltene Stalagmit erlaubte uns daher, detailliert in diese für die Menschheitsgeschichte sehr interessante Phase zu blicken und dafür robuste Klimadaten vorzulegen.“ Dazu verwendete das Team modernste Methoden wie Uran-Thorium-Analysen und die Bestimmung von Sauerstoffisotopen. Während die Daten für die ersten 50.000 Jahre des Stalagmitwachstums große Klimaschwankungen wie etwa in den Alpen oder auch in Grönland zeigen, ergaben die Analysen der Forscherinnen und Forscher für den jüngeren Abschnitt des Tropfsteines ein anderes Bild: „Apulien war im Übergang vom Mittel- zum Jungpaläolithikum, als moderne Menschen und Neandertaler gleichzeitig dort lebten, von keinen starken Klimaschwankungen betroffen. Mit anderen Worten: Das Klima spielte in dieser Region keine Schlüsselrolle für das Aussterben der Neandertaler, hier müssen andere Faktoren als Ursache gefunden werden“, verdeutlicht Christoph Spötl. ■

<https://quaternary.uibk.ac.at/>
<https://www.uibk.ac.at/>

Über 2.000 Jahre alter Weg aus der Eisenzeit entdeckt

Bei Ausgrabungen konnten Archäologen der Universität Innsbruck in den letzten Wochen einen über 2.000 Jahre alte Weg freilegen, der zur eisenzeitlichen Siedlung auf der »Hohen Birga« in Birgitz bei Innsbruck führte.

Bei der »Hohen Birga« handelt es sich um einen kleinen bewaldeten Hügel nördlich von Birgitz im westlichen Mittelgebirge bei Innsbruck auf dem bereits 1937 die Überreste einer über 2.000 Jahre alten rätischen Siedlung aus der Eisenzeit entdeckt worden waren. Die Räter bewohnten seit dem Ende des 6. Jahrhunderts v.Chr. den Alpenraum vom Unterengadin im Westen bis in das Virgental im Osten und im Süden bis an den Gardasee. Insbesondere in den 1940er und 1950er Jahren wurde auf der »Hohen Birga« archäologisch geforscht, dann geriet der Platz jedoch zunehmend in Vergessenheit, die bislang entdeckten Überreste verfielen und wucherten zu.

Erst vor einigen Jahren wurden unter der Leitung vom assoz.-Prof. Florian Müller vom Institut für Archäologien der Universität Innsbruck die archäologischen Ausgrabungen wieder aufgenommen und dabei mehrere Gebäude freigelegt.

Der Weg zur Siedlung auf der »Hohen Birga«

Bislang war jedoch unklar wo und wie genau der Zugang zur Siedlung erfolgte. Da der Hügel nach Norden, Osten und Westen steil abfällt, mußte dieser im flacheren Südhang zu suchen sein. Dort war angeblich bereits 1953 durch den Prähistoriker Osmund Menghin ein Weg gefunden worden. Da diese Grabungen jedoch nie publiziert wurden und die alte Grabungsdokumentation dazu verschollen ist, konnte dem bislang nie weiter nachgegangen werden.

In den letzten Jahrzehnten waren am gesamten Südhang ohne archäologische Begleitung Wohnhäuser errichtet worden. Nur zwei Parzellen im östlichen Bereich blieben frei und im Vorfeld eines weiteren für Frühjahr 2020 geplanten Hausbaues wurden daher durch das Bundesdenkmalamt dort durchzuführende archäologische Untersuchungen angeordnet. Da die Zeit drängte wurden die Arbeiten trotz durch Florian Müller und sein Team im April und Mai vorgenommen.



Foto: F. Müller, Innsbruck

Die Freilegung des eisenzeitlichen Weges durch Archäologen der Universität Innsbruck

In zwei langen Suchschnitten konnten unter massiven Steinverstürzen mehrere Terrassen im Hang festgestellt werden. Die nördlichste war offensichtlich bewusst zur Anlage eines Weges errichtet worden. „Dieser stieg von Ost nach West leicht an, dürfte etwa zwei Meter breit gewesen sein und bestand aus einer sorgfältig verlegten Rollierung aus faustgroßen Steinen“ berichtet Müller. Zur Hangkante war er gegen ein Abrutschen durch große Steine gestützt. Bei den Grabungen fanden sich zudem zahlreiche Fragmente verzierter eisenzeitlicher Keramik, ein Webgewicht, Tierknochen sowie eine eiserne Lanzen Spitze. Nach genauer Dokumentation und Aufnahme der freigelegten Befunde wird in Kürze der Hausbau

starten. Auf Basis der Orientierung des exakt vermessenen Weges soll nun aber weiter geklärt werden, wo dieser genau in die eigentlichen Siedlungsterrassen oben am Hügel einmündete und wie dieser Bereich ursprünglich einmal architektonisch, möglicherweise in Form einer Toranlage, ausgestaltet war.

Bei der Fortsetzung der regulären Forschungsgrabungen im eigentlichen Siedlungsbereich sollen zwei im Vorjahr entdeckte eisenzeitliche Gebäude weiter untersucht werden. Diese Arbeiten finden gleichzeitig als Lehrgrabung statt, bei welcher über ein Dutzend junger Studierender archäologische Grabungspraxis sammelt. ■

<https://www.uibk.ac.at/>

32.000 Jahre alte Pflanze erstmals zum Blühen gebracht

Prof. Margit Laimer, Pflanzenbiotechnologin an der BOKU Wien: »Wir untersuchen, wie die Urzeitpflanze an Klimabedingungen angepaßt war.«

Foto: BOKU Öffentlichkeitsarbeit / Jakob Vegh



Pflanzenbiotechnologin Margit Laimer hat ihren BOKUurassic Park am Institut für Bioverfahrenstechnik angesiedelt

Die weiße Blüte, die am Institut für Molekulare Biotechnologie an der BOKU aufgegangen ist, ist hübsch anzusehen, aber ansonsten würde nichts darauf hindeuten, welche Sensation hier gelungen ist. Denn das Erbgut der *Silene stenophylla*, die die Plant Biotechnology Unit (PBU) unter der Leitung von Prof. Margit Laimer nun in vitro zum Blühen gebracht hat, ist 32.000 Jahre alt und hat im sibirischen Permafrostboden überlebt. Zur Verdeutlichung: Als die Pflanze, die zu den Nelkengewächsen zählt, das letzte Mal geblüht hat, sind noch Wollmammut an ihr vorbeigezogen.

Revitalisierung

Im Jahr 2012 war es dem Team rund um Svetlana Yashina von der Russischen Akademie der Wissenschaften in Pushchino mit einer bahnbrechenden Arbeit in den Bereichen Kryobiologie, Zellbiologie und Botanik gelungen, Pflanzen aus 32.000 Jahre alten Samen unbekannter Arten aus dem sibirischen Permafrostboden wieder zum Leben zu erwecken. Yashina gelang es die Samen aus dem Permafrost in vitro als Gewebekulturen wieder zum Wachsen zu bringen.

Erhalt der genetischen Ressourcen

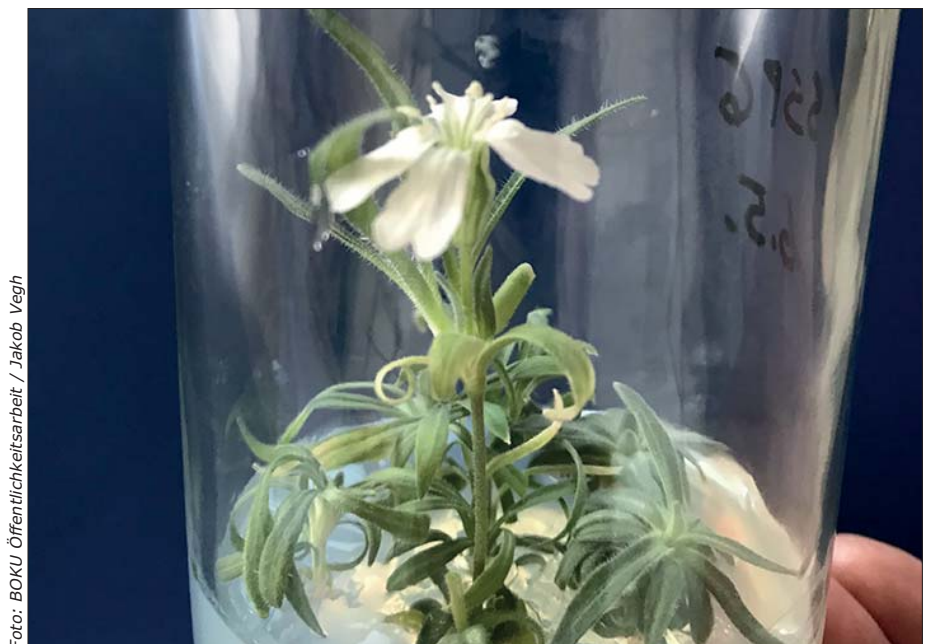
Durch ihre guten Kontakte zu den russischen KollegInnen erhielt Laimer schließlich eine der Gewebekulturen für die BOKU und als Ausstellungsstück für „Aeviternity“

im Vorjahr im Mumok. „Die erfolgreiche Blütenbildung einer in Gewebekultur gezogenen Pflanze hängt von vielen Umwelteinflüssen ab. Nur eines sei verraten – für den Übergang zur Blühreife ist der Pflanzenhormongehalt im Medium ein entscheidender Faktor und benötigt viel Erfahrung und Fingerspitzengefühl“, sagt Laimer. „Die Wachstumsbedingungen waren für die *Silene* offenbar so gut, daß sie nun zu blühen begonnen hat.“

Rückschlüsse auf Evolution

„Nun können wir mittels genetischer Analysen untersuchen, wie sich das Pflanzengenom entwickelt hat und an die damaligen Klimabedingungen angepaßt war“, erläutert Laimer. Durch den Vergleich mit heutigen Verwandten, zu denen unter anderem Leimkräuter und Lichtnelken gehören, wollen die BOKU-ForscherInnen Grundlagenwissen darüber gewinnen, wie die evolutionäre Entwicklung dieser Pflanzengattung vor sich gegangen ist, das heißt, was sich bei den nächsten Verwandten in den letzten 32.000 Jahren verändert hat. ■

<https://boku.ac.at/>



Die 32.000 Jahre alte Pflanze hat im sibirischen Permafrostboden überlebt.

JKU entwickelt Gerät, das Tumorzellen »zerschreddert«

Metastasen im Körper einfach zerschreddern – was so simpel klingt, könnte tatsächlich möglich werden. Ein an der Johannes Kepler Universität Linz entwickeltes Gerät schert das Blut so, daß Blutzellen nicht beeinträchtigt werden, aber zirkulierende Tumorzellen Schaden nehmen. Ein derartiges Verfahren ist völlig neu.

Über 90 Prozent der durch Krebs verursachten Todesfälle sind auf die Metastasen, also Absiedelungen, und nicht auf den primären Tumor zurückzuführen. Versuche, die bösartigen Zellen auf ihrem Weg vom Ausgangstumor über ihre Verbreitung in der Blutbahn bis zum erneuten Anwachsen in fernen Zielorganen wie Leber und Lunge abzufangen, waren bisher nur begrenzt erfolgreich. Das Auftreten von Metastasen geht mit einer deutlich erschwerten Behandlungssituation einher, und für viele TumorpatientInnen ist eine Ausheilung ihrer Krebserkrankung nicht mehr möglich.

Eine effektive Vermeidung der Metastasierung von bösartigen Tumoren würde die Lebenserwartung wie auch die Lebensqualität vieler betroffener Patienten entscheidend verbessern.

Der Prozeß der Metastasierung ist sehr komplex. Er erfolgt durch zirkulierende Verbände von Tumorzellen, so genannte CTCs (circulating tumor cells), die vom Primärtumor abgehen und im Blut oder der Lymphe flüssigkeit der PatientInnen zirkulieren, bis sie sich im Körper absetzen und eine Metastase bilden. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Tumorzellen und Blutzellen besteht in den mechanischen Eigenschaften. Während Blutzellen an hohe Flüssigkeitsscherung angepaßt sind, trifft das für CTCs nicht zu.

Der Vorgang der Flüssigkeitsscherung kann wie folgt beschrieben werden: Um zwei Platten, zwischen welchen sich ein Flüssigkeitsfilm befindet, gegeneinander zu verschieben, braucht man eine Kraft. Diese ist notwendig um die Reibung zwischen den Schichten der Flüssigkeit, die sich gegeneinander bewegen, zu überwinden; die Größe dieser Kraft ist proportional zur Viskosität und zur Geschwindigkeit. Eine solche Relativbewegung unterschiedlicher Flüssigkeitsschichten aufeinander wird als (Flüssigkeits-) Scherung bezeichnet. Ist jetzt ein festes Objekt, wie etwa eine Zelle, in dieser Flüssig-

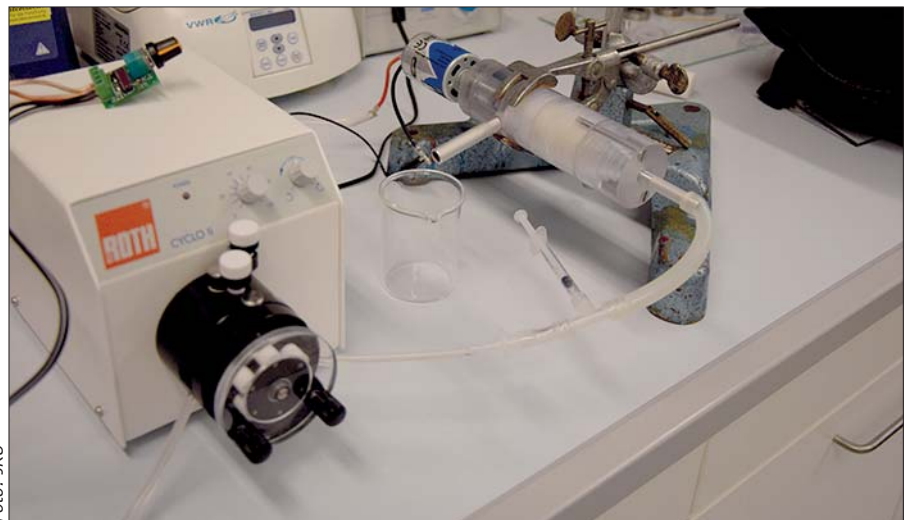


Foto: JKU

Das an der JKU entwickelte Gerät zeigt, daß das Prinzip funktioniert...

keit, so wirken an den entgegengesetzten Enden des Objektes Kräfte in entgegengesetzten Richtungen und können so eventuell das Objekt zerstören.

Pumpe mit mechanisch gekoppelter Drossel

Die Idee, diese unterschiedlichen biophysikalischen Eigenschaften zu nutzen, um die Tumorzellen in der kritischen Zwischenphase, also wenn sie sich im Blutstrom befinden, mechanisch anzugreifen, stellt ein Team vom Institut für Medizin- und Biomechanik nun im wissenschaftlichen Fachjournal „Scientific Reports“ vor. Gemeinsam mit Co-Autor Kurt Priesner, Bauingenieur und Inhaber der Griesmühle, bauten die Forscher der JKU einen „Tumorzellschredder“, der bereits zum Patent angemeldet wurde. „Mittels einer miniaturisierten Pumpe mit einer mechanisch gekoppelten rotierenden Drossel kann das Blut so geschert werden, daß es unbeeinträchtigt bleibt, die CTCs aber Schaden nehmen bzw. zerstört werden. Durch entsprechende Regelung kann die Pumpen-Drossel-Einheit so betrieben werden, daß der natürliche Blutstrom nicht beeinträchtigt wird“, erklärt Prof. Baumgartner, der Leiter

des Instituts für Medizin- und Biomechanik.

Mit Unterstützung von Prof. Nicola Aceto, der an der Universität Basel am Institut für Onkologie die Abteilung Metastasierung leitet, wurden in Tests Tumorzellcluster erfolgreich zerstört, während Blutzellen intakt blieben.

Von diesem Ansatz zeigt sich auch Prof. Clemens Schmitt, Professor an der Medizinischen Fakultät der JKU und Vorstand der Universitätsklinik für Hämatologie und Internistische Onkologie am Kepler Universitätsklinikum, beeindruckt: „Tumore grundsätzlich an einer Ausbreitung durch Metastasierung zu hindern, wäre ein enormer Durchbruch für die klinische Onkologie. Prof. Baumgartner und sein Team konnten experimentell zeigen, daß Krebszellen gegenüber mechanischen Scherkräften verwundbarer als normale, gesunde Blutzellen sind. Diese Idee haben sich die Forscher nun zunutze gemacht, um in einem speziellen Gerät, ähnlich einer Blutwäsche-Behandlung, modellhaft diese Scherkräfte auf das Blut einwirken zu lassen, woraufhin tatsächlich eine Hemmung der Metastasierungsfähigkeit der Krebszellen zu beobachten war.“ Dieser Ansatz, so Prof.

Wissenschaft & Technik

Schmitt, sei faszinierend, weil hier innovativ ein ganz neuer Aspekt der Tumorzellen in den Fokus gerückt wird: ihre besonderen biophysikalischen Eigenschaften. „Auch wenn die aktuellen Ergebnisse noch sehr weit weg von einer möglichen PatientInnenanwendbarkeit liegen, wird hier ein Weg aufgezeigt, der nun in Folgestudien konsequent weiter beschritten werden sollte.“

Erfindung mit enormem Potential

Das an der JKU entwickelte Gerät ist noch kein ausgereifter Prototyp, sondern ein Demonstrator. Es zeigt, daß das Prinzip funktioniert, also die CTCs zerstört werden können. Sollten entsprechende Geräte entwick-

kelt werden, sind prinzipiell zwei Einsatzmöglichkeiten denkbar: Extrakorporal, also außerhalb des Körpers, ein Gerät ähnlich dem der Dialyse, das Blut von CTCs befreit. Diese Variante könnte vor allem nach großen Tumoroperationen eingesetzt werden. Oder auch als dauerhaftes Implantat im Körper für PatientInnen mit inoperablen Tumoren, welches die Metastasierung verhindert.

Um ein klinisch einsetzbares Gerät zu entwickeln, sei noch viel Forschung und ein hoher Finanzierungsaufwand nötig: „Wir müssen den Prozeß optimieren, Limits und Energieeffizienz austesten, Lager und Antriebe entwickeln und die Strömungsmechanik verbessern, um das Gerät effizient und

sicher betreiben zu können“, sagt Baumgartner.

Weiters müssen Tests mit unterschiedlichen Tumorzellen erfolgen und die Hämostatibilität muß gewährleistet werden, also die „Verträglichkeit“ von Materialien, die mit Blut in Kontakt kommen. Erst dann können klinische Studien und die Zulassung als Medizingerät erfolgen.

Auch wenn der Weg bis zu den PatientInnen noch weit ist, so ist das Forscherteam vom Potential des „Tumorzellschredders“ überzeugt: „Er könnte PatientInnen mit schlechter Prognose mehr Lebenszeit und Lebensqualität schenken.“ ■

<https://www.jku.at/>

MedUni Wien: Neue Erkenntnisse zur Entstehung bestimmter Hirntumoren

Ein internationales Studienteam unter maßgeblicher Beteiligung von ForscherInnen des Comprehensive Cancer Center (CCC) der MedUni Wien und des AKH Wien zeigt zum ersten Mal weltweit die molekularen Unterschiede einzelner Tumorzellen in Ependymomen, einer aggressiven Hirntumorform. Die ForscherInnen belegen weiters, daß Ependymome in einer bestimmten Stammzellnische des Gehirns entstehen. Auf Basis dieser Erkenntnisse konnten sie klären, warum sich manche Ependymome sehr aggressiv verhalten und schlecht zu behandeln sind, andere dagegen eine bessere Prognose aufweisen. Die Therapieansätze, die von den Ergebnissen abgeleitet wurden, sind in ersten Labortests vielversprechend. Die Arbeit wurde nun im Top-Journal „Cancer Cell“ publiziert.

Ependymome sind seltene Hirntumoren, die bei Kindern und bei Erwachsenen auftreten können. Zudem handelt es sich um eine heterogene Tumorgruppe und es war lange nicht bekannt, warum manche eine gute Prognose und manche einen sehr aggressiven Verlauf aufweisen, und weiters warum die Ependymome von Kindern besonders häufig mit einer schlechten Prognose verbunden sind.

Modernste Analyse-Tools

Die nun publizierte Studie nutzte modernste Methoden wie das Single Cell Sequencing, um einzelne Tumorzellen genomweit zu analysieren und ihre molekularen Eigenschaften zu beschreiben. Da-

bei zeigte sich, daß Ependymome sehr heterogen sind, also aus vielen Zellen mit unterschiedlichen Eigenschaften bestehen, was die Behandlung erschwert. Das ForscherInnenteam untersuchte im Zuge seiner Arbeit Zellen von Tumoren mit guter Prognose, ebenso wie solche mit aggressiven Verläufen. Ein Großteil der PatientInnen deren Tumoren untersucht wurden, wurden von der MedUni Wien in die Studie eingebracht (20 von insgesamt 28).

Eine wesentliche Erkenntnis der ForscherInnen besteht im Nachweis, daß Ependymomzellen aus einer bestimmten Stammzellnische des Gehirns entstehen. Damit weisen sie auch oft Eigenschaften von Stammzellen auf. Stammzellen besitzen die Fähigkeit, andere Körperzellen zu ersetzen und zu Körperzellen mit verschiedenen Funktionen (z.B. Nervenzellen) heranzureifen. ExpertInnen bezeichnen diesen Vorgang als Ausdifferenzierung. Solange sie noch unreif, also undifferenziert sind, können sie sich im Prinzip unbegrenzt vermehren. Sind die Zellen entartet, entsteht eine besonders aggressive Form von Krebs.

Johannes Gojo, Facharzt und Forscher an der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde der MedUni Wien und des Universitätsklinikums AKH Wien sowie am Institut für Krebsforschung der MedUni Wien, Mitglied des CCC sowie des Comprehensive Center for Pediatrics (CCP) der MedUni Wien und des AKH Wien und Erstautor der Studie: „Wir haben gesehen, daß die einzelnen Zellen von Ependymomen in-

nerhalb des Tumors verschiedene Entwicklungsstadien durchlaufen. Jene mit aggressivem Verlauf weisen viele unreife Zellen auf, das heißt, sie sind Stammzellen sehr ähnlich. Tumoren, bei denen sich ein Großteil der Zellen in einem ausgereifteren Zustand befand, zeigten eine günstigere Prognose. Dieses Ergebnis könnte uns einen Ansatzpunkt für neue Therapiekonzepte liefern.“

Es erklärt außerdem, warum sich Ependymome bei Kindern häufig aggressiver verhalten als bei Erwachsenen: Bei ihnen ist der Anteil an undifferenzierten, stammzellartigen Ependymomzellen höher als bei Erwachsenen.

Effektivere Therapieansätze

Gojo: „Wir konnten darüber hinaus auch genaue Kenntnisse der molekularen Eigenschaften der Tumorzellen gewinnen, was uns ebenfalls gestattet, neue Therapieansätze abzuleiten. Erste Tests in diese Richtung sind sehr vielversprechend, bedürfen aber noch genauerer Untersuchungen.“

Internationale Kooperation

Die Studie ist ein Kooperationsprojekt der MedUni Wien, dem Dana-Farber Cancer Institute und der Harvard Medical School bzw. dem Broad Institute of MIT in Boston und dem Deutschen Krebsforschungszentrum bzw. dem Hopp Kindertumorzentrum in Heidelberg. ■

<https://www.meduniwien.ac.at/>

Van Gogh, Cezanne, Matisse

Die Sammlung Hahnloser – von 27. August
bis 15. November 2020 in der Albertina



Foto: Kunstmuseum Bern, Dauerleihgabe Hahnloser/Jaeggli Stiftung / Foto: Reto Pedrini, Zürich

Vincent van Gogh, *Der Sämann*, 1888

Die Albertina widmet diese Ausstellung einer der bedeutendsten Privatsammlungen der französischen Moderne. Die Ausstellung in der Albertina zeigt ein Kondensat aus den 80 wichtigsten und schönsten Werken der ursprünglich 500 Gemälde, Papierarbeiten und Plastiken umfassenden Sammlung Hahnloser, ergänzt durch Werke, die als Hahnloser-Schenkungen von den Kunstmuseen Winterthur und Bern erworben wurden.

Die Schweiz besitzt bekanntlich keine Fürstlichen Sammlungen, zugleich bewundert man auf der ganzen Welt ihre reichen Sammlungen der Klassischen Moderne. Jener Moderne, die in der Welthauptstadt der

Kunst geboren worden ist, in Paris. Schweizer Sammlungen haben keineswegs schon immer den Blick nach Frankreich gerichtet – sie tun es erst, seit Arthur und Hedy Hahnloser in der Blütezeit der Avantgarden zu Sammeln begonnen haben.

Die Sammlung Hahnloser entstand zwischen 1907 und 1936 im engen freundschaftlichen Austausch zwischen dem Sammlerpaar Arthur Hahnloser (1870–1936) und Hedy Hahnloser-Bühler (1872–1952) und ihren Künstlerfreunden: Ferdinand Hodler, Félix Vallotton, Henri Manguin, Pierre Bonnard und Henri Matisse. Später wurden auch deren Vorläufer Renoir, Van Gogh, Gauguin,

Cézanne und Toulouse-Lautrec Teil der Sammlung des Augenarztes und der ausgebildeten Malerin.

Heute umfaßt die bedeutende Sammlung einzigartige Werkgruppen – Gemälde, Plastiken und Aquarelle – der schweizerischen und französischen Moderne, darunter so prominente Werke wie Bonnard's Spiegeleffekt (Die Wanne), Cézannes Selbstbildnis Porträt des Künstlers, Van Goghs Sämann und das Nachtcafé in Arles, Vallottons Die Weiße und die Schwarze oder Maillols Skulptur Pomona.

Bedeutende Teile der ursprünglichen Sammlung befinden sich heute im Besitz der Hahnloser/Jaeggli Stiftung, die seit 2016 im

Sammlung

In der Schweiz gibt es keine staatlichen Sammlungen und keine Nationalgalerie. Die heutige Schweiz wird 1848 als föderalistischer Bundesstaat gegründet; entsprechend bleibt das Kunstsammeln Privatsammlern und lokalen Museen vorbehalten. Hier geben Bürger den Ton an. Auch im Vorstand des 1848 gegründeten Kunstvereins Winterthur übernehmen um 1906 junge Kunstenthusiasten die Führung. Die Hauptprotagonisten sind Arthur Hahnloser und Hedy Hahnloser-Bühler, die zusammen mit Hedys Cousin Richard Bühler und den Brüdern Oskar und Georg Reinhart Winterthurs „glorioses Jahrzehnt“ einleiten. Zwischen 1910 und 1920 entstehen einige der wichtigsten Schweizer Privatsammlungen, darunter die Sammlung Hahnloser, die entscheidenden Einfluß auf den Aufbau moderner Kunstsammlungen der Schweizer Museen nehmen.

Die Sammlung Hahnloser zählt zu den bedeutendsten Schweizer Privatsammlungen

© Kunstmuseum Bern, Dauerleihgabe Hahnloser/Jaeggli Stiftung / Foto: Reto Pedrini, Zürich



Paul Cézanne, *Die Dächer*, 1876/77, Öl auf Leinwand

Kunstmuseum Bern deponiert ist. Zudem konnten Schlüsselwerke in die Ausstellung integriert werden, die das Sammlerpaar und deren Erben den Kunstmuseen von Winterthur und Bern geschenkt haben. Auch die Nachkommen haben großzügig Leihgaben beigesteuert.

Sammeln war für Arthur und Hedy Hahnloser eine sinnstiftende Lebensaufgabe, an der sie ihr Umfeld aktiv beteiligten. Ihre Sammlung, die sie in der Villa Flora in Winterthur als Gesamtkunstwerk inszenierten, verstanden sie als „Lehrmuseum“. Sie motivierten Verwandte und Freunde, Werke ihrer favorisierten Künstler zu erwerben oder verhalfen diesen durch Schenkungen an Privatsammler und Schweizer Kunstmuseen zu Bekanntheit. Dieses „Prinzip Hahnloser“ hat die Schweizer Museumssammlungen und ihre Ankaufspolitik enorm bereichert; oft stehen die Schenkungen am Beginn umfangreicher Sammlungen der Modernen Kunst.

In Österreich, wo Frankreich lange als Erzfeind betrachtet wird und die Moderne nicht mit aller Konsequenz Eingang in die ästhetische Erziehung findet, wird ein vergleichbarer „Lehrpfad der Moderne“ erst 100 Jahre später mit der in der Albertina deponierten Sammlung Batliner etabliert. Hier führt die Sammlung Hahnloser einen Dialog mit den hauseigenen Sammlungen, die durch eine Auswahl von 20 Werken in die Ausstellung integriert sind.

© Kunstmuseum Bern, Dauerleihgabe Hahnloser/Jaeggli Stiftung / Foto: Reto Pedrini, Zürich



Ferdinand Hodler, *Blumenpflückendes Mädchen*, 1887, Öl auf Leinwand

zur Kunst des 20. Jahrhunderts. Mit Werken von Manet, Cézanne und Van Gogh, Renoir und Toulouse-Lautrec repräsentiert sie die Anfänge moderner Kunst in Europa; mit Werken von Hodler und Vallotton besitzt sie eine ganz persönliche und auch typisch schweizerische Note. Die Vorliebe für die Nabis und den farbgewaltigen Expressionismus der Fauves ist wie die Bereitschaft der Sammler, den Weg der Künstler mit Begeisterung mitzugehen, in dieser Sammlung spürbar.

Die Sammlung Hahnloser entsteht während einer relativ kurzen Zeitspanne zwischen 1907 und 1936, und dies im engen Austausch mit ihren Künstlern. Dieser Aspekt hat das Erscheinungsbild der Sammlung entscheidend gelenkt und geprägt. Sie besticht durch umfassende Werkgruppen von Künstlern wie Bonnard, Matisse und Vallotton und damit durch eine Auswahl, die der tiefen und treuen Verbundenheit mit den befreundeten Künstlern geschuldet ist.

Arthur und Hedy Hahnloser sammeln zunächst für ihr eigenes Heim, die Villa Flora in Winterthur. Mit Auftragswerken und Schenkungen an Museen sowie mit ihrem vehementen Eintreten für „ihre Künstler“ fördern sie aber auch die Kenntnis über die klassische Moderne Europas in der Schweiz. Ihre Schenkungen an Schweizer Museen bewirken, daß sich das Kunst-Museum-Winterthur 1916 als erste öffentliche Sammlung französischer Moderne der Schweiz positionieren kann; das Kunstmuseum Bern und das Kunsthaus Zürich folgen diesem Beispiel. Diese Verschränkung von privatem und öffentlichem Sammeln ist heute als „Prinzip Hahnloser“ bekannt.

Nach Hedy Hahnlosers Tod 1952 geht die Sammlung an ihre Kinder Hans und Lisa. Heute befindet sie sich zu einem großen Teil in der 1980 gegründeten Hahnloser/Jaeggli Stiftung; eine ebenso große Anzahl ist noch immer im privaten Besitz der Familie. 2018 wird die Villa Flora dem Kanton Zürich geschenkt; 2023 soll sie als dritter Standort des Kunst-Museums-Winterthur der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Ausgewählte Künstler

Vincent van Gogh (1853–1890)

Als Van Gogh 1886 in Paris ankommt, ist er Zeuge der neuen Kunstrichtung des Neoimpressionismus: Diese Künstler setzen die Farben unvermischt als Punkte und winzige Striche nebeneinander. Dies inspiriert Van Gogh, sich von der dunklen Tonmalerei, wie er sie in Holland praktiziert hat, zu distanzie-



Henri Matisse, Frau in Grün, 1917, Öl auf Leinwand

ren. Er verwendet reine, hellbunte Farben und malt Strichbilder. Van Gogh setzt die Farben unvermischt und pastos nebeneinander. Seit seinen Anfängen in Holland gilt Van Gogh die Schwarzweißzeichnung als der Malerei ebenbürtig. Nachdem er sich in Paris verstärkt der Malerei gewidmet hat, nimmt er ab 1888 in Arles seine intensive Zeichentätigkeit wieder auf. Er verbindet sie nun mit den Prinzipien japanischer Zeichenkunst und des Farbholzschnitts. Ersichtlich wird dies in der Schnelligkeit des Strichs, der Flächigkeit und Vereinfachung des Motivs sowie der Ausdruckstärke der Konturlinien.

Paul Cézanne (1839–1906)

Émile Zola drängte seinen Jugendfreund Paul Cézanne, nach Paris zu kommen, und

dessen strenger Vater gab dem Wunsch des Sohnes schließlich nach: Cézanne verließ Aix-en-Provence und kam im April 1861 in der Metropole an. Er schrieb sich in die private Lehrakademie Suisse ein und traf dort nach wiederholten Zwischenaufenthalten in Aix auf seine späteren Mitstreiter, die künftigen Impressionisten Camille Pissarro, Claude Monet, Auguste Renoir und Alfred Sisley. Wie sie malte auch Cézanne gegen die Konvention an. Sein heftiger Farbauftrag (manière couillarde) erntete Mißfallen beim Salon. Er malte mit dunklen Farben; erst die Zusammenarbeit mit Pissarro in Pontoise hellte seine Farbpalette auf. Mit ihm, Monet und den anderen gehörte Cézanne 1874 zu den Gründungsmitgliedern der Société anonyme des artistes, peintres, sculpteurs et graveurs. Gemeinsam organisierten sie in

© Kunstmuseum Bern, Dauerleihgabe Hahnloser/Jaeggli Stiftung / Foto: Reto Pedrini, Zürich



Henri Manguin, *Hans und Lisa Hahnloser*, 1910, Öl auf Leinwand

diesem Jahr in den Räumlichkeiten des Fotografen Félix Nadar in Paris die erste Ausstellung in Eigenregie, um ihre vom Salon abgelehnten Werke zu präsentieren. Sieben Ausstellungen der von den Kritikern wegen ihres skizzenhaften und flüchtigen Pinselstriches als Impressionisten bezeichneten Künstler werden bis 1886 folgen. Cézanne nahm 1874 und 1877 daran teil. Beide Male sah sich seine Malerei heftiger Kritik ausgesetzt. Er lehnte es fortan ab, mit den Impressionisten auszustellen, zog sich in den Süden zurück und suchte die Abgeschiedenheit in Aix und L'Estaque.

Matisse und die Fauves

Henri Matisse (1869–1954)

Am Herbstsalon von 1905 hatte er mit aufsehenerregenden „Orgien reiner Farbtöne“ einen Skandal verursacht und den Fauvismus begründet. Matisse' Malerei wurde

so populär, daß er aus Spanien, Rußland, Deutschland und Ungarn Künstler an die

von ihm und seinem Schüler Hans Purrmann 1908 begründete Académie Matisse im Couvent des Oiseaux und dann im Hôtel Biron in Paris anzog. 1911 schloß sie ihre Pforten. Der Zeitgeist hatte Matisse überholt. Der Kubismus und neue Avantgarden, die zur „Rückkehr zur Ordnung“ (Retour à l'ordre) und zu einer Rückbesinnung auf die Ideale der Klassik riefen, verbannten jegliche Art von orgiastischer Farb- und Formgebung von der Leinwand. In der Folge malte Matisse zunächst farblich zurückhaltend, versah die Motive mit nur knappem Detail und hielt die Kompositionen mittels strenger, geometrischer Flächengliederung fest. Am Ende ging er aber dazu über, der Arabeske Bedeutung einzuräumen, und malte später sogar mit warmen, satten Farben.

Henri Manguin (1874–1949)

Der Fauvismus hat Farbe und Form vom Gegenstand befreit. Bei Manguin findet diese Loslösung allerdings stärker durch die Farbe statt, die er absichtsvoll verfremdet. Die Umrissfunktion der Zeichnung behält ihre traditionelle Rolle bei. Dazu kommt Manguins Auseinandersetzung mit dem Altmeister des Divisionismus Paul Signac, dem er über die Schulter blickt, als er sich im Sommer 1905 in Saint-Tropez niederläßt.

Manguin ist der Gemäßigteste unter den Fauves. Sein Pinselstrich ist weniger skizzenhaft und unregelmäßig als zum Beispiel der von Matisse.

Albert Marquet (1875–1917)

Marquet ist ein Fauve der ersten Stunde, der an der proklamierten Revolution der Far-



© Privatsammlung, Schweiz

Édouard Vuillard, *Damespiel in Amfréville*, 1906, Öl auf Karton



Félix Vallotton, *Entführung der Europa*, 1908, Öl auf Leinwand

be mitwirkt. Trotzdem ist die Farbtonalität seiner Bilder still, zurückhaltend, mitunter meditativ und kontrolliert. Viele seiner Werke entstehen als Blick aus einem Fenster. Marquet hat die fauvistischen Farborgien im Sinne einer impressionistischen Auffassung gemildert. Er bevorzugt es, in großen Flächen zu komponieren und einzelne Motive mit kräftigen Konturlinien einzufassen. Marquet ist vor allem für seine Hafen- und Flusslandschaften bekannt

Henri de Toulouse-Lautrec (1864–1901)

Henri de Toulouse-Lautrec ist einer der sensibelsten Menschenkenner und aufmerksamsten Beobachter des Lebens in den Cabarets, Ballsälen, Bordellen und den Gassen von Paris am Ende des 19. Jahrhunderts, der ein umfassendes Œuvre von Gemälden, Zeichnungen und Lithografien hinterlassen hat.

Toulouse-Lautrec interessiert sich nicht wie seine impressionistischen Zeitgenossen

für die Freilichtmalerei, en plein air. Er läßt sich von der Pariser Nachtwelt verführen: Er zeigt die Lokale und Bordelle von Montmartre und deren Protagonisten, authentisch, ohne moralische Beurteilung oder Idealisierung. Für ihn war die Prostitution ein Phänomen seiner Zeit, das er ohne Schamgefühle und Vorurteile beschreibt. Sein Interesse gilt dem Akt in Bewegung, der Handlung, im Gegensatz zum konventionell posierenden, liegenden oder stehenden Akt. Lautrec konzentriert sich auf die intimen Gepflogenheiten der Prostituierten beim Waschen oder Kämmen, auf die Momente des Wartens auf Kunden, ohne Letztere selbst zum Bildgegenstand werden zu lassen.

Odilon Redon (1840–1916)

Der Künstler hatte in Paris die Rolle des Mentors für die Künstler der Nabis übernommen, als Paul Gauguin 1891 nach Tahiti abgereist war. Bonnard und Vuillard und mit ihnen die Nabis verehren Redon als Meister

der Traumwelt, „Prince du rêve“. Das Verschmelzen von philosophisch-spirituellen und naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und die unverwechselbare Farbexpressivität seiner Bilder machen ihn zu einem der kühnsten Wegbereiter der klassischen Moderne und zum Vater des Symbolismus.

Félix Vallotton (1865–1925)

Im Jahr 1908 lernen Arthur und Hedy Hahnloser Félix Vallotton in Paris kennen und beauftragen ihn, ihre Porträts zu malen. Noch im selben Jahr reist der Künstler nach Winterthur, wo er die Arbeit unter Zuhilfenahme von Fotos in Angriff nimmt.

Die Landschaft nimmt in Vallottons Schaffen einen wichtigen Platz ein. Mit dem Prinzip der „paysage composé“ hat er für dieses Thema eine eigene Abstraktionstheorie formuliert. Sie erlaubt ihm, das für ihn Wesentliche herauszufiltern. Vallottons komponierte Landschaften gehen auf Eindrücke zurück, die sich dem Künstler während seiner

Ferienaufenthalte in der Normandie oder an der Côte d'Azur eingepägt haben. Es sind Erinnerungsbilder, die nicht im Freien gemalt werden, sondern erst nach der Rückkehr ins Atelier. Vallotton stützt sich jedoch auf Bleistiftskizzen, die er an Ort und Stelle in einem Notizbuch festhält. Der flüchtige Augeneindruck wandelt sich im Bild zum autonomen künstlerischen Ausdruck.

Aristide Maillol (1861–1944)

Es ist Vallotton, der dem Sammlerpaar Hahnloser den Bildhauer Aristide Maillol empfiehlt. Die beiden Künstlern eigene klare Linienarchitektur steht im Gegensatz zu den Licht- und Farbvisionen von Renoir, Redon, Bonnard und Vuillard. Maillol führt Rodins Bewegungsdramatik auf ein archaisches Weiblichkeitsidol zurück. Mit seinen gespannten Volumen reagiert er auf Vallottons stilisierte Akte und nimmt zugleich Picassos Neoklassik der 1920er-Jahre vorweg. Maillols schnörkellose Klarheit wiederum motiviert Vallotton, sich ab 1904 selbst bildhauerisch zu betätigen. Die lebensgroßen, in dieser Ausstellung vertretenen Bronzeplastiken Flora, Pomona und Venus mit Halskette werden im Garten der Villa Flora inszeniert. „Nichts ist ergreifender als zu sehen wie die Maillol-Statuen in Winterthur in wunderbaren Gärten leben, dies ist ihre ewige Bestimmung“, ruft Maillol 1933 bei seinem Besuch der Villa Flora aus.

Pierre Bonnard (1867–1947)

Um 1890 zählt Bonnard zu den Nabis und geht schließlich eigene Wege. Den Impressionismus hat er durch seine strenge Vorstellung von Komposition und durch Farbe als zusätzliches Ausdrucksmittel zur letztmöglichen Steigerung gebracht. Sein Themenkreis mit Szenen des Pariser Stadtlebens, mit Interieurs, Landschaften und den berühmten Badezimmerbildern ist begrenzt. Denn in der Wiederholung eines Sujets erprobt er die immer wieder neue Entdeckung seiner Umgebung als eine Facette unendlich vieler Möglichkeiten. So sehr die Inspiration des Künstlers im persönlichen Umfeld und Alltag wurzelt, beschreiben seine Bilder einen allgemeinen Zustand, in dem die Zeit stillsteht. Sie fordern den Betrachter rein formal und farblich heraus.

Édouard Vuillard (1868–1940)

Vuillard gehört wie Bonnard und Vallotton zur Künstlergruppe der Nabis. Dekorative Flächigkeit und strenge Konturen kennzeichnen ihre Bilder; intime Interieurs und



Pierre Bonnard, Das karierte Tischtuch, 1910, Öl auf Leinwand

Landschaften sind ihre bevorzugten Themen. Um 1900 blickt Vuillard zurück auf den Impressionismus und geht über zu einer befreiten Malerei mit neuen Sujets wie dem Akt, einer lichten Farbpalette und einem lockeren, leichten Farbauftrag. Die für ihn typische zurückhaltende Beobachtung und Beschreibung seiner Szenen hat ihm von seinem Zeitgenossen André Gide die Bezeichnung „intimiste“ eingebracht. Das Interieur mit familiären Sujets gehört zu den bevorzugten und immer wiederkehrenden Themen in Vuillards Schaffen.

Wenngleich die Protagonisten seiner Bilder meist dem unmittelbaren Familien- oder Bekanntenkreis entstammen, bleiben die Intimität und ein Hauch des Ungewissen durch die Verschleierung individueller Züge stets gewahrt. Die harmonische Bildflächengestaltung als Ganzes hat klaren Vorrang vor allem Erzählerischen oder einer detaillierten Beschreibung der Szene.

Ferdinand Hodler (1853–1918)

Den internationalen Durchbruch bringt Hodlers Beteiligung an der XIX. Ausstellung der Wiener Secession 1904. In seinen Bildern setzt Hodler die „Wahrheit“ klar über die „Schönheit“ und hat dafür eine eigene Abstraktionstheorie formuliert – den

„Parallelismus“. Sein Anliegen ist es, das für ihn Wesentliche herauszufiltern und durch kompositorische Gesetzmäßigkeiten wie Wiederholung und Symmetrie hervortreten zu lassen.

Mit Rembrandt, Van Gogh und Cézanne ist Hodler einer der bedeutendsten Maler von Selbstbildnissen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Existenz zieht sich mit fast 50 Gemälden und mehr als 70 Zeichnungen durch sein gesamtes Schaffen. Die Struktur der Malerei ist stets präsent und verweigert sich jedem fotografischen Illusionismus. Wie bei einem in der Ferne gesehenen Bergmassiv konzentrierte sich der Künstler auf die wesentlichen Flächen und Linien. Hodler hat wie in allen seinen Porträts ein über das Individuelle hinausgehendes Existenzbild von ungeheurer Präsenz gemalt.

Die Gebirgsbilder Hodlers zeigen keine Freizeitziele für Touristen, sondern Monumente erdgeschichtlicher Kräfte. ■

Ausstellungsdaten

Dauer: 27. August (Wiedereröffnung nach Unterbrechung) bis 15. November 2020
<https://www.albertina.at>

Neu: Albertina Modern

<https://www.albertina.at/albertina-modern/>

Orte des Exils

Das Museum der Moderne Salzburg präsentiert von 25. Juli bis 22. November 2020 mit »Orte des Exils« die dritte und vorerst abschließende Ausstellung der Reihe über KünstlerInnen mit Exilhintergrund.



Walter Trier, *The Crazy Gang*, 1943, Gouache und Pastel auf Papier

Im Jahr 2017 startete das Museum der Moderne Salzburg eine Ausstellungsreihe, die sich die Aufgabe stellte, KünstlerInnen in den österreichischen und europäischen Kunstdiskurs zurückzuholen, die aufgrund ihrer Emigration in Vergessenheit geraten waren oder deren Exilhintergründe noch nicht ausreichend kunsthistorisch bearbeitet worden waren. Während in *Auf/Bruch* (2017) biografische und künstlerische Neuanfänge und Brüche im Mittelpunkt standen, fragte die zweite Ausstellung *Resonanz von Exil* (2018) danach, wie KünstlerInnen die Entwicklung in ihrem Exilland beeinflusst haben und wie die eigenen Exilerfahrungen einen Nachhall in ihrem Werk fanden. Die dritte

Das Museum der Moderne Salzburg – vormals „Museum für moderne Kunst und Graphische Sammlung – Rupertinum“



Foto: Museum der Moderne Salzburg

Kultur

und vorerst letzte Ausstellung der Reihe befaßt sich nun mit den über die ganze Welt verteilten Exilorten. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Fragen, die sich alle ExilantInnen stellen mußten: In welches Land konnte man auswandern, wie waren dort die Einreise- und Arbeitsbedingungen, wie lange würde man bleiben, würde man in der Fremde akzeptiert werden?

Nicht nur die Schrecken des im Heimatland und auf der Reise Erlebten erschwerten das Ankommen am Exilort, sondern auch die Konfrontation mit einer fremden Sprache, die teilweise ungewohnten klimatischen Bedingungen und die Abgetrenntheit von der früheren Lebenswelt. Die Ausstellung widmet sich den Orten Zürich, Jerusalem, London, New York, Collingwood in Kanada, Stockholm und Shanghai und stellt das grafische Werk der Schriftstellerin Else Lasker-Schüler, die fotografischen und filmischen Arbeiten von Wolf Suschitzky, die Zeichnungen und Karikaturen von Walter Trier, Möbelentwürfe von Victor Papanek, die Selbstbildnisse der Malerin Lotte Laserstein und die Filme der Regisseurin Louise Kolm-Fleck vor. Ein besonderer Fokus der Ausstellung liegt darüber hinaus auf der Stadt und dem Land Salzburg, die bis zum „Anschluß“ 1938 zahlreichen deutschen ExilantInnen Zuflucht boten.

„Exil gilt als die zentrale Erfahrung der Moderne und der Postmoderne. Die Beschäftigung mit dem Exil, mit den Bedingungen und Erfahrungen an den Ankunftsorten ist damit geradezu ein Pflichtprogramm für ein Museum, das die ‚Moderne‘ im Namen trägt. Das Museum der Moderne Salzburg ist auch die einzige Institution in Österreich, die aus der Perspektive eines Kunstmuseums das Thema Exil kontinuierlich bearbeitet und erforscht. Die Frage, wie ein Kunstmuseum mit der nationalsozialistischen Vergangenheit umgeht, ist dabei zentral und wird auch zukünftig einen programmatischen und wissenschaftlichen Schwerpunkt des Hauses bilden“, so Thorsten Sadowsky, Direktor des Museum der Moderne Salzburg. Anhand der in der Ausstellung vorgestellten sechs Persönlichkeiten wird deutlich, welches Wirkungsspektrum die im Exil vorgefundenen Bedingungen haben konnten: Für Trier und Suschitzky beispielsweise eröffneten sich neue Lebenschancen. Für andere – wie für Laserstein – ermöglichte das Exil zwar das Überleben, brachte aber auch Einbußen in der künstlerischen Innovationskraft mit sich. „Was bedeutet Exil? Was heißt es, seine Wurzeln zu verlieren, und wie kann das wei-

te Feld aus Gewalt- und Verlusterfahrung, erzwungenen Ortswechseln, beruflichen Kontinuitäten und Brüchen visualisiert werden? Das sind die zentralen Fragen der ganzen Ausstellungsreihe, die wir nicht allgemeingültig, sondern immer ganz konkret im Hinblick auf die für die einzelnen Ausstellungen ausgewählten KünstlerInnen untersucht haben. Im Rahmen der Recherchen ist meiner Kollegin Barbara Herzog und mir deutlich geworden, daß immer wieder neue Aspekte zutage treten und die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vertreibung noch lange nicht abgeschlossen werden kann“, erklärt die Kuratorin Christiane Kuhlmann.

In einem umfassenden Katalog werden alle drei Ausstellungen und der aktuelle Forschungsstand zusammengefaßt.

Mit Werken von Lotte Laserstein (1898 Preußisch Holland, heute Pasłęk, PL – 1993 Kalmar, SE), Else Lasker-Schüler (1869 El-

berfeld, DE – 1945 Jerusalem, IL), Louise Kolm-Fleck (1873–1950 Wien, AT), Victor Papanek (1923 Wien, AT – 1998 Lawrence, KS, US), Wolf Suschitzky (1912 Wien, AT – 2016 London, UK), Walter Trier (1890 Prag, CZ – 1951 Collingwood, Ontario, CA)

Die Ausstellung steht unter dem Ehrenschutz von Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Katalog

„Szenen des Exils“, Hg. von Thorsten Sadowsky für das Museum der Moderne Salzburg anlässlich der Abschlussausstellung der dreiteiligen Reihe zu KünstlerInnen mit Exilhintergrund.

Softcover, 320 Seiten, ca. 210 Abbildungen, erschienen im Verlag Bibliothek der Provinz, Weitra, 2020 Deutsche Ausgabe: ISBN 978-3-99028-946-4, € 29,-

<https://www.museumdermoderne.at/>



Wolf Suschitzky, Fronleichnam Prozession am Mozartplatz Salzburg, 1932, Silbergelatineabzug auf Barytpapier, Fotohof Archiv, Salzburg

Arbeit. Wohlstand. Macht.

»Ganz Steyr ist Landesausstellung« – Oberösterreichische Landesausstellung 2021



Foto: Wolfgang Hack

»Ganz Steyr ist Landesausstellung« – ein Blick auf den den Zusammenfluß der Flüsse Enns und Steyr

Die Entwicklung von Steyr ist geprägt von einem intensiven und sich über die Jahrhunderte stets wiederholenden Wechselspiel zwischen Phasen der Hochblüte und tiefgreifenden Krisen. Gesellschaftlicher Aufstieg und tiefer Fall, aber auch die Fähigkeit, Wohlstand mit den eigenen Händen zu schaffen, Produkte mit Weltruhm zu entwickeln und zu produzieren – alle diese Themenfelder werden am Beispiel Steyr deutlich sichtbar und bieten die ideale Grundlage für die thematische Aufbereitung im Zuge einer Landesausstellung.

„Das Besondere an der Landesausstellung 2021 ist, daß wir nicht nur historische Ereignisse behandeln, sondern auch gesellschaftliche Fragestellungen der Gegenwart und Zukunft thematisieren“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer am 14. Juli bei einer Pressekonferenz in Steyr.

Die OÖ. Landesausstellung „Arbeit. Wohlstand. Macht.“ von 24. April bis 7. November 2021 zeigt die Entwicklung unserer Ge-

sellschaft vom Mittelalter bis in die Gegenwart am Beispiel der Stadt Steyr. Drei Standorte – Museum Arbeitswelt, Innerberger Sta-

del und Schloß Lamberg – geben Einblicke in das Leben von Adel, Bürgertum und Arbeiterschaft.



Foto: Land OÖ / Mayrhofer

v.l.: Michael John (wissenschaftliche Leitung), Landeshauptmann Thomas Stelzer, Steyr's Bürgermeister Gerald Hackl und Herta Neiß (wissenschaftliche Leitung)

Kultur

Zusätzlich ist die OÖ. Landesausstellung Plattform für eine kritische Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit, mit Gesellschaftskonzepten und Fragen zur Gestaltung unserer Zukunft.

Nachhaltig für Kultur, Umwelt und Gesellschaft

„Analog zur Landesausstellung 2018 setzt die Landesschau auch 2021 den Weg der kulturellen Nachhaltigkeit fort, so wird am Standort Innerberger Stadel das neu gestaltete Stadtmuseum erhalten bleiben“, betont Stelzer.

Auch im Museum Arbeitswelt und im Schloß Lamberg bleiben Teile der Landesausstellung für die Zukunft erhalten.

Die OÖ. Landesausstellung wird 2021 erstmals als Green Event im Sinne von Nachhaltigkeit, einem sparsamen Umgang mit Ressourcen und sozialer Verantwortung umgesetzt. Dazu gehören: Einfache Anreise-Möglichkeit mit klimaschonenden öffentlichen Verkehrsmitteln, Zusammenarbeit mit regionalen Betrieben, Abfallvermeidung und -trennung sowie positive Impulse für die Zeit nach der Landesausstellung für die Stadt und die Menschen, die in ihr leben.

Steyrs Bürgermeister Gerald Hackl: „Wir freuen uns und sind stolz, Gastgeber für das kulturelle Jahreshighlight des gesamten Bundeslandes sein zu dürfen. Die OÖ. Landesausstellung eröffnet der Stadt Steyr die Chance, sich nach 1987 (Arbeit-Mensch-Maschine) wieder einmal im Rahmen einer Landesausstellung einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren: als wunderschöne und historisch interessante Stadt mit überdurchschnittlich hoher Lebensqualität und breitgefächertem Bildungsangebot.“

Die ganze Stadt ist Landesausstellung

Die Landesausstellung wird erstmals nicht nur an konkreten Orten stattfinden, sondern sich mit der ganzen Stadt verweben. Neben den Angeboten in den Ausstellungen schickt die Vermittlung die BesucherInnen hinaus auf Erkundungstour durch Steyr. Denn überall in der Stadt verstecken sich Geschichten.

Mit dem Projekt „Wege und Plätze“ (Arbeitstitel) greift die OÖ. Landesausstellung den Wunsch vieler SteyrerInnen auf, sich den Stadtraum zurück zu erobern und eine lebendige und pulsierende Stadt zu präsentieren. Dabei soll der öffentliche Raum zwischen den Ausstellungsorten auf unterschiedlichste Weise zu kulturellen Begegnungszonen gestaltet werden (z.B. Ruhezonen und konsumfreie Zonen, die zum Ver-



Foto: Iconic Tum Christian Stummer

Stadtansichten von Steyr



Foto: Iconic Tum Christian Stummer

weilen einladen, Kunst im öffentlichen Raum, etc.).

Ein bunter Veranstaltungskalender mit vielfältigen Unterhaltungs- und Diskurs-Formaten soll die BesucherInnen und die Steyrer Bevölkerung gleichermaßen ins Freie locken. Steyr bietet bereits jetzt eine kreative und innovative Kulturszene und ein vielfältiges Kulturprogramm. Im Jahr der Landesausstellung wird das Bestehende mit neuen Ideen gebündelt. Noch bis 31. Oktober 2020 können Projekte eingebracht werden (Kontakt: Martin Selinger; +43 660 7393310, MartinSelinger@gmx.net)

»Wir sind Landesausstellung« – auch über das Jahr 2021 hinaus

Rund um die OÖ. Landesausstellung 2021 wird Steyr vielfältig und kreativ bespielt. Bereits zwei Jahre davor haben sich enga-

gierte BürgerInnen im Rahmen von „NOI - Nature of Innovation“ Gedanken gemacht, wie die Landesausstellung in und für die Stadt, die BesucherInnen und BürgerInnen kreativ genutzt werden kann. Acht konkrete Projekte sind entstanden. Einige davon sollen bis zum Start der OÖ Landesausstellung 2021 realisiert werden.

Arbeit. Wohlstand. Macht.

In einem barocken Schloß, einer Fabrik der Gründerzeit (Museum Arbeitswelt) und in einem Handelshaus aus der Renaissance (Innerberger Stadel) spürt die Ausstellung „Arbeit. Wohlstand. Macht.“ Spannendes und Überraschendes auf. Sie erzählt persönliche Geschichten und ermöglicht so das Verstehen vergangener Lebenswelten. Historische Beispiele werden um aktuelle ergänzt, so wird Geschichte erlebbar.

Steyr, einst die zweitgrößte Stadt Österreichs, war und ist stets eine große Welt im Kleinen, ein Beispiel für Tradition und Bodenständigkeit ebenso wie für Innovation und Internationalität. Adel, Bürgertum und Arbeiterschaft waren in der Entwicklung der Stadt von zentraler Bedeutung. Sie standen in einem konfliktreichen Wechselspiel und waren doch voneinander abhängig.

Während Adel und Bürgertum seit Jahrhunderten Handel in ganz Europa trieben, fanden ArbeiterInnen aus der gesamten Monarchie in den Steyrer Fabriken Beschäftigung. Die Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg führte tausende Familien in die Arbeitslosigkeit und zwang viele zur Auswanderung. Doch nach Bürgerkrieg, Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg sollte Steyr erneut zu einem Zentrum der Industrie werden.

Zwar steht die alte Eisenstadt Steyr im Mittelpunkt, doch wird das Thema breiter behandelt. Vor dem Hintergrund der historischen Erzählungen stellt die Ausstellung

„Arbeit. Wohlstand. Macht.“ entscheidende Fragen zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Gegenwart und beschäftigt sich auch mit Visionen der Zukunft. Der Raum Steyr und das gesamte Bundesland Oberösterreich beherbergen heute modernste Produktionsstätten und Start-ups voller Ideen.

Innerberger Stadel

Der formschöne Renaissancebau diente lange als Handelshaus. Thronfolger Franz Ferdinand setzte sich seinerzeit persönlich für den Fortbestand des Gebäudes ein. Im Inneren des Hauses wird das Publikum von ausgewählten Figuren des Steyrer Kripperls, einem immateriellen Kulturerbe der UNESCO empfangen. Beginnend mit der Stadtgeschichte werden die großen Entwicklungsschritte der Stadt in einer Art Zeitraffer zusammengefasst. Anschließend geht es über die Zünfte in die Arbeitswelt der Nagelschmiede und der Sensenschmiede. Im zweiten Stock wird die private Welt des Steyrer Bürgertums thematisiert. Bürgerliche Wohnkultur im Biedermeier, Forderungen nach politischen Rechten, wirtschaftlicher Aufstieg und Wohlstand werden ebenso angesprochen wie Privatheit, Vereinskultur und das Thema der Bildung. Der Stock darunter widmet sich dem Unternehmertum der BürgerInnen, dem Handel, der Mobilität, dem Erfolg, auch den Krisen, letztlich dem Aufstieg durch Innovation und Kreativität vom 19. bis ins 21. Jahrhundert.



Hauptfassade des Innerberger Stadels



Visualisierung des Stadtmodells im Innerberger Stadel



Visualisierung des Spiegelraums im Innerberger Stadel

Foto: Ralf Hochhauser



Auf einer Hochterrasse oberhalb des Zusammenflusses von Steyr und Enns liegt das Schloß Lamberg.

Schloß Lamberg

In der vorderseitig gelegenen Galerie werden die BesucherInnen in adeligem Ambiente empfangen. Barocke Schlittenfahrten geben einen ersten Eindruck vom luxuriösen Freizeitvergnügen in adeligen Kreisen. Stammbäume, Wappen, Besitzungen, verwandtschaftliche Verflechtungen zeigen die Bedeutung dieses Adelsgeschlechts und auch den Niedergang des Hauses Lamberg auf. In den historischen Prunkräumen werden Persönlichkeiten aus dem Hause Lamberg und ihre Besitztümer dargestellt. Im 18. Jahrhundert umgebaut, zählt die Bibliothek des Schlosses mit 12.000 Bänden zu den bedeutendsten Privatbibliotheken Österreichs. Beeindruckt sind auch die an die Wände gemalten und erst vor einigen Jahren durch Zufall bei Renovierungsarbeiten wieder entdeckten Bilder der Besitztümer des Hauses Lamberg im „Tapetenzimmer“.

Museum Arbeitswelt

Wo sonst als im Museum Arbeitswelt, 2019 mit dem österreichischen Museumspreis ausgezeichnet, sollten die Themen Arbeit, Arbeiterschaft und Arbeitswelt präsentiert werden. Nach dem eleganten Oldti-

mer „Made in Steyr“ in der großen Mittelhalle, taucht man in die Welt der Industrialisierung, der Fabriken und der Gewerbe ein. Ausgangspunkt ist die von Josef Werndl initiierte „Elektrische Landes-, Industrie-, Forst- und kulturhistorische Ausstellung“ 1884, eine „Weltausstellung“ im Kleinen,

die auch der Kaiser besuchte. Weiter führt der Weg durch die Geschichte des Nationalsozialismus, die Krisen der 70er- und 80er-Jahre bis in die Gegenwart.

Die Ausstellung schließt mit den Fragen nach der Zukunft der Arbeit und der Arbeiterschaft.

Foto: Wolfgang Hack



Ein Blick in die Lamberg'sche Schloßbibliothek

Foto: Museum Arbeitswelt / C. Zacht



Das Museum Arbeitswelt ist in zwei denkmalgeschützten Fabrikgebäuden an der Steyr beheimatet.

Foto: Planet Architects



Visualisierung der Ausstellung im Museum Arbeitswelt

Kulturvermittlung: Reden wir über Arbeit, Wohlstand und Macht

Drei Ausstellungsstandorte eröffnen unterschiedliche Perspektiven auf eine bewegte Vergangenheit. Doch was bedeuten die historischen Ereignisse für uns heute? Was können sie uns über die Gegenwart, über unsere Gesellschaft und über uns selbst erzählen?

An allen drei Standorten lädt die Ausstellung ein, sich vor dem Hintergrund der histo-

rischen Erzählungen mit ihren eigenen Erfahrungen und Gewohnheiten auseinanderzusetzen und sich darüber auszutauschen. Die BesucherInnen werden mit Aktionspässen ausgestattet und auf eine interaktive Reise geschickt. Jeder Standort bietet ein eigenes Erlebnis. So nimmt man im Museum Arbeitswelt an einer Feldforschung rund um aktuelle Arbeitsfragen teil, fühlt im Innerberger Stadel zugespitzten „Wohlstandsformeln“ auf den Zahn und lässt sich im

Schloß Lamberg auf die „Spiele der Macht“ ein.

Das Vermittlungskonzept der diesjährigen Landesausstellung wird von zunderzwo (Martina Affenzeller, Renate Woditschka, Konrad Zirm) entwickelt und umgesetzt.

<http://www.zunderzwo.at>

OÖ. Landesausstellung 2021 setzt noch stärker auf Barrierefreiheit

Das Angebot in den Ausstellungen und in der Vermittlung wird um Gebärdensprachvideos, Texte in Einfacher Sprache, taktile Elemente, speziell geschultes Personal und um Vermittlungsformate für Menschen mit Seh- und Hörbeeinträchtigungen erweitert. Dabei steht der OÖ. Landesausstellung das Museum Arbeitswelt beratend zur Seite, das als Teil des EU-Projekts „COME-IN!“ in Sachen Barrierefreiheit neue europäische Standards mitentwickelt hat.

Kooperationen

Die OÖ. Landesausstellung holt beliebte oö. Kulturformate in die Region nach Steyr (SCHÄXPIR und Kepler Salon) und vernetzt sich auch mit lokalen Institutionen und Vereinen (KinderUni, Röda, Steyr Werke, FH Steyr u.v.m.).

<http://www.landesausstellung.at/>

<https://www.steyr.at/>

<https://www.schlosslamberg.at/>

<https://museum-steyr.at/>

duckomenta

weltentemuseum – von 10. Juli 2020 bis
11. April 2021 im Landesmuseum Hannover



Isaac Israëls, Ente am Strand von Viareggio, Öl auf Leinwand

Seit Anbeginn der Zeiten teilen wir uns die Erde mit einer charmanten Entensippe, den „interDucks“. Doch während die Menschheit Geschichte schrieb, blieben die Enten lange Zeit unentdeckt. Aber damit ist nun Schluß: Die „duckomenta“ präsentiert die Kulturgeschichte der Welt exklusiv aus Enten Perspektive – zu bewundern im Landesmuseum der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover.

Die Legende geht so: Es beginnt in den 1980er-Jahren mit einzelnen Fundstücken wie Fossilien, Artefakten oder Skizzen, die vielerorts Irritationen hervorrufen – denn sie alle zeigen Enten, nicht Menschen. Die Wis-

Das Landesmuseum Hannover – Das WeltenMuseum – ist das größte staatliche Museum Niedersachsens



Foto: Landesmuseum Hannover

Kultur beim Nachbarn



der unterschiedlichsten Stilrichtungen: Herausgeputzte SchnabelträgerInnen des Barock hängen neben romantischen Landschaften; impressionistische Ölgemälde wechseln sich ab mit Ikonen der Pop-Art.

Das letzte Lebenszeichen der Anatiden stammt aus dem Jahr 1994 – es markiert den Schlusspunkt der „entischen“ Kulturgeschichte, denn in diesem Jahr haben die „interDucks“ sich entschlossen, die Erde zu verlassen. Zurück bleibt nur die „duckomenta“, die es sich zum Ziel gesetzt hat, das Erbe dieser Enten am Leben zu halten.

Die „duckomenta“ ist ein Projekt der Berliner Künstlergruppe „interDuck“. Mit ironischem Augenzwinkern kreieren ihre Mitglieder seit über 30 Jahren täuschend echte Enten-Exponate. Ihre Techniken reichen von Malerei, Zeichnung und Druck bis zur Bildhauerei. Als Inspiration dienen ihnen weltberühmte Highlights der menschlichen Kunst- und Kulturgeschichte, die kopiert und „ver-

Bild oben: *Die Blaue Ente*, Öl auf Holz

Bild rechts: *Caspar David Friedrich, Der Wanderer über dem Nebelmeer*, Öl auf Leinwand

senschaft weiß die Funde nicht einzuordnen und entschließt sich, sie zugunsten der menschlichen Kulturgeschichte zu ignorieren. Nur eine Gruppe junger KünstlerInnen ist fasziniert von den geheimnisvollen Objekten und beginnt, sie zu sammeln und zu erforschen. Stück für Stück entschlüsseln sie so die Geschichte der „interDucks“.

Die „duckomenta“ präsentiert die Ergebnisse dieser Forschungen – und lädt ein zu einem Rundgang durch die Kunst- und Kulturgeschichte.

Denn die Spuren der sogenannten Anatiden (die „Entenähnlichen“) finden sich überall: Die vielfältigen Objekte zeigen eindrucksvoll, daß sie sich nicht nur parallel zur Menschheit entwickelten, sondern auch, daß über Jahrtausende hinweg ein reger Austausch zwischen Enten und Menschen zu herrschen schien.

Die durch die Schau abgedeckte historische Spanne ist umfangreich: Von steinzeitlichen Artefakten wie der „Venus von Villenduck“ geht es über „Duckfretete“ und „Agamemdux“ als Vertreter der Antike ins Mittelalter zum „Altar des Heiligen Dagoberti“ und endet schließlich mit der Traumfabrik Hollywood und ihrer „Blauen Ente“.

Der Blick ist dabei nicht ausschließlich auf die westliche Welt gerichtet, auch die ausereuropäische Entenkulturen sind vertreten. Die Ausstellung vereint Entendarstellungen



Kultur beim Nachbarn



© interDuck

Franz Joseph I. (1830 – 1916) Öl auf Leinwand. Als junger Mann gilt er als Märchenkaiser. Später prägt ihn die Last des Regierens. Wie der Monarch Zeit für das Modellsitzen findet, bleibt ein Rätsel...

Sisi, Kaiserin Elisabeth von Österreich (Studie) 1865, Öl auf Leinwand. Der Portraitist Franz Xaver Winterducker berichtet, Kaiserin Elisabeth habe sich für dieses Bildnis auf einen Stuhl gestellt, um ihr Lieblingskleid besser zur Geltung zu bringen...



© interDuck

entet“ werden. Dabei bemühen die KünstlerInnen sich, nicht nur die äußere Erscheinung, sondern auch den Geist und die Aura des Originals einzufangen. Das Ergebnis bietet eine völlig neue Sicht auf die eigene Kultur. BesucherInnen können ihr Wissen über die eigene Geschichte auf heitere und unbefangene Art und Weise prüfen, hinterfragen und erweitern.

Seit 1986 war die „duckomenta“ bereits in über 70 Museen in Deutschland, Frankreich, Österreich, den Niederlanden und Schweden zu sehen und konnte über zwei Millionen Besucher verzeichnen. Dabei ist jede Schau ein Unikat, die Auswahl die Werke und das Arrangement werden individuell auf den Ausstellungsort zugeschnitten.

In Hannover wird mit über 300 Objekten die bisher umfangreichste „duckomenta“ zu sehen sein. Teil der Schau ist auch ein ganz besonderes Highlight: Die „Verentung“ eines hauseigenen Kunstwerkes. Der „duckomenta“-Künstler Ommo Wille schuf eine (fast) originalgetreue Kopie der „Dame am Strand

von Viareggio“ von Isaac Israels. Das Ölgemälde wurde 2011 mit Unterstützung des Förderkreises des Landesgalerie e.V. in die Sammlung integriert. Willes Version des Gemäldes zeigt eindrucksvoll, daß sich das Werk nicht nur wegen der hydrophilen Szenerie hervorragend für diese Metamorphose eignet.

Auch das weiße Gefieder der „Ente am Strand von Viareggio“ fügt sich perfekt in die italienische Landschaft ein mit ihrem warmen Licht und den weichen Farben.

Begleitend zur Ausstellung stellt eine Audiotour ausgewählte Highlights der menschlichen Kulturgeschichte vor, deren „verentete“ Kopien in der Schau zu sehen sind. Die Audiotour kann mit dem eigenen Smartphone abgerufen werden, Voraussetzung ist eine stabile Internetverbindung.

Der reich bebilderte Begleitband zur Ausstellung ist in zwei Versionen im Museumshop erhältlich: Der Best-Of-Katalog stellt für 19,90 € auf 127 Seiten 100 ausgewählte Werke vor. Die ausführliche Variante „Art of

the „duckomenta““ (49,90 €) ist im Nünnerich-Asmus Verlag erschienen und behandelt auf 519 Seiten die Geschichte der „duckomenta“ und vergangene Stationen der Ausstellung.

Das WeltenMuseum

Unweit des Maschsees befindet sich das größte staatliche Museum Niedersachsens. Das Landesmuseum Hannover ist vor mehr als 150 Jahren aus dem Engagement interessierter Bürger entstanden. Ihr Anliegen war es, das Ausstellungsgut auch breiteren Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen. Es umfaßt mehrere Sammlungen: eine naturkundliche, eine ethnologische und eine archäologische Sammlung, eine Gemälde- und Skulpturensammlung, das Kupferstichkabinett und eine Münzsammlung. Präsentiert werden die Sammlungen in den drei Welten: NaturWelten, MenschenWelten und Kunst-Welten.

<https://www.landesmuseum-hannover.de/>
<https://na.verlags-shop.de/home/165-art-of-the-duckomenta.html>